6. Wahlperiode



103. Sitzung

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Mittwoch, 21. Oktober 2015, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp, Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt	Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Vereinsrechts (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	
Erweiterung der Tagesordnung5	- Drucksache 6/4174	38
Erweiterung der Tagesordnung	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (2. Ausschuss)	
	– Drucksache 6/4613 –	38
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 5	Heinz Müller, SPD Peter Ritter, DIE LINKE	39
	Wolf-Dieter Ringguth, CDU	
	David Petereit, NPD	
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern anlässlich 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern 5	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN B e s c h l u s s	
Ministerpräsident Erwin Sellering	Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesdisziplinargesetzes (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/4470 –	43
	des Innenausschusses (2. Ausschuss) – Drucksache 6/4612 –	43
Änderung der Tagesordnung	Beschluss	43

Gesetzentwurf der Landesregierung	Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung	Entwurf eines Gesetzes zum Siebzehnten
des Landesjustizkostengesetzes und des	Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetzes	(Erste Lesung)
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	– Drucksache 6/4566 –51
– Drucksache 6/4050 –	
	Ministerpräsident Erwin Sellering51
Beschlussempfehlung und Bericht	
des Europa- und Rechtsausschusses	Beschluss52
(3. Ausschuss)	
- Drucksache 6/4607	
	Constrantuurf der Landeere sierung
Beschluss	Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen
77	
	zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik
	(Erste Lesung)
Gesetzentwurf der Fraktionen	– Drucksache 6/4567 –52
der SPD und CDU	Ministerin Birgit Hesse
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des	Will listerin Dirgit nesse
Gesetzes über die Bildung von Gewässer-	Beschluss
unterhaltungsverbänden und anderer Gesetze	D 6 3 6 11 1 4 3 3
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	
- Drucksache 6/4473	
- Didoksacile 0/44/3	Gesetzentwurf der Fraktionen
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD	der SPD und CDU
Gewässerunterhaltung in	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung
Mecklenburg-Vorpommern	des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes
- Drucksache 6/2128	(Erste Lesung)
Didologone 0/2120	- Drucksache 6/458952
Beschlussempfehlung und Bericht	
des Agrarausschusses (6. Ausschuss)	Thomas Krüger, SPD52
- Drucksache 6/4605	
	Beschluss53
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	
Minister Dr. Till Backhaus	
Burkhard Lenz, CDU	Gesetzentwurf der Fraktionen
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 47	
Katharina Feike, SPD	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 48	des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern
	(Erste Lesung)
Beschluss	– Drucksache 6/4590 –53
49	
	Wolfgang Waldmüller, CDU53, 64
	Helmut Holter, DIE LINKE54
	Minister Harry Glawe57
Gesetzentwurf der Landesregierung	Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN58, 61
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur	Jochen Schulte, SPD
Änderung des Straßen- und Wegegesetzes	Udo Pastörs, NPD63
des Landes Mecklenburg-Vorpommern	
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	Beschluss64
- Drucksache 6/4088 50	
5140/040110 0/4000	
Beschlussempfehlung und Bericht	
des Ausschusses für Energie, Infrastruktur	Gesetzentwurf der Fraktion der NPD
und Landesentwicklung (8. Ausschuss)	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung
- Drucksache 6/4606	der Kommunalverfassung für das
•	Land Mecklenburg-Vorpommern
Beschluss50	(Erste Lesung)
D C 2 C II I U 2 2 50	– Drucksache 6/4595 –64

Stefan Köster, NPD		Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik würdigen	
B e s c h l u s s	70	– Drucksache 6/4591 –	. 80
		Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Unterrichtung durch die Landesregierung Europapolitische Schwerpunkte des Landes		– Drucksache 6/4622 –	. 80
Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2015		Dagmar Kaselitz, SPD80,	86
- Auswertung des Arbeitsprogramms 2015		Barbara Borchardt, DIE LINKE	
der Europäischen Kommission –		Andreas Texter, CDU	
- Drucksache 6/3879	70	Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		Michael Andrejewski, NPD	
Beschlussempfehlung und Bericht		, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	
des Europa- und Rechtsausschusses		Beschluss	00
(3. Ausschuss)		beschiuss	. 00
- Drucksache 6/4608	70		
Detlef Müller, SPD	70		
Beschluss	74	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Beschiuss	/ 1	CETA-Handelsabkommen ablehnen	
		- Drucksache 6/4581	. 88
Antrag der Finanzministerin		Barbara Borchardt, DIE LINKE88,	94
Entlastung der Landesregierung		Stefanie Drese, SPD	. 90
für das Haushaltsjahr 2013		Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	. 91
- Vorlage der Haushaltsrechnung und		Burkhard Lenz, CDU	. 92
Vermögensübersicht des Landes –		Udo Pastörs, NPD	. 93
- Drucksache 6/3537	72		
		Beschluss	. 95
Ergänzung zu dem Antrag			
der Finanzministerin			
- Drucksache 6/3729	72		
Unterrichtung durch den Landesrechnungshof		Aussprache zum Thema	
Jahresbericht des Landesrechnungs-		gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT	
hofes 2014 (Teil 1)		Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern	. 95
Kommunalfinanzbericht 2014		3	
- Drucksache 6/3676	72	Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 95, 101,	112
		Minister Dr. Till Backhaus	
Unterrichtung durch den Landesrechnungshof		Beate Schlupp, CDU	
Jahresbericht des Landesrechnungs-		Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	
hofes 2014 (Teil 2)		Stefan Köster, NPD	
Landesfinanzbericht 2014		Thomas Krüger, SPD	
- Drucksache 6/3841	72	monias Riugei, 31 D	100
Beschlussempfehlung und Bericht			
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)			
- Drucksache 6/4551	72		
	···· •	Antrag der Fraktion der NPD	
Torsten Koplin, DIE LINKE	72	Die Schließung der Anklamer	
Jeannine Rösler, DIE LINKE		Kinderklinik verhindern!	
Tilo Gundlack, SPD		– Drucksache 6/4541 –	112
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
Udo Pastörs, NPD		Michael Andrejewski, NPD112,	116
Egbert Liskow, CDU		Julian Barlen, SPD	
Lyson Liston, ODO	13	,	•
Beschluss	79	Reschluse 117 118	126

Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Artikel 35 des Einigungsvertrages umsetzen	
- Drucksache 6/4582	118
T	400
Torsten Koplin, DIE LINKE118,	
Minister Mathias Brodkorb	120
Marc Reinhardt, CDU	121
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	122
B e s c h l u s s	125
Nächste Sitzung	
Donnerstag 22 Oktober 2015	125

Beginn: 10.01 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 103. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 103. und 104. Sitzung liegt Ihnen vor.

Auf Drucksache 6/4621 liegt Ihnen ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten stoppen für ein weltoffenes friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern – vor. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, die Tagesordnung um diese Vorlage zu erweitern. Der Tagesordnungspunkt wird am Donnerstag nach dem Tagesordnungspunkt 20 aufgerufen. Wird der so geänderten vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 103. und 104. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die 103. und 104. Sitzung die Abgeordneten Heino Schütt, Torsten Koplin, Dr. Ursula Karlowski und Johann-Georg Jaeger zu Schriftführern.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt** 1: Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern anlässlich 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern.

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern anlässlich 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor wenigen Tagen, am 3. Oktober, haben wir 25 Jahre deutsche Einheit gefeiert. Dabei ist eine überwiegend positive Bilanz gezogen worden, und das zu Recht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die ostdeutschen Bundesländer haben sich seit 1990 insgesamt gut entwickelt, und wir sind auch beim Zusammenwachsen zwischen Ost und West gut vorangekommen. Es ist ein Anlass zu großer Freude, dass wir Deutschen heute wieder ganz selbstverständlich in einem Land leben.

Der 3. Oktober ist zugleich die Geburtsstunde unseres Bundeslandes. Am 14. Oktober 1990 fanden die ersten Landtagswahlen statt und knapp zwei Wochen später, am 26. Oktober, kam der Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Am Tag darauf wurde der erste Ministerpräsident gewählt. Deshalb denke ich, dass unsere heutige Sitzung der richtige Zeitpunkt ist, um zurückzublicken und Bilanz zu ziehen nach 25 Jahren Mecklenburg-Vorpommern.

Nun kommt vielleicht von dem einen oder anderen der Einwand: Wie kann man angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Deutschland und auch wir in Mecklenburg-Vorpommern wegen der großen Zahl an Flüchtlingen stehen, wie kann man da eine Regierungserklärung zu 25 Jahren Mecklenburg-Vorpommern machen? Müsste dann nicht TOP 1 der heutigen Sitzung wieder die Flüchtlingsproblematik sein? Es stimmt natürlich, dass dies die aktuell größte Herausforderung ist, die große Anstrengungen erfordert. Das leisten wir auch, gestern zum Beispiel mit der Kabinettsvorlage zur Umsetzung der Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels. Aber, meine Damen und Herren, klar ist doch auch, wir dürfen jetzt nicht immer nur noch über Flüchtlinge reden.

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Es darf nicht der Eindruck entstehen, alle anderen im Land müssten deshalb zurückstehen. Das muss in der Waage bleiben. Alle brauchen unsere Fürsorge, und wir helfen nicht dem einen auf Kosten der anderen.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Was für ein Geschwätz!)

Es ist angesichts der großen Herausforderungen sicherlich auch gut und richtig, sich vor Augen zu führen, was wir alle miteinander in der Vergangenheit an Schwierigkeiten schon gemeistert haben.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Dass den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, im ganzen Osten, erst eine friedliche Revolution und dann ein beispielloser Aufbauprozess gelungen ist, das darf nicht deshalb unter den Tisch fallen, weil es jetzt eine andere große Aufgabe zu bewältigen gilt. Im Gegenteil, ich meine, das ist auch eine Ermutigung in der jetzigen schwierigen Situation und ein Grund für Zuversicht, also hochaktuell.

Meine Damen und Herren, im Herbst 1989 machte sich eine schnell anwachsende Zahl von Menschen auf, um für Reformen in der DDR – Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, freie Wahlen – zu demonstrieren. Mit ihren friedlichen Protesten brachten sie binnen weniger Wochen die SED-Herrschaft zu Fall und auch die Grenze, die Deutschland für mehr als 40 Jahre geteilt hatte. Der 9. November 1989 mit der Öffnung der Grenzen, an die wir im letzten Jahr mit einem Festakt im Staatstheater erinnert haben, steht für den Beginn des Zusammenwachsens von Ost und West. Aus dem Ruf "Wir sind das Volk" wurde "Wir sind ein Volk".

(Udo Pastörs, NPD: Wichtige Feststellung.)

Spätestens mit der ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 wurden die Weichen für eine schnelle Einheit gestellt.

Daran, dass es innerhalb eines halben Jahres zur deutschen Einheit kam, haben viele mitgewirkt, selbstverständlich in der alten Bundesrepublik und auf internationaler Ebene.

(Udo Pastörs, NPD: Eiskalte Übernahme.)

Dennoch bleibt richtig: Es waren vor allem die Ostdeutschen selbst, die den Weg zur Freiheit, zur Demokratie und zur deutschen Einheit freigemacht haben. Darauf können alle, die damals dabei waren, sehr stolz sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, als der Landtag vor 25 Jahren zu seiner ersten Sitzung zusammenkam, standen die Abgeordneten vor riesigen Aufgaben. Die Jahre 1989 und 1990 haben den Menschen in den ostdeutschen Ländern viele Verbesserungen gebracht: die Meinungsfreiheit eben, Pressefreiheit, Reisefreiheit, freie Wahlen, viele wirtschaftliche Möglichkeiten. Der Übergang in eine neue politische Ordnung und in ein neues Wirtschaftssystem war aber auch mit großen Schwierigkeiten und Umstellungen verbunden.

Wie groß die Aufgaben waren, spiegelt auch die erste Regierungserklärung wider, die Alfred Gomolka, der erste Ministerpräsident unseres Landes, hier am 30. November 1990 abgegeben hat. Er hat damals gesagt, ich zitiere: "Meine Regierung ist angetreten, um gemeinsam mit allen Bürgern aus diesem Land wieder eine Heimat zu machen, in der wir uns alle wohl fühlen können. Diese Aufgabe ist nicht leicht, viele Probleme lasten schwer auf unserem Land."

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

"Wir alle sind gefordert, uns neu zu orientieren, unseren Platz in einer veränderten Gesellschaft zu finden, uns den Veränderungen, die die friedliche Revolution notwendigerweise mit sich brachte, zu stellen." So weit das Zitat.

Das ging damals nicht ohne Brüche und auch nicht ohne Enttäuschungen. Vor allem in der Wirtschaft kam es in dieser Zeit zu einem tief greifenden Umbruch. Zwar gab es in den Jahren nach 1990 auch viel wirtschaftlichen Aufbruch mit zum Teil hohen Wachstumsraten – es wurde kräftig konsumiert, kräftig gebaut, und manches damals gegründete Unternehmen kann heute selbst auf eine 25-jährige positive Geschichte zurückblicken –, die Jahre nach 1990 waren aber vor allem eine Zeit der wirtschaftlichen Krise, in der viele DDR-Betriebe ihre Tore für immer schließen mussten und in der sich wichtige Wirtschaftsbereiche wie die Werften oder die Landwirtschaft einem sehr schmerzhaften Strukturwandel unterziehen mussten, verbunden mit einem riesigen Abbau an Arbeitsplätzen.

Fast alle Menschen in unserem Land mussten sich damals beruflich umorientieren. Viele haben in dieser Zeit die Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht, manche sogar mehrfach. Wohl kaum eine Familie im Land war davon nicht betroffen. Das ist sicher der wichtigste Grund, warum auf die wirtschaftliche Krise bald auch eine gesellschaftliche folgte. Die Einheitseuphorie war schnell verflogen, und manche Überheblichkeit aus dem Westen trug mit dazu bei, dass sich viele Menschen in unserem Land im vereinten Deutschland als Bürger zweiter Klasse fühlten. Es gab viel Unmut und der ist auch heute noch verständlich.

Kein Verständnis und keine Rechtfertigung kann es aber geben, wenn Frustration gepaart mit Ausländerfeindlichkeit in Gewalttätigkeiten mündet. Die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen 1992 – der Angriff auf das Sonnenblumenhaus, die aufflackernden Brandsätze, die große Angst der Menschen im Haus und der widerwertige Beifall der Schaulustigen davor – haben das Bild unseres Landes für lange Zeit negativ geprägt. Es waren Tage der Schande für unser Land. Und es ist wichtig,

dass wir in einer Zeit, in der wieder eine große Zahl von Flüchtlingen zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern kommt, eines sehr deutlich machen: Das, was damals geschah, darf sich nie wiederholen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, neben der Bewältigung der damaligen Krise galt es, die staatlichen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern neu zu errichten. Der Landtag mit seinen Ausschüssen, die Landesregierung mit den Ministerien, die Justiz bis hinauf zum Verfassungsgericht, all das, was uns heute selbstverständlich ist, musste in kürzester Zeit neu aufgebaut werden.

1994 erhielt das Land seine Verfassung. Nach meinem Eindruck hat die Verfassungskommission damals hervorragende Arbeit geleistet. Unsere Verfassung definiert nicht nur die Regeln unserer Arbeit, sie hat mit ihrem Wertebezug auch entscheidenden Anteil daran, dass sich unser Land seit den 90er-Jahren so gut entwickelt hat.

Die Landesregierung von Alfred Gomolka und Berndt Seite musste das Land durch schwierige Zeiten führen. Hier im Landtag gab es manchmal Sitzungen bis in die Nacht mit harten kontroversen, oft emotionalen Debatten, aber auch mit Kompromissen über die Parteigrenzen hinweg. Mit Lorenz Caffier und Till Backhaus gibt es zwei Abgeordnete unter uns, die schon damals dabei waren, die unserem Landtag seit 1990 angehören. Für unseren Kollegen Jürgen Seidel gilt das mit Unterbrechungen. 1994 kamen dann Helmut Holter, Peter Ritter, Sylvia Bretschneider und Harry Glawe dazu. Sie stehen für alle, die unser Land in den ersten Jahren aufgebaut und die vielen wichtigen Weichenstellungen vorgenommen haben,

(Udo Pastörs, NPD: Was für ein Witz!)

von denen wir heute profitieren. Dafür Ihnen allen herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Ende der 90er-Jahre begann eine zweite Phase in der Entwicklung unseres Landes. SPD und PDS bildeten damals die erste rot-rote Landesregierung in Deutschland.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!)

Die Meinungen über dieses Bündnis gehen auseinander, das ist wenig überraschend. Für mich hat die rot-rote Regierung vor allem in zwei Bereichen wichtige Weichenstellungen für unser Land vorgenommen. Sie hat erfolgreich einen zweiten wirtschaftlichen Strukturwandel eingeleitet, beispielsweise wurden die Grundlagen für die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns zum Gesundheitsland gelegt mit dem Aufbau des BioCon-Valley-Netzwerkes, dem Kuratorium Gesundheitswirtschaft und dem ersten Masterplan Gesundheitswirtschaft für unser Land. Und sie hat Mecklenburg-Vorpommern auf den Kurs der soliden Finanzpolitik gebracht.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Wer lacht da?)

Die Neuverschuldung des Landes wurde Schritt für Schritt zurückgeführt. Dass 2006 erstmals ein Haushalts-

abschluss mit schwarzer Null vorgelegt werden konnte, war eine wichtige, eine wegweisende Weichenstellung für unser Land.

(Michael Andrejewski, NPD: Auf Kosten der Kommunen.)

Die rot-rote Regierung hat für mich aber noch einen darüber hinausgehenden Wert. Sie war nämlich das Signal an alle, die sich in der DDR in guter Absicht für Staat und Gesellschaft eingesetzt hatten, dass auch sie,

(Michael Andrejewski, NPD: Auch bei der Stasi.)

dass auch sie beim Neuaufbau unseres Landes willkommen sind, wenn sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Michael Andrejewski, NPD: Wendehälse.)

Harald Ringstorff hat das schon in seiner Regierungserklärung im Dezember 98 sehr klar formuliert, ich zitiere auch ihn: "... jeder, der guten Willens ist, muß eine Chance haben, beim Aufbau unseres Landes mitzumachen. Wir brauchen alle, die mit Herz und Hand"

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

"und guten Ideen zum Aufbau Mecklenburg-Vorpommerns beitragen wollen." Soweit das Zitat. Ich meine, das sind gute Leitsätze auch für die Zukunft.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Regierung aus SPD und PDS hat einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in unserem Land und zum Zusammenwachsen von Ost und West geleistet, und das bleibt über den Tag hinaus.

Harald Ringstorff stand 10 Jahre und damit länger als jeder andere an der Spitze unseres Landes, 8 Jahre mit der PDS, 2 weitere erfolgreiche Jahre mit der CDU. Er hat die Regierungsarbeit in unserem Land stärker geprägt als jeder andere und er war mit seiner mecklenburgischen Art, mit seiner Liebe zur plattdeutschen Sprache ein hoch anerkannter Landesvater. Ihm gebührt ein besonderer Dank, wenn wir auf 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern zurückblicken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, seit Mitte des letzten Jahrzehnts läuft die dritte Phase in der Entwicklung unseres Landes, eine Phase, in der sich die positive Entwicklung in der Wirtschaft erstmals auch auf dem Arbeitsmarkt immer stärker bemerkbar macht, eine Phase aber auch mit neuen Herausforderungen. Wir müssen das Land darauf einstellen, dass die Finanzmittel von der EU, vom Bund, von den finanzstarken Ländern zurückgehen, und auch der demografische Wandel stellt uns vor neue Herausforderungen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Das kompensieren wir schon.)

Die Antwort, die die Landesregierung aus SPD und CDU darauf gibt, ist klar: Wir investieren in die Bereiche, die für die Zukunft unseres Landes besonders wichtig sind, in die wirtschaftliche Entwicklung und gute Arbeitsplätze, in Familien und Kinder, in Schulen und Bildung und wir verbinden das mit einem Kurs der soliden Finanzpolitik. Das ist unser Weg zu einer Zukunft aus eigener Kraft, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Dazu gehört, dass wir Mut auch zu schwierigen Reformen haben müssen. Das gilt für die Kreisgebietsreform, die von dieser Regierung erfolgreich abgeschlossen wurde, und es gilt für die anderen weiteren notwendigen Strukturveränderungen. Ich sage Danke an die Abgeordneten der beiden Regierungsfraktionen, die das aktiv und verantwortlich mitgestaltet haben. Vielen Dank!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gerne.)

Ebenso gilt das für den notwendigen Personalabbau in den Landesverwaltungen, den wir ohne betriebsbedingte Kündigungen gestalten. Ende des Jahres werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach sagen können: Mecklenburg-Vorpommern hat über 10 Jahre lang keine neuen Schulden aufgenommen. Im Gegenteil, wie haben sogar Schulden abgebaut. Das ist einer der größten Erfolge in 25 Jahren Mecklenburg-Vorpommern.

Mir war in den letzten Jahren noch ein zweites Ziel besonders wichtig, nämlich das Ziel, dass Mecklenburger und Vorpommern mit mehr Stolz auf das blicken, was wir gemeinsam erreicht haben.

(Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen!)

Ich habe 2008 in der Regierungserklärung nach meinem Amtsantritt gesagt, ich zitiere auch das: "... unser Ziel ist ein starkes, selbstbewusstes, modernes Bundesland,"

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Ein Armenhaus sind wir. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

"ein Land, von dem die Menschen in ganz Deutschland und darüber hinaus sagen, da möchte ich leben, da möchte ich arbeiten, ein Land, das stolz ist auf seine Leistungen und seine Traditionen selbstbewusst pflegt …" Soweit das Zitat und ich sage, auch auf diesem Weg sind wir in den letzten Jahren gut vorangekommen.

(Udo Pastörs, NPD: Kann man stolz drauf sein.)

Das Gemeinschaftsgefühl ist erheblich gestärkt,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

der Stolz auf das, was wir erreicht haben, wächst,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Wächst! – Stefan Köster, NPD: Das Einzige, was hier wächst, ist vielleicht Ihr Bankkonto.)

und auch deshalb können wir sagen: Die Jahre der Landesregierung aus SPD und CDU waren die bislang erfolgreichsten für unser Land.

(Udo Pastörs, NPD: Märchenstunde.)

Meine Damen und Herren, die Zahlen aus dem aktuellen M-V-Monitor sind eindeutig: 94 Prozent sagen, dass sich Mecklenburg-Vorpommern seit seiner Gründung gut oder sogar sehr gut entwickelt hat.

(Udo Pastörs, NPD: Das zeigt die Umfrage.)

Das ist ein großartiges Ergebnis, über das wir uns gemeinsam sehr freuen können.

Diese positive Bilanz zeigt sich erfreulicherweise in allen Bevölkerungsgruppen – bei den jüngeren genauso wie bei der mittleren und der älteren Generation, bei Männern genauso wie bei Frauen und auch in beiden Landesteilen. Auch in Vorpommern ziehen 91 Prozent eine positive Bilanz der Entwicklung unseres Landes. Das ist wichtig, denn der östliche Teil hatte das in den letzten 25 Jahren oft schwerer, nicht weil die Menschen dort weniger leisten, sondern wegen der Randlage in Deutschland. Insgesamt gilt, beide Teile unseres Landes haben sich gut entwickelt und beide brauchen auch in Zukunft weiter unsere Unterstützung.

(Michael Andrejewski, NPD: Das sehen wir ja in Vorpommern jeden Tag. – Udo Pastörs, NPD: Was für ein Zynismus!)

Meine Damen und Herren, dass die Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern nahezu einhellig eine positive Bilanz über die Entwicklung unseres Landes ziehen, das hat gute Gründe und ist mehr als nachvollziehbar. Mecklenburg-Vorpommern ist schließlich in den letzten 25 Jahren umfassend modernisiert worden. Im letzten Vierteljahrhundert sind riesige Summen in den Aufbau unseres Landes investiert worden, zusammen 37,8 Milliarden.

(Udo Pastörs, NPD: Da sind die Fördergelder aus dem Topf verschwunden.)

Dass dieses Geld gut angelegt worden ist, das zeigt sich besonders deutlich am Erscheinungsbild unserer Dörfer und Städte. Die meisten erstrahlen heute wieder im neuen Glanz.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Wismar und Stralsund haben Eingang ins Weltkulturerbe gefunden, und ich hoffe, dass auch Schwerin, die ohne Zweifel schönste Landeshauptstadt in Deutschland, bald dazukommen wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Insgesamt muss man sagen, unser Land hat deutlich an Attraktivität gewonnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Udo Pastörs, NPD: Was für ein Heuchler! Was für ein Heuchler!)

Komplett erneuert wurde die Verkehrsinfrastruktur. Ich kann mich noch gut an Zeiten erinnern, als eine Fahrt von Greifswald nach Schwerin eine halbe Tagesreise war. Heute geht das in weniger als zwei Stunden. Die A 20, die Verlängerung der A 14, der Bau der neuen Rügenbrücke, zahlreiche neue Ortsumgehungen haben Mecklenburg-Vorpommern deutlich besser erschlossen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und

natürlich auch eine deutliche Verbesserung für die Menschen im Land.

Meine Damen und Herren, vor allem aber haben wir mit den dafür zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln einen außerordentlich erfolgreichen wirtschaftlichen Aufholprozess im Land gestaltet. Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten 25 Jahren seine wirtschaftliche Basis erheblich verbreitert und enorm an Wirtschaftskraft gewonnen.

Eine große Erfolgsgeschichte hat schon sehr früh der Tourismus geschrieben. Natürlich, Urlaub gemacht hat man in der DDR auch schon an der Ostsee, aber in den letzten 25 Jahren sind zu den Gästen aus Sachsen und Berlin viele Urlauber aus den westdeutschen Ländern und darüber hinaus dazugekommen. Und mancher, der hier seine Ferien verbracht hat, ist für immer geblieben.

2014 hat die Tourismusbranche wieder einmal, nahezu jedes Jahr ist das der Fall, einen neuen Übernachtungsrekord erzielt. 2015 lag die Zahl der Übernachtungen in den ersten sieben Monaten noch einmal über den sieben Monaten von 2014. Mecklenburg-Vorpommern ist heute das Tourismusland Nummer eins in Deutschland, und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

In einer anderen traditionsreichen Branche hatten wir hingegen von Anfang an mit großen Problemen zu kämpfen. Es gab in den letzten 25 Jahren mehrere Werftenkrisen. Die Zahl der dort Beschäftigten ist immer weiter zurückgegangen und auch heute befinden sich einige unserer Werften in schwierigem Fahrwasser. Aber immerhin, anders als viele andere in der Welt sind sie noch am Markt und sie haben Zukunftschancen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

wenn es ihnen gelingt, sich erfolgreich neue Märkte zu erschließen.

(Udo Pastörs, NPD: Immerhin sind sie noch da. Die Hallen stehen noch.)

vor allem im Spezialschiffbau und im Offshorebereich. Wir werden sie dabei unterstützen, wo immer das rechtlich möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Aber über eines, sage ich, müssen wir uns im Klaren sein: Am Ende entscheidet nicht das Land, sondern der Markt darüber, ob der Strukturwandel gelingt. Es ist ein Irrglaube, das Land könne ein maritimes Konzept schreiben und dann gehe es den Werften wieder gut, meine Damen und Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben Sie alles schon dreimal vorgetragen, was Sie hier bieten.)

Viele andere Branchen haben sich in den letzten Jahren eindeutig positiv entwickelt. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe gehören nach dem Strukturwandel zu den leistungsstärksten und produktivsten in ganz Deutschland. Sie sind zugleich die Basis für eine starke Ernährungswirtschaft. Die Gesundheitswirtschaft habe ich schon angesprochen. Sie ist mit mehr als 100.000 Beschäftigten heute eine der tragenden Säulen der Wirtschaft des Landes. Und mit den erneuerbaren Energien haben wir

uns ein weiteres wichtiges Zukunftsfeld erschlossen, in dem Tausende neue Arbeitsplätze entstanden sind.

Gut entwickelt hat sich auch die Hafen- und Logistikwirtschaft, wobei unsere Häfen nicht nur wichtig sind für den Passagierverkehr und Güterumschlag, sie sind in den letzten 25 Jahren auch wichtige Industriestandorte geworden, in denen direkt an der Kaikante produziert wird. Und im Umfeld unserer Universitäten und in den Technologiezentren des Landes sind zahlreiche innovative junge Unternehmen entstanden, die sich am Weltmarkt behaupten. Hinzu kommen ein starkes Handwerk und der gewerbliche Mittelstand als das wirtschaftliche Rückgrat unseres Landes.

Die wachsende Wirtschaftskraft macht sich erfreulicherweise auch immer stärker am Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten zehn Jahren praktisch halbiert, und das ist nicht allein ein demografischer Effekt, sondern die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum deutlich angestiegen.

Was besonders wichtig ist: Die Zeiten, in denen junge Menschen für eine Ausbildung in andere Länder gehen mussten, sind endgültig vorbei.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Es gibt inzwischen genügend Ausbildungsplätze und es gibt gute Zukunftschancen für junge Menschen. Das ist eines der wichtigsten Ergebnisse nach 25 Jahren Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, zu einer ehrlichen Bilanz gehört aber auch die Feststellung, dass wir trotz aller Fortschritte immer noch Rückstand aufweisen. Die Wirtschaftskraft und die Einkommen sind bei uns wie auch in den anderen ostdeutschen Ländern immer noch niedriger, die Arbeitslosenzahlen immer noch höher als in den westdeutschen Ländern. Auch dessen sind sich die Menschen bei uns im Land sehr bewusst. Nur 8 Prozent der Menschen sehen die Ost-West-Angleichung schon als weitgehend abgeschlossen an. 90 Prozent meinen, dass es nach wie vor größere Unterschiede sind. Wir sind also wirtschaftlich auf einem guten Weg, aber wir sind noch nicht am Ziel. Es werden auch in Zukunft große Anstrengungen erforderlich sein, um die ostdeutschen Länder weiter voranzubringen. Auch deshalb kämpfen wir - in großer Gemeinsamkeit mit den anderen ostdeutschen Ländern – für einen fairen Länderfinanzausgleich.

Meine Damen und Herren, auch im sozialen Bereich und in der Bildung ist eine positive Entwicklung festzustellen. Ein gutes Angebot an Kitaplätzen gab es hierzulande schon während der DDR-Zeiten und es war ganz sicher richtig, das nach 1990 zu erhalten. Heute besuchen 97 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen eine Kita bei uns. Bei den Unterdreijährigen sind es 56 Prozent. Damit liegen wir ganz vorne in der Spitzengruppe in Deutschland.

Gute Kitas, das ist ein Thema, bei dem die westdeutschen Länder auch heute noch viel von den ostdeutschen Ländern lernen können.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tja.)

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren einen klaren Schwerpunkt bei den Kitas gesetzt. Wir haben die Landesausgaben in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Wir haben mit einer Vielzahl von Schritten die Kitas deutlich verbessert, die Elternbeiträge gesenkt in der Krippe und im letzten Kitajahr. Wir zahlen das Mittagessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien, wir haben inzwischen kleine Gruppen, wir haben den Erzieherinnen und Erziehern mehr Vor- und Nachbereitungszeit ermöglicht, die vorschulische Bildung gestärkt. Das sind wichtige Voraussetzungen für die Eltern und vor allem für die Kinder bei uns im Land.

Meine Damen und Herren, deutlich schwieriger gestaltete sich lange Zeit die Entwicklung an den Schulen. Für mich gehört es zu den größten Fehlern der Anfangszeit, dass 1990 die damalige Landesregierung mit großer Selbstverständlichkeit einfach das westdeutsche Schulsystem übernommen hat. Vieles haben wir inzwischen korrigiert. Heute haben wir ein gutes System aus Gymnasien und Regionalschulen. Der ostdeutschen Tradition entsprechend gibt es das Abitur nach zwölf Jahren und das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 6.

Aber natürlich haben diese Richtungswechsel, die nötig waren, auch zu Unruhe an den Schulen geführt, ebenso wie die Probleme, die aus dem demografischen Wandel resultieren. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler sank in den 90er-Jahren auf ein Drittel der vorherigen Zahlen. Das führte natürlich in den Kreisen und kreisfreien Städten zu schwierigen Debatten um den Erhalt der Schulen, um Schulschließungen und es führte zu einem – inzwischen zum Glück beendeten – Lehrerpersonalkonzept, von dem ich aber ganz deutlich bei dieser Gelegenheit sagen will, das war eine große Solidarleistung der Lehrerinnen und Lehrer, verbunden mit erheblichen Einschnitten und mit großem Einsatz. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Diese Landesregierung hat in dieser Wahlperiode ganz bewusst zwei Schwerpunkte in der Schule gesetzt, um nach Jahren der Unruhe wieder zu Verlässlichkeit und zu mehr Gemeinsamkeit zu kommen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es soll mehr Kommunikation, mehr Gespräche mit den Eltern und Lehrern geben und eine deutlich bessere Organisation. Natürlich müssen die Lehrer, wenn sie in die großen Ferien gehen, wissen, wo sie nach den großen Ferien eingesetzt werden.

Wir haben inzwischen ein 50-Millionen-Paket auf den Weg gebracht, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Und es ging mir, das habe ich auch 2008 schon in der Regierungserklärung gesagt, um einen Punkt ganz besonders, nämlich dass wir die Zahl derer, die unsere Schulen ohne einen Abschluss verlassen, deutlich verringern müssen. Darauf haben wir große Anstrengungen verwandt, mit Erfolg: Die Zahl hat sich seit 2008 halbiert. Wir können sagen: Nach vielen schwierigen Jahren sind unsere Schulen heute wieder auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, große Summen wurden in den letzten 25 Jahren in die Universitäten, die Hochschu-

len und die Fachhochschulen investiert – in Baumaßnahmen, aber natürlich vor allem in Lehre und Forschung, auch das mit Erfolg. Unsere Hochschulen ziehen heute Studierende aus ganz Deutschland an. Sie bieten Wissenschaftlern gute Arbeitsbedingungen. Und die Universitäten in Rostock und Greifswald sind heute zugleich wichtige Entwicklungsmotoren für das Land.

Deshalb können wir heute sagen, es war richtig, dass wir uns auch gegen manchen Expertenrat für den Erhalt der Universitätsmedizin in Greifswald entschieden haben. Das war eine ganz wichtige Weichenstellung, auch für die Entwicklung insgesamt im Landesteil Vorpommern. Genauso wichtig war natürlich der Aufbau der Fachhochschule in Stralsund.

Und auch die Hochschulen in Wismar und Neubrandenburg liefern wichtige Impulse für die Entwicklung ihrer Region. Die neu aufgebaute Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Güstrow – ebenfalls sehr wichtig – hat die Qualität der Landesverwaltung erheblich verstärkt. Und von besonderem Wert ist für mich – ich denke, für uns alle – die Hochschule für Musik und Theater im alten Katharinenstift in Rostock. Sie bereichert auf vielfältige Weise das kulturelle Leben im Land, eine Perle, auf die wir stolz sein können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Insgesamt muss man ja sagen, wenn man sich im Land umschaut, Mecklenburg-Vorpommern verfügt nach diesen 25 Jahren über eine wirklich vielfältige Kultur- und Kunstszene. Unsere Musikfestivals, allen voran die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern, das Usedomer Musikfestival, begeistern Einheimische wie Urlaubsgäste gleichermaßen. Das gilt in gleicher Weise für unsere Museen, das Staatliche Museum hier in Schwerin, die Kunsthalle in Rostock, das Pommersche Landesmuseum in Greifswald oder das Meeresmuseum und Ozeaneum in Stralsund.

Von besonderer Bedeutung war für alle Landesregierungen immer die Bewahrung unseres historischen Erbes. Und dazu gehört natürlich auch die Backsteingotik in den alten Hansestädten. Dazu gehört der Erhalt der Schlösser und Herrenhäuser bei uns im Land, fast 2.000. Ich kenne kein Land, das über so viel verfügt. Und besonders wertvoll sind die vielen kleinen Kunstprojekte, die vielen kleinen Kulturveranstaltungen. Sie sind ein beeindruckendes Zeugnis für die kulturelle Vielfalt unseres Landes in unseren Städten, aber eben gerade auch auf dem Land, die kulturelles Leben anbieten und den sozialen Zusammenhalt stärken.

Meine Damen und Herren, bei dem Thema "sozialer Zusammenhalt" gehen, wenn man die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern befragt, die Meinungen auseinander. Eine Hälfte der Bevölkerung sieht auch hier eine positive Entwicklung. Demgegenüber haben vor allem viele Ältere das Gefühl, von diesem sozialen Zusammenhalt sei in den letzten 25 Jahren etwas verloren gegangen oder jedenfalls aktuell gefährdet. Und vielleicht gibt es ja beide Tendenzen.

Deutschland hat in den letzten Jahren unzweifelhaft an wirtschaftlicher Stärke gewonnen. Zu beklagen ist allerdings, dass in der gleichen Zeit die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgegangen ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die sozialen Unterschiede zählen zu den größten Defiziten der letzten 25 Jahre. Trotz aller Fortschritte bei uns im Land sind immer noch rund 80.000 Menschen arbeitslos und andere arbeiten unter sehr prekären Verhältnissen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nicht alle Menschen haben bisher von der positiven Entwicklung der letzten 25 Jahre profitieren können. Das zu ändern, ist eine ganz wichtige Aufgabe für die Zukunft. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Sehr gut.)

Wir sehen aber auf der anderen Seite auch ein großartiges soziales Engagement im Land. Besonders wertvoll ist die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen. Jeder Dritte im Land engagiert sich ehrenamtlich – bei der Feuerwehr, im Sport, in den sozialen Diensten, technischen Hilfsdiensten, Kirchengemeinden.

(Udo Pastörs, NPD: Muss sich gängeln lassen.)

in der Kultur, in der Kommunalpolitik. Dieses Engagement ist sehr wertvoll und verdient alle Unterstützung. Dafür gibt es seit diesem Jahr die Ehrenamtsstiftung,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Tja!)

deren Arbeit inzwischen auch die früheren Skeptiker schätzen lernen, meine Damen und Herren. Ich sage bei dieser Gelegenheit sehr ausdrücklich einen großen öffentlichen Dank an alle Ehrenamtlichen im Land für ihr großartiges Engagement. Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine besonders große Hilfsbereitschaft gab und gibt es immer in schwierigen Zeiten. Wir haben das während der großen Elbefluten 2002, 2013 erlebt, als viele Freiwillige unermüdlich Sandsäcke gefüllt und mitgeholfen haben, dass die Deiche halten. Und wir erleben auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen ein großartiges ehrenamtliches Engagement. Es ist wichtig, dass wir uns diese Solidarität, diese Hilfsbereitschaft, diesen Zusammenhalt bewahren. Das ist für mich die wichtigste Grundlage, wenn wir weiter gut vorankommen wollen in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, eine moderne Infrastruktur, deutliche Fortschritte in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt, gute Chancen inzwischen auch für junge Menschen, insbesondere für Familien mit Kindern,

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ein starker Zusammenhalt im Land – Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten 25 Jahren insgesamt deutlich an Attraktivität gewonnen. Unser Land bietet eine Heimat, in der man sich wohlfühlt. 95 Prozent der Menschen meinen, dass es sich heute gut oder sogar sehr gut in Mecklenburg-Vorpommern leben lässt. Das ist vielleicht

die wichtigste Erklärung dafür, dass nach vielen Jahren der Abwanderung in den vergangenen beiden Jahren erstmals wieder mehr Menschen zu uns gekommen sind, als von hier weggezogen sind.

All das zeigt, wir sind auf einem guten Weg. Unser schönes Mecklenburg-Vorpommern ist inzwischen ein hoch attraktives Bundesland, in das die Menschen gern kommen, um zu leben und zu arbeiten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Diese gute Entwicklung ist nicht allein das Ergebnis von Weichenstellungen auf Landesebene, sondern einen großen Anteil daran haben selbstverständlich auch die Städte und Gemeinden. Wir haben vielerorts eine sehr gut funktionierende kommunale Selbstverwaltung. Und wir erleben in vielen Städten und Gemeinden engagierten Bürgersinn und sozialen Zusammenhalt. Ich sage: Vielen Dank an alle, die auf kommunaler Ebene Verantwortung tragen und ihre Stadt, ihre Gemeinde in den letzten 25 Jahren gut vorangebracht haben!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Sehr gut.)

Vor allem aber waren es natürlich die Menschen selbst, die ihr Land in den letzten 25 Jahren deutlich vorangebracht haben. Sie haben nach 1990 beherzt angepackt, die neuen Möglichkeiten genutzt, sich durch Rückschläge nicht vom Weg abbringen lassen. Ich denke, wir können sagen, wir in Mecklenburg-Vorpommern können sehr stolz sein auf das,

(Udo Pastörs, NPD: Stolz! Toll!)

was wir gemeinsam in den letzten 25 Jahren geschafft haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, aus der positiven Erfahrung, sich unter schwierigen Bedingungen mit Mut und Einsatz bewährt zu haben, eine wirklich beeindruckende Aufbauleistung geschafft zu haben, daraus ist berechtigter Stolz erwachsen, aber nicht nur, wir in Mecklenburg-Vorpommern haben ein gesundes Selbstbewusstsein entwickelt, ein positives Selbstwertgefühl als Mecklenburger und Vorpommern. Wir wissen, was wir können und wer wir sind, und wir sagen inzwischen gern: "Ich bin aus Mecklenburg-Vorpommern", meine Damen und Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Vor allem aus Berlin, wenn Sie nach Hause fahren.)

Ich treffe viele Menschen bei uns im Land, die sich darauf freuen, sich weiter einzubringen, die weiter alles dafür tun wollen, damit sich diese positive Entwicklung im Land fortsetzt. Und da sage ich, die Landesregierung und auch der Landtag, wir alle, die wir politische Verantwortung tragen, müssen diesen Menschen die notwendige Unterstützung dafür geben und gute Bedingungen schaffen, damit wir diese Ziele auch gemeinsam erreichen.

Ich sehe dafür in den nächsten zehn Jahren zehn wichtige konkrete Aufgaben.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Die erste ist nach wie vor die wichtigste: unser Land wirtschaftlich weiter voranzubringen, damit Arbeitsplätze gesichert werden und neu entstehen. Deshalb brauchen wir – da sind wir uns einig in der Koalition von SPD und CDU –, wir brauchen weiter eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die gezielt auf Zukunftsbranchen setzt und die konsequent auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist.

Dabei geht es uns immer – das ist die zweite Aufgabe – um gute Arbeitsplätze. Das ist wichtig für die Menschen und auch für die wirtschaftliche Entwicklung im Land, denn der Wettbewerb um Fachkräfte wird in den kommenden Jahren härter werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das war er schon.)

und da werden wir nur mithalten können, wenn die Unternehmen faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen bieten. Viele Unternehmen im Land haben das inzwischen erkannt, setzen auf gute Arbeit. Aber es gibt auch noch andere, die diesem Beispiel noch folgen müssen.

Mecklenburg-Vorpommern hat im Bundesrat und auch vorher im Land zu den Wegbereitern des Mindestlohnes gehört, und zwar nicht nur mit Blick auf die, die dann direkt vom Mindestlohn profitieren, sondern auch, um im Land eine Lohnspirale nach oben in Bewegung zu setzen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

damit wir davon wegkommen, dass wir das niedrigste Lohnniveau in ganz Deutschland haben. Den Mindestlohn gibt es jetzt und er zeigt positive Wirkung.

In den kommenden Jahren wird es darum gehen, den Tariflohn in den Mittelpunkt zu rücken, denn dort, wo Tarif gezahlt wird, ist die Lohnangleichung zwischen Ost und West deutlich weiter fortgeschritten. Die Landesregierung hat deshalb schon vor einigen Jahren gemeinsam mit den Gewerkschaften und einigen Wirtschaftsverbänden eine Tarifpartnerschaft gegründet. Und wir haben in der Wirtschaftsförderung einen Bonus eingebaut für Unternehmen, die Tariflohn zahlen. Auf diesem Weg müssen wir in den kommenden Jahren weitergehen. Wir brauchen mehr Tariflohn in Mecklenburg-Vorpommern und wir brauchen eine starke Sozialpartnerschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Die dritte Aufgabe: Wir müssen die großen Chancen nutzen, die die Energiewende für unser Land bietet, und zwar konsequent. Das ist seit Jahren die klare Linie der Landesregierung. Eine große Mehrheit der Menschen in unserem Land unterstützt das und bescheinigt uns bei diesem Thema gute Arbeit, inzwischen 80 Prozent. Allerdings erleben wir auf der anderen Seite auch, dass überall im Land Initiativen gegen neue Windparks und andere Energieanlagen vor ihrer Haustür entstehen. Für mich kann es auf diese Doppeldeutigkeit nur eine Antwort geben: Wir müssen beim Ausbau der erneuerbaren Energien so behutsam, transparent und mit so viel Beteiligung wie möglich vorgehen, aber wir dürfen uns von unserem Ziel nicht abbringen lassen, wir werden nicht jedem Protest nachgeben können. Wir brauchen den Ausbau der erneuerbaren Energien, damit Deutschland aus der Atomkraft aussteigen kann,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und wir brauchen ihn als große wirtschaftliche Chance für unser Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die vierte Aufgabe liegt auf dem Gebiet der Infrastruktur. Es gibt weiter wichtige Verkehrsprojekte: die Verlängerung der A 14, die B 96n auf Rügen. Zum Glück können wir sagen, dass wir hoffentlich noch in diesem Jahr bei beiden die ersten Abschnitte einweihen.

Ausgebaut werden muss natürlich als modernste Form der Infrastruktur die Versorgung mit schnellem Internet. Wir werden diese Aufgabe nur gemeinsam mit dem Bund leisten können. Aber es ist völlig klar, dass auch wir selbst stärkere Anstrengungen unternehmen müssen und das auch tun werden.

Meine Damen und Herren, die fünfte Aufgabe ist die Fortführung der soliden Finanzpolitik. Das ist der richtige Kurs, auch im Interesse kommender Generationen, denen wir nicht einen Berg von Schulden hinterlassen können. Und solider Haushalt bedeutet, bei der politischen Arbeit klare Schwerpunkte zu setzen.

Da steht für mich weiter ganz vorne, gute Bedingungen für Familien und Kinder zu schaffen. Das ist die sechste Aufgabe. Wir alle wissen, gerade die ersten Jahre entscheiden über den Lebensweg eines Kindes. Wir brauchen gute Kitas, damit Eltern Familie und Beruf miteinander verbinden können und damit unsere Kinder gute Chancen von Anfang an haben.

Was in den Kitas begonnen wurde, das muss in der Schule fortgesetzt werden. Gute Schulen sind deshalb das siebte wichtige Aufgabenfeld. Und da will ich zunächst ein Wort des Dankes sagen an die Fraktion der SPD, der CDU und der LINKEN, dass sie sich auf ein gemeinsames Konzept zur Inklusion verständigt haben. Das ist ein hochsensibles Thema mit erheblichen Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer, mit vielen Unsicherheiten bei den Eltern. Und deshalb ist es wichtig.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und deshalb ist es wichtig, dass wir diese Aufgabe gemeinsam angehen. Kinder mit einer Behinderung brauchen bestmögliche Förderung, genauso wie alle anderen Kinder auch. Lassen Sie uns deshalb das, was wir gemeinsam beschlossen haben, auch gemeinsam umsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich würde mir wünschen, dass wir auch auf anderen Feldern der Schulpolitik zu großer Gemeinsamkeit finden, vielleicht dann sogar zusammen mit den GRÜNEN. Wir brauchen nach meiner Überzeugung in den kommenden Jahren kein Herumbasteln am System, sondern wir brauchen vor allem gute Organisation und ein gutes Miteinander in den Schulen, mit konkreten Verbesserungen für Eltern, Lehrer und Schüler. Für mich ist ein wichtiges Feld dabei die Ganztagsschule, denn auch die Ganztagsschulen helfen bei der Vereinbarkeit von Fami-

lie und Beruf und sind gleichzeitig ein Garant für gute und gleiche Chancen unserer Kinder.

Meine Damen und Herren, gute Lebensbedingungen brauchen wir auch für die älteren Menschen im Land. Das ist die achte Aufgabe, die ich ansprechen möchte. Hier im Landtag gibt es die Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern". Deren Ergebnissen will ich nicht vorgreifen, aber es ist klar, worum es geht: um altersgerechtes Wohnen, um Mobilität, medizinische Versorgung und es geht um die Möglichkeit, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Ja, um Teilhabe.)

Das ist besonders wichtig, meine Damen und Herren, damit wir alle, die wir heute ja deutlich älter werden als frühere Generationen, die uns geschenkte zusätzliche Zeit möglichst positiv gestalten und genießen können, damit wir möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen.

Und wir müssen weiter, das ist für alle ostdeutschen Länder eine ganz wichtige Aufgabe, wir müssen uns weiter für eine Angleichung der Renten einsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Viele Menschen im Land, nicht nur ältere, auch jüngere, empfinden es als große Ungerechtigkeit, dass es 25 Jahre nach der deutschen Einheit immer noch eine Rente Ost und eine Rente West gibt. Bei der Bildung der heutigen Bundesregierung ist vereinbart worden, dass die Angleichung Ende 2019 abgeschlossen sein soll. Das muss jetzt umgesetzt werden. Und wir brauchen, damit wir dieses Ziel erreichen, vorher schon einen Zwischenschritt. Dafür wird sich die Landesregierung weiter einsetzen. Wir brauchen endlich die Angleichung der Renten in Ost und in West.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, die neunte Aufgabe ist von besonderer Aktualität. In den vergangenen Monaten ist eine große Zahl an Flüchtlingen nach Deutschland gekommen, auch zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern. Im Moment steht im Vordergrund, für alle eine Unterkunft zu organisieren, ein Dach über dem Kopf. Hier unternehmen Land, Kommunen, Hilfsorganisationen, Ehrenamtliche große Anstrengungen, um das sicherzustellen.

(Michael Andrejewski, NPD: Im Hause Sellering ist sicher noch Platz.)

Viele setzen sich ein bis an die Grenzen ihrer Kraft. Ich finde, wir sollten hier deutlich das Signal aussenden: Herzlichen Dank an alle, die das tun!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die eigentliche Aufgabe, das ist uns allen klar, wird erst danach beginnen. Wir müssen denjenigen, die bei uns bleiben, die Möglichkeit bieten, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Es geht um das Erlernen der deutschen Sprache zuallererst, um die Integration in Kitas,

Schulen, Arbeitsmarkt. Wir müssen allen, die hier bleiben, eine Chance bieten.

(Udo Pastörs, NPD: Natürlich. Und denen, die noch kommen.)

ihren Platz in unserer Mitte zu finden, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Das wird noch viele Anstrengungen erfordern.

(Udo Pastörs, NPD: Wir müssen das.)

Wichtig ist, dass wir Kurs halten,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Schutzbedürftige aufnehmen,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

zurückschicken, wer diesen Schutz nicht braucht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und bei der Aufnahme der Flüchtlinge müssen wir sehr aufpassen, dass nicht Gruppen gegeneinander ausgespielt werden.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Vorschläge wie etwa der, den Mindestlohn für Flüchtlinge auszusetzen, sind vor diesem Hintergrund höchst gefährlich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das schafft einen Verdrängungswettbewerb, das ist sozialer Sprengstoff, und deshalb lehnen wir diesen Vorschlag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen gute Bedingungen für alle Menschen in unserem Land, für Kinder aus Flüchtlingsfamilien ebenso wie für einheimische Kinder,

(Udo Pastörs, NPD: Für die ganze Welt.)

für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus Schwerin, Rostock und Pasewalk ebenso wie für Flüchtlinge, die neu zu uns kommen und sich hier eine eigene Zukunft aufbauen wollen.

Meine Damen und Herren, deshalb ist die zehnte Aufgabe besonders wichtig. Mecklenburg-Vorpommern ist heute, 25 Jahre nach der deutschen Einheit, ein demokratisches und weltoffenes Land.

(Stefan Köster, NPD: Was für ein Märchen!)

Ich verkenne nicht, dass es in unserem Land auch andere Strömungen gibt, die unappetitliche NPD hier im Landtag,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

die rechtsextremen Strukturen im Land, aber ich bin stolz darauf, dass Zehntausende in unserem Land dagegenhalten und Hass und Gewalt eine klare Absage erteilen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dieses Engagement müssen wir erhalten, denn diejenigen, die auf Deutschtümelei, auf Hass und Gewalt setzen,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Deutschtümelei!)

die haben noch nie Lösungen geboten, im Gegenteil, ihre geistigen Ahnen haben vor 75 Jahren die halbe Welt in Schutt und Asche gelegt und Millionen von Toten zu verantworten.

(Udo Pastörs, NPD: Schauen Sie mal nach England rüber! Das sind die geistigen Ahnen, die mit verantwortlich sind.)

Rechtsextremisten, und schreien sie noch so laut, dürfen in Deutschland nie wieder etwas zu sagen bekommen,

(Beifall Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und Mecklenburg-Vorpommern muss auch in Zukunft ein demokratisches und weltoffenes Land bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zehn Aufgaben für die nächsten zehn Jahre, ein Fahrplan für die notwendige sachliche Arbeit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

damit am Ende unsere Vision von Mecklenburg-Vorpommern wahr wird, ein modernes, ein wirtschaftlich starkes, ein soziales, ein weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern, ein Land, in dem die Menschen gerne leben und in dem sie mit Selbstbewusstsein, Optimismus und Zuversicht die anstehenden Aufgaben angehen. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Ich mache in diesem Zusammenhang der guten Ordnung halber darauf aufmerksam, dass die unparlamentarischen Begriffe wie "Heuchler" und so weiter hier im Parlament nichts zu suchen haben, Herr Pastörs.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 165 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir heute Revue passieren lassen, was in 25 Jahren passiert ist und was wir erreicht haben, steht für mich eins fest: Die Menschen in unserem Land haben allen Grund, stolz auf ihre Leistungen zu sein. Sie haben in den 25 Jahren Großartiges geleistet, die positiven Entwicklungen sind vor allem ihre Erfolge. Die Menschen lieben ihr Land, unsere Heimat, das ist ein Pfund, mit dem sich wuchern lässt, das ist ein Fundament, auf dem sich weiter aufbauen lässt. Das gilt für die Regierung, die Opposition und genauso und insbesondere für alle Menschen, die sich für unser Land engagieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich möchte, meine Damen und Herren, etwas hervorheben, was mir besonders wichtig ist: Die politische Wende in der DDR, der Weg in die Einheit und die Gestaltung der Einheit verliefen friedlich, verliefen emotional, aber friedlich und gewaltfrei. Ich komme später darauf zurück.

Vieles wurde in diesem Vierteljahrhundert auch in Mecklenburg-Vorpommern erreicht, der Ministerpräsident ist darauf eingegangen. Und diese vielen positiven Entwicklungen werden von uns mitgetragen. Er hat auch zu Recht davon gesprochen, dass sich die politische und wirtschaftliche Wende für viele Menschen nicht ohne Brüche und ohne große Enttäuschungen vollzogen hat. Er hat zu Recht davon gesprochen, dass das Schließen vieler DDR-Betriebe eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit hervorgebracht hat, denn die Bürgerinnen und Bürger der DDR wollten Freiheit und Demokratie. Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit wollten sie nicht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Abertausende Menschen haben vor der Treuhandanstalt gegen die Kahlschlagpolitik demonstriert. Mit der Deindustrialisierung wurde die Mehrzahl der Betriebe zu verlängerten Werkbänken oder ganz abgewickelt. Die grundlegenden Veränderungen der vergangenen 25 Jahre verliefen friedlich und gewaltfrei, aber ich frage mich: Warum kommt es 70 Jahre nach der vernichtenden Niederlage des Faschismus und 25 Jahre nach der Wiedergeburt unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern dazu, dass in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern Rechtsradikale gegen Menschen hetzen und nicht zurückschrecken vor Gewalt und Terror?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich sehe Galgen, an denen Namen von Politikerinnen und Politikern öffentlich aufgehängt werden, ich sehe Sprüche, die genau dieses dokumentieren.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Die Saat dieser rechtsextremistischen Demagogen, der geistigen Brandstifter, geht zunehmend auf.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Immer häufiger brennen in Deutschland Häuser, in denen Menschen, die vor Krieg, Terror, Leid und Not zu uns fliehen, untergebracht werden sollen. Auf Hass und Verachtung lässt sich kein stabiles Gemeinwesen aufbauen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und deswegen, meine Damen und Herren, will ich mit aller Deutlichkeit für mich und meine Fraktion sagen, es gibt keinen gemeinsamen Weg, ob mit der NPD oder der AfD. Oder meint etwa jemand nach den jüngsten Demonstrationen in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern, mit Demokratiegegnern und Dogmatikern könne und müsse man reden? Nein, meine Damen und Herren, mit Dogmatikern kann man nicht reden, man muss sie bekämpfen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von Stefan Köster, NPD, und David Petereit, NPD)

Alle Demokratinnen und Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern stehen nicht zuletzt wegen der schrecklichen Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen in ganz besonderer Verantwortung, rechtsextremistisches Denken und Handeln zurückzudrängen und dafür zu sorgen, dass es von der Straße, aus den Köpfen und aus den Parlamenten verschwindet.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Auch aus diesem Grund, und da bin ich voll beim Ministerpräsidenten, auch aus diesem Grund müssen alle Demokratinnen und Demokraten in der Flüchtlingsfrage, und nicht nur in dieser Frage, zusammenstehen. Gemeinsam müssen wir auch dafür sorgen, dass in unserem Land nicht die Ärmsten und die Allerärmsten gegeneinander ausgespielt werden.

So weit, meine Damen und Herren, teilen wir die Auffassungen des Ministerpräsidenten. Dass wir als Oppositionsführerin allerdings auch kritische Anmerkungen haben

(Udo Pastörs, NPD: Oppositionsführerin!)

dürfte niemand überraschen. So hat sich die Regierungserklärung in großen Teilen wie ein Werbetext aus einer Hochglanzbroschüre eines Reiseveranstalters angehört: schöne Bilder, wohlfeile Formulierungen. Kennen Sie derartige Werbung? In einer Zeitung konnte ich neulich unter der fragenden Überschrift "Sprechen Sie die Sprache der Reisekataloge?" Folgendes lesen: Ein "Zimmer zur Meerseite" bedeutet zum Beispiel nicht, dass sich das Hotel in der ersten Reihe befindet. Wenn das so wäre, würde es auch im Katalog stehen. Ein "naturbelassener Strand" kann zugemüllt sein oder mit spitzen Steinen übersäht sein, einen tatsächlichen Traumstrand würden die Veranstalter jedenfalls anders beschreiben. Und der Strand vom "Hotel in ruhiger Lage" heißt in der Regel, dass dieser nur mit dem Shuttle zu erreichen ist.

Meine Damen und Herren, spätestens nach dieser Regierungserklärung wissen wir, dass unser Ministerpräsident die Sprache der Reisekataloge gut beherrscht. Das mag bei Festveranstaltungen, Geburtstagsfeiern und Jubiläumsfeiern gut ankommen, hier im Landtag erwarte ich aber, dass Tacheles geredet wird.

Und damit Sie mich nicht falsch verstehen, Herr Sellering, Sie sind nicht für alles verantwortlich, die Landesregierung kann nicht allein alle Probleme lösen,

(Udo Pastörs, NPD: Für die ist keiner verantwortlich, das ist das Problem.)

nicht umsonst verweisen wir auf den Bund und auf die EU, und schon gar nicht geht das heute und morgen. Herr Sellering, Sie hätten aber zumindest die Probleme heute klar benennen können und sogar müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hat er doch.)

Sie, Herr Sellering dürfen Missstände und Fehlentwicklungen im Lande nicht schönreden oder gar ignorieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat er auch nicht getan.)

Damit Sie jetzt nicht reflexartig sagen, ich würde das Land schlechtreden, lassen wir die Fakten sprechen. Dabei zitiere ich nicht Publikationen meiner Fraktion, sondern ich beziehe mich auf den Landesfinanzbericht des Landesrechnungshofes, den Fortschrittsbericht der Landesregierung Aufbau Ost 2014 und auf manche Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen von Abgeordneten dieses Hauses.

Erstens. Mecklenburg-Vorpommern musste von 1990 bis 2014 einen Bevölkerungsrückgang von fast 340.000 Einwohnerinnen und Einwohnern hinnehmen. Damit hatte sich die Bevölkerungszahl seit Gründung des Landes um über 17 Prozent verringert. Die Bevölkerung verringert sich jedoch nicht nur, sie altert auch. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist bis Ende 2013 auf 14 Prozent zurückgegangen. Demgegenüber ist der Anteil der Seniorinnen und Senioren auf über 22 Prozent gestiegen. Mecklenburg-Vorpommern war 1990 einst das jüngste Bundesland.

(Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

25 Jahre später sind wir das älteste Bundesland in Deutschland.

Zweitens. Die industrielle Basis ist nach wie vor schwach und die Exportleistung weiterhin gering. Im Jahr 2013 verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern ein negatives Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent und liegt damit deutlich hinter den Ostflächenländern zurück.

(Udo Pastörs, NPD: War das bei Ihrer Regierungsbeteiligung anders?)

Somit hat Mecklenburg-Vorpommern 2013 auch im Vergleich mit den anderen Ländern relativ an Wirtschaftskraft verloren. Die wirtschaftliche Entwicklung in 2013 hat die Lücke zwischen Ost und West wieder größer werden lassen und den Angleichungsprozess gedämpft. Der Landesrechnungshof stellt fest, dass die Angleichung der Wirtschaftskraft auch nach über zwei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung nicht erfolgt ist und seit etlichen Jahren stagniert.

Drittens. Mecklenburg-Vorpommern gehört leider nach 25 Jahren zu den Flächenländern, in denen die meisten Menschen von Hartz IV leben müssen. Nur im schwarzrot-regierten Sachsen-Anhalt sieht es noch düsterer aus.

(Udo Pastörs, NPD: Da machen die Roten nichts dagegen.)

Im Juli dieses Jahres, also in einem der beschäftigungsintensivsten Monate, zählte die Bundesagentur für Arbeit in unserem Land 553.300 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Am 30. Juni des Jahres 2000 waren es immerhin noch 590.000. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es die niedrigsten Löhne, die niedrigsten Renten und die höchste Armut.

Viertens. Der Osten des Landes – Vorpommern, Mecklenburg-Strelitz – fühlt sich nicht nur abgehängt, er ist in vielen Dingen tatsächlich abgehängt, und da sind wir wirklich weit auseinander in der Einschätzung, Herr Ministerpräsident. Das beginnt mit den Verkehrsanbindungen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ist nur halb so groß wie in Mecklenburg.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Minister Harry Glawe)

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen ist geringer, das verfügbare Einkommen ist geringer, die Anzahl der Arbeitslosen höher.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

In Vorpommern, das ist schlimm genug, Herr Ringguth, sterben die Menschen früher als in Mecklenburg hier im Westen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt doch gar nicht. – Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Schuld haben immer die anderen.)

Fünftens. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es die meisten Schulabbrecher, die meisten Menschen ohne Schulabschluss.

Sechstens. Die Anbindung der Menschen an den öffentlichen Personennahverkehr ist im ländlichen Raum schlecht. Die Lage droht sogar noch schlechter zu werden – von der Bahn will ich mal gar nicht reden, da sieht es noch schlimmer aus –

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, Südbahn.)

und Mecklenburg-Vorpommern droht, auf das Abstellgleis geschoben zu werden.

Meine Damen und Herren, auch diese Zahlen gehören zu 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern. Das sind keine schönen Bilder, das sind keine wohlklingenden Bilder, aber das ist die Wahrheit. Und wie geht die Landesregierung damit um? Was sagt der Ministerpräsident dazu? Er gibt zum wiederholten Male eine Wohlfühlumfrage in Auftrag. Mit Wohlfühlumfragen zu Wohlfühlergebnissen. Und da ist sie wieder,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das passt Ihnen nicht.)

alle Jahre wieder,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hören Sie doch auf die Bürger! Hören Sie doch auf die Bürger!)

alle Jahre wieder, Herr Nieszery, diese merkwürdige schöne Sprache,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nehmen Sie das doch mal an und hören Sie auf, immer nur zu jammern, Herr Holter!) die Sprache der Reisekataloge.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mann, Mann, Mann!)

Ich darf einmal zitieren, diesmal nicht aus einem Reisekatalog, sondern aus der aktuellen Umfrage der Landesregierung: "Man hört gelegentlich den Satz:" – so lautet die Frage – "Wir können ein bisschen stolz darauf sein, was wir in den letzten Jahren hier in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen haben'. Stimmen Sie dem eher zu oder stimmen Sie dem eher nicht zu?" Ich denke, alle, die hier zuhören, würden dem zustimmen, ich natürlich auch, Herr Sellering. Selbstverständlich kann man dem zustimmen, was denn sonst?!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, also!)

Die Regierung freut sich über die Antworten. Natürlich stimmt dieser messerscharf formulierten Frage die große Mehrheit zu, was denn sonst?! Diese und andere Fragestellungen hat die Landesregierung vorgegeben.

(Udo Pastörs, NPD: Und die Lügenpresse hat es transportiert.)

Die erhoffte Botschaft dieser Umfrage war damit vorgezeichnet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat der doch gar nicht gesagt.)

Also alles gut im Staate Dänemark bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Damit bastelt sich die Landesregierung ein Stimmungsbild, was besser ist als die Lage,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt doch gar nicht.)

denn wenn Sie, Herr Sellering, die Probleme nicht länger schönreden oder gar ignorieren würden, hätten Sie andere Fragen stellen müssen. Wie wäre es denn mit solchen Fragen:

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

"Man hört gelegentlich den Satz: 'Ich bin schon ein bisschen enttäuscht darüber, dass die Landesregierung viele Amtsgerichte geschlossen hat'. Stimmen Sie dem eher zu oder stimmen Sie dem eher nicht zu?"

(Vincent Kokert, CDU: Ja, klasse! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Oder: "Man hört gelegentlich den Satz: 'Ich bin schon …"

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Eine Volksabstimmung wäre auch so eine Art Umfrage. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Vincent Kokert, CDU)

"Man hört gelegentlich den Satz: 'Ich bin schon ein bisschen enttäuscht darüber, dass ich weder mit Bus noch Bahn in die nächstgelegene Stadt fahren kann'. Stimmen Sie dem eher zu oder stimmen Sie dem eher nicht zu?"

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Man hört gelegentlich den Satz: 'Ich bin schon ein wenig enttäuscht darüber, wie die Landesregierung mit Theatern und Orchestern in Mecklenburg-Vorpommern umgeht'. Stimmen Sie dem eher zu"

> (Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Hundertprozentig.)

"oder stimmen Sie dem eher nicht zu?"

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum fragen Sie nicht nach der finanziellen Lage der Kommunen

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

oder danach, warum die Menschen immer seltener wählen gehen?

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

bei aller Kritik an dieser Wohlfühlumfrage gibt es natürlich auch einige erhellende Erkenntnisse. Über die Ost-West-Angleichung hat der Ministerpräsident bereits gesprochen. Und wir sind da nicht so richtig weitergekommen.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU – Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Neun von zehn Befragten sehen weiterhin große Unterschiede. Die Menschen sehen in der Höhe der Renten eines der Probleme, eine klare Ungerechtigkeit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Und was haben Sie getan? Ja, Herr Sellering, Sie haben immer wieder verbal gefordert, das muss nun endlich beendet werden. Das haben Sie eben in Ihrer Rede wieder getan.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er hat gekämpft.)

Aber wo war denn die Initiative im Bundesrat?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Anträge meiner Fraktion wurden ja abgelehnt, weil Sie sich mit der CDU nicht einigen konnten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wahnsinn! Was ist denn das für ein Quatsch jetzt?)

Was Sie vor Wahlen versprechen, können Sie nicht einhalten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie waren doch mal Minister. Sie wissen doch, wie das geht, Herr Holter.)

Das betrifft den sozialen Arbeitsmarkt ebenso wie Initiativen wie Vermögensteuer, alles Forderungen, die die SPD 2011 aufgemacht hat.

(Beifall Regine Lück, DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Also kein Wunder, dass die Zahl der Befragten, die keine Verbesserung feststellen, auch nach Ihrer Umfrage seit Jahren zunimmt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine unredliche Argumentation, das wissen Sie auch.)

Auf die Frage, wie die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns im Vergleich zu den Bewohnern anderer ostdeutscher Bundesländer dastehen, erkennt die Hälfte keine Veränderung, und das bedeutet Stagnation Ihrer Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Meine Damen und Herren,

(Vincent Kokert, CDU: DIE LINKE klatscht ja nicht mal.)

meine Damen und Herren,

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war nicht die SPD. Ganz, ganz sicher nicht.)

mit seiner Regierungserklärung hat uns der Ministerpräsident seinen Fahrplan für die nächsten zehn Jahre vorgestellt. Ja, Ihre Rede hörte sich gut an,

(Heinz Müller, SPD: Das war auch gut.)

aber Ihnen und der Koalition fehlen sowohl die Ausgangsbasis als auch die Vision für Mecklenburg-Vorpommern.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Dass Sie das schon vorher aufgeschrieben hatten, das finde ich interessant.)

Wissen Sie, die Menschen im Land sagen mir, es plätschert so vor sich hin, und wenn die Regierung Entscheidungen trifft, dann eher zum Nachteil der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Minister Harry Glawe: Das stimmt doch gar nicht.)

Die Menschen treibt die Sorge um, ob das in 25 Jahren Geschaffene und Erreichte erhalten und behalten werden kann. Sie haben einfach Angst, dass das Land kaputtgespart wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Blödsinn!)

Der Satz, den Sie zitiert haben: "Ich bin aus Mecklenburg-Vorpommern", klingt gut,

(Vincent Kokert, CDU: Wer hat Angst? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber die Frage nach unserer Identität, nach unserer Tradition und unserer Zukunft beantwortet er nicht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Gerade mit dem Slogan "Land zum Leben und zum Arbeiten" müssen Sie doch die Frage beantworten, wie wir leben und arbeiten wollen.

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben sich ja schon sehr verdient gemacht.)

Dazu gehören nicht nur die harten Fakten, sondern es geht um unsere kulturelle Identität

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Ist ja lächerlich.)

als Mecklenburgerinnen und Mecklenburger, als Vorpommerinnen und Vorpommern. Ich meine, wir müssen stärker an dieser emotionalen und kulturellen Klammer arbeiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie sieht die denn aus? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dazu gehört die Regionalgeschichte,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

dazu gehört die plattdeutsche Sprache, dazu gehört unser Brauchtum,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sprechen Sie plattdeutsch?)

dazu gehören auch unsere Volkslieder und unsere Volkstänze.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sprechen Sie plattdeutsch?)

Es geht weiterhin um unsere Baukultur und Wirtschaftskultur – gestern, heute und morgen. Wir müssen das Prägende, das Typische unserer Heimat bewahren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, genau.)

Natürlich geht es um kulturelle Vielfalt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mecklenburg und Vorpommern waren immer Regionen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kultur ist etwas Dynamisches, Herr Holter.)

in denen Gehen und Kommen dazugehörten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Anfang der 90er-Jahre, meine Damen und Herren, war unser Land ein Land im Aufbruch,

(Heinz Müller, SPD: Ich fasse es nicht! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist das denn für eine Predigt gewesen?)

auch wenn noch nicht alle im vereinten Deutschland angekommen waren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber alle packten mit an, ihre Heimat Mecklenburg-Vorpommern zu gestalten. Mit der ersten rot-roten Koalition in Deutschland führten wir im Land eine intensive Zukunftsdebatte.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, und die endet?)

Heute ist das Wort "Zukunft" faktisch ein Unwort geworden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Stimmt doch gar nicht. – Vincent Kokert, CDU: Das stimmt nicht. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das zwar in Überschriften steht, aber nicht untersetzt wird. Genau das ist meine Kritik an Ihrem Fahrplan.

(Udo Pastörs, NPD: Wir sind die Zukunft, Herr Caffier.)

Ihre zehn Aufgaben sind nichts anderes als ein "Weiter so" der bisherigen Politik, der Politik der Großen Koalition.

(Vincent Kokert, CDU: Der "sehr erfolgreichen", hätten Sie jetzt aufgreifen müssen.)

Deswegen ...

Das hat der Ministerpräsident gesagt.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

... schlage ich Ihnen vor, eine "Zukunftsinitiative Mecklenburg-Vorpommern 2030+" auf den Weg zu bringen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau. – Udo Pastörs, NPD: Lustig.)

Natürlich ist es richtig und notwendig, die Wirtschaft zu stärken. Ich kann aber nicht erkennen, Herr Sellering, wie Sie das konkret machen wollen. Damit die Menschen eine Zukunft in guter Arbeit haben,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

sollten wir stärker regionalisieren und internationalisieren. Neue Produkte, neue Technologien und neue Märkte können nur durch mehr Innovationen erreicht werden, die auch hier im Land zur Serienproduktion geführt werden. Dafür brauchen die kleinen und mittelständischen Unternehmen mehr Unterstützung, um selbst und in Kooperation mit den Hochschulen und Universitäten im Land forschen und entwickeln zu können.

Wirtschaft stärken bedeutet auch, die Digitalisierung voranzutreiben. Das, was Sie dort gesagt haben, reicht doch gar nicht aus.

(Martina Tegtmeier, SPD: So viel Zeit hat er auch nicht.)

Gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen kann ein leistungsfähiges Internet zum Wettbewerbsvorteil werden. Hier geht es um Klotzen und nicht um Kleckern.

(Udo Pastörs, NPD: Oh! – Egbert Liskow, CDU: Dann machen Sie doch mal Vorschläge!)

Ihre Aussagen, Herr Ministerpräsident, greifen einfach zu kurz.

Hier muss Mecklenburg-Vorpommern schneller als andere sein,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind wir doch schon längst.)

um Ansiedlungen und Existenzgründungen noch attraktiver zu machen. Aber der Breitbandausbau ist nur eine Seite der Medaille.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

Zeitgleich sollten die Klein- und Mittelständler als Nutzer bestens vorbereitet sein, um dann als Unternehmen der Generation 4.0 sowohl regional als auch international wettbewerbsfähig zu sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und das sollen wir regeln, oder was?)

Wirtschaft stärken bedeutet für mich auch, der viel beschriebenen Strukturschwäche mit einer sehr guten technischen Infrastruktur zu begegnen. Ja, Herr Sellering, Sie sprechen von der A 14 und der B 96n auf Rügen. Das sind doch zwei Projekte, die längst realisiert werden. Was ist aber mit überregionalen und regionalen Bahnanbindungen? Gestern und vorgestern, auf der Nationalen Maritimen Konferenz in Bremerhaven, hat ein, ja, ein CEO eines großen amerikanischen Kreuzlinerkonzerns darüber gesprochen. Wenn nur ein ICE aus Rostock einmal am Tag nach Berlin fährt, dann ist es nicht attraktiv für die Kreuzfahrer, nach Rostock zu kommen.

(Jochen Schulte, SPD: Ja, vor allen Dingen, weil die mit Sonderzügen fahren.)

Das sind doch die Fragen, die beantwortet werden müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die kommen deswegen auch nicht mehr, oder? Die fahren jetzt an uns vorbei, oder was?)

Das ist eine ganz klare Forderung, die da aufgemacht wurde. Der Osten unseres Landes muss verkehrstechnisch besser erschlossen werden. Ich habe darüber gesprochen.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, Vincent Kokert, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Die Wirtschaft und die Menschen warten seit Jahren darauf. Es geht auch darum, die vorhanden Verkehrswege zu erhalten und zu modernisieren.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Viele von uns sitzen noch in den Kreistagen. Sagen die Landräte Ihnen nicht, wie mir auch, ich würde gerne die Kreisstraße ertüchtigen, erneuern oder modernisieren, aber dem Kreis fehlt das Geld?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Wenn es um technische Infrastruktur und Verkehrswege geht, dann geht es auch um diese Frage.

Wirtschaft stärken bedeutet für mich auch, den sozialökologischen Umbau voranzutreiben, Ressourcen wie Energie und Rohstoffe einzusparen sowie ökologische Bau- und Werkstoffe einzusetzen. Wo sind dort Ihre Visionen? Wo sind dort Ihre Entscheidungen? Um die erneuerbaren Energien, die Elektromobilität oder Wasserstofftechnologien mehr zu nutzen, brauchen die Investoren und Unternehmen Planungssicherheit

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die kriegen sie doch von uns.)

über mindestens zwei Wahlperioden, besser sogar über drei.

Wirtschaft stärken bedeutet auch, gut ausgebildete und hoch motivierte Beschäftigte zu haben. Ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident, schauen Sie sich doch einmal die Standorte der Berufsschulen an!

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Die Entfernung zwischen Betrieb, Ausbildungsstätte und Berufsschule veranlasst so manch jungen Menschen,

(Udo Pastörs, NPD: Ich glaube, vor allem die Ausstattung.)

die gewünschte Ausbildung erst gar nicht zu beginnen. Unterhalten Sie sich mal mit dem Bauverband in Mecklenburg-Vorpommern!

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist wohl wahr.)

Um noch mehr und bessere tarifliche Entlohnung zu erreichen, brauchen wir natürlich starke Tarifpartner, insbesondere brauchen wir starke Gewerkschaften. Das, glaube ich, sollte ein gemeinsames Anliegen sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat der Ministerpräsident auch gesagt.)

Meine Damen und Herren, zu einer Zukunftsinitiative für unser Land gehört in jedem Fall, die Armut, die Kinderund die Altersarmut, zu bekämpfen.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn Geld da ist.)

Der von der AWO vorgelegte Armutsbericht für Mecklenburg-Vorpommern spricht doch Bände. Armut zu bekämpfen, heißt, den Menschen Wege in Arbeit aufzuzeigen: Arbeit in der privaten Wirtschaft – erster Arbeitsmarkt –, im öffentlichen Dienst und in dem Sektor zwischen Staat und Wirtschaft. Ob das nun "sozialer Arbeitsmarkt" heißt oder "öffentlich geförderter Beschäftigungssektor", darüber will ich mich jetzt nicht streiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Unruhe bei Minister Harry Glawe)

Ich meine, wir brauchen eine Doppelstrategie, sowohl auf dem ersten Arbeitsmarkt als auch im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

(Vincent Kokert, CDU: Alter Wein in neuen Schläuchen.)

Armut zu bekämpfen und ein Leben in Würde zu führen, Herr Kokert, bedeuten auch, Sozialwohnungen mit Mietpreisbindung vorzuhalten.

(Zurufe von Minister Harry Glawe und Vincent Kokert, CDU)

Zu einer Zukunftsoffensive gehört auch, allen Kindern gleiche Chancen von Anfang an zu ermöglichen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tun wir nicht?)

Wir LINKEN haben das Ziel, dass der Kitabesuch eines Tages kostenfrei für alle Eltern werden soll.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das würde ich sofort unterschreiben. – Vincent Kokert, CDU: Das ist ein mutiges Ziel. Jawoll! Jawoll! – Zurufe von Minister Harry Glawe und Udo Pastörs, NPD)

Aber Sie, Herr Ministerpräsident, haben ja nicht einmal garantiert, dass die versprochenen Standards eingehalten beziehungsweise erreicht werden sollen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte?)

wie etwa die Fachkraft-Kind-Relation.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich höre aus Ihrer Fraktion, dass Standards infrage gestellt werden sollen. Das darf einfach nicht sein, Herr Nieszery!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt gar nicht. Zeitweise, nur unter den aktuellen Bedingungen. Das wissen Sie auch.)

Doch! Doch! Das kommt aus Ihren Reihen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist unfair, was Sie da machen.)

Und in den Schulen, ja, in den Schulen brauchen die Kinder, die Lehrerinnen und Lehrer Zuversicht und Stabilität.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist unfair, was Sie jetzt tun.)

Die Seiteneinsteiger werden jetzt genauso bezahlt wie ihre Kolleginnen und Kollegen. Aber dass ein Grundschullehrer weniger erhält als ein Kollege in der Regionalschule oder im Gymnasium, ist und bleibt für mich ungerecht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und wenn wir an die DDR erinnern, das hat übrigens Siegmar Gabriel gestern gemacht,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

der sprach vom dualen Abitur.

(Vincent Kokert, CDU: Der macht öfter Dinge, die er sich nicht überlegt hat.)

Er sprach davon, warum es keine Berufsausbildung mit Abitur gibt. Da war doch mal was. Genau das – gute Schule und der Übergang von Schule und Beruf – gehört, glaube ich, zu einem guten Konzept dazu.

Seit Jahren, meine Damen und Herren, stehen wir vor den Herausforderungen des demografischen Wandels. Sie, Herr Ministerpräsident, haben wichtige Themen angesprochen. Selbstverständlich muss die Enquetekommission ihre Arbeit zu Ende bringen, ganz klar. Aber es ist doch längst Zeit zu handeln! Das vermisse ich in Ihrer Rede und im vorliegenden Doppelhaushalt. Lassen Sie Ihren Erkenntnissen endlich Taten folgen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade die Menschen in den ländlichen Räumen warten doch darauf.

Und warum diskutieren wir nicht darüber, dass die landwirtschaftlichen Betriebe, Produktionsbetriebe, wieder eine Verantwortung, eine Rolle im sozialen und kulturellen Bereich erhalten sollen?

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: So wie früher?)

Das muss dann aber auch als Betriebsergebnis und steuerlich anerkannt werden. Das wäre die logische Konsequenz aus einer solchen Strategie.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Um Gottes willen!)

Herausforderungen der Zukunft anzunehmen, heißt anzuerkennen, dass sich unser Land verändern wird und sich auch verändern muss. Die Akademie für Nachhaltige Entwicklung hat unser Land als "Garten der Metropolen" beschrieben –

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

ein schönes Bild. Nun sind wir uns sicherlich einig, dass das Beispiel der Metropolregion Hamburg kein Einzelkind bleiben darf. Die Metropolregion Stettin im Osten gehört ebenso dazu wie Berlin im Süden und die Ostseemetropolen im Norden.

(Udo Pastörs, NPD: Die ganze Welt gehört dazu.)

Aber die Internationalisierung, meine Damen und Herren, beginnt im Kleinen und im Alltag. Von Migrantinnen und Migranten erwarten wir, dass sie Deutsch lernen. Aber wie sieht es denn mit unserer eigenen Sprachkompetenz aus? Beginnen können wir doch mit den Sprachen unserer Nachbarn: Polnisch, Schwedisch, Dänisch. Auch Grundkenntnisse in Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch und weitere Sprachen

(Udo Pastörs, NPD: Chinesisch haben Sie noch vergessen.)

können auf der Post, in der Bank, in der Kita oder im Taxi auf jeden Fall hilfreich sein. Also steht die Frage: Machen wir dort etwas?

Einen letzten Punkt möchte ich kurz ansprechen. Die Landesregierung hat gestern ein Maßnahmenpaket zur Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen vorgelegt, welches im Wesentlichen die Umsetzung der Bundesmaßnahmen beinhaltet. Bei dem anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen stellt sich heute schon die Frage nach neuen, zusätzlichen Plätzen in Kitas und Schulen, nach Zuschüssen an Wohnungsunternehmen, damit die notwendigen Wohnungen hergerichtet werden

können, sowie nach mehr Personal bei der Polizei, in den Kommunen, in den Kitas und in den Schulen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Überall mehr!)

Letztere benötigen dringend mehr Lehrerinnen und Lehrer,

(Vincent Kokert, CDU: Da arbeiten wir doch dran. – Udo Pastörs, NPD: Sozialarbeiter noch.)

die Deutsch als Zweitsprache unterrichten können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Warten Sie doch erst mal ab!)

Nicht schnell genug, Herr Kokert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Warten Sie doch erst mal ab! – Vincent Kokert, CDU: Aber trotzdem arbeiten wir dran.)

Die ankommenden Flüchtlinge und die sie aufnehmenden Kommunen brauchen Entscheidungen. Sie erwarten zu Recht, dass die Landesregierung mutig ist, diese und andere Entscheidungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, die 25-jährige Geschichte unseres Landes zeigt, dort, wo Licht ist, gibt es auch Schatten. Einheimische und Menschen, die zu uns kommen, sollen eine gute Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern haben. Das muss das Ziel sein. Es ist Zeit für Verabredungen, es ist Zeit für Entscheidungen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Ums Wort gebeten hat der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Lorenz Caffier.

(Udo Pastörs, NPD: Ah, jetzt spricht die Zukunft!)

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Holter, wie wäre es denn mit dieser Frage in Ihrem Umfragekatalog gewesen: Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Oppositionsparteien? Und, Herr Holter, was ich vermisst habe,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

zu 25 Jahren Mecklenburg-Vorpommern gehören auch immer ein bisschen die Fragen dazu: Wo sind wir her gekommen?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Was haben wir vorgefunden, welche Ausgangsbedingungen?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das machen Sie doch!)

Auch das gehört zu der Replik.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Ja, ich bin dankbar, dass der Ministerpräsident eine Regierungserklärung zu dieser 25-Jahre-Mecklenburg-Vorpommern-Geschichte abgegeben hat, weil sich allein schon an der Zusammensetzung der Redner zeigt, wie selbstverständlich nach 25 Jahren die Zusammensetzung des Parlaments, die Herkunft der einzelnen Abgeordneten et cetera sind. Ich glaube, das ist auch ganz wichtig, denn das gehört zur Geschichte dazu. Ich selbst habe eine typische Ostbiografie, wie man sagen würde: im Osten groß geworden, Polytechnische Oberschule besucht, Grundwehrdienst,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was? Nicht den Wehrdienst verweigert?)

anschließend in einem Kombinat beziehungsweise in einer LPG gearbeitet. Wir alle wissen, dass viele Menschen sich in der ehemaligen DDR in ihren Nischen eingerichtet

(Udo Pastörs, NPD: Wie heute wieder.)

und ein glückliches Leben geführt haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, genau, nehme ich zurück.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich weiß aber auch, dass die DDR alle Freiheitsbestrebungen konsequent und mit Gewalt unterdrückt hat. Sie war eben unstrittig kein Rechtsstaat.

(Udo Pastörs, NPD: Heute auch nicht.)

Das wissen wir alle, die im Osten groß geworden sind.

Meine Damen und Herren, umso größer waren aber auch die Hoffnungen, die durch die Montagsdemonstrationen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die Bürgerbewegungen, den Fall der Mauer und letztendlich auch durch die Wiedervereinigung geweckt wurden. Freiheit und Wohlstand – das war die große Verheißung für Millionen Ostdeutsche, auch für mich.

Ich hatte das große Privileg, von Anfang an den Prozess der Wiedervereinigung sowie die Gründung und den Aufbau des Landes Mecklenburg-Vorpommern zunächst in der letzten frei gewählten Volkskammer und später im Landtag mit begleiten zu können. Ich weiß noch, wie es am Anfang war. Ich weiß, welche Zusammensetzung die Parlamente hatten. Ich weiß, es war eine sehr spezielle, eine emotionale und eine ungemein spannende Zeit. Viele der Kollegen, dazu zähle ich mich auch, hatten keine oder kaum Erfahrung auf der politischen Bühne, und plötzlich sollten wir gemeinsam wichtige, zukunftsträchtige Entscheidungen treffen.

Als dann endlich die Wiedervereinigung kam und das Land Mecklenburg-Vorpommern gegründet wurde, ging für viele, glaube ich, ein Traum in Erfüllung, den die Menschen ein halbes Jahr oder ein Jahr vorher sich nicht ansatzweise hätten träumen lassen. Es war ein toller Tag für das Land. Viele Menschen haben damals mitgeholfen

und ihren Beitrag dazu geleistet, dass wir dieses Ereignis miterleben konnten. Darauf kann man auch heute noch sehr stolz und darüber können wir sehr glücklich sein. Ich bin allen dankbar, die dazu beigetragen haben, dass es so gekommen ist, wie es vor 25 Jahren gekommen ist.

(Udo Pastörs, NPD: Das kommt aber auch mal anders.)

Aber jetzt, meine Damen und Herren, ging für alle die Arbeit erst richtig los. Alles war im Umbruch: Lebensläufe brachen, Strukturen lösten sich auf, die Menschen waren glücklich, sie waren frei und sie waren vor allem voller Hoffnung. Aber viele waren natürlich auch verunsichert, sie hatten Angst vor der Zukunft, Angst vor der Ungewissheit, wie es weitergehen wird.

(Udo Pastörs, NPD: Zu Recht.)

Gewiss war erst mal nur eines: Die Freiheit war da, sie war vollumfänglich, sie war grenzenlos und sie war für jeden erlebbar. Niemand wurde verhaftet, weil er sich kritisch zu politischen Themen äußerte.

(Udo Pastörs, NPD: Ah, das ist aber heute wieder so. – Heiterkeit bei Michael Andrejewski, NPD)

und niemand wurde mehr erschossen, nur weil er in den anderen Teil Deutschlands wollte.

Wir fühlten uns befreit, aber wir fühlten bereits in der damaligen Zeit die große Verantwortung. Der Staat, der Wohnungen und Arbeit zuteilte, der den Konsum regulierte, der in nahezu alle Lebensabläufe hineinregierte, vieles vereinheitlichte und vieles vorgab, war nicht mehr da. Wir mussten lernen, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Das war für uns eine neue, eine ganz schwierige Erfahrung. Die vollen Regale in den Kaufhallen brachten unsere Augen zum Leuchten, genauso wie uns die große Auswahl an Versicherungsverträgen schier zur Verzweiflung brachte. Die Bürger der neuen Länder mussten viele Entscheidungen plötzlich selbst fällen. Wie wir alle wissen, kam nicht jeder damit vollends zurecht. Hier war die Politik gefragt, den Menschen zu helfen und sie beim Start in die Freiheit zu unterstützen - die gleiche Politik, die selbst in einem Lernprozess war. Dass das nicht fehlerfrei abgehen konnte und auch nicht fehlerfrei abgegangen war, ist selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, als sich der Landtag am 26. Oktober 1990 konstituierte – der Ministerpräsident verwies bereits darauf –, waren Kollege Backhaus, Kollege Seidel und ich diejenigen, die damals schon mit dabei waren. Eine der ersten Entscheidungen war ja die Entscheidung, wo der Landtag seinen Sitz erhält. Damals ist es mehrheitlich für Schwerin ausgegangen. Ich denke, es war eine kluge und richtige Entscheidung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Vincent Kokert, CDU: Was für eine richtige Entscheidung!)

Aber es gab auch andere Bewerber, das vergisst man heute immer wieder in dem Zusammenhang – auch das gehört zur Geschichte dazu.

Meine Damen und Herren, wenn man 25 Jahre Revue passieren lässt, müssen wir feststellen, das Land Meck-

lenburg-Vorpommern hat sich bemerkenswert entwickelt. Das wird umso bemerkenswerter, wenn wir uns vor Augen führen, wie alles begann.

(Udo Pastörs, NPD: Mal sehen, wann alles endet.)

Ich kann mich noch gut an die Zusammensetzung des ersten Landtages erinnern. Die wenigsten von den damaligen Abgeordneten waren Politprofis. Wir hatten überhaupt keine rechte Vorstellung darüber, was uns erwartet. Wir waren motiviert, wir waren engagiert, wir waren entscheidungsbereit. Aber zur Wahrheit gehört auch, wir waren ungemein hemdsärmelig. Rechtsvorschriften waren nicht in jedem Fall so vorgesehen, wie man sich das vielleicht heutzutage vorstellt. Und nicht jeder Berater, der uns zur Seite stand, war unbedingt mit der besten Qualifikation ausgestattet. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Doch es half alles nichts. Wir mussten staatliche Strukturen neu aufbauen: Die Kommunen, die Polizei, die Feuerwehr, die Justiz, das Sozialwesen, das Bildungssystem, die Verwaltung, den Sport, die Verkehrsinfrastruktur – alles wurde umgekrempelt oder gleich neu geschaffen. Natürlich haben alle, egal wie die Regierungskonstellation aussah, dabei Fehler gemacht. Einige Entscheidungen – das würde ich mit Sicherheit behaupten, und das kann, glaube ich, jeder aus der damaligen Zeit – würde man so heute nicht wieder treffen. Aber ich denke, das ist ganz normal und man muss zu solchen Entscheidungen im Kontext der damaligen Zeit stehen und sie auch so betrachten.

Wir standen vor der gewaltigen Herausforderung, die DDR zu überwinden und das Land neu zu erfinden. Wir mussten zahlreiche wichtige Entscheidungen treffen. Dafür hatten wir weder viel Zeit noch die Erfahrungen und gleich gar nicht hatten wir einen doppelten Boden. Trotz dieser Unwägbarkeiten haben wir gemeinsam viele entscheidende Weichen für eine erfolgreiche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern stellen können. Darauf können alle, die dazu beigetragen haben, stolz sein.

Meine Damen und Herren, die meisten in Mecklenburg-Vorpommern haben unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und unseren Rechtsstaat schnell verinnerlicht und schätzen gelernt.

> (Michael Andrejewski, NPD: Da glaubt doch keiner mehr dran.)

Die großen, vor allem die wirtschaftlichen Umwälzungen nach der Wiedervereinigung führten aber mancherorts auch zu Verbitterung und Ablehnung. Es zeigte sich, die Einführung demokratischer Strukturen macht noch nicht aus jedem Bürger einen Demokraten,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das schafft ihr noch.)

wie man es nicht zuletzt eindrucksvoll hier im Plenarsaal rechts außen sehen kann.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das schaffen Sie noch. – Zuruf von Michael Andreiewski. NPD)

Den traurigen Höhepunkt dabei bildeten ohne Zweifel -

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

auch darauf wurde bereits kurz eingegangen – die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992.

Fremdenhass, Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit bildeten damals eine gefährliche Mischung.

(Udo Pastörs, NPD: Polizeiversagen, würde ich sagen.)

Nur knapp sind wir einer größeren Katastrophe entkommen. Die Ereignisse rund um das Sonnenblumenhaus zeigten uns, dass noch nicht alle Menschen in dem vereinten Deutschland angekommen waren.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Hier mussten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft etwas tun. Sie standen vor einer großen Bewährungsprobe. Und wir müssen alles dafür tun, aber auch wirklich alles.

(Udo Pastörs, NPD: Da war Ihr Parteikollege Innenminister. Fragen Sie den mal!)

dass sich solche Ereignisse wie in Rostock-Lichtenhagen niemals wiederholen, weder in Deutschland noch in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

Wenn Sie heute die Deutschen danach fragen, was sie bewegt, dann bekommen Sie ganz unterschiedliche Antworten: die Flüchtlingssituation, der Ukrainekonflikt, die Eurokrise, das Bildungssystem. Das sind typische Antworten in den Jahren 2014/2015. Es ist aber noch gar nicht so lange her, da hatten die Deutschen ganz andere Sorgen. Zwei Jahrzehnte lang galt nur das Thema Arbeitslosigkeit als oberster Wert in der Befragung.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Die, die arbeitslos waren, wollten einen Job, und die, die einen hatten, wollten ihn nicht verlieren.

Die Wiedervereinigung Deutschlands zeigte uns schmerzlich, dass ostdeutsche Unternehmen in großen Teilen in keiner Weise konkurrenzfähig waren. Die DDR bot zwar alle Kräfte auf, um ihre Betriebe vor dem Untergang zu bewahren, doch irgendwann musste das Kartenhaus einstürzen. Die Folgen waren verheerend.

(Michael Andrejewski, NPD: Man hätte helfen können.)

Gerade in Mecklenburg-Vorpommern konnten wir die Auswirkungen spüren. Zahlreiche Kombinate und volkseigene Betriebe standen vor dem Aus. Dabei war der Nordosten der Republik sowieso vom Grundsatz her immer schon strukturschwächer als andere Bundesländer in den neuen Ländern. Militär, Landwirtschaft und Werften prägten neben der Tourismusbranche das Bild in unserem Land. Durch den Umbau in der Bundeswehr wurden viele Standorte geschlossen oder verkleinert, was in den betroffenen Gemeinden meist zu einer mittelschweren Katastrophe führte.

Die Landwirtschaft ist heute super aufgestellt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

innovativ und ein echter Vorzeigesektor in unserem Land.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die notwendigen Produktionsveränderungen und -steigerungen gingen jedoch mit zahlreichen Entlassungen einher, wie man weiß. Dann war ja auch noch unser Schiffbau, der uns über viele Jahrzehnte, ja, bis zum heutigen Zeitpunkt als ein nicht ganz einfacher Sektor begleitet. Die Werftenkrise zog sich durch die 90er-Jahre und hinterließ deutliche Spuren in unserem Land. Viele Werftarbeiter verloren ihre Arbeit und hatten große Schwierigkeiten, eine Neuanstellung zu finden. Die Rahmenbedingungen waren wirklich schlecht, die Lage war angespannt und die Hoffnung auf schnelle Besserung klein. Tja, und so kam es eben, dass manchem die Identifikation mit Demokratie und Marktwirtschaft recht schwerfiel.

Hinzu kam eine gewaltige Abwanderungswelle zur damaligen Zeit. Viele junge Menschen, darunter gerade viele junge Frauen, verließen unser Land und suchten ihr Glück in anderen Teilen der Bundesrepublik, insbesondere in den alten Bundesländern. Wer wollte ihnen das damals verübeln? Wenn 300.000 gut ausgebildete Menschen das Land verlassen, machte das den Aufbau Ost nicht unbedingt leichter. Die Voraussetzungen für einen Superstart haben zur damaligen Zeit an und für sich anders ausgesehen.

Dennoch, Mecklenburg-Vorpommern gelang das Comeback.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Das Land hat eine, wie ich meine und auch die Fraktion, sehr, sehr beeindruckende Entwicklung hingelegt. Die Menschen packten an, sie wollten aufsteigen, ein schöneres Leben leben und die Zukunft ihrer Kinder sichern. Sie wollten ihren Beitrag dazu leisten, dass es in Mecklenburg-Vorpommern vorangeht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Überall im Land kann man das spüren. Klar gibt es Unzufriedenheit und Resignation, aber der Optimismus und der Glaube an die eigene Stärke überwiegen. Und es freut mich sehr, dass es sich zum heutigen Zeitpunkt in vielen Fällen auszahlt.

Die Lebensleistung, in einer Diktatur aufzuwachsen, zu leben, Kinder zu kriegen, einem Beruf nachzugehen, nur um sich dann in einer Demokratie alles neu erarbeiten zu müssen, kann man nicht hoch genug schätzen. Den Menschen, die das geschafft haben, zolle ich höchsten Respekt. Sie haben unsere Anerkennung verdient und wir sind ihnen zu Dank verpflichtet, weil sie mit dazu beitragen, dass das Land aufgebaut wird. Ohne sie wäre der Aufbau unseres Landes in der Form, wie er derzeit stattfindet, nicht möglich.

Erst durch diese Leistung war es möglich, große Teile der Skeptiker mit dem enormen Wandlungsprozess nach der Wiedervereinigung zu versöhnen. Heute ist unser Land gefestigt, der Rechtsstaat unumstößlich, die demokratischen Werte sind fest verwurzelt. Daran werden weder Nazischläger auf der Straße noch braune Abgeordnete in unserem Landtag irgendetwas ändern. Das kann ich Ihnen ganz klar versprechen, meine Damen und Herren.

(Stefan Köster, NPD: "C" wie Zukunft, Herr Caffier.)

Zu der Erfolgsstory Mecklenburg-Vorpommern gehört natürlich, dass man Entscheidungen treffen muss, auch

in der Politik, die hin und wieder nicht einfach sind und die – das gehört auch zur Demokratie – lebhaft diskutiert werden. Eine der wichtigsten war zweifelsohne die komplette Erneuerung der Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ob Schulen, Kitas, Wohnungen, Verwaltungsgebäude, Nahverkehr oder Versorgungsnetze – in einem atemberaubenden Tempo haben wir das Land modernisiert.

Besonders deutlich – das wurde hier schon kurz erwähnt – wird es auf unseren Straßen und Autobahnen. Was war es für eine Qual, den Schlaglöchern auf der Buckelpiste A 24 auszuweichen oder einmal quer durch das Land reisen zu müssen! Es waren unhaltbare Zustände. Allen war klar, dass auf dieser Grundlage keine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung möglich war. So ist viel Geld in die Hand genommen und viel Unterstützung gegeben worden. Es war gut und richtig, dass wir eine so hervorragende Infrastruktur gerade im Straßen- und Verkehrswesen geschaffen haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Ergebnisse können sich in jedem Fall sehen lassen. Heute regen wir uns bereits über Autobahnbaustellen in der Ferienzeit auf und darüber, dass nach einem strengen Winter die Frostschäden nicht schnell genug behoben werden – sicherlich ärgerlich, aber im Vergleich zu den 90er-Jahren sind das Luxusprobleme.

Mit dieser modernisierten Infrastruktur konnte sich schließlich auch die soziale Marktwirtschaft voll entwickeln und ihre Stärken entfalten.

(Udo Pastörs, NPD: Soziale Marktwirtschaft!)

Es gibt ja nach wie vor wirtschaftliche oder politische Kräfte, die hier andere Vorstellungen haben, aber ich glaube, da kann man nur sagen, das wird hoffentlich immer ein Traum bleiben.

Meine Damen und Herren, es war richtig, dass wir gesagt haben, ja, wir setzen zuallererst auf den ersten Arbeitsmarkt und erst im nächsten Schritt flankieren wir ihn mit dem zweiten Arbeitsmarkt, aber immer ergänzend und nicht konkurrierend. Das Ergebnis ist beeindruckend: ein robustes Wirtschaftswachstum, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, viele neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und ein sehr gutes Ausbildungsniveau. Was für eine tolle Entwicklung! An der Stelle möchte ich betonen, die Erneuerung unserer Infrastruktur wäre ohne den Solidarpakt und die damit verbundene Aufbauhilfe niemals möglich gewesen. Und sie ist auch nach unserer festen Überzeugung noch nicht abgeschlossen. Trotzdem an der Stelle einen herzlichen Dank für die Unterstützung, die auch dringend notwendig war.

Von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes ist zweifelsohne der Tourismusbereich. Gewiss strömten schon zu DDR-Zeiten insbesondere die Sachsen an die Ostsee. Aber erst die Wiedervereinigung gab den entscheidenden Schub. Wir investierten viel Geld und es wurde von den Betreffenden eine kluge, vorausblickende und klare Strategie verfolgt.

Mit guter Infrastruktur und professionellem Marketing ist eine Marke geschaffen worden, die in Deutschland immer wieder dazu führt, dass wir derzeit als Urlaubsland Nummer eins gelten.

Egal, ob die Infrastruktur und die Angebote im Binnenland oder an der Ostsee – wir sind ein Land zum Leben. Das ist ein großartiger Erfolg, an dem viele Menschen ihren Anteil haben. Der Erfolg als Tourismusparadies führt auch dazu, dass unser Land viel positiver national und international wahrgenommen wird. Die Urlauber, die zu uns kommen, nehmen viele schöne Eindrücke und Erinnerungen mit nach Hause. Mecklenburg-Vorpommern als lebens- und liebenswerte Idylle – das bleibt hängen.

Mittlerweile ist es aber so, dass die Menschen nicht mehr nur ihre freien Tage hier verbringen wollen, nein, jetzt kommen auch Menschen im Rahmen der Zuwanderung nach Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die ihr ganzes Leben hier verbringen wollen, oder aus Teilen der alten Bundesrepublik, die sich hier ihren Lebensabend oder auch die Arbeitsperspektive schaffen. Wir mögen keine starke Industrie oder großen Versicherungs- und Handelsunternehmen haben, aber wir haben einen Arbeitsstandort Mecklenburg-Vorpommern und wir sind ein Universitäts- und Hochschulstandort, der immer attraktiver wird. Das führt dazu, dass wir den massiven Bevölkerungsschwund stoppen konnten. Tatsächlich kommen mittlerweile mehr Menschen zu uns, als das Land verlassen. Was für eine gute Entwicklung, die vor zehn Jahren in der Form nicht ansatzweise zu prognostizieren war! Darauf müssen wir aufbauen und darauf können wir auch aufbauen.

Dennoch, meine Damen und Herren, können wir an der demografischen Entwicklung nicht vorbeiregieren. Es ist eben ein himmelweiter Unterschied, ob in einem Land wie in unserem 69 Einwohner auf einem Quadratkilometer wohnen oder in einem Land wie Nordrhein-Westfalen über 500 Einwohner auf einem Quadratkilometer wohnen. Nur weil wir dünner besiedelt sind, haben unsere Bürger doch nicht automatisch einen geringeren Anspruch auf öffentliche Leistungen und Infrastrukturen. Auch Anklamer wollen ins Theater gehen, Malchow möchte eine Bibliothek erhalten oder in Pasewalk besteht Bedarf für Sporthallen und Sportparks.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und natürlich erwarten auch die Eltern im ländlichen Raum von uns, dass wir für ihre Kinder eine qualitativ hochwertige Bildungsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Die Wahrheit ist aber, das schaffen wir nur, wenn wir an anderer Stelle schlanker werden.

Auf die Kreisgebietsreform, Herr Holter, und die Justizreform

(Udo Pastörs, NPD: Polizeireform!)

wurde hier schon abgestellt, auch auf die Polizeistrukturreform. Diese waren und sind mit Sicherheit nicht beliebt, und sie sind auch nichts, womit sie als verantwortlicher Politiker einen Sympathiepreis gewinnen können. Aber sie waren und sie sind notwendig, daran geht kein Weg vorbei. Das ist meine feste Überzeugung. Wir müssen uns den Gegebenheiten anpassen, und manchmal heißt das eben, wir müssen die Strukturen an die Gegebenheiten anpassen. Ich weiß aber auch, ohne die vielen ehrenamtlich engagierten Bürger in unserem Land wäre eine solche Veränderung sowieso nicht möglich. Überall in den Gemeinden, Städten, in den Feuerwehren, beim THW, beim Sport, in sozialen Organisationen, in vielen anderen Lebensbereichen, in der Kirche leisten sie alle einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft und für unser tägliches Miteinander. Das ist bemerkenswert und das zeigt die Stärke unseres Landes. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, woher wir gekommen sind.

Sicherlich, ehrenamtliches Engagement gab es zu Teilen schon zu DDR-Zeiten, aber vieles war damals auch mehr oder weniger verordnet. Die damit verbundenen staatlichen Strukturen sind mit dem Untergang der DDR alle weggebrochen. Es war ein riesiger Kraftakt vieler Frauen und Männer, diese Strukturen in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern neu und vor allem demokratisch aufzubauen. Da ist Großartiges geleistet worden. Gerade dieser anstrengende Reorganisationsprozess kann nicht oft genug gewürdigt werden. Das dürfen wir nie vergessen, weil diese Gesellschaft ohne Ehrenamt nicht funktionieren kann.

Wie wichtig ehrenamtliche Helfer sind, sehen wir nicht zuletzt in der aktuellen Flüchtlingskrise. Alle meine Länderkollegen betonen, wie bedeutend der Einsatz der freiwilligen Helfer ist. Das ist keine Pflichtübung, sondern sie tun das, weil sie vor Ort sehen, mit wie viel Herzblut und Engagement die Menschen dabei sind. Ohne sie, das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, würden wir diese Herausforderung derzeit nicht meistern können.

(Beifall Vincent Kokert, CDU, und Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es wichtig, dass wir die Menschen motivieren, weiter mitzumachen. Um das zu erreichen, müssen wir bei allen notwendigen Veränderungen sicherstellen, dass wir die Menschen in unserem Land immer mitnehmen. Je komplizierter und gravierender die Entscheidungen der Regierenden sind, desto mehr müssen wir erklären, desto mehr müssen wir werben und desto mehr müssen wir auch zuhören können.

Natürlich werden wir niemals alle zufriedenstellen. Widerspruch und Widerstand wird es in einer lebendigen Demokratie immer geben, aber eben auch mit den entsprechenden Spielregeln, meine Damen und Herren. Wir können und wollen in einem Land, das so sehr auf die Unterstützung der Ehrenamtlichen angewiesen ist, nicht an jenen Ehrenamtlichen vorbeiregieren. Das dürfen wir auch nicht!

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

Das wird nicht funktionieren. Das sollten alle, die auch in Zukunft Verantwortung haben, beherzigen.

Meine Damen und Herren, die Flüchtlingskrise hat uns aber nicht nur eindrucksvoll die Bedeutung des Ehrenamts vor Augen geführt, ich muss gestehen, sie hat mich auch nachdenklich gemacht. Fast überall in der Republik sind in den letzten 30/40 Jahren Stellen in der öffentlichen Verwaltung abgebaut worden. In Mecklenburg-Vor-

pommern machen wir das sinnvollerweise seit 25 Jahren auch sehr konsequent. Natürlich war und ist das gerechtfertigt. Es gab unmittelbar nach der Wiedervereinigung zu viele Staatsbedienstete. Auch der technische Fortschritt führt zu weiteren Einsparmöglichkeiten. Wir haben uns Vergleichswerte angesehen, Controllinginstrumente eingeführt, mit verschiedenen Maßnahmen die Produktivität der Mitarbeiter immer weiter erhöht – alles mit dem Ziel, eine effektive Verwaltung in Deutschland, in den Bundesländern, in den Kommunen aufzustellen. Und das ist richtig, denn wir müssen mit dem Geld der Steuerzahler schließlich sorgsam umgehen

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das tun Sie aber nicht.)

und wollen unseren Kindern keine Altlasten hinterlassen. Das ist uns bisher in beeindruckender Weise gelungen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Zehn Jahre keine neuen Schulden! Das ist schon außergewöhnlich, erst recht, wenn man sich die Entwicklung in anderen Bundesländern vor Augen führt. Dieses Ziel dürfen wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auf keinen Fall aus den Augen verlieren. Aber vielleicht mahnt uns auch die aktuelle Situation, in dem einen oder anderen Fall andere Schwerpunkte zu setzen. Denn bei allen Berechnungen und Prognosen in Deutschland haben wir alles immer unter der Rubrik von Schönwetterlagen betrachtet, was benötigen wir in dem und dem Rahmen, in dem und dem überschaubaren Zeitraum. Wird die Herausforderung in Gänze größer, müssen wir eine neue Diskussion führen. Ich halte das für wichtig und auch für richtig, dass diese Diskussion in Deutschland geführt werden wird.

Meine Damen und Herren, unser Land hat sich in seinen ersten 25 Jahren nach der Wiedervereinigung deutlich zum Positiven verändert. Mecklenburg-Vorpommern ist heute ein modernes, ein fortschrittliches Land. Wir alle, Bürger und Politik, tragen Verantwortung dafür, dass das so bleibt. Nur wenn die Menschen vor Ort anpacken und die weitere Entwicklung mitgestalten, werden wir die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte erfolgreich meistern. Unsere Aufgabe als Politik wird es sein, diese Menschen dabei tatkräftig zu unterstützen, zu begleiten und in dem einen oder anderen Fall auch mehr zuzuhören

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

beziehungsweise auf die Menschen zuzugehen. Ich will, dass Mecklenburg-Vorpommern weiterhin ein Land des Aufbruchs ist. Es soll ein Land der Chancen und der Perspektiven werden, ob im Tourismus, im Maschinenbau, bei der Energiewende, in der Gesundheitswirtschaft, bei der Kooperation im Ostseeraum oder der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern. Wir haben viele, viele Möglichkeiten, wir müssen sie nur gemeinsam nutzen wollen!

Früher bedeutete Aufbruchstimmung, ich mache mich auf den Weg gen Westen. Heute heißt Aufbruchstimmung bei uns, dass wir vorangehen, dass wir investieren, dass wir weiterentwickeln, dass wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, dass die jungen Menschen wieder zurück nach Hause kommen, dass wir schönes Wohnen mit guter Arbeit verbinden, dass wir auch in schwierigen Situationen zusammenhalten, uns helfen und uns gegen-

seitig voranbringen – Arm und Reich, Jung und Alt, Deutsche und Flüchtlinge.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Mit dieser Aufbruchstimmung wollen wir die Entwicklung unseres Landes in großen Schritten voranbringen. Wir werden das Land weiter aufbauen. Wir werden weiter in Infrastruktur und Bildung investieren. Wir werden die Zentren weiter stärker, den ländlichen Raum lebendig gestalten und wir werden alles daransetzen, dass beide an einem Strang ziehen, denn wir machen das schließlich hier alle gemeinsam – egal ob Regierende oder Opposition – nicht zum Selbstzweck oder sollten es nicht zum Selbstzweck machen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es geht immer um den Menschen, er steht im Mittelpunkt und für ihn sollten wir das Land auch weiterentwickeln. – Dafür alles Gute, viel Erfolg und herzlichen Dank, dass Sie zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Dr. Nieszery.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst ein paar Worte zu den Ausführungen von Herrn Holter.

Herr Holter, ich habe mich in langen Strecken Ihrer Rede gefragt, über welches Land Sie hier geredet haben. Mecklenburg-Vorpommern kann es nicht gewesen sein.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Sehr gut.)

Die Stimmung der Menschen im Land hat der Ministerpräsident mit seinem zuversichtlichen Ton sehr viel eher getroffen als Sie, denn Sie müssen auch mal zur Kenntnis nehmen, Herr Holter, wir leben hier nicht im Jammertal, so, wie Sie es den Menschen im Land immer wieder vorgaukeln.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Richtig.)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat sehr anschaulich die vergangenen 25 Jahre Revue passieren lassen und eigentlich alle wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen genannt, die unser Bundesland in diesen Jahren geprägt haben. Als Fazit kann man mit Fug und Recht sagen, die Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns seit der Wende ist eine Erfolgsgeschichte,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Ja.)

allerdings keine geradlinige. Viele Klippen mussten umschifft, viele Steine aus dem Weg geräumt werden – der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen –, und diese Aufgabe bleibt auch vor uns. Keiner aber kann bestreiten, dass Mecklenburg-Vorpommern heute weitaus besser dasteht als vor 25 Jahren.

Dass unser Land sich so gut entwickelt hat, meine Damen und Herren, ist vor allem den Menschen zu verdanken, die mit Fleiß, Beharrlichkeit, Bodenständigkeit, Mut und Solidarität das Land aufgebaut und sich nicht von Rückschlägen beirren lassen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Sicher, meine Damen und Herren, eine solche Bilanz werden in diesen Tagen alle ostdeutschen Länder ziehen. Aber für uns hier in Mecklenburg-Vorpommern hat ein solches Fazit noch einmal eine ganz andere Bedeutung,

(Udo Pastörs, NPD: Die Reden sind austauschbar.)

galten wir doch jahrhundertelang als besonders rückständig, ja, als Armenhaus Deutschlands. Man erinnere sich nur an die berühmten Redewendungen von Herrn Bismarck.

Auch nach der Wende waren wir noch lange Zeit in allen Statistiken immer das Schlusslicht. Wir hatten die höchste Arbeitslosigkeit, die schwächste Wirtschaftsleistung, die höchste Abwanderungsrate. Entsprechend grau und abgehängt fühlten sich die Menschen im Land. Noch im Jahre 2000 sagten 69 Prozent unserer Bürger, dass sie im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern schlechter dastehen. Und heute, 15 Jahre später, sind es nur noch 25 Prozent. Das, meine Damen und Herren, ist schon ein sensationeller Wert.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Und die wählen DIE LINKE. Das ist erstaunlich.)

zeigt er doch, dass in den letzten anderthalb Jahrzehnten ein grundlegender Mentalitätswandel stattgefunden hat.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Ja, aber die Fakten haben sich nicht verändert.)

Das Land und seine Menschen haben nicht nur in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung aufgeholt, auch das Selbstbewusstsein und die empfundene Lebensqualität haben deutlich zugenommen. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind mittlerweile stolz auf ihr Land, sie fühlen sich wohl und leben gerne hier. Sie empfinden sich nicht mehr als rückständig in Deutschland, sondern als gleichberechtigt und dazugehörig. Mecklenburg-Vorpommern und seine Bürger sitzen schon lange nicht mehr am Katzentisch der Bundesrepublik.

Ich bin davon überzeugt, dass dazu auch die Landespolitik in den vergangenen 15 Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet hat, und das gilt für alle Parteien, die in diesen Jahren Verantwortung getragen haben. Das sage ich ausdrücklich auch mit Blick auf DIE LINKE, die ja heute wieder ein kleines Klagelied abgezogen hat.

Herr Holter, seien Sie doch ruhig ein wenig selbstbewusster und blicken Sie mit Stolz auf Ihre Zeit der Regierungsbeteiligung,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen!)

in der Sie einen Beitrag dazu leisten konnten,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Mache ich! Mache ich, Herr Nieszery! – Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Na, da muss er ja nicht so viel üben.)

dass unser Land und seine Menschen heute so gut dastehen!

Eines aber, meine Damen und Herren, muss bei aller Mitwirkung der Koalitionspartner doch hervorgehoben werden. Seit 1998 wird die Landesregierung von Sozialdemokraten geführt, zuerst von Harald Ringstorff, dem wir vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht sehr viel zu verdanken haben, und dann ab 2008 von Erwin Sellering, der es in den letzten Jahren wie kein Zweiter verstanden hat, den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Mut und Zuversicht und damit Selbstbewusstsein zu geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Udo Pastörs, NPD: Durch Grienen.)

Mit seiner optimistischen Art hat er das Potenzial dieses Landes und seiner Menschen in den Vordergrund gerückt und zugleich die Lebensleistung der Menschen in der Vergangenheit als Teil der Identität dieses Landes gewürdigt.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ist das schon eine Abschiedslaudatio?)

Dass diese in M-V erworbenen Lebensleistungen und politischen Erfahrungen auch in der Bundesrepublik zum Erfolg führen, zeigt der Blick auf die Herkunft der Bundeskanzlerin, des Bundespräsidenten und einer der beliebtesten Bundesministerinnen.

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen Ausblick auf die nächsten 25 Jahre werfen und dabei die aus meiner Sicht derzeit wichtigsten zwei aus den zehn Punkten des Ministerpräsidenten herausgreifen.

Da ist zum einen der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien – die wirtschaftspolitische Chance für Mecklenburg-Vorpommern mit enormem Arbeitsplatzpotenzial. Ich bin sicher, spätestens 2022, wenn das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet wird, beginnt das energiepolitische Zeitalter des Nordens.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Dann wird vor allem Windstrom aus dem Norden die Industriezentren im Süden und Westen beliefern. Dann wird Mecklenburg-Vorpommern richtig attraktiv für Neuansiedlungen und Unternehmen. Dafür, meine Damen und Herren, lohnt es sich zu kämpfen und auch manchen Streit auszufechten. Wir werden selbstverständlich versuchen, die Belastungen für die Menschen so gering wie möglich zu halten und Vergünstigungen verbindlich festzuschreiben, aber am Ziel, zum Vorreiter der Energiewende zu werden, werden wir nicht rütteln! Wir, meine Damen und Herren, segeln vor dem Wind und nicht wie noch zu Bismarcks Zeiten 50 Jahre hinterher!

Das zweite wichtige Thema der nächsten Jahre ist die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Wir wis-

sen heute, 25 Jahre nach der Wende, dass wir ein starkes und ein selbstbewusstes Land sind, und dieses Land wird es schaffen, die Flüchtlinge, die eine Zeit lang oder auch für immer bei uns bleiben, anständig zu behandeln und in unser Gemeinwesen zu integrieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Honecker dachte auch, er schafft das.)

Die Aufgabe ist nicht ganz einfach, das gebe ich auch unumwunden zu. Sie ist aber zu bewältigen,

(Udo Pastörs, NPD: Das schaffen wir! Das schaffen wir schon!)

wenn wir sie mutig, beherzt und entschlossen angehen.

Ich sage ganz klar, meine Damen und Herren, verfolgten und Not leidenden Menschen Asyl zu gewähren, ist ein Gebot der Menschlichkeit, das keine Kompromisse duldet!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen nur aufpassen, dass unsere europäischen Werte der Humanität, Freiheit und Asylgewährung nicht zunehmend in den Hintergrund gedrängt werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Die können auch missbraucht werden.)

Die absurde Forderung nach neuen Grenzzäunen, die die Zuwanderung begrenzen sollen, ist ein besonders abschreckendes Beispiel, denn am Ende, meine Damen und Herren, am Ende dieser Forderung

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

stehen die gewaltsame Verteidigung dieser Zäune und damit in letzter Konsequenz, Herr Pastörs, verletzte und tote Frauen, Männer und Kinder. Das, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ist nicht das aufgeklärte Europa des 21. Jahrhunderts, und es ist nicht das Europa, in dem ich leben möchte!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Andrejewski, NPD: Das ist Dummdeutschland.)

Also, meine Damen und Herren, sind wir weiter mutig und gehen voran, bündeln wir unsere Kräfte und organisieren wir den Zuzug von Kriegsflüchtlingen,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

sorgen wir durch eine intensive und nachhaltige Außenpolitik dafür, dass die Konflikte entschärft und beigelegt werden, die die eigentliche Ursache des Flüchtlingszustroms sind!

Sicherlich wird sich unsere Gesellschaft mit den Flüchtlingen verändern. Aber was soll daran schlecht sein, wenn wir bunter, vielfältiger und jünger werden?

(Udo Pastörs, NPD: Schauen Sie mal nach Kreuzberg!)

Die Mecklenburger und Vorpommern sind 25 Jahre nach dem Fall der Mauer selbstbewusst genug, zu wissen, dass sie davor keine Angst zu haben brauchen, Herr Pastörs!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die weit überwiegende Zahl der Menschen in unserem Land ist auch immun gegen den Hass, der von NPD, Pegida und AfD verbreitet wird,

(Michael Andrejewski, NPD: Oh, jetzt sind die auch schon dran!)

denn inzwischen hat auch der letzte Vernünftige kapiert, wer hinter Pegida und seinem Ableger MVgida tatsächlich steht. Hier, meine Damen und Herren, demonstrieren eben keine besorgten Bürger, sondern eiskalte Rechtsextremisten. Hier werden nicht berechtigte Fragen, ernsthafte Sorgen formuliert, sondern es wird gegen Flüchtlinge gehetzt und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung missachtet. Das Muster ist immer dasselbe: Erst wird diffamiert und ausgegrenzt, dann folgt blanke Gewalt.

Die TAZ hat am Montag mit Blick auf das furchtbare Attentat in Köln eine sehr gute Darstellung gebracht.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist auch ein sehr seriöses Blatt.)

Sie schrieb: "Einer hat zugestochen. Das Messer geführt haben viele."

In Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, und auch das gehört zum 25-jährigen Jubiläum, sitzen die Verantwortlichen für solche politisch motivierten Gewalttaten im Landtag!

(Heinz Müller, SPD: So ist es. – Stefan Köster, NPD: In der Regierung. Die Regierungsparteien sind die Verantwortlichen.)

Wir alle wissen, die NPD ist der geistige und rhetorische Brandstifter für die Anschläge auf Personen und Flüchtlingsheime und hier im Land laufen Abgeordnete der NPD in der ersten Reihe bei MVgida mit.

(Udo Pastörs, NPD: Zu Recht!)

Wer, wie die AfD, sich davon nicht klar abgrenzt,

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, sicher.)

zündelt bewusst mit

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und macht sich damit gemein mit den neuen Nazis und ihren menschenverachtenden Ideologien.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern hat vor 25 Jahren die einmalige Chance erhalten, eine am Boden liegende Wirtschaft neu aufzubauen und wieder eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Mecklenburg-Vorpommern hat vor 25 Jahren die einmalige Chance erhalten, demokratische Strukturen zu etablieren und weiterzuentwickeln.

(Stefan Köster, NPD: Die Bundestagsparteien haben diese Chance nicht genutzt.)

Diese Chancen haben die Menschen in hervorragender Weise genutzt. Lassen Sie uns die vor uns liegenden neuen, zweifellos schwierigen Herausforderungen ebenso beherzt anpacken! – In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Nieszery.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Ziel der friedlichen Revolution war nicht die deutsche Einheit, aber es war letztendlich ihr glücklicher Ausgang.

Wir haben vorgehabt, eine Aussprache zu beantragen, die wir zugunsten der großen Aussprache zurückgezogen haben. Der Titel hätte geheißen "Die deutsche Einheit – Glücksfall, Aufgabe und Prozess", und das ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Selbstverständlichkeit, weil wir haben eine Geschichte in Richtung deutsche Einheit, und darüber will ich erzählen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Die friedliche Revolution 1989 ist auch von Menschen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestoßen worden. Wir waren mit auf der Straße, wie viele von Ihnen, die auch heute hier mit im Parlament sitzen.

(Udo Pastörs, NPD: Ich auch.)

Weiß ich nicht.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Ja, aber ich weiß das.)

Sehr schön.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo waren Sie denn da? – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Im Busch, oder wie?)

Für mich ist es nach wie vor ein großer Glückfall, dass die friedliche Revolution am Ende friedlich geblieben ist, und es gibt tatsächlich viele Menschen, die einen Beitrag dazu geliefert haben. Es sind die Kirchen, die in den Andachten immer wieder auf die Gewaltlosigkeit hingewiesen haben. Es sind auch besonnene Menschen bei den Staats- und Sicherheitsorganen gewesen, die mit dafür gesorgt haben, heißblütige Kollegen zurückzuhalten. Es ist unterm Strich ein großer Glücksfall. Es hat viele Situationen gegeben, wo es hätte eskalieren können. Ich habe selber solche Situationen in Rostock vor der Staatssicherheit erlebt.

Wenn man darüber nachdenkt - jetzt, lange Zeit zurückliegend, es ist über 26 Jahre her -, dann spielen auch die vielen Gespräche eine Rolle, die es gegeben hat zwischen Kirche und Staat. Die Mitglieder der Kirche, die diese Gespräche geführt haben, sind später auch schwer dafür kritisiert worden, weil man das als eine unzulässige Annäherung angesehen hat. Aber diese Gespräche haben immer wieder auch dafür gesorgt, neben kritischen Seiten, dass es ein Verständnis füreinander gab. Und wenn man über Verständnis redet und über die Fragen, wie man sich angesichts totaler Unterschiede bei allen wichtigen politischen Fragen - welche Berechtigung hat die Mauer, wie steht man zur Demokratie, zu Gerichten, zur Frage des Unrechtstaates und so weiter - verständigen konnte, wenn es trotzdem eine Klammer gegeben hat - das finde ich interessant und wichtig -, dann ist es das Thema Antifaschismus gewesen. Das war die Klammer zwischen Kirche, Bürgerbewegung und dem Staat, den wir heute klar als Unrechtsstaat bezeichnen.

Übrigens, das will ich deutlich hinzufügen, Unrechtsstaat bedeutet nicht, dass die Menschen, die in diesem Staat Verantwortung übernommen haben, Unrecht begangen haben.

(Michael Andrejewski, NPD: Nein.)

Die haben zum Teil wichtige Dienste an dieser Gesellschaft geleistet,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja, an der Grenze.)

und das wollen wir ausdrücklich anerkennen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gab es 1990, am Anfang jedenfalls noch nicht. Wir sind als Bündnis 90 in die Volkskammerwahl am 18. März gegangen.

(Udo Pastörs, NPD: Was? Bündnis 90?)

Das Ergebnis war ernüchternd: 2,6 Prozent.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir waren vom Tisch gewischt, weil – und das war das zentrale Thema – wir zum Thema deutsche Einheit letztendlich keine wirkliche Beziehung hatten.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben wir heute noch nicht.)

Das hat lange gedauert bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bis das gekommen ist.

Diese Wahl am 18. März hat eine kleine Entsprechung gefunden in einer anderen Wahl, und zwar am 18. März 2012. Nämlich der Kandidat, der aus den Nordbezirken für Bündnis 90 in die Volkskammer einzog – das war nur ein Einziger –, war Joachim Gauck,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

und an diesem 18. März 2012 wurde er zum Bundespräsidenten gewählt – für uns ein Zeichen von "angekommen".

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich möchte an einen anderen Menschen erinnern, an Irmgard Rother. Ich habe das hier schon einmal getan, da ging es um eine Aussprache zum Thema "Volksaufstand 1953". Irmgard Rother hat damals mitgemacht bei den Demonstrationen in Rostock und konnte sich daran erinnern. Sie hat das Neue Forum mit aufgebaut und das ist unsere Verbindung zu dem Thema "Verfassung vor 25 Jahren für dieses Land". Sie hat nämlich an dieser Verfassung mitgeschrieben. Und das Thema 1953 - Irmgard Rother hatte das große Glück, dass sie die Wende miterlebt hat und dass sie dieses neue Land mitgestalten konnte. Viele Menschen, die sich in dieser Zeit, ab 1953 und davor, für Demokratie und Freiheit engagiert hatten, hatten dieses Glück nicht. Sie sind Opfer eines Unrechtsstaates geworden und haben oft vergeblich auf Anerkennung für diese Leistungen, die sie gebracht haben, gewartet. Sie haben sogar einen Dienst an uns geleistet, nämlich einen schwierigen Dienst. Angesichts des Wunsches nach Versöhnung mussten ihre Wut und ihr Gefühl, dass das irgendwie gerechtfertigt werden muss, was sie erlitten haben, zurückstehen. Deswegen sind wir diesen Menschen ausdrücklich dankbar.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch den Menschen danken, die aus dem Westen und anderen Ländern in den Osten gekommen sind. Das war nicht einfach, hier Fuß zu fassen,

(Vincent Kokert, CDU: Nicht für jeden, aber für die meisten.)

sich hier zu engagieren für unsere Gesellschaft.

Bitte?

(Vincent Kokert, CDU: Nicht für jeden, aber für die meisten.)

Ja, ich denke an Menschen, die es auch aufgegeben haben. Ich kenne konkret eine Familie in Bützow, die irgendwann gesagt hat, wir halten die Angriffe nicht mehr aus, wir gehen zurück. Deswegen bin ich dankbar für die, die durchgehalten haben und dieses Land mit uns gestaltet haben.

Und wenn ich über Menschen aus dem Westen rede, dann möchte ich ausdrücklich an zwei Personen erinnern: Das ist einmal Willy Brandt mit dem Thema "Wandel durch Annäherung", der dafür viel Kritik im Westen erhalten hat, aber auch an Helmut Kohl,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Das ist schon besser.)

dem ich ehrlich dankbar bin für die Tatsache, dass er damals das Thema "deutsche Einheit" wirklich angenommen und es vorangetrieben hat. Es sind solche Einzelpersonen,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Heinz Müller darf man hier auch nicht vergessen.)

ohne die dieses Thema untergegangen wäre im Streit über die Fragen, wie kann man das gestalten, ist es wirklich notwendig und so weiter.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mir ist das wichtig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber 1990, die Vereinigung, war ein wichtiges Datum. Die Schwierigkeit ist 1992 deutlich geworden in Rostock-Lichtenhagen an der ZAst. Dort hat die Zivilgesellschaft insgesamt versagt. Ich will jetzt nicht lange darüber debattieren, was da alles im Hintergrund gelaufen ist. Es waren Kompetenzstreitigkeiten zwischen Land und Stadt, und jeder hatte gute Gründe, das Problem hin- und herzuschieben. Und auch auf Bundesebene hat man wahrscheinlich das Gefühl gehabt, die Diskussion, die Schwierigkeit der Diskussion vor Ort trägt dazu bei, bundespolitisch Änderungen, zum Beispiel beim Asylrecht, hinzubekommen.

(Udo Pastörs, NPD: Das Problem waren die kriminellen Handlungen der Fremden vor Ort.)

Was vor Ort in Rostock passiert ist, ist für alle, die es erlebt haben, eine totale Katastrophe für die Demokratie gewesen. Ich bin den Menschen dankbar, die damals in Rostock dagegen auf die Straße gegangen sind, am Donnerstag, aber auch bei der großen Demonstration bundesweit am Samstag nach den Ausschreitungen in Lichtenhagen. Ich bin auch den Polizeibeamten dankbar, die letztendlich ihre Gesundheit und ihr Leben eingesetzt und sich durchaus in der ersten Reihe mit hingestellt und gesagt haben, wir wollen versuchen, dieses Haus zu schützen.

Wenn ich – und da haben wir heute viel gehört – über die vielen rede, die aus unterschiedlichen Gründen Verlierer der deutschen Einheit sind, die mit uns in diesem Land leben, dann können wir diese nicht alle rechtfertigen und müssen uns darum bemühen, dass diese Menschen mitgenommen werden. Ich glaube, dass das zentrale Thema ist, dass Menschen das Signal brauchen, gebraucht zu werden, dass ihr Leben, das sie für eine Gesellschaft mit einsetzen können, wirklich angenommen wird. Es reicht nicht, ihnen genügend Hartz IV zu zahlen, sondern wir brauchen das Signal und Möglichkeiten für diese Menschen, sich am Aufbau dieser Gesellschaft zu beteiligen.

(Beifall Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Ist aber ein bisschen spät dafür.)

Wenn ich gefragt werde, warum ich die deutsche Einheit für einen Glücksfall halte, dann möchte ich zum Abschluss drei Punkte nennen. Ich habe ja genannt, was ich durchaus an kritischen Sachen sehe und dass die Menschen das Gefühl brauchen, wirklich angekommen zu sein und gebraucht zu werden.

Der erste Punkt ist für mich: Gucken Sie sich die Situation der Heimkinder, der Behinderten, der Menschen in Pflegeheimen und der Kranken in der DDR und jetzt nach der deutschen Einheit an! Sie werden einen Riesenunterschied erkennen können. Das stellt nicht die Leistungen der Menschen infrage, die sich zu DDR-Zeiten für Behinderte, Kranke und Alte eingesetzt haben. Die haben ihr Möglichstes getan, aber die Gesellschaft konnte nicht mehr leisten für diese Menschen und wollte es zum Teil auch nicht, weil sie andere Schwerpunkte gesetzt hat.

Der zweite für mich wichtige Punkt – oft vergessen, das ist übrigens auch eine Leistung der Volkskammer, der ersten frei gewählten Volkskammer – ist, dass wir jüdische Gemeinden in Rostock und Schwerin haben. Das ist für mich ein großer Glücksfall.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Der dritte Punkt ist das Thema Flüchtlinge. Es ist für uns auch ein Zeichen, dass Menschen aus der ganzen Welt sagen: Dieses Land ist Hoffnung, dieses Land gibt uns Schutz und Sicherheit, und wir wollen mithelfen, dieses Land zu gestalten.

(Udo Pastörs, NPD: Das Land gibt uns Geld. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und das ist für uns die Aufgabe, nicht nur Schutz und Unterstützung zu geben, sondern den Flüchtlingen auch genau die Möglichkeit einzuräumen,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

in diesem Land gebraucht zu werden und ihren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten zu können.

(Udo Pastörs, NPD: Grau sind alle Theorien. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Jaeger.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube, vor 25 Jahren wurde in der DDR die glücklichste Zeit eingeläutet, die wir erleben konnten. Deutschland hatte eine friedliche Revolution, friedlich – deshalb so betont, weil es das einzige Mal war, dass wir eine friedliche Revolution mit solchen Auswirkungen geschafft haben.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

eine friedliche Revolution, die am Ende dazu führte, dass Deutschland in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung wiedervereinigt wurde.

> (Udo Pastörs, NPD: Wo ist die Selbstbestimmung? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn es Politiker wie Gorbatschow, Bush oder Helmut Kohl und Willy Brandt gewesen sind, so waren es doch die einfachen Menschen in der ehemaligen DDR, die die Mauer zu Fall gebracht haben – welch Glücksfall für unsere jüngere Geschichte!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen nicht vergessen, es ging um eine Diktatur, die über den größten geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Apparat der Weltgeschichte verfügte. Er wirkt auch heute, 25 Jahre danach, noch bei vielen Menschen nach.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Für das Ende der DDR, meine sehr geehrten Damen und Herren, gab es viele Gründe. Der greifbarste war wohl, dass der materielle Wohlstand in der DDR nicht so war, wie es das Politbüro immer wieder beschrieben hat und wie es die Tagespresse immer wieder eindrücklich berichtete, und das, obwohl von der DDR und insbesondere von der Führung bis zum Schluss behauptet wurde, die DDR wäre ein wirtschaftlich erfolgreiches und industriell hoch stehendes Land. Wer damals mit offenen Augen durch die DDR fuhr, diejenigen, die das noch live erlebt haben, werden sich an die Bilder erinnern. Man hat sie ja schon fast vergessen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Grau, grau, grau.)

Ich finde es sehr beeindruckend, es gibt jetzt viele Bildbände "25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern" in ganz vielen Städten – wenn Sie sich die Bilder von damals und von heute mal ansehen und nebeneinanderlegen, dann will ich mich nicht dazu hinreißen lassen zu wiederholen, dass wir heute blühende Landschaften haben, aber zum Teil wiederhole ich das, was ich schon einmal gesagt habe: Mecklenburg-Vorpommern und unsere Heimat waren wahrscheinlich in ihrer Geschichte noch nie so schön wie jetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Udo Pastörs, NPD: Was man so unter "schön" versteht.)

Umso schmerzlicher ist es manchmal für mich, dass manch einer so tut, als wenn die DDR im Kern ein gesundes Land gewesen sei, das nach der Wiedervereinigung von westdeutschen Glücksrittern quasi ausgeplündert wurde

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und es damit einen wirtschaftlichen Niedergang gab und damit die steigende Arbeitslosigkeit.

Herr Kollege Holter, ich habe Ihrer Rede natürlich sehr genau zugehört. Dankenswerterweise haben Sie sie ja mittlerweile dann auch schriftlich an alle verschickt, dass ich das noch mal nachlesen konnte.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Gerne.)

Es klang bei Ihrer Rede so ein bisschen heraus, dass der Westen zum Teil die DDR so gesehen hat, als wenn man aus niederen Motiven Industrie abwickeln konnte und damit den gesamten Osten zu einer Brache gemacht hat. Und ich will Ihnen ganz deutlich sagen, jedenfalls für Mecklenburg-Vorpommern, für unser Bundesland und auch für die anderen Bundesländer gilt das ganz ausdrücklich nicht. Ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn Sie zwar sagen, ja, Mecklenburg-Vorpommern hat sich hervorragend entwickelt, den Leuten dann trotzdem in diesem Punkt immer wieder Sand in die Augen streuen.

Stehen Sie doch auch zu Ihren eigenen Erfolgen und tun Sie nicht so, als wenn es in den letzten 25 Jahren gerade wirtschaftspolitisch hier nur Fehlentwicklungen gegeben hat!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin auch sehr dafür, nicht zur Legendenbildung zu neigen. Legendenbildung heißt für mich, dass ich davon überzeugt bin, dass viele Menschen in der DDR zwar angepasst gelebt haben, intern trotzdem inneren Widerstand gefühlt haben und trotzdem ihren Mann beziehungsweise ihre Frau gestanden haben. Natürlich gab es in der DDR Familien, es gab Liebe, es sind Geburtstage gefeiert worden

(Michael Andrejewski, NPD: Echt?)

und viele haben sich dort auch zu Hause gefühlt.

(Michael Andrejewski, NPD: Das sind Neuigkeiten!)

Nichtsdestotrotz war die DDR als Staatssystem im Kern ein Unrechtsstaat, und daran, meine Damen und Herren, sollte man auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht rütteln.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben viele glückliche Stunden erlebt in den letzten 25 Jahren und ich glaube, wir werden auch in der Zukunft noch viele glückliche Stunden erleben. Aber wir haben auch heute schon mehrfach gehört, wir stehen vor unglaublichen Herausforderungen.

Und ich will Ihnen gleich vorwegsagen, das habe ich jetzt in der Tagespresse gelesen, was der Ministerpräsident Volker Bouffier hier gesagt hat, die Flüchtlingskrise ist die größte Herausforderung, vor der Deutschland je stand, größer als die Wiedervereinigung.

(Michael Andrejewski, NPD: Die größte Dummheit.)

Da muss ich dem Kollegen in Hessen sagen, ich glaube, zu dieser Auffassung kann eigentlich nur ein Westdeutscher kommen, weil für die Bürgerinnen und Bürger der DDR gab es quasi eine Metamorphose, und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da haben Sie recht.)

und so würde ich mir jedenfalls die friedliche Revolution nicht kleinreden lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte das Problem für groß, aber wir sollten es auch damit nicht überhöhen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Trotzdem will ich zugestehen, es gibt gewisse Parallelen, denn die deutsche Teilung war ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und das schwerste und sichtbarste Zeichen war aus meiner Sicht der Bau der Berliner Mauer, die sich dann irgendwann durch die ganze DDR erstreckte. Fast 25 Jahre nach Kriegsende wurde der Kalte Krieg überwunden, in Europa wurde die Nachkriegsordnung verändert. Heute gibt es nur noch wenig Relikte aus dem Kalten Krieg. Nordkorea ist so ein Beispiel,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es gibt wieder Krieg in Europa.)

selbst in Kuba bröckelt mittlerweile dieses Regime.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber auch die Ordnung im Nahen und Mittleren Osten ist geprägt vom Kalten Krieg – Gaddafi kam 1969 an die Macht, Mubarak 1981, Assads Vater 1970 und Saddam Hussein 1979.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das Staats- und Machtgefüge im Nahen Osten ist ein Kind des Kalten Krieges. Es war nur eine Frage der Zeit, bis diese Ordnung Risse bekommen würde. Schon aus diesem Grund hätte es alle – und da zähle ich Deutschland ausdrücklich mit dazu – westlichen Industrienationen schon viel eher interessieren müssen, was mit den Staaten insbesondere im Nahen Osten nach dem Kalten Krieg eigentlich passieren soll.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da hat er recht. – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Unsere Meinung war aber, und auch die deutsche, die Staaten sind weit genug von uns weg

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, schön weit weg.)

und so lange sie uns sicherheitspolitisch nicht bedrohen, kümmern wir uns im Prinzip darum überhaupt nicht.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Es gab nur ganz wenige Kritiker, die schon vor Jahrzehnten gemahnt haben, insbesondere auch Funktionsträger aus dem UNHCR, wenn wir das dort so weiterlaufen lassen, werden wir auf eine Katastrophe zusteuern. Heute sehen wir an den Flüchtlingszahlen, die ich nach wie vor auch für einen Ausfluss des Kalten Krieges halte und quasi für ein Zusammenbrechen im Nahen Osten, im Prinzip kann man heute rückwirkend sagen, dass in dieser Frage sowohl die deutsche Außenpolitik als auch die europäische Außenpolitik gescheitert sind. Und den Ausfluss spüren wir jetzt sehr deutlich auch in Mecklenburg-Vorpommern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wenn wir heute darüber sprechen, was für eine atemberaubende Entwicklung unser Land durchgemacht hat, dann müssen wir auch darüber sprechen, dass viele Leute sich 1990 und 1989 sogar schon auf den Weg gemacht haben.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von der LINKEN, ich unterstelle Ihren Kollegen, die ja auch vor vielen Herausforderungen standen, dass sie sich ebenfalls 1990 um dieses Land verdient machen wollten, kommen aber natürlich in der Bewertung der Regierungszeit zu anderen Auffassungen als wir, Herr Kollege Holter, oder auch der Ministerpräsident. Ich habe Ihnen ja schon mehrfach gesagt, ich kann das auch nicht eindrücklicher belegen als mit den nackten Zahlen. Es war eben nicht die Zeit unter Rot-Rot, die zu finanzpolitischen Tugenden wieder zurückgefunden hat,

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Ach, ach, Herr Kokert!)

sondern ganz im Gegenteil, es war eine gestiegene Neuverschuldung, Herr Holter, in Höhe von 2,2 Milliarden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit. – Peter Ritter, DIE LINKE: Hat der Ministerpräsident die Unwahrheit gesagt in seiner Regierungserklärung?)

Und es bleibt dabei, Regierungszeit von Rot-Schwarz oder Schwarz-Rot, wie Sie es auch immer drehen wollen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hat der Ministerpräsident die Unwahrheit gesagt in seiner Regierungserklärung?)

heißt pro Jahr 100 Millionen Abbau von alten Schulden, Herr Kollege Ritter. Wenn Sie an diesen Zahlen was rumzumäkeln haben, kommen Sie doch nach vorn, kommen Sie doch nach vorn und begründen es anders! Das sind aber die nackten Fakten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hat der Ministerpräsident die Unwahrheit gesagt?)

Und es ging sogar so weit, Herr Kollege Ritter, dass Ihr Haushalt, den Sie vorgelegt haben 2004 und 2005, vom Landesverfassungsgericht teilweise für verfassungswidrig erklärt wurde. Also erzählen Sie doch hier nicht immer das Märchen, Sie haben haushaltspolitisch gute Arbeit geleistet!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann hat der Ministerpräsident Märchen erzählt.)

Ich finde das ein Stück weit unredlich. Bekennen Sie sich doch dazu, dann haben wir alle miteinander bei dem Thema weniger Streit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ein Koalitionspartner, unterstellt dem MP Lügen!)

Und was mir,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

was mir,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mann, Mann, Mann!)

was mir bei aller Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei aller Freude über 25 Jahre Wiedervereinigung und unser Land Mecklenburg-Vorpommern in der aktuellen Debatte ein bisschen zu kurz kommt, Herr Kollege Holter, da sind wir wieder beieinander: Wir sind jetzt 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern, wenn Sie das

auf ein Menschenleben beziehen, können Sie sagen, wir sind jetzt seit sieben Jahren volljährig, man befindet sich also gerade in der Lebenszeit, wo man überlegt, welchem Beruf man nachgehen möchte, wie man seine Familie ernähren möchte. Und ich glaube, es ist jetzt auch an der Zeit, darüber nachzudenken, wie sehen denn die nächsten 25 Jahre in Mecklenburg-Vorpommern aus.

(Beifall Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr gut. – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich rufe alle im Landtag, außer der NPD, vertretenen Parteien auf: Lassen Sie uns doch in der Zukunft darüber nachdenken, welche Schwerpunkte wir setzen wollen!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, nicht nur nachdenken, Verabredungen müssen wir treffen.)

Wir werden nämlich finanzpolitisch auf Dauer nicht viel bessere Zeiten erleben, als wir sie jetzt haben, und deswegen lassen Sie uns die Debatte dazu nutzen, um die nächsten 25 Jahre in Mecklenburg-Vorpommern genauso erfolgreich zu gestalten wie die letzten 25 Jahre! Dazu lade ich ausdrücklich auch die parlamentarische Opposition ein, daran mitzutun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zurück in die Zukunft!)

Ich bedanke mich bei Ihnen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU und Helmut Holter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sonntagsreden halten, das können Sie gut, Herr Sellering.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und Sie Hassreden.)

Sonntagsreden halten, das können Sie fast so gut wie der Bundespräsident Herr Gauck,

(Michael Andrejewski, NPD: Sogar am Mittwoch.)

stets bemüht, dem deutschen Volke und damit auch den Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern in raffinierter Weise eine heile Welt vorzugaukeln. Sie erwähnten in Ihren Ausführungen, dass es 1989 die Demonstranten in der DDR waren, die dafür gesorgt hätten, dass die Mauer gefallen ist. Das ist so. Sie erwähnten aber auch in Ihren Ausführungen, dass sich in erster Linie einige – und dann nannten Sie einige Namen – darum verdient gemacht hätten. Frau Bretschneider, Sie erwähnten den Herrn Caffier und Sie erwähnten dann auch noch den einen oder anderen aus der Zeit nach der Wende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich behaupte, dass in erster Linie Ihre Aufgabe zu diesem Punkt es hier an dieser Stelle gewesen wäre, die Namen zu nennen von den Leuten, die vorher durch das Regime, wenn sie Widerstand geleistet hatten im ganz normalen Volk, ermordet wurden, an der Mauer erschossen und auch noch bis weit

in die 60er-Jahre hinein mit der Guillotine geköpft wurden. Das sind Fakten, die blenden Sie vollkommen aus.

(Beifall Stefan Köster, NPD – Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Der nächste Punkt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass es ohne Zweifel hier in Mecklenburg und Vorpommern partiell eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen gegeben hat. Das ist zu begrüßen und das ist darauf zurückzuführen, dass die Menschen sich selbst geholfen haben und nur komplementär die Regierung dafür gesorgt hat, dass das einigermaßen in Bahnen verlaufen konnte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Pastörs!)

Der nächste Punkt ist, dass Sie immer herausstellen und immer wieder von Ihren Sprechkärtchen ablesen, ganz gleich, wo Sie auftreten, dass man eine schwarze Null bei der Haushaltsgestaltung schon seit zehn Jahren vorzuweisen habe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das kann man doch nicht leugnen, oder was?!)

Sie unterschlagen allerdings, dass wir auf hohem Niveau verschuldet sind mit 10 Milliarden und daraus resultierend – selbst bei einem Ausgeschlossensein von zukünftigem Auftürmen von neuen Schulden, was ich nicht ausschließe bei der aktuellen politischen Situation – wir mindestens vier Generationen benötigen würden, um diese Schulden, vorausgesetzt, sie steigen nicht, überhaupt abtragen zu können aufgrund der Zins- und Zinseszinsbelastung, die Sie im Namen und auf der Last und auf den Schultern derjenigen Generationen aufgenommen haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dafür gibt es doch einen Gegenwert, Mensch! Dafür gibt es doch einen Gegenwert! Guck mal ins Land!)

die heute noch gar nicht geboren sind, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das sind Fakten, die Sie geflissentlich ausblenden. Und ich muss Ihnen auch sagen, es ist schon an Ironie nicht zu überbieten, wenn Sie hier auf eine Zusammenarbeit verweisen, die Sie positiv bewerten in Richtung der Kommunisten um Herrn Holter, Neokommunist Holter

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

und seine Arbeit damals in der rot-roten Koalition hier in diesem Haus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war so schlecht nicht. – Peter Ritter, DIE LINKE: Postkommunist.)

Der Herr Holter und seine Anhängerschaft sind die legitimen Kinder der Mauermörderpartei SED

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was sind Sie für ein legitimes Kind?)

und das können Sie als Ministerpräsident auch mit Ihren weichen Sprüchen nicht wegdiskutieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, oh, oh!)

Und dann schauen wir uns doch mal an, was der Herr Ministerpräsident denn sonst noch alles vergessen hat. Wir haben hier seit 25 Jahren, Herr Sellering, eine objektive Deindustrialisierung des Landes zu beklagen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dabei haben wir einen Uhrmachermeister in Lübtheen.)

Die Wirtschaft, die wir hier noch haben, ist bis zu 80 Prozent betrieblich strukturiert, Angestelltenzahl unter zehn. Wir haben im Bereich der Werften einen Niedergang erlebt unter Ihrer Regierungszeit, der grandios ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau daran hat der Ministerpräsident auch schuld, ne, Sie Weltökonom?!)

Wir haben im Bereich des Fördergeldmissbrauchs in Hunderten von Millionenhöhe nachgewiesenermaßen und Haftung des Landes,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo ist das nachgewiesen?)

also des Steuerzahlers, was ebenfalls grandios ist, und ich muss Ihnen sagen, ich erkenne überhaupt nicht, dass für die Zukunft aus diesen Erfahrungen der letzten 10/15 Jahre in diesem Bereich von Ihnen überhaupt ein konkreter Vorschlag gemacht wurde, wie man den Missbrauch von Steuergeld und wie man das Erschleichen von Steuergeld in Bezug auf Fördermittel beenden kann. Darüber schweigen Sie sich geflissentlich aus. Wo ist denn ein industrielles Großprojekt? Wo ist denn die Zukunft für die Jugend in diesem Land, die hier mit über 300.000 jungen Menschen die Flucht ergriffen haben vor Ihren blühenden Landschaften und die des Herrn Kohl?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von 1995 an hat dieses Land einen Aderlass hinnehmen müssen von 1,81 Millionen Einwohnern zu heute 1,6 Millionen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, das wissen wir doch alles!)

und Sie sprechen von Mecklenburg-Vorpommern als Zukunftsland, wo man sich wohlfühlen kann.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau das ist es. Wenn ihr endlich mal weggezogen seid, ist das alles wieder gut hier.)

Da, wo man sich wohlfühlt – und dazu gehört auch vernünftige, gut bezahlte Arbeit –, flüchtet man nicht in andere Bundesländer oder gar ins Ausland. Sie vertreiben die Deutschen und importieren die Fremden

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo kommen Sie denn her?)

und dafür ist dann Geld in Milliardenhöhe auch in diesem Haushalt und zukünftig einzustellen. Das werden Sie noch erleben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Alter Hetzer! – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Es wäre nicht schlecht, wenn wir Sie vertreiben könnten.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sich hier hinstellen und das lostreten und unterstützen, was Ihr Parteivorsitzender gesagt hat, dass wir – damit meinen Sie nicht Sie, wenn Sie in Berlin leben, sondern die Menschen hier vor Ort –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vielen Dank für die Erläuterung.)

die vielen Ausländer integrieren müssten, und das kam ja aus Ihren Ausführungen deutlich heraus, dann müssen Sie auch sagen, womit Sie das bezahlen wollen. Fragen Sie doch mal den Herrn Gabriel, wo er denn die Millionen, die noch kommen werden, offiziell ist das schon angekündigt, in Arbeit bringen will, wenn Sie es herunterbrechen auf die Zahl, die wir dann hier aufnehmen müssen.

Ich sage Ihnen, wir haben jetzt hier noch offiziell 80.000 Arbeitslose. Das sind Ihre Zahlen, unsere sehen da etwas anders aus. Wir sagen, wir haben eine strukturelle Arbeitslosigkeit von 140.000 Menschen jetzt noch, und wir sind objektiv. Ihre Feststellung ist, wir sind das Land mit den geringsten Löhnen in ganz Deutschland. Wir haben Ihre Feststellung hier laut auszusprechen, dass Mecklenburg-Vorpommern bundesweit das Land mit der höchsten Armutsquote ist. Ich habe da eine Statistik gesehen, irgendwo zwischen 21 und 24 Prozent. Das ist bundesweit spitze, Herr Sellering. Warum stellen Sie sich nicht hier hin, lüften den Schleier und schenken den Bürgerinnen und Bürgern klaren Wein ein und nicht diese Positivdroge, indem Sie hier grinsend und in schauspielerischer Art und Weise den Leuten etwas vorgaukeln,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

was es draußen so gar nicht gibt, Herr Ministerpräsident?

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das wäre etwas gewesen, wo man sagen kann, aha, der Mann hat Rückgrat, der spricht aus, nicht, wie es sein sollte, sondern auch, wie es wirklich ist.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie wissen natürlich, wie es wirklich ist, Herr Pastörs. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen, mein lieber Herr Ministerpräsident, und Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, den guten Rat,

> (Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, den brauchen wir nicht. – Heinz Müller, SPD: Nein, danke.)

nicht in den Fehler zu verfallen,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Michael Andrejewski, NPD)

die Proteste, die sich in ganz Deutschland deutlich feststellbar vergrößern und auch hier in Mecklenburg-Vor-, pommern, an denen ich, meine Fraktion und die NPD regelmäßig teilnehmen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, bei den Hetzern. – Michael Andrejewski, NPD: Ganz vorne. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

gegen den Verrat am eigenen Volk zu unterschätzen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wenn Sie glauben, und jetzt zitiere ich mal eine ganz neue Meldung von heute Morgen, dass Sie sich gegen die Mehrheit des Volkes stellen können, die das nicht wollen, heute Morgen "Focus online", Zitat: "Jeder zweite Deutsche will diese Politik nicht", die Sie hier in verräterischer Weise den Mecklenburgern und Pommern aufoktroyieren wollen,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Vorpommern!)

Herr Ministerpräsident.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs!

 $\begin{tabular}{lll} \textbf{Udo Past\"ors}, & \begin{tabular}{lll} \textbf{NPD:} & \begin{tabular}{lll} \textbf{Meine sehr verehrten Damen und Herren}, \dots \end{tabular}$

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, einen Moment bitte!

Udo Pastörs, NPD: Gnädige Frau!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich habe jetzt hier so einiges, was ich eigentlich hätte als unparlamentarisch zurückweisen müssen, sowohl von Ihnen als auch aus dem Parlament heraus im Zuge der Redefreiheit zugelassen. Allerdings ...

Udo Pastörs, NPD: Gibt es so was?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sie wissen genau, dass Sie das nicht zu kommentieren haben. Wenn Sie jetzt meinen, Sie sind in Ihrer Redefreiheit eingeschränkt, dann müssen Sie sich entsprechend an die Gegebenheiten halten, und Sie wissen ja, wie Sie sich dann durchklagen können, wenn Sie tatsächlich der Auffassung sind, dass so was passiert. Aber jetzt erreicht das hier einen Punkt, dass ich nicht mehr bereit bin, weitere Äußerungen in dieser Form zu dulden. Sie können sagen, was Sie wollen, aber in einer Form, die dem Parlament gerecht wird. Von daher bitte ich Sie, sich für den Rest der Rede an diese Hinweise zu halten.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann würden wir das mal aufgreifen, was gerade die Frau Präsidentin gesagt hat: Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Demokratie – kein Problem,

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

null Risiko für jene, die nachplappern, was die Lügenpresse vorgibt.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

So ist das in diesem Land: Freie Entscheidung der Bürger, ob und in welcher Demonstration sie gehen wollen – Fehlanzeige.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ein Clown!)

Da werden Leute aus der Verwaltung genötigt, sich auf Demonstrationen für die Überfremdung ihrer Heimat einzureihen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer denn?)

und es wird berichtet vor Ort. Da werden Polizeibeamte und Richter genötigt, nicht an Demonstrationen von NPD und Pegida teilzunehmen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Da wird pauschal Stimmung gemacht gegen Andersdenkende, die nur ihrer Sorge Ausdruck verleihen wollen, dass sich Deutschland selbst abschafft.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hoffe, die NPD schafft sich ab.)

so, wie es Herr Sarrazin trefflich formuliert hat.

Einigkeit und Recht und Freiheit – selbstverständlich, doch stehen sie derzeit nur auf dem Papier, meine sehr verehrten Damen und Herren. Viele Bürger der einstigen DDR bemerken nun, dass sie vom Regen in die Traufe gekommen sind. Bevormundung, Einschüchterung, Beschimpfungen gegenüber national denkenden Menschen sind konstitutives Element Ihrer Regierungsarbeit, Herr Ministerpräsident.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Rassismus!)

Das merken die Menschen ganz deutlich mittlerweile.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sie hätten sich in der DDR wohler gefühlt, ja?)

Es ist im Übrigen eine Unverschämtheit, aus Ihrem Munde auch heute wieder zu hören, ich sagte das bereits, dass besorgte Landsleute einer Deutschtümelei abschwören sollten. So drückten Sie es aus: Deutschtümelei.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, genau. Sie sind für mich Europäer.)

Ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, war genau das, was wir von Ihnen erwarten: eine mit mäßigem schauspielerischen Talent vorgetragene Karikatur der Wirklichkeit.

Mein Auftrag ist es als Fraktionsvorsitzender der nationalen Opposition, den Menschen im Lande zu versichern, dass die NPD gerade auch in den kommenden schweren Jahren wie in der Vergangenheit

(Heinz Müller, SPD: Schwere Jahre NPD, oder was?!)

zuverlässig den Auftrag ihrer Wählerschaft erfüllen wird, der, glaube ich, nicht besser als in den Satz gekleidet werden kann:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nämlich? Nämlich?)

Wir wollen bleiben, was wir sind,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, Dumpfbacken!)

Deutsche, und wir wollen behalten, was uns gehört, Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, Wahnsinn! Wahnsinn! – Heinz Müller, SPD: Zum Glück gehört euch Deutschland nicht.)

Und Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Blockparteien, die hier einmütig laut aufheulen, wenn ich das sage, weil Sie das befremdlich finden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nö, das ist einfach nur dämlich.)

Sie wollen eine Umvolkung des deutschen Volkes durch Überfremdung,

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Umvolkung! – Thomas Krüger, SPD: Sie sind ein geistiger Brandstifter! – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das ist natürlich mit uns, wie Sie sich sicherlich, wenn Sie das Einmaleins beherrschen, denken können, nicht zu machen.

Noch ein Wort zu Herrn Kokert, der ja hier die Weltpolitik bemühte: Mein lieber Herr Kokert, es ist so,

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist nicht Ihr lieber Herr Kokert.)

es ist so, dass Sie vergessen haben,

(Vincent Kokert, CDU: Ja?)

dass diese ganze Flüchtlingswelle von Ihren Freunden in Amerika

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Quatsch!)

durch brutales Bomben

(Vincent Kokert, CDU: Ihren Antiamerikanismus kenne ich, Herr Pastörs!)

im ganzen maghrebinischen Raum ausgelöst worden ist. Die Amerikaner haben laut verkündet, wir werden diesen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Beenden Sie bitte Ihre Rede!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Stefan Köster, NPD) Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon hart, nach so einer Rede dann wieder

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was! – Vincent Kokert, CDU: Immer auf das Wesentliche konzentrieren.)

für die deutsche Einheit ein Stück weit zu werben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war eine Karikatur.)

weil eins muss ich sagen:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war doch keine Rede!)

So viel Rassismus, so viel Fremdenhass ist einfach unerträglich, und ich denke, dass wir demokratischen Fraktionen hier zusammenstehen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, alle gemeinsam.)

den Nazis keinen Millimeter lassen und gemeinsam auf die Straße gehen

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und nichts unversucht lassen, damit Sie, Pastörs und Konsorten, eben nicht mehr in diesem Landtag sind.

(David Petereit, NPD: Rotfront, Frau Gajek!)

Ich möchte zu dem Tagesordnungspunkt zurückkommen.

(Stefan Köster, NPD: Packen Sie mal schon Ihre Taschen, Frau Gajek!)

Mein Kollege Johann-Georg Jaeger hat ja vorhin seine Sicht gerade auf 1989/90 dargelegt und vielleicht fällt Ihnen etwas auf: Ich bin heute die einzige Frau, die hier steht,

(Beifall Regine Lück, DIE LINKE – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Oho!)

und ich denke, das sind Punkte, die – das hätte ich mir gewünscht – auch von den anderen Fraktionen noch mal benannt werden müssten, denn gerade wir Frauen, so hieß es Anfang der 90er-Jahre, sind die Verliererinnen der deutschen Einheit. Wir hatten eine hohe Erwerbsneigung

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Neigung, hoho!)

und diese Erwerbsneigung wird heute unter Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestellt.

Aber ich möchte noch mal zu dem Jahr 1990 zurückrufen, denn natürlich kann ich sagen, 100-mal Hurra, dass es mit der DDR vorbei ist, aber wenigstens einmal schade wegen der verpassten Chancen, Chancen auf etwas Eigenes.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Zweiter deutscher souveräner Staat.)

Dies wäre wichtig gewesen, insbesondere für die spätere Wiedervereinigung, denn dann hätte sie auf Augenhöhe stattfinden können, mit mehr Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen der Ostdeutschen.

(Torsten Renz, CDU: Sie wissen aber, dass das nicht möglich war.)

Trotzdem war es eine Utopie und für die sind wir 1989 auf die Straße gegangen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Trotzdem war es eine Utopie! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich denke, das sollten wir uns immer wieder in Erinnerung holen, insbesondere weil es diese Brandstifter hier im Landtag gibt. Es ist wirklich widerlich, Herr Pastörs.

(Stefan Köster, NPD: Was hier von Ihnen gesprochen wird, ist ziemlich komisch.)

Wichtig wäre eine gemeinsame Verfassung gewesen. Dies hätte bedeutet, den Ostdeutschen zu zeigen, dass der Westen mit ihnen gemeinsam, mit ihnen gemeinsam einen Neuanfang startet und nicht nur das Alte fortsetzt, und die Ostdeutschen dürfen mitmachen. Eine neue Verfassung, an der die Ostdeutschen mitgeschrieben hätten, wäre ein Signal der Gleichberechtigung gewesen. Wir müssen uns klarmachen, dass die Wiedervereinigung wahrlich kein Geschenk oder eine Gnade der Westdeutschen an die Ostdeutschen war, sondern wir Ostdeutsche waren qua Grundgesetz ebenfalls Westdeutsche beziehungsweise Deutsche und somit den anderen Deutschen gleichgestellt.

Man hätte 1989 ein Reintegrationsprogramm für Ostdeutschland gebraucht

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

für eine Übergangszeit, vielleicht ein Einüben in demokratische Denk- und Verhaltensweisen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

vielleicht einen Grundkurs in Marktwirtschaft nach dem Prinzip, die Leute da abzuholen, wo sie sind.

> (Torsten Renz, CDU: Ist das jetzt eine Märchenstunde, oder was?! Märchenstunde oder "Wünsch dir was"?)

Stattdessen hieß es, nicht weiter drum kümmern, die werden schon merken, wie der Hase läuft. Ostdeutsche sind auch bei der Privatisierung durch die Treuhand benachteiligt worden. So durfte beispielsweise keine ostdeutsche Belegschaft ihre eigene Firma kaufen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das stimmt doch nicht.)

Überhaupt haben wir heute noch mit den Folgen einer verfrühten Währungsunion und einer verfehlten Treuhandpolitik zu kämpfen, die in keinem Fall eine weiterblickende Industriepolitik war.

Jetzt komme ich auf Mecklenburg-Vorpommern. Von Anfang an haben wir es mit einer verfehlten Landwirtschaftspolitik zu tun gehabt. Kleinteiliges Wirtschaften oder Biohöfe wurden und werden benachteiligt,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Ja, jaja.)

vor allem daher fällt die Landwirtschaft in einem agrarwirtschaftlich geprägten Flächenland als Arbeitgeber aus.

> (Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Es gab ja 1990 auch so viele Biohöfe.)

Nun lasst mich doch mal ausreden!

Verfehlte Subventionspolitik, Förderung von Branchen, die sich nicht halten lassen, kennen wir alle, gerade die Werftenkrise.

Und ein Punkt, der nach wie vor sehr wichtig ist: die Zunahme der Altersarmut aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit und Geringverdienern.

Herr Sellering, Sie haben zwar in Ihrem 10-Punkte-Programm in den Punkten 1 und 2 aufgezeigt, wie wichtig das ist, Arbeitsplätze zu sichern und dem Fachkräftemangel zu begegnen. Das ist eine alte Leier, die kennen wir, aber wir haben gerade die Haushaltsdiskussionen, wir wissen, dass sämtliche Vorschläge abgetan werden, bei den Oppositionsanträgen wird zum Teil nicht mal mehr zugehört.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte?!)

Ich denke, wenn Herr Kokert hier heute sagt, klar, wir wollen das mit euch die nächsten 25 Jahre gestalten,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber mit Ihnen hat er das nicht so ganz gemeint, aber sonst.)

dann denke ich, das sollte so sein, dass wir uns vom Paternalismus verabschieden, denn das haben wir bis 1989 gehabt, dass alte Männer wussten, was für uns gut ist.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Und wir sind auf die Straße gegangen, um genau den Männern zu zeigen, wo sie sind.

(allgemeine Unruhe – Beifall Udo Pastörs, NPD – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, meine sehr geehrten, insbesondere Herren!

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Alter ist relativ.

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, jetzt habe ich das Wort! Ansonsten muss ich die Sitzung unterbrechen. Ich bitte jetzt wirklich darum, die Rednerin zu Ende kommen zu lassen und sich so zu verhalten, dass die Rednerin hier vorne auch zu verstehen ist.

Bitte, Sie können fortfahren, Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

(Vincent Kokert, CDU: Ich bin jünger als Sie, Frau Gajek. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich denke, Alter ist relativ, und wer sich angesprochen fühlt, sollte das tun.

Aber lassen Sie mich noch mal auf zwei, drei Punkte ...

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich möchte gerne in Ruhe reden, meine Herren. Ich denke, das gehört sich so.

(allgemeine Unruhe und Heiterkeit)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also einen Moment ietzt!

Wenn es nicht möglich ist, die Rednerin hier zu Wort kommen zu lassen, dann muss ich die Sitzung unterbrechen und die Parlamentarischen Geschäftsführer nach vorne holen. Sie können sich gerne überlegen, ob Sie das wirklich wollen. Wenn jetzt hier noch mal solche Lin

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, Sie haben, während ich hier rede, nichts zu sagen!

Wenn jetzt noch mal solche Unruhe entsteht, dann werde ich so verfahren.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Von daher appelliere ich wirklich an alle hier, noch genügend Disziplin aufzubringen, sodass die Rednerin ihre Rede auch beenden kann.

Sie können fortfahren, Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin!

(allgemeine Unruhe)

Ich möchte auf zwei Punkte zu sprechen kommen: zum einen die von Herrn Sellering angeführte Infrastruktur. Ich denke, dass das eine wichtige Aufgabe ist. Aber dies nur auf die A 14 und die B 96 zu beschränken, Herr Sellering, das finde ich echt dreist.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Wir haben hier dieses Jahr die Südbahn verabschieden müssen.

(Gelächter bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich weiß nicht, wie oft diese Demonstrationen sind.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Wir haben die Südbahn verabschiedet!)

Ich finde das einfach ignorant, wie Sie sich hier hinstellen und sagen, in den nächsten zehn Jahren wollen wir dann mal die Infrastruktur stärken. Ich denke, das sind Aufgaben, denen wir uns auch stellen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich hoffe, dass die Ergebnisse aus der Enquetekommission nicht nur totes Wort auf dem Papier sind, sondern umgesetzt werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Niemals!)

Sie gelten nicht nur für die älteren Menschen, sondern ich denke,

(Vincent Kokert, CDU: Auch für mich.)

insbesondere auch für die jungen.

(Heinz Müller, SPD: Auch für alte Männer.)

Ein zweiter Punkt, und den wird ...

Ja, auch für alte Männer. Sie scheinen sich ja alle angesprochen zu fühlen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Niemals!)

Also ein zweiter Punkt ist -

(Heinz Müller, SPD: Wegen der Infrastruktur.)

und da erinnere ich noch mal an das Jahr 1990 –, dass es im Zuge der Wiedervereinigung oder des Anschlusses zum Beispiel die Erklärung zum Staatsvertrag der DDR/BRD gab. Und zwar wurde unter dem Punkt 4 der sogenannten Sozialunion die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung eingefordert. Die ist verbrieft

Wenn ich mich heute umgucke, geht es immer wieder um die Diskussion zu Hartz IV. Wir haben aber keine wirklich bedarfsgerechte Grundsicherung. Ich denke, das sind Punkte, die müssen wir hier diskutieren, auch wenn sie in Teilen Bundespolitik sind. Wir sind aber immer ein Teil von Deutschland, und ich denke, da müssen wir uns der Aufgabe stellen.

Noch abschließend einen Punkt zur direkten Demokratie: Ich gehe mal davon aus, Sie sind wählen gegangen am 6. September und haben entweder ein Ja oder Nein angekreuzt. Meine Fraktion hat sich eindeutig gegen diese Gerichtsstrukturreform ausgesprochen. Dadurch ist dankenswerterweise der Bürgerentscheid in die Wahllokale gekommen. Das, was wir aber immer noch haben, ist eben die Frage: Haben wir Angst vor direkter Demokratie?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Niemals! Warum? Nein.)

Das hoffe ich auch.

Und ich hoffe, dass wir natürlich die mittlerweile immer noch ungünstige Quotenregelung für Mecklenburg-Vorpommern beseitigen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich denke abschließend, ...

(allgemeine Unruhe – Zurufe aus dem Plenum: Ooh!)

Ja, ich bin unterbrochen worden. Ich denke, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Gajek, Ihre Redezeit ist abgelaufen, und für die Unterbrechung haben Sie schon Zeit bekommen. Von daher ist jetzt Schluss.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 31 nach dem Tagesordnungspunkt 25 sowie den Tagesordnungspunkt 26 nach dem Tagesordnungspunkt 30 aufzurufen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Vereinsrechts, Drucksache 6/4174, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 6/4613.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Vereinsrechts (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/4174 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (2. Ausschuss) – Drucksache 6/4613 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre auch dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Heinz Müller.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass das Verbot eines Vereins vollzogen werden muss, das kommt, Gott sei Dank, nur ausgesprochen selten vor. Die ganz, ganz große Masse unserer Vereine arbeitet zum Wohle ihrer Mitglieder, zum Wohle des Zweckes, dem sie sich verschrieben haben, gut, korrekt und erfolgreich. Aber gelegentlich kommt es vor, dass ein Verein verboten werden muss. In Mecklenburg-Vorpommern war das bislang erst zwei Mal der Fall. Dennoch, auch Aufgaben, die nur selten zu erfüllen sind, müssen wir uns widmen, und wir müssen uns darauf vorbereiten, indem wir unter anderem die dafür angemessenen Verwaltungsstrukturen schaffen.

Bislang ist für ein solches Vereinsverbot der Landkreis beziehungsweise die kreisfreie Stadt zuständig. Dieses

hat sich jedoch als ungünstige Regelung erwiesen, da Vereine, die verboten werden,

(David Petereit, NPD: Das stimmt aber doch nicht.)

sich in aller Regel nicht auf einen Kreis beschränken, sondern über mehrere Kreise und kreisfreie Städte aktiv sind. Von daher bietet es sich an, eine Landesbehörde hierfür verantwortlich zu machen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wenn wir Vereine verbieten, dann haben wir es in aller Regel mit kriminellen Strukturen zu tun – anders lässt sich ein solcher Grundrechtseingriff ja nicht rechtfertigen –,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und deswegen, so steht es in diesem Gesetzentwurf, bekommt das Landeskriminalamt die Zuständigkeit.

Da sind einige Herrschaften offenbar in Sorge, sie könnten betroffen sein, und machen deswegen Rabatz,

(Heiterkeit und Zuruf von Stefan Köster, NPD)

aber das wird mich nicht am Reden hindern, Herr Köster.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. Sehr gut. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und wenn wir obendrein noch eine Regelung finden, wie wir mit dem Vereinsvermögen eines verbotenen Vereins umgehen, dann ist das eine richtige, sinnvolle und konsequente Regelung.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Wolf-Dieter! Der vorliegende Gesetzentwurf ist relativ übersichtlich und ich kann es daher ebenso kurz machen wie der Kollege Müller: Meine Fraktion stimmt der unveränderten Annahme des Gesetzentwurfes zu.

Grundsätzlich geht es um exekutives Handeln der Landesregierung auf der Grundlage des Vereinsgesetzes und des Landesorganisationsgesetzes. Müsste nicht das 21 Jahre alte Gesetz über die Funktionalreform vom Mai 1994 geändert und das Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens "Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern" ergänzt werden, hätte es auch eine Verordnung der Landesregierung getan.

Die Zuständigkeit der Vollzugsbehörde für das Vereinsrecht wird nunmehr unserem LKA zugeordnet. Bundesweit gibt es hier keine einheitlichen Regelungen und keine einheitlichen Muster. So nimmt zum Beispiel in Brandenburg das Polizeipräsidium diese Aufgabe wahr.

Als Innenausschuss ist und war es uns wichtig, dass der Städte- und Gemeindetag die Zuständigkeitsverlagerung mitgetragen hat, ihr zugestimmt hat.

(Heinz Müller, SPD: Der Landkreistag auch.)

Der Landkreistag war nicht betroffen,

(Heinz Müller, SPD: Ja, aber ...)

hat aber auch keine ablehnende Meinung formuliert.

Auch das Konnexitätsprinzip, in diesem Falle das sogenannte Gegenstromprinzip, wurde von der Landesregierung nicht thematisiert. Der mit der Aufgabe der Vollzugsbehörde für das Vereinsrecht verbundene Verwaltungsaufwand, so der Gesetzentwurf, ist schwer einzuschätzen.

Soweit zum Inhalt dieses Gesetzentwurfes, der relativ übersichtlich ist. Gestatten Sie mir aber zum Abschluss zwei Bemerkungen:

Erstens. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist Mecklenburg-Vorpommern gewappnet, gewappnet für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren mit nicht auszuschließenden Nachfolgevereinsgründungen, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist gut so.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Richtig. – Michael Andrejewski, NPD: Ah, das ist also der Hintergrund! – Gelächter bei Stefan Köster, NPD)

Zweitens. Wir gehen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf aber einen Weg, der kommunalpolitischen Grundorientierungen meiner Fraktion kaum entspricht. Wir stehen grundsätzlich für eine Funktionalreform und nicht für eine Hochzonung von Aufgaben.

Diesen Weg sollten wir alle gemeinsam wieder stärker beachten, spätestens dann, wenn die Landesregierung endlich ihr Leitbild der Kommune der Zukunft auf den Tisch legt. Aber das ist nicht Thema dieses Tagesordnungspunktes. Insofern wird meine Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ringguth.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr geehrte und hochgeschätzte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hast du was gutzumachen, oder was? – Peter Ritter, DIE LINKE: Das nützt auch nichts mehr, Wolf-Dieter.)

Vielleicht habe ich das.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es Ihnen noch mal draußen, Herr Kollege.

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir mal auf diese Beschlussempfehlung. Vier Seiten hat die, reichlich übersichtlich, kurz und knackig. Auch im Ausschuss hat die Debatte also wenig Zeit gekostet.

(Heinz Müller, SPD: Die war sehr kurz.)

Das war eine ganz einfache Sache und sie wurde dann mit den Stimmen von SPD, CDU, LINKEN und GRÜNEN schnell und unkompliziert durchgestimmt, weil nämlich die Verlagerung der Zuständigkeit der Vollzugsbehörde für Vereinsverbote auf das Landeskriminalamt absolut sinnvoll ist. Das haben meine Kollegen vorher schon gesagt.

Dass wir überhaupt heute dazu reden, ist der seltenen Aufmerksamkeit der Herren rechts geschuldet. Warum die plötzlich aufmerksam wurden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das erzählen die uns gleich.)

hat mein Kollege Ritter, glaube ich, ausführlich dargestellt.

(David Petereit, NPD: Glauben ist nicht wissen.)

Es ist schon so, dass sie dieses Mal irgendwie aufmerksamer waren als sonst, aber es wird ihnen auch diesmal nichts nützen. Im Zuge von Vereinsverboten gibt es nämlich zum Beispiel auch Durchsuchungen, und das ist absolut notwendig, dass es die gibt. Der Kreis der damit befassten Personen ist natürlich möglichst gering zu halten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das LKA, das Landeskriminalamt ist ja in aller Regel bereits im Vorfeld eines Vereinsverbotes mit den Sachverhalten beschäftigt und dort befinden sich auch Fachverstand und Detailkenntnisse. Zudem unterliegen Vereinsverbote gewissen rechtlichen Hürden. In Mecklenburg-Vorpommern, das ist hier schon gesagt worden, gab es deshalb in der Vergangenheit wirklich ganze zwei Verbote von Vereinen.

Wenn wir jetzt also festlegen, dass die bislang zuständigen örtlichen Ordnungsbehörden in solch einem Fall gar nicht wirklich mit dem Ablauf eines Vereinsverbotes vertraut sind, dann hatten die wahrscheinlich auch bisher mit der Materie eher nichts bis gar nichts zu tun – wie gesagt, bei den zweien. Deswegen hat der Minister ja schon in der Ersten Lesung gesagt, Vereinsverbote sind eine absolute Spezialmaterie, sind und bleiben eine absolute Spezialmaterie und werden in der Praxis selten angewandt.

Die Übertragung dieser Aufgabe ist also, wie wir meinen, absolut im Sinne aller Beteiligten. Das meinen ja die anderen Fraktionen auch. Dies hat der Städte- und Gemeindetag im Übrigen genauso gesehen und deshalb bitte auch ich für meine Fraktion um Zustimmung. Und wenn der Kollege Ritter am Schluss einen kleinen Ausflug gemacht hat, dann mache ich das jetzt auch.

Meine Damen und Herren, ich bedauere es ganz außerordentlich, dass Frau Gajek eine so wichtige Debatte wie die zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung am Schluss so in den Dutt geritten hat. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Michael Andrejewski, NPD: Ich fand es ganz lustig.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Petereit.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dem vorliegenden Gesetzentwurf wird mehrmals darauf hingewiesen, dass es seit der Gründung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern nur zwei Vereinsverbotsverfahren hier im Land gab – zwei Vereinsverbote in 25 Jahren –, und diese überschaubare Anzahl rechtfertigt eben keine Gesetzesänderung.

Wenn dann auf dieser Grundlage – wie in der Vorlage – argumentiert wird, dass die Verbote regelmäßig von Durchsuchungen der Wohnungen der Vereinsmitglieder begleitet werden, so ist das gelogen, denn zum einen gibt es diese Regelmäßigkeit offensichtlich in M-V ja gar nicht, und als Betroffener des ersten Vereinsverbots durch das Land Mecklenburg-Vorpommern kann ich Ihnen verraten, dass eben damals nur bei mir durchsucht wurde und nicht bei allen der sogenannten Mitglieder.

(Heinz Müller, SPD: Wahrscheinlich gab es da schon genügend Beweismaterial. Das lässt ja tief blicken!)

Das heißt, bei den anderen dreien, die man neben mir zu dem Verein zusammenkonstruiert hat, ging niemand durchsuchen.

Und Sie sprachen es ja schon an, Herr Müller, ohne Ahnung zu haben:

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Da wünschen Sie sich was! Das wird aber nie in Erfüllung gehen.)

Das Vereinsvermögen, das damals sichergestellt wurde, bestand aus 21 Aufklebern. Die können Sie gerne unter sich aufteilen, ja.

(Stefan Köster, NPD: Da hat sich der Staat aber ganz schön bereichert. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Zahl, die Anzahl von vier Mitgliedern, die da zu einem Verein zusammenkonstruiert wurden, empfand ich schon damals als bemerkenswert, denn nach allgemeiner Rechtsprechung braucht man auch nur drei Mitglieder, um überhaupt einen verbotsfähigen Verein zu haben. In unserem Fall wollte man offensichtlich auf Nummer sicher gehen und hat vier Personen zusammengefasst für den Fall, dass einer hätte nachweisen wollen, dass er mit den unsinnigen Vorwürfen aus dem Verbotspapier nichts zu tun hatte.

"Um den Zweck der Durchsuchung nicht zu gefährden", sei "eine größtmögliche Geheimhaltung zu gewährleisten", damit "die Vereinsmitglieder vorab keine Kenntnis" erhielten, heißt es in der Vorlage. Laut Gesetzentwurf könne die Abstimmung zwischen mehreren Ordnungsbehörden "zum Beispiel über den Zeitpunkt der Durchsuchung … viel Zeit in Anspruch nehmen und die Geheimhaltung gefährden".

Ich wollte im Innenausschuss wissen, ob es für diese Behauptung konkrete Belege gebe, und siehe da, es gab sie nicht. Somit lässt die Argumentation den Schluss zu, dass man im Innenministerium den örtlichen Behörden beziehungsweise ihren Mitarbeitern einfach nicht traut. Es verwundert zudem nicht, dass der Innenminister, der die Trennung von Polizei und Geheimdienst als überholt ansieht, natürlich auch die Durchführung von Wohnungsdurchsuchungen in seinem Apparat gebündelt haben will.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aus Sicht des Repressionsorgans muss es doch geradezu belastend sein, wenn man noch einen behördlichen Zeugen mitnehmen muss, der einem nicht per Befehlskette untergeordnet ist, jemanden, der eben nicht mit den anderen beteiligten Beamten tagein, tagaus arbeitet und mit diesen keinen kollegialen, kumpelhaften Umgang pflegt, also die Untersuchung hinsichtlich der Tätigkeit unbefangen beobachten könnte.

Üblicherweise ist bei Hausdurchsuchungen ein Vertreter der örtlichen Behörden anwesend. Dadurch, dass die örtlichen Ordnungsbehörden künftig außen vor bleiben sollen, werden potenziell unliebsame Zeugen beseitigt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oha!)

Gerade im Fall von politischen Vereinsverboten, so, wie es bei uns der Fall war, kommen diese Zeugen dann nicht umhin festzustellen, dass der Demokratenstaat gerade nicht gegen Schwerkriminelle oder Kriminelle vorgeht, sondern Oppositionelle unterdrückt, Herr Müller.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooch!)

Der Einblick in die Privaträume holt die Beteiligten nämlich auf den Boden der Tatsachen zurück. Die durchsuchten Objekte sind eben nicht die propagierten Räuberhöhlen, keine Führerhauptquartiere, sondern normale Wohnungen, nicht anders eingerichtet als vielleicht bei Ihnen zu Haus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nur die Hakenkreuzfahne fehlt.)

Ohne die Anwesenheit örtlicher Gemeindemitarbeiter bei den Durchsuchungen kann diesen Widerspruch natürlich niemand aufdecken.

Weil das Vereinsrecht durch den Staat zur Unterdrückung der Opposition missbraucht wird, lehnen wir die Gesetzesänderung konsequenterweise ab. Die im Gesetzentwurf aufgeführte Argumentation über die Kostenfolge bei Vereinsverboten ist eine reine Nebelkerze, die Ihnen allerdings reicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Was wollte uns der Künstler damit sagen?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Regelungsgehalt des vorliegenden Gesetzentwurfes ist in der Tat überschaubar und ist von meinen Vorrednern eigentlich schon hinreichend dargestellt und

erläutert worden. Deswegen kann ich mich hier auch kurzfassen.

Der vorliegende Gesetzentwurf will die Zuständigkeit des Vollzugs eines Vereinsverbotes neu ordnen. Bisher waren für den Vollzug die örtlichen Ordnungsbehörden zuständig, in Zukunft soll die Vollzugsbehörde für das Vereinsrecht das Landeskriminalamt sein. Eigentlich würde eine Verordnung der Landesregierung hierfür ausreichen, um die Zuständigkeit innerhalb des Geschäftsbereiches im Ministerium neu zu ordnen. Allerdings hat die Aufgabenzuordnung – damals auf die örtlichen Ordnungsbehörden – in diesem konkreten Fall Gesetzesrang, weil das durch die Funktionalreform vom 5. Mai 1994 mit Gesetz und per Gesetz geregelt wurde. Deswegen müssen wir heute noch mal mit einem Gesetz hier heran.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Seit Bestehen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gab es nur zwei Verbotsverfahren von Vereinen, entsprechend selten kommen die Gesetze zur Anwendung. Eine sichere Handhabung der Spezialmaterie bei den örtlichen Ordnungsbehörden könnte laut Landesregierung daher nicht sichergestellt werden.

Da ein Vereinsverbot mit der Durchsuchung der Wohnungen der Vereinsmitglieder einhergehen kann, entsteht ein hoher Abstimmungsbedarf unter den beteiligten Behörden. Gleichzeitig muss Geheimhaltung gewährleistet werden. Wenn die Mitglieder – und das haben wir heute auch schon gehört – des Vereins in verschiedenen Ämtern und amtsfreien Gemeinden leben, muss die Abstimmung unter gleich mehreren örtlichen Ordnungsbehörden erfolgen. Das beansprucht in der Tat und unstreitbar Zeit und gefährdet natürlich auch die Geheimhaltung. Deswegen wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgeschlagen, die Zuständigkeit von den örtlichen Ordnungsbehörden auf das Landeskriminalamt zu übertragen.

Meine Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließt sich der Argumentation der Landesregierung aus folgenden Gründen an:

Erstens. Verbotsbehörde bleibt das Innenministerium.

(David Petereit, NPD: Das weiß Herr Müller ja nicht, dass das jetzt schon so ist.)

Zweitens. Die volle gerichtliche Überprüfbarkeit eines Vereinsverbotes bleibt unberührt. Für etwaige Durchsuchungen besteht weiterhin ein Richtervorbehalt beziehungsweise eine verwaltungsgerichtliche Anordnung bleibt Voraussetzung für eine Durchsuchung.

(David Petereit, NPD: Findet praktisch nicht statt.)

Drittens. Es wird nur die Zuständigkeit im Vollzug neu geordnet, und zwar aus nachvollziehbaren Gründen der Effektivität und zur Sicherstellung des Vollzugserfolges.

Viertens. Das vorliegende Gesetz nimmt zudem nur eine neue Zuordnung innerhalb des Geschäftsbereiches und des Rechtsaufsichtsbereiches des Innenministeriums vor, normalerweise durch eine Verordnung zu regeln, aber durch den Sonderfall, dass wir das 1994 per Gesetz geregelt haben, müssen wir noch mal per Gesetz ran.

Die örtlichen Ordnungsbehörden stehen unter der Rechtsaufsicht des Innenministeriums. Nun soll das Landeskriminalamt im Geschäftsbereich des Innenministeriums zuständig werden. Es bleibt im Hause. Das Landeskriminalamt war auch bisher schon in die Ermittlungsarbeiten und die begleitenden Exekutivmaßnahmen bei einem Vereinsverbot einbezogen. Also eine bisher vollständig einbezogene Behörde wird nun zuständig für den Vollzug. Auch das ist meiner Meinung nach sinnvoll.

Und ein letzter Punkt, warum wir heute hier zustimmen: Wir haben uns das mal in anderen Bundesländern angeschaut, wie es dort gehandhabt wird. In Hamburg macht es die Behörde für Inneres und Sport, also de facto das Innenministerium. In Brandenburg – Herr Ritter hat es schon erwähnt – ist es das Polizeipräsidium, das den Vollzug durchführt. In Thüringen ist es das Landesverwaltungsamt und in Nordrhein-Westfalen ist die Vollzugsbehörde ebenfalls das Landeskriminalamt.

Sie sehen, es gibt also zwar verschiedene Wege, die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Vereinsrechts zu regeln, aber eines wird deutlich: In vielen Bundesländern ist eine Landesbehörde die Vollzugsbehörde und immer liegt die Verantwortung im Geschäftsbereich des jeweiligen Innenministeriums.

Ganz kurz zur NPD. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Politikansatz der NPD ist auch heute wieder offensichtlich, also offensichtlich deutlich geworden und völlig destruktiv. Es geht Ihnen meines Erachtens auch vor allem um politischen Klamauk.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

In den Ausschüssen, also im Maschinenraum des Parlamentarismus,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

da arbeiten Sie nicht mit!

(Michael Andrejewski, NPD: In der Hängematte.)

Da ist von Ihnen nichts zu hören und manchmal auch nichts zu sehen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und, meine sehr geehrten Herren, das, was Sie heute hier vorgestellt haben,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Ihre dünne Frage war auch das Einzige, was wir im Innenausschuss von Ihnen zu dieser Frage vernommen haben, sonst nichts. Umso mehr, ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist genau richtig. Ich stimme Ihnen selten zu, aber das ist richtig. –
Heinz Müller, SPD: So ist es. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

... umso mehr haben Sie heute hier den Mund aufgerissen, und daran merkt man, Ihnen ist überhaupt nicht an der Sache gelegen,

(Stefan Köster, NPD: Herr Saalfeld, haben Sie überhaupt in Ihrem Leben schon mal richtig gearbeitet?)

Sie wollen einfach nur den politischen Klamauk.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ich möchte mir im Übrigen gar nicht vorstellen, wie Sie als NPD Gesetze machen würden. Vermutlich genau so, wie Sie sich heute hier präsentiert haben, ohne Diskussion, ohne Sachverstand, von oben diktiert, lautmalerisch garniert,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Es gilt doch das Führerprinzip, das wissen Sie doch!)

mit einigen abstrusen Verschwörungstheorien.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Da werden Gesetze ganz anders gemacht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der wahnhafte Glaube an Verschwörungstheorien trägt bei der NPD meines Erachtens mittlerweile pathologische Züge.

(David Petereit, NPD: Sind Sie so doof, oder tun Sie nur so?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment, Herr Saalfeld!

(Stefan Köster, NPD: Er ist so. – Zuruf von Tino Müller, NPD)

Also ich gehe mal davon aus, dass wir genügend darauf hingewiesen haben, dass hier unparlamentarische Äußerungen zu unterlassen sind. Das werden Sie auch gehört haben, Herr Petereit, und von daher erteile ich Ihnen für diesen Zwischenruf einen Ordnungsruf.

(David Petereit, NPD: Ich habe Saalfeld gemeint, ne? – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich weise an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass auch Kommentare zur Sitzungsleitung hier mit einem Ordnungsruf geahndet werden, und das werde ich in Zukunft so handhaben. Ich mache jetzt noch mal darauf aufmerksam, das ist aber das letzte Mal.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Saalfeld.

(Stefan Köster, NPD: Herr Saalfeld, haben Sie eigentlich einen Therapeuten? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, die pathologische Betreuung und Therapie liegt sicherlich nicht auf meiner Seite, das Bedürfnis danach.

(Stefan Köster, NPD: Ich glaube, Sie brauchen die dringend.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, absurder geht es doch eigentlich gar nicht. Da behauptet eine Partei, die selbst gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeitet und permanent mit unserem Rechtsstaat in Konflikt steht,

(David Petereit, NPD: Tätä! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

dass durch eine Änderung bei der Zuständigkeit im Vollzug dieser Rechtsstaat gefährdet würde.

(Stefan Köster, NPD: Das Fieber bei Ihnen muss aber weit über 40 Grad sein.)

Das haben Sie ja versucht, uns hier gerade mitzuteilen.

(David Petereit, NPD: Das habe ich so gar nicht gesagt!)

Das ist doppelt absurd! Erstens ist es falsch, das habe ich eben gerade,

(David Petereit, NPD: Das haben Sie sich vorher so aufgeschrieben. Weil Sie nicht in der Lage sind zuzuhören, haben Sie sich das nicht gemerkt.)

das habe ich eben gerade dargelegt.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Es geht hier um den Vollzug und nicht um das Verbot. Andererseits ist es einfach Unfug, wenn Sie sich hier hinstellen und sich als Anwalt des Rechtsstaates aufspielen und gleichzeitig immer wieder mit diesem Rechtsstaat auf Kriegsfuß stehen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Was die NPD also hier abgeliefert hat, passt meines Erachtens schon kaum mehr auf eine Kuhhaut.

(Stefan Köster, NPD: Gehen Sie mal richtig arbeiten, Herr Saalfeld! Dann kommen Sie auf vernünftige Gedanken.)

Wer Sie wählt, muss von allen guten Geistern verlassen sein. Zum Glück werden es aber immer weniger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, wir GRÜNEN stimmen dem vorgelegten Gesetzentwurf zu. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Vereinsrechts auf Drucksache 6/4174.

Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/4613, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4174 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 4 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 4 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 6/4174 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4174 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesdisziplinargesetzes, Drucksache 6/4470, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 6/4612.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesdisziplinargesetzes (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/4470 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (2. Ausschuss) – Drucksache 6/4612 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesdisziplinargesetzes auf Drucksache 6/4470.

Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/4612, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4470 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 6/4470 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4470 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Schiedsstellenund Schlichtungsgesetzes, Drucksache 6/4050, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Europaund Rechtsausschusses auf Drucksache 6/4607.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetzes (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/4050 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses (3. Ausschuss)

- Drucksache 6/4607 -

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre auch dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetzes auf Drucksache 6/4050.

Der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/4607, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4050 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 6/4050 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4050 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und CDU – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden und anderer Gesetze, Drucksache 6/4473, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Gewässerunterhaltung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/2128, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Agrarausschusses auf der Drucksache 6/4605.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden und anderer Gesetze (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/4473 –

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Gewässerunterhaltung in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 6/2128 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Agrarausschusses (6. Ausschuss) – Drucksache 6/4605 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Agrarausschusses Professor Dr. Tack.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, dafür, dass Sie mir den langen Vorspann mit der Ausschussdrucksache bereits abgenommen und damit die unproduktive Zeit in meinem Bericht entscheidend verkürzt haben. Um es in der Sprache meiner Zunft – in meinem Leben vor der Politik habe ich Technologie der landwirtschaftlichen Produktion gelehrt – zu sagen, Sie haben entsprechend der technologischen Zeitgliederung den Anteil der Ausfallzeit T₄ an der Schichtzeit T₀₈ reduziert.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Kann ich das noch mal hören, bitte?)

Das kann im Protokoll dann nachgelesen werden.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Okay! – Minister Dr. Till Backhaus: Ich kann das nachher noch mal erklären.)

Doch nun zum Gegenstand meines Berichtes. Der Agrarausschuss hat wieder einmal, indem er mit einer gemeinsamen Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes sowie die an drei Maßgaben geknüpfte Annahme des Antrages auf Drucksache 6/2128 empfohlen hat, zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode war uns mit der guten fachlichen Praxis der landwirtschaftlichen Bodennutzung und dem Landesbodenschutzgesetz ein ähnlicher Doppelpasch gelungen.

Das spricht sicher für das in unserem Ausschuss herrschende konstruktive und integrative Arbeitsklima, für das ich mich auch an dieser Stelle bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen – leider sind ja so wenig da –, recht herzlich bedanke. Herzlichen Dank auch an das Ausschusssekretariat!

Und noch ein weiterer Aspekt ist exemplarisch für den Agrarausschuss, nämlich das Bemühen, sich wenigstens einmal pro Halbjahr den rauen Wind der Praxis um die Nase wehen zu lassen, so geschehen unter anderem am 16. April dieses Jahres, als wir im Zusammenwirken mit dem Landesverband der Wasser- und Bodenverbände eine wasserwirtschaftliche Exkursion zum Wasser- und Bodenverband "Warnow-Beke" durchführten. Das ist

richtig. Eine der Stationen war dabei – von unserem Minister entsprechend mehrmals ans Herz gelegt – das Retentionsbecken, auf Deutsch Drainteich Klein Gischow. Mit diesem Projekt hatte sich der Gewässerunterhaltungsverband übrigens um den Umweltpreis des Landtages zum Gedenken an Ernst Boll 2014/15 beworben und dafür die Anerkennung der Jury erhalten. Nun wird der Verband als weitere Anerkennung auch Eingang in das Plenarprotokoll des Landtages finden.

Noch wichtiger als diese Exkursionspunkte war in dem Falle aber die abschließende Beratung mit Vertretern ausgewählter Wasser- und Bodenverbände unseres Landes. Diese haben die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen und nochmals – der Städte- und Gemeindetrag hatte es bereits in seiner schriftlichen Stellungnahme im Rahmen der Antragsberatung getan – auf das Problem der sogenannten Mikrogrenzen hingewiesen.

Der Hintergrund dafür ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, zahlreiche Wasser- und Bodenverbände hatten ihre Verbandsgrenzen an denen der Gemeinden ausgerichtet und nicht, wie im Gewässerunterhaltungsverbandsgesetz vorgesehen, an denen der Wassereinzugsgebiete. Dadurch gab es Probleme bei der von den Gemeinden vorzunehmenden Umlage der Verbandsbeiträge auf die Grundstückseigentümer, was dringend einer Heilung bedurfte.

Die Reaktion der Ausschussmitglieder war – an erster Stelle möchte ich hier Kollegin Dr. Ursula Karlowski und den Kollegen Thomas Krüger nennen –, hier ist eine schnelle Heilung geboten. Leider sind sie beide im Augenblick nicht im Raum.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Die lassen sich den Wind der Praxis gerade um die Nase wehen.)

Ja, das ist dann der zweite Aufenthalt schon in der Pra-

Hier ist eine schnelle Heilung geboten, war ihre Meinung, der wir uns dann angeschlossen haben. Eigentlich wollten wir schon vor dem Ende der Sommerpause eine gesetzliche Lösung auf den Weg bringen, aber bekanntlich mahlen auch die Wassermühlen manchmal langsam.

Dann kam endlich im September der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen, dessen unveränderte Annahme der Agrarausschuss empfohlen hat.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, es dem Ausschuss gleichzutun und Punkt I unserer Beschlussempfehlung zuzustimmen. Etwas differenzierter ist die Sache bei der Ziffer II. Deshalb will ich hier den Fraktionen das Feld überlassen, damit sie ihre unterschiedlichen Standpunkte darlegen können. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE, Katharina Feike, SPD, und Burkhard Lenz, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Also die T_{08} , die die Ausfallzeiten regelt, Herr Ritter – ich kann Ihnen das vielleicht in der Pause noch weiter erläutern –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Pause haben wir leider nicht. Wir haben gerade leider keine Pause.)

um die Standzeiten für Reparaturen in einem Zusammenhang zu sehen, war damals schon, glaube ich, ein kluger Ansatz in der technologischen Entwicklung der ehemaligen DDR,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es war ja nicht alles schlecht. Es war ja nicht alles schlecht.)

um nicht auf die 25 Jahre zurückzukommen, die im Übrigen bei dem KTBL mit den heutigen Zahlen wieder eine Rolle spielen. Insofern ist uns da zumindest das eine oder andere gelungen, mit in die deutsche Einheit zu übernehmen. Aber die Bedeutung dieses Antrages heute, nämlich die verbundene Aussprache zu führen, begrüße ich sehr. Was ich für besonders wichtig halte, ist, dass wir das Gewässerunterhaltungsverbändegesetz heute praktisch der Novelle zuführen und das Hohe Haus darüber beschließen wird. Das will ich in den Vordergrund meiner Ausführungen stellen.

Wenn wir uns mal überlegen, seit der politischen Wende haben bis heute 27 Wasser- und Bodenverbände die Verantwortung für die Binnenentwässerung. Und wenn Sie sich überlegen, bei der Exkursion, auch bei dem Binnenwassertag oder bei den Gewässerschauen im Lande wird oftmals von den Insidern dieses Thema bewertet, aber wenn wir uns in das Jahr 2011 zurückversetzen – der Ministerpräsident hat heute von den Hochwassern an der Elbe gesprochen –, wenn das Wasser steigt und die Probleme größer werden, dann besinnt man sich plötzlich auf die Wasser- und Bodenverbände und hofft, dass sie das alles möglichst lösen.

Ich muss an dieser Stelle schon sagen: Ich finde, dass unsere 27 Wasser- und Bodenverbände in Mecklenburg-Vorpommern aus meiner festen und tiefen Überzeugung heraus eine gute Arbeit leisten. Und wenn man sich überlegt, dass wir jährlich rund 25 Millionen Euro aufwenden, um in unserem Binnenland die Gewässerpflege vorzunehmen, damit das hydrologische System funktioniert, dann, glaube ich, ist das auch ein Signal an unsere Verbände, dass wir mit dieser Novelle Rechtssicherheit für diese Verbände schaffen und letztendlich damit Klarheit für ein einheitliches System, was es im Übrigen nach der Wende gleich gegeben hat, was aber mehr oder weniger in den Gemeinden, in den Verbänden so nicht umgesetzt worden ist und heute in eine rechtssichere Form überführt wird.

Und auch das ist mir wichtig: Das Urteil vom 18. Dezember 2013 hat uns in die Situation gebracht, dass dieses Gesetz in der heutigen Form, wie wir es vorliegen hatten, in einigen Wasser- und Bodenverbandsgebieten nicht rechtskonform umgesetzt worden war und letzten Endes damit für rechtsunwirksam erklärt wurde. Dass das natürlich erhebliche Auswirkungen auf die Haushalte der Gemeinden gegebenenfalls hat, weil sie Träger dieser Aufgabe sind, glaube ich, brauche ich hier nicht näher zu

erklären. Das heißt, das Gesetz trägt deshalb im Wesentlichen dazu bei, Schwierigkeiten und Rechtsunsicherheiten im Hinblick auf die Kalkulation auszuräumen und den Verbänden und Gemeinden ein gesetzeskonformes Verhalten zu erleichtern. Dies wird ausdrücklich gesetzlich jetzt festgeschrieben und damit auch in das Portal LUNG aufgenommen. Auch darum kann ich Sie immer wieder nur bitten, das Portal im LUNG zu nutzen, weil damit klar wird, wo die Gebietsgrenzen direkt verlaufen.

Zur Gewässerunterhaltung will ich nur so viel sagen: Ich glaube, dass wir Ihnen, dem Hohen Haus, einen Bericht vorgelegt haben, aus dem Sie ersehen können, welche Aufgaben im Bereich der Gewässer zweiter Ordnung umzusetzen sind und wie wir letzten Endes damit auch den Gewässerbestand vorlegen. Für mich ist an dieser Stelle noch mal wichtig, wir haben natürlich eine immense Kostenentwicklung bei der Gewässerunterhaltung nicht nur über die allgemeine Inflationsrate hinaus, sondern wir haben gravierende Probleme - wer bei dem Binnengewässertag dabei war, Professor Tack ist ja anwesend gewesen, ich fand das schon hochinteressant, mal in Rostock direkt zu sein und zu sehen, dass man in 13 Metern Tiefe unter der Erde Abwasser- und Regenentwässerungskanäle zu unterhalten hat, die die Sicherheit und einen ordnungsgemäßen Abschluss, aber auch den Zufluss des Wassers gewährleisten -, wir haben hier Riesenprobleme im Lande, was die Verrohrung anbetrifft.

Ich will an dieser Stelle auch unterstreichen, wenn man sich überlegt, 2012 – das ist die letzte genaue Bilanz, die wir haben – hatten wir in unserem Bundesland 25.265 Kilometer, die bewirtschaftet werden mussten, und wir haben immerhin 6.997 Kilometer verrohrte Gewässer, wenn man so will, innerhalb der Gewässer zweiter Ordnung. Wenn man das zusammenfasst, haben wir 32.232 Kilometer Gewässeradern in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, die mehr oder weniger große Entwässerungen in Richtung Ostsee und Nordsee umsetzen. Und wenn es hier zu Schwierigkeiten kommt, dann hat das Auswirkungen für jeden, der in diesem Lande lebt.

Im Betrachtungszeitraum der letzten zehn Jahre von 2002 bis 2012 wurden im Gewässerausbau - das, finde ich, ist auch eine spannende Zahl - immerhin 53 Millionen Euro für die Entrohrung bereitgestellt und wir haben damit, glaube ich, einen wichtigen Beitrag zum Naturund Umweltschutz und letzten Endes zur Gewässerunterhaltung geleistet. Insofern glaube ich, dass wir gemeinsam bei den Gewässern erster und zweiter Ordnung alles daransetzen müssen, dass wir auch in den kommenden Jahren Hilfestellung bei der Bewirtschaftung geben und damit auch ein System entwickeln, eine Datenbank, die direkt beim LUNG geführt wird, um Beiträge zur Vereinfachung der Arbeit der Wasser- und Bodenverbände bereitzustellen. Wir entwickeln zurzeit die Software und probieren das an unseren Gewässern erster Ordnung aus. Ich gehe davon aus, und darüber möchte ich Sie in Kenntnis setzen, dass wir von einer Verschärfung der Bundesvorhaben ausgehen müssen, was die Gewässer erster und zweiter Ordnung anbetrifft, und wir damit auch gut gewappnet sein müssen.

Insofern, glaube ich, darf ich abschließend noch mal sagen, dass wir alles daransetzen, die Intensität der Gewässerunterhaltung an die konkreten Gegebenheiten anzupassen, und wir natürlich erreichen wollen, dass wir eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Gewässer haben, sowohl was die Wasserrückhaltesituation, aber auch was den Abfluss anbetrifft, weil wir negative Auswirkungen in Extremereignissen möglichst verhindern wollen.

Insofern freue ich mich, dass wir uns hier im Agrarausschuss als auch in diesem Hohen Hause mit dem Thema Wasser erneut auseinandergesetzt haben. Wasser ist Leben, Wasser ist das wichtigste Lebensmittel, was es auf dieser Erde gibt, und Wasser ist eine der wertvollsten Ressourcen, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, welches sich in einer sehr guten Qualität mittlerweile darstellt. Und dafür lohnt es sich, auch weitere Investitionen zu tätigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lenz.

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits im September 2013 wurde auf Initiative meiner Fraktion die Unterhaltung der Gewässer in Mecklenburg-Vorpommern hier im Landtag erörtert.

Schon damals habe ich darauf hingewiesen, dass die Unterhaltung der Gewässer eine herausragende Rolle für den Schutz von bebauten Gebieten, aber auch bei der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Nutzflächen spielt. Deshalb haben wir gefordert, die Einschränkung der Gewässerunterhaltung durch Belange des Artenschutzes und die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie mit den Interessen der Flächeneigentümer und des Hochwasserschutzes in Einklang zu bringen. Schon damals haben die Wasser- und Bodenverbände mit einer naturnahen Ausrichtung der Gewässerunterhaltung einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt geleistet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn es auch bisher den Verbänden trotz der Einschränkungen möglich war, den Ansprüchen von Flächeneigentümern und Nutzern gerecht zu werden, haben die zurückliegenden Hochwasserereignisse doch gezeigt, dass eine eingeschränkte Gewässerunterhaltung an ihre Grenzen stößt. Hier gilt es abzuwägen, welches Schutzgut höherwertig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, Artenschutz und Wasserrahmenrichtlinie betreffen Belange des Allgemeinwohls, sie sind nicht als Vorteil dem Flächeneigentümer oder dem Gewässerunterhaltungspflichtigen zuzuordnen. Die ökologische Sanierung der Gewässer im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie ist Teil des medialen Umweltschutzes, welcher nicht einem abgegrenzten beziehungsweise abzugrenzenden Kreis von Nutznießern zuzuordnen ist. Aus diesem Grunde handelt es sich hierbei gemäß Artikel 20a des Grundgesetzes um die Aufgaben des Staates, die auch durch ihn zu finanzieren sind.

Dies, meine Damen und Herren, stand auch im Vordergrund der durch den Agrarausschuss durchgeführten Anhörungen. Im Mittelpunkt der Anhörungen stand unter anderem der Sorgfaltserlass des Landwirtschaftsministeriums. So wurde seitens der Arbeitsgemeinschaft Grundbesitz darauf verwiesen, dass bei Anwendung des Erlasses eine Kostenexplosion der Gewässerunterhaltung unvermeidlich wäre. Diese Kosten dürfen allerdings nicht

den Eigentümern beziehungsweise Nutzern aufgebürdet werden. Der Landesverband der Wasser- und Bodenverbände verwies darauf, dass das "Merkblatt ... 610" der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. als das einschlägige Dokument gilt, aus dem sich deutschlandweit sinnvolle und umsetzbare Vorgaben für eine schonende Gewässerunterhaltung entnehmen ließen. Eines gesonderten Handbuches für unser Land Mecklenburg-Vorpommern bedarf es meiner Meinung nach nicht. So ist es auch nicht zielführend, dass Mecklenburg-Vorpommern über die Bundesstandards hinausgeht.

Herr Minister, Sie hatten gerade in Ihrer Rede angedeutet, dass es Verschärfungen geben sollte bei der Gewässerunterhaltung. Dann würde ich darum bitten, dass wir auch so schnell wie möglich darüber informiert werden, denn das ist eine Sache, die jeden betrifft, weil die Wasser- und Bodenverbände – Sie wissen das alle – legen es auf die Flächeneigentümer um, und von diesen verschärften Maßnahmen ist nicht nur die Landwirtschaft, sondern ist jeder Einzelne von uns betroffen. Deshalb wäre es schön, wenn wir so schnell wie möglich über die Verschärfung der Maßnahmen informiert werden würden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der Befassung des Ausschusses mit dem Antrag wurde deutlich, dass die Gewässerunterhaltungsverbände in der Vergangenheit die Grenzen nicht, wie im Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden vorgeschrieben, nach den Wassereinzugsgebieten, sondern an den Gemeindegrenzen ausgerichtet hatten. Diese Situation führte dazu, dass gemeindliche Gebührensätze zur Umlage der Beiträge unwirksam und die Beitragserhebung rechtswidrig geworden waren. Mit dem seitens der Koalitionsfraktionen vorgelegten Heilungsgesetz, auf das ich hier nicht näher eingehen möchte, soll diesem Missstand abgeholfen werden.

Kolleginnen und Kollegen, neben dem Gewässer- und Artenschutz müssen die Gewässer des Landes in die Lage versetzt werden, im Hochwasserfall eine ausreichende Vorflut zu gewähren. Das Sommerhochwasser 2011 war ein außergewöhnliches Ereignis. Die Gewässerdimensionen, die dafür notwendig gewesen wären, können nicht gebaut werden. Was allerdings auffiel, war die lange Verweilzeit des Wassers in der Fläche. Selbstverständlich waren zunächst alle betroffenen Gewässer vom vielen Regen überfordert, denn bei einem entsprechend den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen unterhaltenem Gewässer wäre das Wasser schneller abgeflossen und hätte dem nachfließenden Wasser Platz gemacht. Hier gilt es, künftig die entsprechenden finanziellen, aber auch technischen Mittel bereitzustellen, um eine ordnungsgemäße Unterhaltung der Gewässer realisieren zu können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Nutzerverbände, wie der Bauernverband, die Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes, der Waldbesitzerverband, der Landesverband der Wasser- und Bodenverbände, der Verband "Pro Gewässer" und die Arbeitsgemeinschaft "Jagd und Eigentum" haben sich seinerzeit in einem Positionspapier sehr klar geäußert. Dafür möchte ich mich auch nochmals bei ihnen bedanken. Klar herausgestellt wurde, dass die veränderte Gewässerunterhaltung ohne Zustimmung der Betroffenen keinen Eingriff in das Eigentum Dritter nach sich ziehen darf. Die Finanzierung der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und des Artenschutzes der Europäischen Union ist eine gesamtgesell-

schaftliche Aufgabe, die auch von der Gesamtgesellschaft getragen werden muss.

Die Nutzerverbände fordern zu Recht einen Erlass einer Artenschutzausnahmeverordnung gemäß Paragraf 45 Absatz 7 Bundesnaturschutzgesetz durch das Land Mecklenburg-Vorpommern zur Privilegierung der Arbeiten an den Gewässern zweiter Ordnung und den Hochwasserschutzanlagen.

Mit der seitens des federführenden Ausschusses beschlossenen Beschlussempfehlung wurden zahlreiche Forderungen meiner Fraktion aufgegriffen. Unter anderem soll nunmehr die Gewässerunterhaltung so gestaltet werden, dass den Ansprüchen von Flächeneigentümern und -nutzern als auch den Forderungen der Wasserrahmenrichtlinie und des Artenschutzes entsprochen werden kann. Gleichzeitig soll geprüft werden, inwieweit künftig ein praxistauglicher Umgang zur Abwehr von Schäden und Gefahren durch zum Beispiel den Biber ermöglicht werden kann

Hiermit, meine Damen und Herren, haben wir eine Beschlussempfehlung gefasst, die sowohl den Belangen des Arten- und Wasserschutzes als auch des Hochwasserschutzes entspricht. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, der Beschlussempfehlung des Agrarausschusses zuzustimmen. – Recht schönen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Katharina Feike, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich kann dem Vorsitzenden des Agrarausschusses, meinem Kollegen Professor Dr. Fritz Tack, nur beipflichten: Selten - beziehungsweise mir ist es überhaupt noch nicht bekannt - habe ich solch langwierigen und umfangreichen Beratungen zu einem Antrag im zuständigen Ausschuss erlebt. Wie lange der Antrag der Koalitionsfraktionen schon auf dem Tisch des Landtages liegt, das erkennen Sie bereits an der Drucksachennummer. Wir hatten Vor-Ort-Besuche, eine sehr umfangreiche Anhörung, mehrere Ausschussberatungen, aber das Ergebnis zeigt, es ist etwas Gutes dabei herausgekommen. Auch aus der Sicht meiner Fraktion haben wir einen gelungenen Gesetzentwurf zur Beschlussfassung vorliegen.

Alle demokratischen Fraktionen waren sich einig, schnell und unkompliziert das von den Gewässerunterhaltungsverbänden am drängendsten angesehene Problem mit der Abgrenzung ihrer Verbandsgrenzen zu lösen. Überraschenderweise haben wir es trotz großer Einigkeit nicht geschafft, damit schon vor der Sommerpause zu Potte zu kommen. So ist das, wenn aus den Reihen des Landtages Gesetzentwürfe kommen und das zuständige Ministerium das Heft des Handelns unbedingt in der Hand behalten will.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: So, so!)

Aber das ist nicht das Problem der Opposition. Meine Fraktion wird dem Gesetzentwurf jedenfalls zustimmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Andere Probleme, die im Ursprungsantrag der Koalition direkt oder indirekt aufgegriffen worden waren, scheinen aus unserer Sicht noch nicht endgültig gelöst.

Die auswärtige Sitzung des Agrar- und Umweltausschusses jedenfalls machte deutlich, dass es immer noch heftigen Streit um die Aufgaben und damit auch um die Finanzierung beim Zielkonflikt zwischen Gewässerunterhaltung und Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie gibt, Streit zwischen den Ministerien, dem LUNG, den Gewässerunterhaltungsverbänden, den Flächeneigentümern und den Flächennutzern, aber auch zwischen SPD und CDU. Zumindest haben wir das so vernommen.

Zumindest gab uns die Beschäftigung mit dem Antrag der Koalition die Möglichkeit, dass alle Beteiligten miteinander geredet haben. Auch das ist schon etwas wert. Mittlerweile zeigen sich auch verschiedene Lösungsansätze außerhalb des vorliegenden Gesetzentwurfes. Miteinander reden hilft eben fast immer.

Für mich und meine Fraktion wird aber auch immer deutlicher, es wird höchste Zeit, dass an der vor langer Zeit angekündigten großen Novelle des Landeswassergesetzes kein Weg vorbeiführt. Immer wieder ist sie verschoben, für diese Legislatur sogar abgesagt worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?!)

Wir haben das immer heftig kritisiert. Das Landeswassergesetz muss novelliert werden, nicht nur, aber auch, um die mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie anstehenden Probleme in den Griff zu bekommen.

Ich sage es noch mal: Es ist höchste Zeit. Wir haben den Eindruck, dass Streit zwischen den Koalitionsfraktionen die größte Hürde zu sein scheint. Beenden Sie dieses Scharmützel, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, und erinnern Sie sich an die Veranstaltung zur Verleihung des Umweltpreises vor wenigen Tagen hier im Schloss! Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Das zu schützen, ist unsere Pflicht.

Dem Gesetzentwurf und der Beschlussempfehlung zum Antrag stimmen wir zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Feike.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Aus unserer Sicht wäre eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt nicht nötig gewesen. Der Gesetzentwurf im Agrarausschuss wurde beraten und hier im Landtag einstimmig in unveränderter Form zur Annahme empfohlen.

Mit diesem Heilungsgesetz tragen wir der Notwendigkeit Rechnung, dass die Gewässerunterhaltungsverbände und ihre Mitgliedsgemeinden in die Lage versetzt werden, ihre Beitrags- und Gebührenerhebung rechtssicher, verwaltungspraktikabel und kostengünstiger gestalten zu können. Die Gründe für die Notwendigkeit des Änderungsgesetzes wurden bereits dargelegt, sowohl von Herrn Backhaus als auch von meinem werten Kollegen Herrn Lenz, und wurden auch im Agrarausschuss nicht weiter bestritten bezie-

hungsweise tiefgründig zerstritten oder, wie Sie das soeben vorgetragen haben, bei uns diskutiert. Ich bitte daher um Zustimmung zum Gesetzentwurf.

Auf die zur Abstimmung stehende Beschlussempfehlung des Agrarausschusses zum Antrag der CDU und SPD "Gewässerunterhaltung in Mecklenburg-Vorpommern" möchte ich jetzt Bezug nehmen, die wohl der eigentliche Grund für die gewünschte Aussprache ist.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen wurde vom Agrarausschuss mehrheitlich beschlossen, dem Landtag zu empfehlen, die Ziffer I des Ursprungsantrages, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Entwicklung des Umfanges der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung ab dem Jahr 2003 bis 2012 bis zum 11. Dezember 2013 anhand des Anlagen- und Gewässerverbandes vorzulegen, für erledigt zu erklären. Dieser Aufforderung ist nach unserer Ansicht – wenn auch etwas verspätet, gebe ich zu – das Ministerium mit seiner Berichterstattung im Agrarausschuss vollumfänglich nachgekommen, wie Frau Dr. Schwenke das eben auch sehr schön dargestellt hat.

Ebenso ist für uns die Frage der Zuständigkeit für die Finanzierung von Maßnahmen des Artenschutzes geklärt, sodass diese Fragestellung in Ziffer II des Ursprungsantrages entbehrlich geworden ist. Die entsprechende Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktionen der CDU und SPD liegt Ihnen somit vor.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht das, wie es im Agrarausschuss dargestellt wird, natürlich anders. Sie will mehr Berichte, wie wir es schon öfter in unterschiedlichen Anträgen zum Thema Gewässer hatten.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist eine einfache Interpretation dessen, was wir wollen.)

Wir lehnen das zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Insbesondere eine nochmalige Erhebung von Daten bei den Wasser- und Bodenverbänden wäre gegenwärtig finanziell, personell und zeitlich überzogen und stünde in keinem Verhältnis zu einer möglichen Informationsgewinnung. Das Thema Gewässerunterhaltung in Mecklenburg-Vorpommern ist damit nicht vom Tisch, mit unserem Antrag geben wir der Landesregierung aber den entsprechenden Handlungsrahmen.

Wir stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion um die Organisation und den Umfang der Gewässerunterhaltung in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigte uns im Agrarausschuss über eine vergleichsweise lange Zeit, das ist wahr.

(Heinz Müller, SPD: Ja, warum wohl?)

Diese Zeit war in unseren Augen jedoch tatsächlich notwendig, um die vielen Herausforderungen zu erfassen,

vor denen wir schon seit einigen Jahren bei der Bewirtschaftung der Gewässer stehen, denn wie schon gehört, mit der Einführung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Jahre 2000 ergaben sich nun neue Grundlagen für die Arbeit mit dem weitverzweigten Gewässersystem unseres Landes. Gewässer sollen eben nicht mehr nur als Entwässerungsbahnen, sondern auch wieder als Lebensräume für eine artenreiche Lebenswelt und als wertvolle Ökosysteme angesehen und dementsprechend behandelt werden. Gewässer sollen auch wieder das Wasser in der Landschaft halten und es nicht auf schnellstem Wege abführen.

Es kommt nicht allzu häufig vor, dass sich der Agrarausschuss derart intensiv mit einer Materie beschäftigt, wie es jetzt im Fall der Gewässerunterhaltung geschah – eine Fachexkursion, eine Anhörung von Sachverständigen, ein ausführlicher Bericht des Ministeriums, dies alles bot die Grundlage für ein umfassendes Bild zu dem Themenkomplex. Für unsere Fraktion ist es unstrittig, dass wir dem heute hier zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf zustimmen, das ist eine notwendige Rechtsanpassung in unseren Augen, das ist ganz in unserem Sinne.

Differenzierter sehen wir hingegen die Fragen, die mit der künftigen Gewässerunterhaltung zu tun haben und die sich in Ihrem Antrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, wiederfinden. Die Anhörung der zahlreichen Sachverständigen offenbarte, dass es doch noch gehörige Meinungsunterschiede darüber gibt, welche Aufgaben die unterschiedlichen Institutionen im Rahmen der Gewässerunterhaltung haben und welche finanziellen und personellen Mittel für diese Aufgaben bereitzustellen sind.

Eine Schlussfolgerung konnten wir allerdings erneut recht eindeutig ziehen: Es fehlt ein neues überarbeitetes Landeswassergesetz, die Novelle, von der auch meine Kollegin Dr. Schwenke berichtet hat, was genau zu dem Aufgabenkomplex Gewässerunterhaltung die Aufgaben und Verantwortlichkeiten dann präziser beschreiben würde.

Hier nenne ich als Beispiel die dringend notwendige Feststellung, dass es als fachliche Grundlage der Gewässerunterhaltung bei Gewässern zweiter Ordnung verpflichtende Gewässerunterhaltungspläne braucht. Ohne diese Pläne kommen manche Wasser- und Bodenverbände gar nicht in die Situation, ihren Anlagenbestand und den notwendigen Rückbau-, Erhaltungs- und Entwicklungsbedarf des Gewässersystems vollständig zu erfassen. Dies war auch einer der nachvollziehbaren Kritikpunkte des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums. So zeigen sich einige Wasser- und Bodenverbände unzufrieden über angeblich steigende Anforderungen und Mehrbelastungen bei der Gewässerunterhaltung, konnten aber trotz mehrfacher Anfrage ihren Anlagenbestand nicht vollständig beziffern.

Worum geht es da eigentlich? Eine der zentralen Fragen, die sich bei der Gewässerunterhaltung stellen, ist jene nach ihrer Intensität. Wie intensiv mache ich diese Gewässerunterhaltung? Wir gehen davon aus und kennen dafür auch zahlreiche Belege, dass eine reduzierte und naturnahe Gewässerunterhaltung letztlich weniger kostet. Das wurde von den Wasser- und Bodenverbänden überwiegend anders gesehen. Allerdings konnten uns dahin gehend wiederum keine schlüssigen Zahlen vorgelegt werden, die das belegen. Fakt ist, dass große und um-

fangreiche Eingriffe in Gewässer, zum Beispiel eine Grundräumung, dem Gewässer als Ökosystem schaden, und Fakt ist ebenso, dass überall dort, wo sich Wasserund Bodenverbände mit Fachleuten aus den Umweltverbänden zusammengetan und gute Lösungen für eine naturnahe Gewässerunterhaltung erarbeitet haben, zahlreiche Synergien erzielt werden konnten.

Meine Damen und Herren, Artenschutz steht nicht konträr zur Gewässerunterhaltung. Das kann wirklich Hand in Hand gehen, dafür haben wir positive Beispiele in der Anhörung demonstriert bekommen. Das ist unsere feste Überzeugung. Dahin gehend waren für uns die Äußerungen der Wasser- und Bodenverbände mehrheitlich eher destruktiv ausgerichtet, wir glauben aber, dass sich über kurz oder lang gute Projekte der naturnahen Gewässerentwicklung durchsetzen und Schule machen werden, denn wir kommen nicht umhin, die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie erfüllen zu müssen und dann eben den guten ökologischen Zustand der Gewässer zu garantieren.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Ziffer 3 aus dem Antrag 6/2128 ab, die da besagt, nicht über Bundesvorgaben oder technische Standards bei der Gewässerunterhaltung hinauszugehen. Begründet wurde dieser Punkt mit der Befürchtung, der durch das Ministerium geplante Sorgfaltserlass würde hier zusätzliche Anforderungen an eine naturschutzgerechte Gewässerunterhaltung definieren. Wir hingegen unterstützen den Ansatz der Gewässerabteilung des Ministeriums, mit dem Sorgfaltserlass unmissverständliche und hilfreiche Vorgaben zum Umgang mit den Gewässern zu machen. Auch sehen wir die Wasser- und Bodenverbände in der Pflicht, sich selbst Kenntnisse über die Artenausstattung ihres Gewässersystems zu verschaffen.

Die Landesregierung macht einen Schritt auf die Verbände zu und fördert künftig beispielsweise die Erarbeitung von Pflege- und Entwicklungsplänen über öffentliche Mittel aus dem Landeshaushalt. So können die neuen Aufgaben der Wasser- und Bodenverbände im Umgang mit den Gewässern zukünftig eigentlich besser gelöst werden.

Zum Abschluss noch ein Wort zum Biber: Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD, war es offensichtlich wichtig, diese streng geschützte Art mit den Wörtern "Gefahren" und "Schäden" in Verbindung zu bringen. Angesichts der Schäden, die wir mit den von

(Burkhard Lenz, CDU: Das ist nicht in Verbindung gebracht, das ist tatsächlich.)

Ach, da sitzen Sie! Ich habe gerade schon gesucht, wo Sie hingezogen sind, Herr Lenz. Mal die Fraktionsseite gewechselt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Heinz Müller, SPD: Herr Lenz ist in der Biberburg.)

Angesichts der Schäden, die wir mit den von uns Menschen verursachten Eingriffen der Natur antun, findet unsere Fraktion eine solche Betrachtung einer Tierart irgendwie doch ein bisschen befremdlich. Fakt ist doch auch hier, dass wir weit weniger Konflikte zwischen Landnutzern und Bibern hätten,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wenn es denn gelänge – hören Sie gut zu! –, wenn es denn gelänge, mit Landesmitteln mehr Gewässerentwicklungsstreifen anzukaufen und so die Tätigkeit des Bibers nicht mehr mit den angrenzenden Nutzungen kollidieren zu lassen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Herr Krüger, Sie legen schon die Hände an den Mund. Ich bin ja gespannt, was jetzt trompetet wird.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Burkhard Lenz, CDU)

Das heißt, die Maßnahmen, die zur Konfliktentschärfung beitragen, sind doch bereits bekannt, sie müssen nur im Landeshaushalt mit entsprechenden Positionen hinterlegt werden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und deshalb wollen wir im Zuge der Haushaltsberatungen die Mittel für den Erwerb von Grundstücken an Gewässern erhöhen – einer unserer Vorschläge, der leider im Ausschuss abgelehnt worden ist.

(Burkhard Lenz, CDU: Wie viel landwirtschaftliche Nutzfläche geht eigentlich verloren?)

Insofern geht Ihr Antrag auf der Drucksache 6/2128 in die völlig falsche Richtung und den lehnen wir deshalb auch ab.

Ich gehe davon aus, dass wir den Gesetzentwurf und die damit im Zusammenhang stehenden Drucksachen getrennt abstimmen werden. Daher werden wir also wie angekündigt dem Gesetzentwurf zustimmen und den Beschlussempfehlungen ablehnend entgegenstehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der SPD und CDU eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden und anderer Gesetze auf Drucksache 6/4473.

In Ziffer I seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/4605 empfiehlt der Agrarausschuss, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4473 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und CDU. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und CDU einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4473 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4473 einstimmig angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Agrarausschuss, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/2128 entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Agrarausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt** 6: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/4088, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, Drucksache 6/4606.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/4088 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung (8. Ausschuss) – Drucksache 6/4606 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 6/4088.

Der Energieausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/4606, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4088 entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Energieausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Energieausschusses auf Drucksache 6/4606 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Energieausschusses auf Drucksache 6/4606 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, Drucksache 6/4566.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (Erste Lesung)

- Drucksache 6/4566 -

Das Wort zur Einbringung hat der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Erwin Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in diesem Haus schon öfter mit Änderungen des Rundfunkund Medienrechts beschäftigt,

(Heinz Müller, SPD: Wohl wahr.)

mit Rundfunkänderungsstaatsverträgen. Heute liegt unser Gesetz, Landesgesetz, zu dem mittlerweile Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag auf dem Tisch. Artikel 1 unseres Gesetzes sieht die Zustimmung vor zu diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag und dafür möchte ich ausdrücklich werben.

Die Änderungen des Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages gehen zurück auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom März 2014. Nach einer Normenkontrollklage der Länder Hamburg und Rheinland-Pfalz gab es die klare Aussage des Gerichts, dass der ZDF-Staatsvertrag in seiner bisherigen Fassung nicht verfassungskonform war. Speziell die Regelungen zur Zusammensetzung von Fernsehrat und Verwaltungsrat hätten bislang gegen die Rundfunkfreiheit verstoßen. Wichtigste Forderung des Gerichts: Der staatliche Einfluss ist zu vermindern, der Anteil der staatlichen Vertreter in den Gremien ist auf ein Drittel zu begrenzen. Es geht insgesamt um eine größere Staatsferne, es geht um mehr Transparenz in der Arbeit der Gremien – ein klarer Auftrag also, der jetzt umgesetzt wird.

Zunächst wird der Fernsehrat von 77 auf 60 Mitglieder verkleinert, davon darf nur ein Drittel von staatlichen Institutionen entsandt werden. Das sind 16 Vertreter aus den Ländern, 2 vom Bund und 2 von den kommunalen Spitzenverbänden. Auch der Verwaltungsrat wird verkleinert von 14 auf 12. Außerdem darf zukünftig ein staatlicher Vertreter in einem der Gremien frühestens 18 Monate nach seinem Ausscheiden erneut als Mitglied berufen werden. Darüber hinaus soll durch entsprechende Regelungen eine ausgeglichene Besetzung mit Männern und Frauen im Fernsehrat sichergestellt werden, und schließlich geht es darum, die Transparenzvorschriften für die Arbeit der Gremien zu erweitern, verpflichtend zu regeln. Zukünftig sollen die Sitzungen des Fernsehrates öffentlich sein. Außerdem gibt es umfangreiche Veröffentlichungspflichten, zum Beispiel zur Zusammensetzung der Gremien, zu Tagesordnungen und Abwesenheitslisten und zu Ergebnissen der Beratung. Ich meine, das alles sind wichtige Schritte, die wir gemeinschaftlich hier mittragen sollten.

Für die Länder war ein besonders wichtiger Aspekt, dass jetzt mehr Vertreter aus der Gesellschaft im Fernsehrat mitarbeiten können. Dazu gibt es die Vereinbarung, dass jedes Land einen Vertreter entsenden darf, und zwar aus einem auf die Länder verteilten festen Bereich. Für Mecklenburg-Vorpommern ist das der Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Darüber freue ich mich sehr, das entspricht der Wichtigkeit, die wir in Mecklenburg-Vorpommern dem Ehrenamt beimessen. Eines ist allerdings klar, die Regelungen sind so, dass wir nicht hier im Landtag über eine bestimmte Person entscheiden, die zu entsenden ist, sondern - das hängt wahrscheinlich mit der Frage der Einflussnahme im politischen Bereich zusammen - wir haben die Möglichkeit, eine Organisation zu benennen hier im Landtag, die dann ihrerseits eine Person entsendet.

Artikel 2 des Gesetzes, das Ihnen vorliegt, enthält den Vorschlag, wie wir das umsetzen wollen. Es ist natürlich nicht einfach, da die richtige Organisation zu bestimmen. Viele der großen, starken Verbände und Organisationen im Bereich des Ehrenamtes sind schon auf anderem Weg vertreten – die Wohlfahrtsverbände, die Sportverbände, die Vertreter der kommunalen Ebene –, da gibt es bei anderen Bundesländern den klaren Auftrag, jemanden aus diesen Bereichen zu entsenden. Deshalb könnte es naheliegen, darüber müssen wir reden, anderen Gruppen auf diesem Weg eine Chance zu geben, sich einzubringen für das Ehrenamt.

Wichtig war mir, dass wir hier am Ende eine sehr einvernehmliche Lösung finden über die Parteigrenzen hinweg, eine Lösung, die dann wirklich eine tragfähige Grundlage für die Arbeit des von uns entsandten Mitgliedes im Fernsehrat bietet. Deshalb ist zunächst einmal ganz wichtig eine Zweidrittelmehrheit vorgesehen und das bedeutet, dass selbstverständlich bevor die Regierung etwas vorschlägt für den Landtag, vorher konstruktive Gespräche geführt werden müssen von der Regierung, die einen Vorschlag des entsendenden Verbandes und von den demokratischen Fraktionen im Landtag machen soll, deren Zustimmung dringend notwendig ist.

In der Begründung des Gesetzes ist diese vorherige Kontaktaufnahme ausdrücklich erwähnt und ich will noch einmal betonen, mir liegt sehr an diesem deutlichen Signal Richtung Konsens und Gemeinsamkeit, wenn wir uns hier entschließen, welchen Verband wir nehmen wollen.

Ich bitte um gute Beratungen im Innenausschuss und um Zustimmung zu unserem Gesetz und damit dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Helmut Holter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4566 zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für den Überweisungsvorschlag? –

(Marc Reinhardt, CDU: Schweren Herzens.)

Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik, Drucksache 6/4567.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (Erste Lesung)

Drucksache 6/4567 –

Das Wort zur Einbringung hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik, kurz ZLS, ist eine eigenständige Einrichtung, die von allen Bundesländern gemeinsam getragen und finanziert wird. Sie übernimmt Aufgaben nach dem Produktsicherheitsgesetz, wie die Benennung, die Berechtigung und die Kontrolle zugelassener Überwachungsstellen nach der Betriebssicherheitsverordnung. Diese Aufgabe kann die ZLS deutlich effizienter und kostengünstiger erfüllen, als die Länder es einzeln tun könnten. Dieser positive Effekt soll nun auf einen weiteren Punkt übertragen werden, indem die Anerkennungsverfahren und die Überwachung von Prüfstellen für Rohrfernleitungsanlagen ebenfalls auf die ZLS übergehen, und zwar zu Beginn des kommenden Jahres. Das vorliegende Gesetz brauchen wir, weil die angestrebte Übertragung eine Änderung des Staatsvertrages nötig macht und eine solche Ihrer Zustimmung wiederum bedarf.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, aus Sicht der Länder und der Prüfstellen ergeben sich vor allem zwei Vorteile:

Erstens. Wenn die Kompetenzen bei der ZLS gebündelt werden, garantiert das aufgrund der bundesweit verbindlichen Qualitätsstandards ein ebenfalls bundesweit einheitliches Anerkennungsverfahren ohne lokale Sonderwege.

Zweitens. Zum anderen müssen die Länder dann nicht mehr selbst Ressourcen für die Anerkennung, Folgeanerkennung und Überwachung von Rohrfernleitungsanlagen vorhalten, sie werden also entlastet.

Um besagte Aufgaben an die ZLS zu übergeben, müssen wir in den ersten zwei Jahren etwas Geld in die Hand nehmen. Wir rechnen nach dem Königsteiner Schlüssel mit jeweils circa 2.500 Euro. Das ist aber lediglich eine Anschubfinanzierung. In der Folge soll die Aufgabe voll-

ständig über Gebühren finanziert werden, die nicht verbrauchten Mittel werden dann an die Länder zurückgezahlt. Was wäre die Alternative? Die Alternative wäre hier für uns in Mecklenburg-Vorpommern, dass wir selbst Personal- und Sachmittel einsetzen. Nach Schätzung der ZLS und der bisher in diesem Bereich agierenden Prüfbehörden wäre das mit Kosten von rund 135.000 Euro verbunden. Insofern bitte ich Sie um Zustimmung zum Gesetzentwurf. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/4567 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und CDU – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes, Drucksache 6/4589.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes (Erste Lesung)

– Drucksache 6/4589 –

Das Wort zur Einbringung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Krüger.

(Torsten Renz, CDU: Das kann jetzt länger dauern, jetzt geht es nicht mehr so schnell voran. – Wolfgang Waldmüller, CDU: Ja.)

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Jochen Schulte, SPD: Lass dich nicht provozieren!)

Ich kann Sie beruhigen, Kollege Lenz, ich ...

(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU: Renz!)

Renz, Entschuldigung, natürlich. Wie konnte ich da eine Verwechslung vornehmen?!

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Im Jahr 2012 hat der Landtag das Dauergrünlanderhaltungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz ist bis zum 31.12.2015 befristet. Wenn der Landtag jetzt nicht handelt, würde das Gesetz zum Jahresende außer Kraft treten.

Warum hat der Landtag dieses Gesetz 2012 in Kraft gesetzt? Wir wollten seinerzeit vor dem Hintergrund der

immer kleiner werdenden Dauergrünlandfläche in unserem Bundesland den Schutz der vorhandenen Wiesen und Weiden erreichen. Hintergrund war und ist die besondere ökologische Bedeutung des Grünlandes für den Klima-, Natur-, Boden- und Gewässerschutz. Zu befürchten war 2012, dass weitere Flächen umgebrochen werden, weil sich bei finanzieller Betrachtung mit dem Acker einfach besser Geld verdienen lässt. Hier war es die Aufgabe der Politik zu handeln und hier hat die Politik gehandelt.

Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Wir sind jetzt in einer neuen EU-Förderperiode. In dieser Förderperiode gelten neue Vorschriften, auch für den besseren Schutz des Grünlandes. Allerdings sind die Regularien der EU zum Schutz des Dauergrünlandes nicht so, dass wir meinen, dass unser Gesetz zum Schutz des Dauergrünlandes entfallen könnte.

Warum muss nun das Gesetz verlängert werden? Die EU erlaubt einen Umbruch von bis zu fünf Prozent des Dauergrünlandes. Dem steht zwar ein durch Bundesrecht geregeltes Genehmigungsgebot gegenüber, dieses greift aber nicht in jedem fachlich erforderlichen Fall. Zudem sind Biolandwirte und Kleinerzeuger von den Regeln zum Erhalt des Dauergrünlandes ausgenommen, soweit es sich nicht um umweltsensible Standorte handelt. Zu befürchten ist auch, dass Landwirte zeitweise auf Greeningprämien verzichten beziehungsweise Teilflächen in juristisch eigenständiger Rechtsform ausgliedern, um umwandeln zu können. Auch scheint eine Umwandlung vor einem beabsichtigten Verkauf attraktiv. Würde das Dauergrünlanderhaltungsgesetz außer Kraft treten, müsste das Land bis zu einer Grenze von fünf Prozent Umwandlungen genehmigen. Bei einer Überschreitung müsste das Land zudem die Rückumwandlung beziehungsweise die Neuanlage von Dauergrünland organisieren.

Letzteres kann dann Umwandler treffen, die regulär umgewandelt haben. Wichtig ist auch, dass Flächen, die als ökologische Vorrangflächen und Flächen, die im Rahmen einer Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahme brachliegen oder als Grünland genutzt werden, nicht zu Dauergrünland werden. Das war in der Vergangenheit ein Problem. Zudem reagieren wir mit dem Gesetzentwurf auf ein unerwartetes Urteil des Europäischen Gerichtshofes. Das Gericht hat festgestellt, dass Flächen zu Dauergrünlandstandorten geworden sind, auch dann, wenn innerhalb der fünfjährigen Frist zwischen Grünfutterpflanzen gewechselt wurde. Mit unserem Gesetzentwurf werden die zum 1. Januar 2005 entstandenen Grünflächen ausgenommen, wenn ein Wechsel zwischen Grünpflanzenkulturen stattgefunden hat. Auf Antrag können diese Flächen in Ackerland umgewandelt werden. Wir wollen damit auch juristische Auseinandersetzungen vermeiden.

Ich bitte um Überweisung des Antrages in den Ausschuss.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Ich hab mich auf mehr eingestellt.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Krüger.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4589 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der CDU und SPD – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/4590.

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Erste Lesung)

Drucksache 6/4590 –

Das Wort zur Einbringung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute eine Aussprache zu einem Gesetzentwurf in Erster Lesung. Die Fraktionen haben hierzu in der vergangenen Woche Anzuhörende und Fragen benannt. Die Befassung ist im Wirtschaftsausschuss auf den 5. November datiert worden. Der Wirtschaftsausschuss hat also zum jetzigen Zeitpunkt die Stellungnahmen im Rahmen der Anhörung noch nicht erhalten. Da die Regierungsfraktionen dieses Gesetz einbringen, erlauben Sie mir an dieser Stelle bitte vorab einige inhaltliche Anmerkungen.

Wir wollen mit dem vorliegenden Entwurf eines Änderungsgesetzes die Konsequenzen aus dem Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes ziehen. Dabei folgen wir in Teilen den Empfehlungen der Wegweiser GmbH. Das Gutachten wurde Anfang April 2015 dem Landtag zugeleitet und liegt als Drucksache 6/3887 vor. Mit diesem Gutachten haben wir uns am 22. April 2015 an dieser Stelle auch schon befasst. Für die Landesregierung sprach damals unser Wirtschaftsminister Harry Glawe, unter anderem auch über die Verständlichkeit und Anwenderfreundlichkeit des Vergabegesetzes. Insbesondere hinsichtlich der Verständlichkeit und Anwenderfreundlichkeit wurde die Gelegenheit für Korrekturen genutzt.

So werden die bisherigen Paragrafen 9 und 10 des Vergabegesetzes neu strukturiert. Der bisherige Paragraf 9 Absatz 3 entfällt. Die Vorschrift enthält einen Regelungsüberschuss. Die am ehesten relevanten bundesrechtlichen Bestimmungen, die ihr unterfallen, beispielsweise das Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder das Mindestlohngesetz, sehen selbst Kontrollen und Sanktionen vor, sodass auf die Anwendung von Paragraf 10 hier verzichtet werden kann. Paragraf 10 wird so formuliert, dass er der geringen Erforderlichkeit von Kontrollen und Sanktionen, die sich aus den Änderungen von Paragraf 9 ergibt, Rechnung trägt. Zudem erhält das Land die Befugnis, die Durchführung der Kontrollen auf eine andere Stelle zu übertragen und die Auftraggeber so davon zu befreien.

An einigen Stellen folgen wir der Evaluation nicht, zum Beispiel hinsichtlich des Verzichts auf einen vergabespezifischen Mindestlohn. Wir halten diesen vergabespezifischen Mindestlohn trotz des Mindestlohngesetzes nicht für entbehrlich und haben hierauf im Landtag auch am 22. April bereits hingewiesen. Andere Empfehlungen der Wegweiser GmbH werden umgesetzt. Wegen Zunahme der Bürokratie- und Prozesskosten, vor allem bei Vergabeverfahren mit geringeren Auftragsvolumina, wird die Bagatellgrenze für Direktkäufe in Verbindung mit Paragraf 1 Absatz 3 von 500 auf 1.000 Euro angehoben. Aus dem gleichen Grund wird eine neue Wertgrenze für die Pflicht zum Hinwirken auf die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen eingeführt. Die Aufgreifschwelle für Zweifel an der Angemessenheit des Preises wird erhöht, das entspricht der Lage im Bereich der sogenannten europaweiten Vergaben.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass sich der Aufwand für die Vergabestellen und Unternehmen aufgrund dieser Änderungen erheblich verringern wird. Wir reden also über Verfahrenserleichterungen und Bürokratieabbau. Ich denke, hiervon können Vergabestellen und Unternehmen im Land nicht früh genug profitieren, und das rechtfertigt die zügige Herangehensweise allemal. Zudem jährt sich am 01.01.2016 das Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes. Mithin treten weitere Änderungen in Kraft. Es ist absolut sinnvoll, dass auch im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe zeitgleich darauf reagiert wird.

Darüber hinaus wollen wir, dass das Gesetz entfristet wird. Wir haben hier am 22. April, als wir uns das erste Mal mit dem Evaluationsgutachten befasst hatten, fraktionsübergreifend festgestellt, dass die Befürchtungen hinsichtlich des vergabespezifischen Mindestlohns nicht eingetreten sind. Das Vergabegesetz ist also keine Konjunkturbremse und kein Jobkiller, deswegen freue ich mich jetzt auf die Aussprache. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Irgendwie, Herr Waldmüller, fühle ich mich in das Jahr 2012 zurückversetzt,

(Marc Reinhardt, CDU: Oha!)

denn das, was wir heute erleben, erlebten wir bereits 2012. Auch damals kam der Gesetzentwurf aus den Reihen der Koalition in den Landtag.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Gut, das ist ab und zu mal Usus, aber Sie haben ja damals heftige Kritik bekommen von den Unternehmerverbänden und auch von den Industrie- und Handelskammern. Diese stellten damals in ihren Stellungnahmen fest, dass sie keine Chance hatten, sich an der Erarbeitung des Gesetzentwurfes zu beteiligen, wie es eben nach der GGO, also nach der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung notwendig gewesen wäre. Das heißt, die Kammerbeteiligung, die Verbändebeteiligung ist ausgeschlossen worden und kann erst jetzt, am 05.11., in der Anhörung tatsächlich erfolgen.

(Jochen Schulte, SPD: Bei mir hat sich bis jetzt noch keiner beklagt.)

Wie bitte?

(Jochen Schulte, SPD: Bei mir hat sich bis jetzt noch keiner beklagt. – Peter Ritter, DIE LINKE: Geklagt wird immer bei der Opposition.)

Ja, da sehen Sie mal, wer mit wem spricht und, Herr Schulte, wer da so angesprochen wird! Da kommen die Kammern und die Unternehmerverbände dann zu uns und sagen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Geklagt wird immer bei der Opposition. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Mensch, es wäre doch richtig gewesen, den formalen, den langen Weg einzuhalten. Denn eins – Herr Schulte, vielleicht kommt das ja in der Aussprache von Ihnen oder von Herrn Waldmüller noch –, die Eilbedürftigkeit, haben Sie mir bisher weder in einem persönlichen Gespräch noch im Ausschuss erklären können.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Warum wir jetzt dieses Tempo,

(Jochen Schulte, SPD: Das haben die Kammern Ihnen jetzt gesagt?)

warum wir denn dieses Tempo machen, das würde mich ja wirklich mal interessieren.

Also die Kammern haben sich beschwert, es gab keine ordnungsgemäße Vorbereitung der Anhörung innerhalb des Regierungsverfahrens. Gut, Sie machen Ihr Tempo und Sie wollen offenbar diese politische Vereinbarung, die Sie getroffen haben, ohne weitere Diskussion durchwinken. So weit war es die Stellungnahme der Kammern 2012, die ist aber auf heute auch wieder anzuwenden. Genau das Gleiche passiert eben jetzt. Das Wirtschaftsministerium erarbeitet ein Gesetz, Sie bringen das ein, Sie wollen das hier durchprügeln, wollen möglichst noch bis Ende des Jahres damit durchkommen – ohne Verbändeanhörung, mit wenig Vorbereitungszeit und am besten ohne Änderungen –, und was dabei herauskommt, liegt uns heute hier vor.

Hut ab, Sie bleiben Ihrer politischen Linie treu, auch beim Vergabegesetz! Es regiert die Stagnation, es regiert die Mutlosigkeit, es regiert die Ideenlosigkeit, es regiert die Arroganz, es regiert die Ignoranz, es regiert die Unproduktivität – zusammengefasst: Sie, SPD und CDU, regieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen das auch deutlich machen.

(Jochen Schulte, SPD: Das war der Höhepunkt der heutigen Rede, Herr Holter.)

Ich will Ihnen das auch deutlich machen. Sie waren nicht dabei, aber Ihr Kollege Albrecht und Herr Waldmüller waren unter anderem dabei und, wenn ich mich richtig erinnere, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war Kollege Jaeger dabei. Es gab den Parlamentarischen Abend des Ingenieurrates,

(Rainer Albrecht, SPD: Korrekt.)

und da haben wir auch über diese Fragen gesprochen, was eben das Vergabegesetz für die freien Berufe bedeutet. Da gab es dann eine Verwaltungsvorschrift aus dem Juni 2015. Aber die Ingenieure, die Mitglieder des Ingenieurrates haben sich natürlich gewünscht, dass das, was jetzt mit der Verwaltungsvorschrift geregelt wurde, auch gesetzlich geregelt wird, damit sie ihre Belange in dem Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern finden können. Deswegen frage ich mich: Wo ist denn Ihre Reaktion auf diesen Parlamentarischen Abend des Ingenieurrates? Wo ist denn der Wunsch des Ingenieurrates, dass sie eingeladen werden zu der Anhörung? Das haben Sie nicht zustande gebracht! Wir haben vorgeschlagen, den Ingenieurrat einzuladen.

(Jochen Schulte, SPD: Sehr gut, ja. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dass wir das am Ende miteinander verabredet haben, ist in Ordnung. Ich will bloß deutlich machen, wie Sie das umsetzen, was Bürgerinnen und Bürger, in dem Falle Ingenieurinnen und Ingenieure, Ihnen beim Parlamentarischen Abend ins Hausaufgabenheft schreiben: Sie setzen es gar nicht um!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wenn ich mir jetzt den Gesetzentwurf im Einzelnen anschaue, dann frage ich mich: Holla, wo ist denn nun eigentlich die Aufregung? Wo ist eigentlich das Moment, wo man jetzt euphorisch sagen müsste, das Gesetz wird geändert?

Das Erste, was Sie machen - Herr Waldmüller, Sie sind in der Begründung darauf eingegangen -, die Landesregierung will Kompetenzen abschieben, weil das verwirkte Kontrollmanagement bei der öffentlichen Auftragsvergabe nicht umgesetzt wurde, und Sie wollen eben dieses Kontrollmanagement unter den Tisch kehren. Das Land selbst ist nicht in der Lage zu kontrollieren. Ich will nur mal daran erinnern, wir haben damals in der Debatte, sowohl bei der Einbringung des Gesetzes als auch bei der Verabschiedung dieses Gesetzes und in der Debatte im April, darauf aufmerksam gemacht, dass es notwendig ist, die Kontrollen zu organisieren und die Kontrollen wirklich konsequent durchzuführen. Was wird also gemacht? Sie gehen nicht einen Schritt nach vorne mit dem Gesetzentwurf, sondern Sie gehen hundert Schritte zurück! Das nennt sich verschleiern und sich zu verstecken, anstatt sich den Problemen zu stellen!

Sie wollen die Aufgaben übertragen und delegieren. Es ist natürlich einfacher, das zu tun, als sein eigenes Management, Herr Glawe, zu überprüfen und zu verbessern. Deswegen will ich hier noch mal mit aller Deutlichkeit hervorheben: Das ist keine Kritik am Personal, das sich tagaus, tagein genau mit diesen Fragen beschäftigt,

sondern es ist eine Kritik an dem ineffizienten, unverständlichen und intransparenten Kontrollsystem.

Zweitens. Sie wollen – das war ja wohl ein langer Diskussionsprozess, wie ich dem Vernehmen nach registriert habe – die 8,50 Euro weiterhin festschreiben in dem Vergabegesetz, falls – ich weiß nicht, ob die Gefahr besteht – der Mindestlohn auf Bundesebene fällt. Das nenne ich "Verwalten des Erreichten". Eines kann ich Ihnen aber bereits bei dieser Ersten Lesung versprechen: Wir werden uns mit einer weiteren Festschreibung von 8,50 Euro nicht zufriedengeben.

(Torsten Renz, CDU: Das ist klar. Sie wollten ja schon vor zwei Jahren 10 Euro.)

Wir wollen, dass das Land vorangeht und als gutes Beispiel hohe Maßstäbe setzt.

Was war denn heute Morgen in der Regierungserklärung vom Ministerpräsidenten zu hören? Es geht um Tariftreue.

(Torsten Renz, CDU: Außerdem stehen ja auch Landtagswahlen vor der Tür.)

Genau das ist, glaube ich, eine Frage, die man hier ganz konkret mit zur Anwendung bringen muss,

(Jochen Schulte, SPD: Haben Sie einen Vorschlag?)

und wo man natürlich nicht bei 8,50 Euro stehen bleiben darf

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Wie viel wollen Sie denn?)

sondern tatsächlich auch ein Stück höher gehen muss, selbstverständlich. Und da reden wir ...

(Torsten Renz, CDU: Landtagswahlen stehen vor der Tür, also Zahlen raus!)

Herr Renz, ich bin ja mal gespannt auf eine Ihrer nächsten Reden.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Ja, und dann unterhalten wir uns noch mal, was vor der Tür steht oder auch nicht.

(Torsten Renz, CDU: Ich will aber jetzt mal eine konkrete Antwort!)

Das sind also Maßstäbe, die Sie hier nicht setzen, und deswegen können wir so auch nicht mitgehen.

Drittens. Das ist ja nun überhaupt der Gipfel: Sie wollen das Gesetz entfristen. Also es gibt hier im Zusammenhang mit dem Demokratieabbau, nein, mit dem Bürokratieabbau, Entschuldigung,

(Udo Pastörs, NPD: Freud'scher Versprecher.)

dem Bürokratieabbau in Mecklenburg-Vorpommern eine Verabredung. Es gibt eine Verabredung, dass Gesetze befristet werden. Warum Sie jetzt dieses Gesetz gerade entfristen wollen, weiß ich nicht.

Auch da werden wir nicht mitspielen, weil wir es für notwendig halten, dass wir uns ein Mal in der Legislaturperiode – mindestens ein Mal! – als Parlament mit diesem Gesetz beschäftigen, mit den Wirkungen und auch mit den Folgen dieses Gesetzes, und möglicherweise besteht ja tatsächlich Korrekturbedarf.

Mehr, meine Damen und Herren – wir haben ja kaum Zuschauer –,

(Torsten Renz, CDU: Gar keine Zuschauer.)

mehr, meine Damen und Herren, steht in diesem Gesetzentwurf nicht.

Nun will ich Sie fragen: Was ist denn mit den Schlussfolgerungen aus dem Evaluationsbericht? Wir wollten ja am Donnerstag im Ausschuss genau darüber reden. Die Tagesordnung hieß "Bericht der Landesregierung über ihre Schlussfolgerungen aus der Evaluation". Die Landesregierung war gar nicht anwesend.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja wohl der Gipfel!)

Ja. Schlussfolgerungen wurden auch nicht vorgelegt, sondern die Ministeriumsmitarbeiter – die ja eigentlich gar keine Schuld haben, die hätten auch die Fragen beantworten können – wollten nur auf Fragen der Abgeordneten antworten.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

Herr Glawe, ich muss Ihnen sagen, Sie waren nicht da, Ihre Hausspitze war nicht da und die Ministeriumsmitarbeiter haben nicht die Schlussfolgerungen, weder schriftlich noch mündlich, vorlegen können. Und wenn das Gesetz, das heute hier vorliegt, die Schlussfolgerungen aus der Evaluation enthält, dann frage ich, wie Sie arbeiten und wie Sie Ihr Haus, das Wirtschaftsministerium führen.

(Minister Harry Glawe: Ich führe das gut, sehr gut.)

Und deswegen ...

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ja, deutlich. Sie haben den Evaluationsbericht gelesen. Heißt es nicht in der Evaluation, dass es einen Rückgang von kleinen und mittleren Unternehmen an den öffentlichen Aufträgen gibt? Sie beteiligen sich nicht mehr. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie denn daraus? Wollen Sie dabei bleiben oder wollen Sie Möglichkeiten schaffen, dass sich mehr kleine und mittelständische Unternehmen daran beteiligen?

Kein Wort finde ich darüber, wie es denn um das Verhältnis vom billigsten zu dem wirtschaftlichsten Angebot steht. Nach wie vor wird das billigste Angebot genommen.

(Minister Harry Glawe: Das stimmt ja nicht!)

Wir sind uns doch politisch alle einig,

(Minister Harry Glawe: Stimmt ja nicht!)

dass das wirtschaftlichste Angebot genommen werden sollte.

(Minister Harry Glawe: Stimmt doch nicht! – Peter Ritter, DIE LINKE: Na, Ruhe da oben!)

Das muss man doch mal regeln können! Kein Wort über die Behandlung der Freiberufler, darüber hatte ich schon im Zusammenhang mit dem Ingenieurrat gesprochen.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege, das ist doch schon geregelt.)

Ja, und was ist denn nun eigentlich,

(Jochen Schulte, SPD: Sie müssen sich mit den bestehenden Gesetzen beschäftigen!)

Herr Schulte, was ist denn nun eigentlich mit sozialen und umweltbezogenen Kriterien oder Innovationen, die bei der Auftragsvergabe nach unserer Auffassung berücksichtigt werden sollten? Nichts davon finde ich in diesem Gesetzentwurf. Also Sie machen hier im Prinzip ein bisschen Verwaltung, die wird in diese Paragrafen hineingeschrieben, die werden dann verändert und es wird entfristet. Mehr ist aber nicht zu finden!

Wir haben bereits 2012 genau auf diese sozialen und ökologischen Belange hingewiesen, haben auch konkrete Vorschläge gemacht. Sie wussten es damals ja wieder besser.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Nicht nur damals.)

Aber wie die Evaluierung zeigt, und genau die Evaluierung beschreibt das: Sie wussten es eben nicht besser!

Ich will mich noch auf das Europäische Parlament und den Europäischen Rat berufen. Die haben in einer Richtlinie zur öffentlichen Auftragsvergabe klargestellt, ich darf kurz zitieren, Zitat: "Forschung und Innovation, einschließlich Öko-Innovation und sozialer Innovation, gehören zu den Haupttriebkräften künftigen Wachstums und stehen im Mittelpunkt der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Auftraggeber sollten die öffentliche Auftragsvergabe strategisch optimal nutzen, um Innovationen voranzutreiben." Soweit dieses Zitat.

Wie weit halten Sie sich eigentlich an diese Richtlinie und was finde ich davon in dieser Novelle des Vergabegesetzes? Nichts! Auch die Modernisierungen der öffentlichen Vergaben auf Bundesebene gehen in diese Richtung. Aber das scheint Ihnen alles wurscht zu sein, Sie ziehen hier Ihren Stiefel durch. Wie sagte bereits Johann Wolfgang von Goethe? "Der eine wartet, daß die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt." Aber vom Anpacken und Handeln sind Sie weit entfernt!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, es wäre sinnvoll und geboten gewesen, wenn wir uns als Erstes über die Schlussfolgerungen der Landesregierung aus dem Evaluationsbericht unterhalten hätten und dann ein Gesetzentwurf vorgelegen hätte. Dazu ist es nicht gekommen, die Chance wurde vertan. Jetzt haben wir ein anderes Verfahren, aber ich kann Ihnen auch so sagen, denn wir haben uns mit dieser Frage – nicht nur mit der Evaluation, sondern auch mit dem Leben – intensiv auseinandergesetzt, das, was Sie hier vorlegen, ist keinen Schuss Pulver wert.

Dieses Vergabegesetz ist ein Instrument, um bedeutende strategische und politische Ziele zu erreichen, aber Sie vergeben diese Chance und nutzen dieses Instrument nicht, und wir sind mit der Europäischen Union hier im Einklang, das habe ich eben bewiesen.

(Jochen Schulte, SPD: Na, das ist noch die Frage, Herr Holter!)

Deswegen bin ich der Überzeugung, wir haben noch eine spannende Zeit vor uns.

Das, was Sie hier vorlegen, ist juristisch alles in Ordnung, Herr Schulte, aber es wird, glaube ich, den Herausforderungen und dem, was für die öffentliche Auftragsvergabe in Mecklenburg-Vorpommern notwendig ist, in keiner Weise gerecht. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe. Bitte.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Aufnahme der Mindestlohnregelung in das Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommerns hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Juni 2012 die Evaluierung des Vergabegesetzes beschlossen.

Herr Holter, ich kann Ihren Ärger verstehen, das Vergabegesetz ist ja ein Ergebnis von Koalitionsverhandlungen, an denen Sie nicht teilgenommen haben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da kennen Sie mich aber schlecht!)

Ja, so ist das, und von daher kann ich auch Ihren Ärger verstehen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ärgert mich überhaupt nicht.)

Aber entscheidend ist,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich hätte ein besseres Vergabegesetz gemacht, und das ärgert mich.)

entscheidend ist, dass wir dieses Vergabegesetz auf den Weg gebracht haben und dass mittlerweile der Bund nachgezogen hat.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Speerspitze!)

Von daher müssen wir nicht mehr alles regeln, sondern wir haben Dinge, Kontrollen, wie sie zum Beispiel durch den Zoll gewährt werden müssen. Das Wirtschaftsministerium hat 2013 hierzu ein Gutachten auf den Weg gebracht, das Sie auch haben, Herr Holter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.)

Das Gutachten wurde im April dem Landtag zugeleitet und liegt auf Drucksache 6/3887 vor.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Habe ich gelesen.)

Nach Erkenntnissen der Gutachter sind die mit der Einführung des Vergabegesetzes befürchteten negativen Auswirkungen weitestgehend nicht eingetreten. Also alles das, was Sie hier an Beispielen gebracht haben, ist nicht eingetreten.

(Dietmar Eifler, CDU: Aha!)

Das Gesetz hat danach einen positiven Beitrag zur Rechtssicherheit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geleistet, in gewissem Maße auch zur Erreichung wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele, Herr Holter. Unternehmen und Vergabestellen hatten zuvor eine Steigerung der internen Bürokratie- und Prozesskosten sowie der Bearbeitungsdauern zu verzeichnen. Ein dauerhafter Mehraufwand konnte aber nicht bestätigt werden, Herr Holter. Bei den befragten Vergabestellen ist somit auch kein zusätzlicher Personalbedarf entstanden. Es wurden interne Umstrukturierungen vorgenommen.

Die Steigerungen haben dazu beigetragen, dass eine gewonnene Routine im Umgang mit dem Vergabegesetz festzustellen ist. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse hat die Wegweiser GmbH Empfehlungen für eine behutsame Weiterentwicklung des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommerns gegeben. Mit dem jetzt beabsichtigten Änderungsgesetz werden die Konsequenzen aus dem Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes auf Bundesebene gezogen, Herr Holter. Zugleich wird die Gelegenheit für Korrekturen genutzt, die unter anderem Verständlichkeit und Anwenderfreundlichkeit des Gesetzes erhöhen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Holter!)

Herr Holter.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Im Wesentlichen geht es um folgende Punkte: Es wird sichergestellt, dass bei öffentlichen Aufträgen in jedem Fall ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt wird. Außerdem werden verfahrenstechnische Erleichterungen für Unternehmen und Vergabestellen vorgesehen. Namentlich werden die bisherigen Vorschriften über weitergehende Anforderungen sowie Kontrollen und Sanktionen neu gefasst, Herr Holter.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Geben Sie ihm doch Ihre Rede!)

Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs können künftig nicht nur Tarifverträge aus Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch Verträge aus dem übrigen Bundesgebiet als repräsentativ angesehen werden. Die Palette der Tarifverträge, die künftig als Maßstab für eine angemessene Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Bereich dienen kann, wird damit erweitert.

(Peter Ritter, DIE LINKE, und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Herr Holter!)

Das stärkt den Wettbewerb. Vielen Dank, Herr Holter.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Der bisherige Paragraf 9 Absatz 3 des Vergabegesetzes entfällt. Die Vorschrift enthält einen sogenannten Regelungsüberschuss. Sie verlangt die Einhaltung ohnehin geltender bundesrechtlicher Bestimmungen, Herr Holter,

wie zum Beispiel des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und neuerdings des Mindestlohngesetzes, Herr Holter. Diese Gesetze sehen für sich selbst Kontrollen und Sanktionen vor, sodass auf eine Anwendung des Paragrafen 10 des Vergabegesetzes hier verzichtet werden kann, Herr Holter.

(Torsten Renz, CDU: Und Frau Holter.)

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, dass wir es uns nicht leicht gemacht haben mit dem, was Herr Holter hier unterstellt. Wir sind der Überzeugung, dass wir eine Formulierungshilfe für die Fraktionen zur Verfügung gestellt haben, die sich sehen lassen kann und die auch jeder Kontrolle standhält. Von daher kann ich nur die Annahme empfehlen. Machen Sie noch eine vernünftige Anhörung, und dann wird die abgewogen!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die Kollegen hören ja nicht auf mich. – Jochen Schulte, SPD: Wir machen schon eine vernünftige Anhörung.)

Von daher glauben wir, dass wir zum Jahresende ein Vergabegesetz haben, das dem Land zur Ehre gereicht, Herr Holter.

(Torsten Renz, CDU: Wer ist der meistgenannte Politiker hier im Raum? – allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, der Aufwand für Vergabestellen und Unternehmen wird sich auf diese Weise erheblich verringern. Er wird sich weiter durch großzügige Bagatellgrenzen vermindern. Künftig gilt das Gesetz für Bauleistungen erst ab einem Wert von 50.000 Euro und für Dienstleistungen ab einem Wert von mehr als 10.000 Euro. Also auch dort wurde einiges geleistet. Die Aufgreifschwelle für Zweifel an der Angemessenheit des Preises wird erhöht. – Sie haben ja vorhin gesagt, es passiert nichts.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wer hat das gesagt?)

Maßgeblich ist künftig eine Abweichung von mindestens 20 Prozent von den Preisen anderer Bieter, Herr Holter. Also, bitte lesen!

(Bernd Schubert, CDU: Er kriegt bald rote Ohren.)

Von daher kann ich mir jetzt weitere Ausführungen ersparen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Schade! – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ist gut.)

Ich hoffe, dass wir dann im Dezember ein Gesetz haben, das sich sehen lässt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Herr Suhr von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Torsten Renz, CDU: Den Namen habe ich heute noch gar nicht gehört. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Torsten Renz, CDU: Der kleinere Oppositionspartner hier.) **Jürgen Suhr**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Renz,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Lieber Herr Holter!)

lieber Herr Holter!

(allgemeine Heiterkeit und Unruhe)

Ja, ich war schon, sehr geehrter Herr Kollege Glawe, einigermaßen fasziniert – aber das war ich schon bei der Debatte, die ein bisschen zurückliegt –,

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie sich die CDU tatsächlich vom größten Skeptiker des Mindestlohns und des Vergabegesetzes plötzlich zur Speerspitze dieser sozialpolitischen Errungenschaft hervortut.

(Minister Harry Glawe: Da können Sie mal sehen!)

Ich hätte nicht gedacht, dass hier mal die Argumente vorgetragen werden, und zwar durch den Minister zugunsten der Landesregierung, welche Befürchtungen alle nicht eingetreten sind bei der Realisierung des Vergabegesetzes.

(Minister Harry Glawe: Ja, sehen Sie!)

Ich erinnere mich gut daran,

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich erinnere mich gut daran, dass es gerade CDU-Vertreter waren, die den Untergang der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern prophezeit haben, wenn wir hier einen Mindestlohn von 8,50 Euro über das Vergabegesetz einführen.

(Minister Harry Glawe:
Da gehörte ich aber nicht zu. –
Torsten Renz, CDU: Wenn Sie so was in
den Raum stellen, dann kommen Sie bitte mit
Zitaten und machen das nicht so pauschal!)

Dass Ihnen das unangenehm ist und dass Sie jetzt anfangen, mit Zitaten zu agieren, wo Sie ganz genau wissen, Herr Renz, dass die größten Skeptiker gegenüber dem Mindestlohn in Ihren Reihen zu suchen sind – und da kann man reihenweise Zitate bringen –,

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das ist in der Tat ein Wegducken vor der Wahrheit, die es hier an der Stelle gegeben hat.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Torsten Renz, CDU)

So, und jetzt kann man sich mal angucken, wie das denn im Wirtschaftsausschuss gelaufen ist. Der Kollege Holter

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

ist ja darauf eingegangen. Ich möchte das noch ein bisschen weiter ausbauen.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Da sollte ja die Landesregierung hergehen und einmal darüber berichten, welche Konsequenzen sie aus der Evaluierung zieht. Und in der Tat gab es dann keinen Bericht, sondern die Bereitschaft, na ja, wir könnten ja Fragen beantworten – Sie haben das ausgeführt.

(Harry Glawe, CDU: Fragen haben Sie nicht gestellt.)

Was ich dann in der Tat ganz erstaunlich finde, ist, dass sich plötzlich der wirtschaftspolitische Sprecher der Landesregierung beziehungsweise des Wirtschaftsministeriums, Herr Waldmüller, hinstellte und sagte,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

na ja, im Antrag der CDU- und SPD-Fraktion sehen Sie das Ergebnis dessen, was die Landesregierung als Ergebnis herausgezogen hat. Also aus dem Landtag heraus wird jetzt tatsächlich schon berichtet, was die Landesregierung denn für Ergebnisse aus einer Evaluierung herauszieht. Das ist in der Tat etwas, was parlamentarisch überhaupt nicht geht, sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und wenn man sich das jetzt mal inhaltlich anguckt ...

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch das Gutachten seit Monaten in der Tasche!)

Wir haben, sehr geehrter Herr Kollege Glawe, das Gutachten seit Monaten in der Tasche,

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

und die logische Schlussfolgerung war,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben es in der Tasche.)

dass der Wirtschaftsausschuss selbstverständlich auf Antrag der Fraktion der LINKEN fragt: Welche Konsequenzen, welche Schlüsse

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das wollten wir ja mal hören.)

zieht denn die Landesregierung aus dem Gutachten?

(Harry Glawe, CDU: Das liegt doch auf dem Tisch!)

Das Gutachten ist doch nicht der alleinige Selbstzweck, sondern es geht doch darum, welche Konsequenzen Sie ziehen!

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch alles liegen!)

Ich habe hier einen CDU-SPD-Antrag vorliegen.

(Harry Glawe, CDU: Jaja, genau. Das ist auch richtig so. – Jochen Schulte, SPD:

Das ist auch richtig so.)

Dass das inzwischen das Agieren der Landesregierung ersetzt, ist mir neu. Man kann zwar das Gefühl haben, aber da ist, glaube ich, schon noch mal ein kleiner Unterschied dazwischen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vielleicht kann man das ja abgestimmt machen?)

Und wenn man sich jetzt in der Tat mal anschaut, was kommt dabei heraus, dann hat die SPD – das ist jetzt eine Mutmaßung – ganz mühevoll gerettet, dass die 8,50 Euro noch im Gesetz drinbleiben,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Nein!)

ja, dass die 8,50 Euro noch im Gesetz drinbleiben,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und Sie ducken sich weg vor den zentralen Auseinandersetzungen, die wir in der Diskussion um das Vergabegesetz hier miteinander geführt haben.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es gibt überhaupt nichts im Landesregierungs-CDU-SPD-Antragsverfahren zum Gesetzentwurf/zur Novellierung zu der Frage beispielsweise: Wie müsste man denn möglicherweise den Mindestlohn in den nächsten Monaten und Jahren anpassen?

(Torsten Renz, CDU: Was wünschen Sie denn?)

Was ist mit der Dynamisierung?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da fragt der Kollege Renz, was ich mir wünsche.

(Torsten Renz, CDU: 2016, was wünschen Sie sich?)

Ich kann mir vorstellen, dass wir im Wirtschaftsausschuss darüber debattieren, ob wir zum Beispiel eine Regelung wie in Schleswig-Holstein einführen,

(Harry Glawe, CDU: Nein.)

wo es eine Dynamisierung gibt,

(Harry Glawe, CDU: Nein.)

die an die unterste Tarifgruppe angelehnt ist. Kein Wort davon!

(Harry Glawe, CDU: Mindestlohn ist Bundesgesetzgebung, Herr Kollege.)

Das Wort "Dynamisierung" findet sich überhaupt nicht in Ihrem Gesetzentwurf.

(Harry Glawe, CDU: Brauchen wir ja auch nicht.)

Kein Wort in Ihrem Gesetzentwurf zu der zentralen Frage: ...

(Harry Glawe, CDU: Es gibt ein Bundesgesetz dazu.)

Es war eine zentrale Auseinandersetzung hier im Landtag.

... Was ist denn mit den Kommunen, wenn man denn ein Vergabegesetz will?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und kein Wort darüber: Was ist denn mit den inhaltlichen Kriterien, die man in ein Vergabegesetz hineinschreiben kann?

(Harry Glawe, CDU: Wisst ihr doch alles!)

Selbstverständlich kann man soziale, ökologische Kriterien in ein Gesetz hineinschreiben. Das ist auch unser Selbstverständnis und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, wir werden das zum Gegenstand der Beratungen im Wirtschaftsausschuss machen.

(Jochen Schulte, SPD: Das werden Sie nicht! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Selbstverständlich!

(Jochen Schulte, SPD: Das werden Sie nicht, das steht nämlich schon im Gesetz drin, Herr Suhr.)

Wenn Sie die Evaluierung, Herr Kollege Schulte, richtig lesen,

(Jochen Schulte, SPD: Ja.)

dann können Sie auch lesen, dass 60 Prozent – so ist, glaube ich, die Zahl – aller Vergaben auf diese Möglichkeit überhaupt nicht zurückgreifen.

Nun kann ich mir politisch sehr wohl die Frage stellen, was wir tun müssen, dass in stärkerem Maße inhaltliche Kriterien Berücksichtigung finden.

(Jochen Schulte, SPD: Tun Sie das!)

Genau,

(Jochen Schulte, SPD: Tun Sie das auch in Stralsund! Da sind Sie doch in der Stadtvertretung.)

und deshalb werden wir das im Wirtschaftsausschuss thematisieren. Das ist meine Ankündigung an dieser Stelle. Dass wir da möglicherweise unterschiedliche Auffassungen haben, das kann ich mir heute schon vorstellen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Möglicherweise?!)

Aber ich sage an dieser Stelle auch, wenn wir mit öffentlichen Geldern hantieren, wenn wir sie vergeben, dann verkommen unsere Zielsetzungen, was Klimaschutz angeht, was ökologische Standards angeht, was soziale Standards angeht, die wir hier immer so schön wohlfeil halten, zu Fensterreden, wenn wir nicht in einem Verga-

begesetz die entsprechenden konsequenten Regelungen definieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da werden wir die entsprechenden Vorschläge machen. Auf die Debatte sowohl in der Anhörung wie auch in der Auswertung freue ich mich schon heute. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab zwei Anmerkungen, einmal zu dem Punkt, den der Kollege Holter angesprochen hat, "wirtschaftliches Angebot", und dass das doch endlich in das Gesetz reinformuliert werden sollte, und zu der Frage "zusätzliche Anforderungen", also zum Beispiel soziale, umweltbezogene, innovative Aspekte. Das haben Sie auch angesprochen, Herr Kollege Suhr. Da kann ich Ihnen nur etwas sagen, was man als Student der Rechtswissenschaften, ich glaube, im ersten Semester lernt: Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung.

Schauen Sie in den Paragrafen 7 Absatz 1 rein! Da ist ausdrücklich geregelt, dass nicht das preiswerteste oder das billigste, sondern das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag erhalten soll. Wir haben bereits vor Jahren in dieses Gesetz hineingeschrieben, nach welchen Kriterien das wirtschaftlichste Angebot zu ermitteln ist. Im Paragrafen 5, wenn ich das richtig im Kopf habe, Herr Kollege Suhr, steht unter anderem drin, dass die jeweilige Vergabestelle, der jeweilige Auftraggeber zusätzliche Anforderungen stellen kann: soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte. Dass wir natürlich in einem Gesetz nicht das ausformulieren, was in der konkreten Vergabe jeweils an zum Beispiel innovativen Aspekten hineinformuliert werden soll, das ist, glaube ich, etwas Selbstverständliches, weil ein Gesetz einen abstrakten Inhalt von einer Vielzahl von Fällen regelt und nicht eine einzelne Vergabe.

> (Der Abgeordnete Jürgen Suhr bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und jetzt würde ich Ihnen auf die Frage ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Schulte! Herr Schulte!

Jochen Schulte, SPD: ... der Präsidentin gern das Wort erteilen.

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Schulte, Sie haben gar nicht das Wort zu erteilen. Das Wort erteile ich. Punkt eins.

(Heinz Müller, SPD: Er hat ja gesagt, ich würde.)

Ja, genau.

Ich frage Sie: Lassen Sie die Frage des Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden zu?

Jochen Schulte, SPD: Jetzt muss ich ganz schwer überlegen, aber ja, Herr Kollege Suhr.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Gut. Also dann haben Sie, Herr Fraktionsvorsitzender, das Wort zur Frage.

(Torsten Renz, CDU: Da kann nichts Gutes bei rauskommen.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Schulte.

Welche Schlüsse ziehen Sie denn vor dem Hintergrund Ihrer letzten Anmerkung daraus, dass im Evaluierungsbericht unter Punkt 2.6 ausgeführt wird, dass mehr als 60 Prozent der Vergabestellen in Mecklenburg-Vorpommern von der Möglichkeit, zusätzliche soziale, umweltbezogene und innovative Anforderungen zu stellen, keinen Gebrauch machen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist schwer einzuschätzen.)

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Suhr, daraus ziehe ich die ganz einfache Schlussfolgerung, dass es nicht alleine durch den Umstand getan ist, dass man eine Möglichkeit in ein Gesetz schreibt, sondern dass es dann auch vor Ort die jeweilige Umsetzung in der Vergabestelle braucht, und das ist ein langer Prozess. Und, Herr Kollege Suhr, wenn ich mich nicht irre, ich weiß nicht mehr, ob Sie noch Mitglied der Stadtvertretung in Stralsund sind,

(Harry Glawe, CDU: Bürgerschaft.)

der Bürgerschaft, aber Sie waren es ja.

(Harry Glawe, CDU: Ist er.)

Dann wissen Sie ja auch, wie das vor Ort ist und wie lange es bei einzelnen Vergaben dauert, bis eine entsprechende Bereitschaft in die Köpfe der jeweiligen Personen eingesickert ist. Wir können nicht mehr machen, als die Möglichkeit zu eröffnen, und das haben wir bereits vor Jahren mit der entsprechenden Regelung im Landesvergabegesetz gemacht. – Bitte schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Haben Sie noch eine weitere Nachfrage?

(Marc Reinhardt, CDU: Nein! Nein!)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Habe ich dann richtig verstanden, dass Sie nicht die Notwendigkeit sehen, über ein Gesetzesvorhaben Änderungen mit dem Ziel einer Steigerung dieser Quote zur Ausgestaltung von sozialen und ökologischen Regeln zu definieren?

(Marc Reinhardt, CDU: Das war doch keine Frage.)

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Suhr, wenn Sie damit die Vermutung implizieren, dass wir in dieses Gesetz reinschreiben würden, Vergabestellen haben unabhängig von der Frage, was vergeben wird – ob der Auf-

trag für die Beschaffung von Bleistiften, Spülen, Automobilen oder sonst irgendwas erteilt werden soll –, eine Mindestquote von, sagen wir mal, innovativen Aspekten von 60 Prozent bei jeder Vergabe einzuhalten, wenn Sie also vermuten, dass das reingeschrieben werden soll, dann gehen Sie recht in Ihrer Annahme, dass wir das nicht vorhaben.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und Dietmar Eifler, CDU)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich jetzt aber bitte auf dieses Landesvergabegesetz zurückkommen und nicht darauf, was man möglicherweise schon darin lesen kann, weil es bereits seit Jahren drinsteht.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Als dieses Haus, Herr Kollege Glawe, als dieses Haus das Landesvergabegesetz, ...

Ich möchte den Wirtschaftsminister nicht stören mit meinem Redebeitrag.

... als dieses Haus das Landesvergabegesetz im Jahre 2012 novellierte und um einen landesspezifischen Mindestlohn ergänzte, haben wir uns auch darüber verständigt, dass dieses Gesetz noch in dieser Wahlperiode durch die Landesregierung evaluiert und der Landtag hierüber unterrichtet werden sollte. Dass das in der Ausschusssitzung des Wirtschaftsausschusses etwas unglücklich gelaufen ist, Herr Kollege Holter, darüber will ich nicht mit Ihnen diskutieren.

Gründe für diese Evaluation waren neben der Frage der verwaltungstechnischen Umsetzung die immer wieder vorgebrachten Bedenken vor allem aus Teilen der Arbeitgeberverbände, dass ein Mindestlohn massive Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt, Stellenabbau und Nachteile für die einheimische Wirtschaft mit sich bringen würde. Ich kann mich noch an die Diskussion mit dem Wirtschaftsminister und mit den Kollegen von der CDU damals erinnern, die dann durchaus sagten, dass sie ihre Schwierigkeiten hätten, ihre Befürchtungen, dass das tatsächlich so kommen würde.

Wir, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, als SPD-Fraktion waren uns sicher, dass diese Befürchtungen nicht tragen würden. Heute, und das haben Sie ja an den Redebeiträgen gesehen, aber das haben Sie auch schon in den Ausführungen gehört, die in der Öffentlichkeit zum bestehenden Landesvergabegesetz gemacht werden, heute müssen auch die damaligen Kritiker – einer der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmerverbände war ja vor Zeiten im Wirtschaftsausschuss – einräumen, dass diese Bedenken tatsächlich ohne jeden Grund waren und sind.

Worauf damals viele unter uns, zumindest von meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion, hofften – und ich will mich da ausdrücklich einschließen – und worauf Sie hingearbeitet haben, aber was keiner von uns tatsächlich vorhersagen konnte, war die Tatsache, dass wir dank der Initiative der SPD-Bundesfraktion seit

dem 1. Januar dieses Jahres einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland haben.

(Heinz Müller, SPD: Genau so!)

Wir sind damit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Angela Merkel hat ihn eingeführt.)

Ja, ich glaube, Frau Bundeskanzlerin Merkel ist da genauso zum Jagen getragen worden wie einige Damen und Herren hier im Land.

Wir sind damit ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Torsten Renz, CDU: Jetzt wird es politisch hier.)

Wir können uns ja mal außerhalb des Protokolls darüber unterhalten.

Wir sind damit dem Bund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was die Schaffung eines gesetzlich verankerten Mindestlohnes angeht, klar einen Schritt voraus gewesen. Wir sind aber andererseits nicht nur nicht böse, nein, wir als SPD-Fraktion begrüßen es natürlich ausdrücklich, dass der Bund jetzt flächendeckend nachgezogen hat.

Sehr geehrte Kolleginnen und sehr geehrte Kollegen, von den zwischenzeitlich vonstattengegangenen Änderungen auf Bundesebene ausgehend, liegt bei der Novellierung des eigenen Landesvergabegesetzes der Schwerpunkt naturgemäß auf einer Vermeidung von Dopplungen auf bundes- und landesgesetzlicher Ebene, auf Rechtsklarheit und Rechtssicherheit aus dem Zusammenwirken von Landesvergabegesetz, dem Mindestlohngesetz des Bundes, dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder auch den bundesgesetzlichen Regelungen zum Vergabegesetz. Das ist eine Seite der Novellierung und diese Seite ist in der praktischen Anwendung für die unterschiedlichen Vergabestellen dieses Landes, aber auch für die Unternehmen und die Beschäftigten in diesen Unternehmen sicherlich von großer Bedeutung.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt auch eine zweite Seite und diese zweite Seite ist mindestens genauso wichtig, mindestens. Ich habe an dieser Stelle schon des Öfteren gesagt, und das gehört zu meinen wirtschaftspolitischen Grundüberzeugungen, Niedriglohn ist weder eine Perspektive für den Einzelnen noch ein Erfolgsmodell für eine erfolgreiche nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – auch nicht in unserem Bundesland. Deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, hat meine Fraktion bei der Novellierung dieses Gesetzes grundsätzlich auf zwei Punkte Wert gelegt, und Herr Kollege Suhr hat es ja freundlicherweise schon angedeutet, dass das tatsächlich auch auf Initiative der SPD-Fraktion geschehen ist:

Erstens. Egal, welche Ausnahmen auf Bundesebene noch von einer Verpflichtung zur Zahlung eines gesetzlichen Mindestlohnes von derzeit mindestens 8,50 Euro gelten, in diesem Land sind dort, wo unser Landesvergabegesetz Anwendung findet, mindestens 8,50 Euro zu zahlen und kein Cent weniger. Ich glaube, das ist für die

Menschen in diesem Land eine wichtige Aussage, dass daran kein Weg vorbeiführt. Für meine Fraktion, für diese Landesregierung unter der Führung von Herrn Ministerpräsidenten Sellering gibt es keinen Weg zurück unter den geltenden Mindestlohn von 8,50 Euro.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und damit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, komme ich zu dem zweiten Punkt, der meiner Fraktion und mir bei diesem Gesetzentwurf besonders am Herzen liegt. Wir, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – und dabei bin ich ausdrücklich dem Ministerpräsidenten für seine klaren Worte heute Vormittag im Rahmen seiner Regierungserklärung dankbar –, lehnen jegliche Überlegung, jeglichen Versuch ab, angesichts der bestehenden und zu erwartenden Flüchtlingszahlen auch in unserem Land den Mindestlohn in irgendeiner Weise wieder aufzumachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Und deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, haben wir in dieses Gesetz ausdrücklich aufgenommen, dass auch zukünftig, auch dann, wenn auf Bundesebene wider Erwarten der Mindestlohn auf unter 8,50 Euro gesenkt werden würde - und wir sprechen zumindest darüber, dass es solche Forderungen im öffentlichen Raum, solche Diskussionen bereits gibt, ob die dann tatsächlich sinnvoll sind, auch wenn einige derjenigen, die das propagieren, so heißen, das will ich mal dahingestellt sein lassen -, in diesem Land im Rahmen des Landesvergabegesetzes weiterhin mindestens 8,50 Euro an die Beschäftigten gezahlt werden müssen. Mit uns, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wird es kein Gegeneinanderausspielen von Arbeitsuchenden in diesem Land geben, völlig egal, ob der Mensch, den es betrifft, hier Schutz vor Krieg und Terror in seiner Heimat sucht oder ob er hier schon seit Jahren seine Heimat gefunden hat. Wir wollen einen Mindestarbeitslohn für alle, und was wir dafür im Rahmen landesgesetzlicher Regelungen tun können, das werden wir tun.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die hier vorliegende Novellierung des Landesvergabegesetzes ist – man kann das kritisieren wie Herr Holter – sehr schlank gefasst. Natürlich hätte man sich fragen können, und das ist hier angesprochen worden, an welcher Stelle gibt es gegebenenfalls noch weiteren, nicht unbedingt Regelungsbedarf, aber vielleicht weitere Regelungsmöglichkeiten. Wir, und das möchte ich an dieser Stelle auch ausdrücklich sagen, haben es bei diesem Entwurf ausdrücklich nicht getan!

Wir sind in der Situation, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass der Bund auf Bundesebene derzeit grundlegende Änderungen im Bereich des Vergaberechtes beabsichtigt. Wir werden daher sehen müssen, wie am Ende des dortigen Entscheidungsfindungsprozesses das Vergaberecht auf Bundesebene aussehen wird, und wir werden gegebenenfalls hier im Land in der kommenden Wahlperiode allein aus diesem Grund eine erneute Anpassung des Landesvergabegesetzes vornehmen müssen, entweder, weil dann bestimmte Punkte auf Bundesebene geregelt sind, oder aber, weil sie eben nicht geregelt wurden.

Was uns allerdings als SPD-Fraktion genauso wichtig ist, ist die Frage – und da komme ich auch ein bisschen zu

der Anmerkung von Herrn Kollegen Holter –: Wie können wir als Land mit erreichen, dass immer mehr Menschen nicht nur nach einem Mindestlohn, sondern nach fairen, angemessenen und von den Tarifvertragsparteien ausgehandelten Löhnen bezahlt werden? Dabei geht es nicht oder nicht vorrangig um die Frage, zu sagen, wir wollen statt 8,50 Euro 8,75 Euro, 9,50 Euro oder 10,00 Euro. Die grundsätzliche Frage, die sich in dem Zusammenhang stellt, oder der grundsätzliche Punkt ist in dem Zusammenhang: Mindestlohn kann nur das Auffangbecken sein, die Grundlinie, die nicht unterschritten wird. Faire, auskömmliche Tariflöhne müssen das Ziel sein und sie sind gleichzeitig auch ein wichtiger Teil des Weges für eine weitere wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung unseres Landes.

Ich kann Ihnen nicht versprechen, und vielleicht nimmt Ihnen das ja auch ein bisschen die Bedenken, Herr Kollege Holter, dass wir möglicherweise in der nächsten Wahlperiode nicht noch mal an dieser Stelle über das Landesvergabegesetz diskutieren werden. Ich kann Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, leider heute schon sagen, dass wir als SPD-Fraktion gerade natürlich unter Berücksichtigung der entsprechenden Ergebnisse bei der Auswertung des Bundesmindestlohngesetzes – und deswegen sollten wir uns dann auch die notwendige Zeit dafür nehmen – in Ruhe diese Ergebnisse, diese Erfahrungen mit dem zu Beginn dieses Jahres erst eingeführten bundesweiten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn mit den Sozialpartnern erörtern.

(Torsten Renz, CDU: Frau Nahles hat aber schon gehandelt.)

Wir sollten uns gerade auch vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und Ergebnisse dann die Frage stellen, wie eine weitere Novellierung des Landesvergabegesetzes aussehen kann, aussehen muss, um die Tariflohnsituation zu verbessern, damit sich die Beschäftigten in unserem Land nicht die Frage stellen müssen, werde ich nach einem gesetzlichen Mindestlohn, egal, ob auf bundes- oder landesrechtlicher Ebene geregelt, bezahlt, sondern, ist es hier tatsächlich eine tarifvertragliche Regelung, die für faire Löhne bei gerechter und auskömmlicher Arbeit sorgt. – Danke schön. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Fraktion der NPD Herr Pastörs. Bitte.

Udo Pastörs, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Entwurf liegt Ihnen vor, im Kern schon von den verschiedensten Fraktionen besprochen. Es bleibt mir daher nur, auf ein, zwei Punkte einzugehen, die aus Sicht der NPD-Fraktion Berücksichtigung finden sollten.

Zunächst einmal begrüßen wir, dass durch den jetzt vorliegenden Entwurf eine gewisse Verschlankung des Gesetzes erfolgt, dies aber nicht aus Gründen, die die Landesregierung zu verantworten hat, sondern weil wir hier in Teilbereichen Bundesregelungen haben, wo sich eine Parallelregelung erübrigen wird.

Zu dem Aspekt des Sozialen im Bereich des Mindestlohns so viel von unserer Seite: Unsere Fraktion war sehr früh auch hier in diesem Hause dabei, zu fordern, dass

ein Mindestlohn dringend geboten sei. Die Motivation für dieses frühe Befürworten einer gesetzlichen Mindestlohnregelung war, dass ganz einfach der Markt nicht funktionierte. Der Kapitalismus kennt eben keine Gnade und zahlt nur das, was er unbedingt herausrücken muss. Wenn die Situation der Arbeitnehmerschaft sich so gestaltet, dass man hier dem Friseur nur 6 Euro oder 5,80 Euro zahlen muss, um jemanden zu bekommen, dann wird das eben nur gezahlt. Nur, langfristig wird der Staat, das ist unsere feste Überzeugung, nicht die Lücke schließen können zwischen der tariflich ausgehandelten Lohnstruktur im ganzen Land, weil der Organisationsgrad hier sehr, sehr niedrig ist und nur ganz wenige überhaupt einer gewerkschaftlich gestützten Lohnverhandlung zugänglich sind und auf der anderen Seite die Masse ist, die dann als Einzelner beim Aushandeln von Lohn relativ schlechte Karten hat. Das kann langfristig so nicht weitergehen, das kann nicht funktionieren.

Vielleicht noch die eine oder andere Anmerkung: Der Herr Ministerpräsident Sellering hat sich hier vor einigen Wochen, Monaten dazu hinreißen lassen, den Satz zu äußern, mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro hätte man den Menschen ihre Würde zurückgegeben. Dazu muss ich natürlich sagen, das ist mal wieder typisch, ein Sellering-Spruch, der nur so vor beißendem Sarkasmus strotzt. Mit 8,50 Euro ist in aller Regel nämlich nicht verbunden, dass die Leute, die vorher 6,20 Euro oder 5,20 Euro bekamen, nun mehr Netto in der Tasche hätten, sondern man hat hier ganz einfach die staatlichen Aufstocker in die Beschäftigung für 8,50 Euro hineingedrückt. Der Gewinner ist die Staatskasse, ist ganz klar der Sozialbereich. Hier hat man nur die Pflicht zur Zahlung vom Land hin zum kleinen Arbeitgeber oder auch größerem Betrieb verlagert. Insofern begrüßen wir zwar grundsätzlich einen Mindestlohn, der in dieser Höhe von 8,50 Euro am Markt und bei der Kostenstruktur im Lande überhaupt nicht mehr so aufrechterhalten werden dürfte.

Dann noch eine Anmerkung zu Herrn Schulte: Herr Schulte, im Gegensatz zur SPD sind wir von der NPD grundsätzlich der Meinung, dass sowohl Flüchtlinge als auch Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt ist, hier überhaupt nicht arbeiten dürfen und komplementär zur Situation und zur Verschärfung des Wettbewerbs gerade im Niedriglohnbereich herangezogen werden.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Das unterscheidet uns vielleicht,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

dass die rote Rhetorik dahin geht, dass man jeden, der hierherkommt, möglichst schnell in Arbeit bringen soll, sich dadurch auch eine Verfestigung des Aufenthalts mitgestalten könnte und dass Sie dann über diese Schiene hier einer ständigen Aufenthaltsgenehmigung vielleicht sogar das Wort reden würden.

(Jochen Schulte, SPD:
Herr Pastörs, das Schlimme an der
Sache ist, Sie glauben, was Sie reden! –
Heiterkeit bei Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE:
Da haben Sie nicht aufgepasst!)

Die Bayern machen das bis heute vorbildhaft in dem Punkt, weil sie auch darüber hinaus noch sagen, es ist gar nicht erlaubt, dass man den Leuten Deutschkurse gibt, weil sich dadurch – so steht es in Bayern ganz klar in der Vorschrift – etwas verfestigen würde, was eventuell dazu führen könnte, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein ständiges Aufenthaltsrecht bekommen könnten, damit größer würde. So ähnlich ist es formuliert. Das heißt also, hier sind wir auch der Meinung, weder Deutschkurse noch Arbeitsplätze für Ausländer, die nicht in dem Status sind, dass sie hier Asyl erhalten oder als Kriegsflüchtlinge nachhaltig in Deutschland ein Aufenthaltsrecht bekommen. Das werden wir im Ausschuss, das werde ich im Ausschuss auch noch unterlegen und Ihnen detailliert unsere Vorstellungen mitteilen.

Ansonsten noch ein Wort zur Kontrolle: Die Möglichkeit, die das Gesetz eröffnet, die Kontrolle über dieses Gesetz anderen zu übertragen, ist von vornherein nicht schlecht, Herr Holter, weil es durchaus sinnvoll sein kann, dass Kontrollfunktionen über ein relativ komplexes Gesetz detailliert, was die Vergabe angeht, von Spezialisten außerhalb preiswerter, effizienter und manchmal auch sogar objektiver abgearbeitet werden können. Insofern, schauen wir mal, was im Ausschuss zu diesem Thema weiter gesagt wird! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat Herr Waldmüller von der CDU-Fraktion.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch mal kurz das Wort ergreifen, nicht inhaltlich zum Gesetz als solches, sondern zu den durch Herrn Holter und Herrn Suhr in der Kritik stehenden Verfahren. Sie haben ja heute die Geschwindigkeit des Verfahrens moniert. Die Zeit für eine inhaltliche Befassung, für die Benennung der Anzuhörenden und die Fragestellungen wurde kritisiert. Ich habe allerdings den Verdacht, dass die Zeitknappheit, die Sie hier kritisiert haben, ein vorgeschobenes Argument ist.

Inhaltlich dürften die Veränderungen des Vergabegesetzes für niemanden überraschend sein. Im Juni 2012, das ist heute auch gesagt worden, wurde das Vergabegesetz ja ergänzt. Zwischenzeitlich wurde das Vergabegesetz, wie vom Landtag gefordert, durch ein Gutachten evaluiert. Dieses Gutachten auf der Drucksache 6/3887, die wir schon ein paar Mal genannt haben, liegt dem Landtag seit 9. April 2015 vor. Wir haben am 22. April hier im Landtag schon über dieses Gutachten gesprochen. Für die Landesregierung hat damals, am 22. April, der Wirtschaftsminister Glawe unter anderem zu den Bagatellgrenzen und zu Verbesserungspotenzialen bei der Verständlichkeit des Gesetzes gesprochen. Das vorliegende Änderungsgesetz greift Empfehlungen wie zum Beispiel die Anhebung der Bagatellgrenze für Direkthilfe auf.

Es ist also nicht richtig, dass wir uns in der Vergangenheit nicht damit befasst haben. Und trotzdem es eine inhaltliche Befassung mit der Evaluierung vom 9. April bereits am 22. April im Landtag gegeben hat, hatte die Opposition vor dem Wirtschaftsausschuss am 15. Oktober ein weiteres Mal die Gelegenheit, Fragen zum Gutachten zu stellen, Fragen, die über die Ausführungen der Landesregierung vom 22. April hätten hinausgehen können. Nun ist das nicht passiert, stattdessen haben wir die Diskussion vertagt. Ich halte das übrigens für unproblematisch, mehr noch, ich halte es für richtig, denn wenn dieses Änderungsgesetz, wie ich das ja auch im Wirt-

schaftsausschuss betont habe, die Konsequenz der Evaluierung ist, dann gehören Änderungsgesetz und Beurteilung durch die Landesregierung doch auf die gleiche Tagesordnung. Ich würde vorschlagen, dass wir dann auf der nächsten Sitzung entsprechend verfahren.

Meine Damen und Herren, in der Tat wollen wir dieses Änderungsgesetz schnell auf den Weg bringen, und dafür gibt es, ich habe das eingangs bereits gesagt, gewichtige Argumente, einmal den Bürokratieabbau und die Verfahrenserleichterung. Zudem jährt sich am 01.01.2016 das Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes, mithin treten weitere Änderungen in Kraft. Es ist absolut sinnvoll, dass daraufhin auch im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe zeitgleich reagiert wird, und das ist die Begründung.

Herr Holter, wenn ich Sie beim Parlamentarischen Abend des Handwerks richtig verstanden habe, sind Sie von der Notwendigkeit eines Vergabegesetzes ebenso überzeugt wie wir. Ich werbe dafür, gemeinsam bis zur Zweiten Lesung dieses Gesetzes im Dezember hieran zu arbeiten. Ich freue mich auf eine konstruktive Befassung mit diesem Gesetz, zum Beispiel im Rahmen der Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss, und wir werben und ich bitte um Zustimmung zur Überweisung in den Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4590 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung an den Europa- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der NPD – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/4595.

Gesetzentwurf der Fraktion der NPD Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Erste Lesung)

- Drucksache 6/4595 -

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gerne wird die parlamentarische Arbeit auch in den Kommunen hier im Land mit dem wohlklingenden Etikett "Demokratie" versehen, womit aber der Blick für die Wirklichkeit wieder einmal verstellt wird, denn der Begriff "Demokratie" kommt bekanntlich aus dem Griechischen und bedeutet nichts anderes als "Herrschaft des Staatsvolkes". Das Wort "Demokratie" tragen Sie, selbsternannte Demokraten, immer und überall, schon fast einer Religion gleichend, vor sich her. Hinzu kommt natürlich, dass Sie als wohlversorgte Personen auch gleich bestimmen, wer ein Demokrat ist oder wer aus Ihrer beschränkten Sicht kein Demokrat zu sein hat.

Alle Staatsgewalt geht bekanntlich vom Volke aus, heißt es so schön im Artikel 20 des Grundgesetzes. In Wirklichkeit aber hat unser Volk in diesem Staat überhaupt nichts, gar nichts zu melden. Das Staatsvolk wollen Sie ja dann zugleich durch Ihre politischen Entscheidungen, Vertreter der Bundestagsparteien, gewissermaßen austauschen.

In den Paragrafen 17 und 101 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist das Fragerecht von Einwohnern bei öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretungen und des Kreistages geregelt. Dabei lässt das Gesetz offen, ob auch Beratungsgegenstände der konkreten Sitzung Gegenstand der Fragestunde sein können. Die Regelung beinhaltet grundsätzlich keinerlei Beschränkungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Fragen zu Beratungsgegenständen der laufenden Sitzung. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass sehr viele Gemeindevertretungen und Kreistage von der Möglichkeit Gebrauch machen, einschränkende Bestimmungen in der Hauptsatzung vorzunehmen. Demnach werden keine Fragen zugelassen, die thematisch die Beratungsgegenstände derselben Sitzung betreffen.

Häufig liegt es an den Vertretern der Bundestagsparteien, dass den Bürgern kaum Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Das Volk soll halt nur zuhören, wenn die politische Klasse große Worte schwingt. Wir als nationale Opposition hingegen setzen uns seit Jahrzehnten für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger ein.

(Heinz Müller, SPD: Ach, ja? – Peter Ritter, DIE LINKE: Seit Jahrhunderten.)

Bislang aber, Herr Müller, wird Volkes Meinung und Volkes Wille von Herrschenden ignoriert.

(Heinz Müller, SPD: Ist ja interessant.)

Aktuellen Umfragen zufolge sind weit über 80 Prozent der Bürger für mehr direkte Demokratie und Mitwirkung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stand doch bestimmt in der Lügenpresse, oder?!)

Die deutschen Bürger fordern richtigerweise mehr Mitbestimmung, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Stand das in der Lügenpresse, oder wo?)

und unser Volk benötigt keine abgehobene politische Klasse,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Köster?)

die dem Bürger eine Meinung aufzwingen will beziehungsweise der Meinung ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lügenpresse, oder wo haben Sie das her?)

den Bürgern vorschreiben zu müssen, was richtig oder falsch zu sein hat.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der NPD-Fraktion erhalten die Bürger die Möglichkeit, mehr Mitbestimmung und Mitwirkung in den kommunalen Gremien zu erlangen.

Wir von der NPD-Fraktion fordern, dass die Bürger in einer Sitzung einer kommunalen Vertretung das Recht haben, auch zu Tagesordnungspunkten Fragen zu stellen.

(Tilo Gundlack, SPD: Können sie doch.)

Wir setzen damit unsere vielen Initiativen für mehr Mitbestimmung und Transparenz bei den kommunalen Entscheidungen fort.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Irgendwie ist das zum Lachen, was Sie hier erzählen.)

Und die Ausreden von den sogenannten Demokraten, Herr Ringguth, weshalb den Bürgern nicht mehr Mitbestimmung eingeräumt beziehungsweise die Entscheidungen nicht transparenter gestaltet werden können, werden immer absurder. Ich möchte hier mal ein Beispiel nennen.

Im Kreistag Ludwigslust-Parchim beispielsweise hat die NPD mehrfach beantragt, die öffentlichen Sitzungen des Kreistages im Internet zu übertragen, denn viele Bürger, die sich für einzelne Themen des Kreistages interessieren, haben selten tatsächlich die Möglichkeit, an einer solchen Sitzung teilzunehmen. Dazu sind die Wege, die Wegstrecken schlicht und ergreifend zu weit oder die Sitzungszeiten für normale Arbeitnehmer unmöglich zu erreichen. Auch hier wird eine Folge Ihrer verkorksten und vermurksten Kreisgebietsreform deutlich. Immer wieder wurden diese Anträge abgelehnt, teilweise mit obskuren Begründungen wie, Zitat, "manch einem Vertreter fehle die Möglichkeit, sich fehlerfrei auszudrücken", Zitatende, so die ehemalige Kreistagspräsidentin Gisela Schwarz von der SPD.

Ziel des vorliegenden Gesetzentwurfes ist es, dass die Bürger in der Einwohnerfragestunde zu allen Themen Fragen stellen können, auch dann, wenn diese Themen sich auf der aktuellen Tagesordnung befinden. Bisher ist dieses Fragerecht vom Wohlwollen der jeweiligen kommunalen Vertretung abhängig

(Heinz Müller, SPD: Von der Hauptsatzung.)

und daher hier im Land Mecklenburg-Vorpommern,

(Heinz Müller, SPD: Von der Hauptsatzung.)

Herr Müller, überwiegend ausgeschlossen.

(Thomas Krüger, SPD: Demokratisch bestimmt, oder?)

Einige Gemeinden räumen mittlerweile ihren Bürgern die Möglichkeit ein, auch Fragen zu Sachverhalten zu stellen, die sich auf der Tagesordnung befinden. Die überwiegende Mehrheit der kommunalen Gremien hier in Mecklenburg-Vorpommern sieht diese Mitwirkung aus unterschiedlichen Gründen nicht vor. Die Einwohnerfragestunde gehört gegenwärtig zu den wenigen Möglichkeiten der Bürger, Einfluss auf die Kommunalpolitik zu nehmen und/oder Informationen zu aktuellen Themen zu erhalten. Es gibt keinen sachlichen Grund, den Bürgern diese Mitwirkung zu versagen, auch nicht die Floskel, Herr Müller, von der kommunalen Selbstverwaltung. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Heinz Müller, SPD: Das ist keine Floskel.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

(Heinz Müller, SPD: Hau drauf, Martina! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorhin kam irgendwie aus der rechten Ecke

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

die Frage nach einem passenden Psychiater. Also was wir eben gehört haben, da hat der Psychiater grundsätzlich vollkommen versagt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Thomas Krüger, SPD)

Was hier vorgetragen wurde, war ja eigentlich das übliche Gewäsch. Es war das übliche Gewäsch: Herr Köster hat wieder was verpasst, schwingt sich hier auf für den kleinen Bürger –

(Stefan Köster, SPD: Da spricht die Schlaftablette.)

die Bürgerinnen lässt er immer außen vor, das kennen wir ja auch nicht anders –,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

für den kleinen Bürger und tut hier so, als wenn er der Hüter der Demokratie wäre.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zum einen haben wir die repräsentative Demokratie, so ist das aufgebaut. Hier wählen die Bürger frei, geheim und unabhängig ihre Gemeindevertretungen, ihre Parlamente.

(Stefan Köster, NPD: Ja, die meisten gehen ja gar nicht mehr zur Wahl, Frau Tegtmeier. Das scheint bei Ihnen noch nicht angekommen zu sein.)

Bei Ihnen ist so manches nicht angekommen und wird es auch nie.

(Stefan Köster, NPD: Ihre Festplatte scheint defekt zu sein. – allgemeine Unruhe – Michael Andrejewski, NPD: Psychiater, Festplatte – wo ist da der Unterschied? – Stefan Köster, NPD: Schlaftablette, machen Sie mal weiter!)

Das ist so schwach, Herr Köster, da sieht man mal, dass Ihnen auch nichts Neues mehr einfällt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Helfen tut schon gar nichts.)

Man kann sich in der Tat – jetzt mal ganz sachlich betrachtet – die Frage stellen, warum gibt es in einigen – und ob das die ganz überwiegende Menge ist, möchte ich mal dahingestellt sein lassen –,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

in einigen Gemeinden nicht den Mut, in der Einwohnerfragestunde Fragen zur Tagesordnung zuzulassen. Das hat eine lange Geschichte hier im Land. Der Städte- und Gemeindetag gibt regelmäßig nach Kommunalwahlen Empfehlungen heraus für Mustersatzungen, Mustergeschäftsordnungen und macht Anleitungen zu konstituierenden Sitzungen. Das wird auch immer als sehr hilfreich empfunden und von den Gemeinden sehr gerne angenommen. In diesen Musterhauptsatzungen steht nun genau das drin, dass die Hauptsatzungen vorsehen sollten, dass Anfragen zu Tagesordnungspunkten nicht zugelassen werden. Ich habe den Städte- und Gemeindetag Anfang der 2000er-Jahre, es war genau 2004, gefragt, warum er diesen Standpunkt so vertritt. Das könnte man auch ganz anders sehen. Dann hat Herr Glaser mir das mal ausführlich mit einem Artikel begründet, und daraus möchte ich mit gütiger Erlaubnis der Präsidentin einiges vortragen.

Zunächst einmal nimmt der Städte- und Gemeindetag in Kauf, dass gerade diese Regelung zu manchen Missverständnissen und Unmut der erscheinenden Einwohner führt, die gerade wegen einer besonderen Tagesordnung zur Gemeindevertretung kommen und zu diesem Thema dann auch anregen oder fragen möchten. Diese zuerst einmal plausible Forderung, Anfragen und Anregungen zu Tagesordnungspunkten zuzulassen, ändert nach Ansicht des Städte- und Gemeindetages aber den Charakter der Sitzung und der Sachabstimmung. Wenn die Gegenstände auf der Tagesordnung einer Gemeindevertretersitzung stehen, sind diese Gegenstände in der Regel vorher in den Fachausschüssen und den Fraktionen, vielleicht auch in der Einwohnerversammlung und sicher in vielen Gesprächen über den Gartenzaun oder sonst wo erörtert worden. Die Gemeindevertreter haben also vor der Gemeindevertretersitzung schon manches Argument der betroffenen Einwohner, die Sitzungsvorlagen der Verwaltung,

(Udo Pastörs, NPD: Hören Sie auf!)

die politische Meinung der anderen Seiten in den Fachausschüssen und der eigenen Fraktion in der Fraktionssitzung verinnerlicht und sich in der Regel ein Urteil gebildet,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

das dann in der Schlussabstimmung der Gemeindevertretung zum Ausdruck gebracht wird.

Wenn Einwohner, in der Regel Betroffene, sich zu diesem Zeitpunkt erst in die Debatte einmischen, ist dies zu spät. Das wird dann teilweise dadurch kaschiert, dass besonders viele Einwohner erscheinen und mit Fragen, die mitunter auf einzelne Gemeindevertreter zielen,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

diese unter Druck gesetzt werden.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In der Einwohnerfragestunde kann dann nicht mehr eine Abwägung dargestellt werden,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

die zu einer bestimmen Beschlussvorlage oder einem bestimmten Meinungsbild in den Gemeindevertretungen geführt hat.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, Mann!)

Er unterstellt weiter, die Einwohner wollen auch ganz bewusst in diesem Moment mit ihren Fragen und Anregungen die Gemeindevertreter unter Druck setzen, um doch vielleicht noch eine positive Entscheidung zu erwirken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Als ich das 2004 gelesen habe, habe ich gedacht, das ist ja eine ein bisschen übertriebene Panikmache. Etwas Kritik und etwas Gegenwind kann jede Gemeindevertretung gut vertragen. Wenn ich mir aber eben Herrn Köster angehört habe, muss ich sagen, dass die Bedenken hier

(Udo Pastörs, NPD: Gewachsen sind.)

damals von Herrn Glaser vielleicht gar nicht mal grundsätzlich von der Hand zu weisen sind.

Weiterhin wird vermutet, dass dieser Druck eben dazu führen könnte, dass keine sachliche Auseinandersetzung stattfindet.

(Udo Pastörs, NPD: Weil das Volk zu dumm sei.)

wenn denn das Ganze emotionalisiert wird und deswegen teilweise sachferne Entscheidungen auf äußeren Druck gefasst werden könnten.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Weiterhin sagt er, es sollte Aufgabe der Sitzungsorganisation sein, dass die gewählten und nur ihrem Gewissen verantwortlichen Gemeindevertreter ohne Druck von außen ihre Abstimmung ausführen. Gerade bei emotional aufreizenden Themen ist eine sachliche Verhandlungsund Abstimmungsatmosphäre unbedingt notwendig. Auch unsere gemeindliche Demokratie sollte mehr sein als eine Stimmungsdemokratie. Diejenigen Gemeindevertreter, die sich fünf Jahre Mühe machen, Entscheidungen möglichst gemeindeorientiert zu treffen, müssen davor geschützt werden, dass Einwohner,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

die nur dann kommen, wenn sie selbst betroffen sind, mit drohendem Unterton.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

mit glänzender Rhetorik oder mit Tränen die Entscheidung der Gemeinde entsachlichen.

In unseren kleinen Gemeinden ist es aber auch stets möglich, den Gemeindevertreter, der als Mitbürger ständig präsent ist, auf Gemeindeangelegenheiten anzusprechen, die besonders interessieren. Diese Einflussnahme ist nirgends so gut möglich wie in der kommunalen Selbstverwaltung. Es bedarf insoweit keiner weitergehenden Rechte für betroffene Bürger.

So weit aus dem Artikel - ich habe nicht alles vorgelesen -

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

des Städte- und Gemeindetages 2004.

(Udo Pastörs, NPD: Danke.)

Aber da auch in der letzten Musterhauptsatzung genau diese Empfehlung wieder drinstand, gehe ich davon aus, dass der Städte- und Gemeindetag seine Meinung zumindest in diesem Zusammenhang nicht geändert hat.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Diese Beurteilung der Lage kann man teilen oder auch nicht. Mir persönlich scheint die Sicht der Dinge nicht ganz rund, weil doch ein Teil der Realität da auch ausgeblendet wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Denn die kommunale Familie Mecklenburg-Vorpommern ist so bunt und unterschiedlich wie die ganze Republik, und das ist auch gut so.

Ja, es gibt die vom Städte- und Gemeindetag beschriebene Beteiligung der Bürger in den Fachausschüssen. Das ist oft so geregelt, dass alle Anträge und Beschlussvorlagen, bevor die Gemeindevertretung oder der Kreistag darüber abschließend berät, in den beratenden Fachausschüssen beraten werden. Diese sind dann eventuell sogar öffentlich und die Einwohnerinnen und Einwohner erhalten hier das Recht, sich zu äußern, weil da halt die fachliche Diskussion stattfindet. Wie Sie ja alle wissen, können grundsätzlich alle Ausschüsse öffentlich tagen. Es obliegt aber jeweils der Gemeindevertretung, ob sie das so für sich regelt oder aber auch nicht.

In großen Vertretungen ist man auch darauf angewiesen, Fachausschüsse zu bilden. Das ist nicht anders als hier im Landtag. Auf Fachausschüsse kann man, um eine vernünftige Beratungsfolge durchzuführen, nicht verzichten. Wenn das also so geregelt ist, kann man durchaus darauf verweisen, Fragen zu Beratungsgegenständen des Kreistages oder der Gemeindevertretung dort zu stellen oder dort die Anregungen dazu abzugeben.

In Gemeinden, in denen aber lediglich die Pflichtausschüsse gebildet werden, wie das ja zuhauf hier in Mecklenburg-Vorpommern der Fall ist, sollten unseres Erachtens Ortansässigen Möglichkeiten eingeräumt werden, sich Gehör zu verschaffen und ihre Belange auch zu artikulieren, denn hier gibt es die Beteiligung in den Fachausschüssen ja nicht.

Wenn sich die Bürger bei einem bestimmten Vorhaben oder Anliegen einbringen möchten, haben sie natürlich nach der Kommunalverfassung bereits jetzt verschiedene Möglichkeiten, die auch relativ weitgreifend sind.

(Udo Pastörs, NPD: Für diese Rede wird man Sie umjubeln.)

Das fängt an mit Paragraf 14, "Rechte und Pflichten der Einwohner": Die Einwohnerinnen und Einwohner "haben das Recht."

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

"sich schriftlich oder zur Niederschrift mit Anregungen und Beschwerden an die Gemeindevertretung zu wenden". Jederzeit! Und: "Sie sind über die Stellungnahme der Gemeindevertretung oder eines Ausschusses unverzüglich zu unterrichten." Das heißt im Umkehrschluss, dass durch Einwohnerinnen oder Einwohner eingebrachte Anregungen (Udo Pastörs, NPD: Aufhören!)

in der Gemeindevertretung auch beraten werden müssen.

Paragraf 16:

(Udo Pastörs, NPD: Ach, es geht weiter!)

Die Einwohnerinnen und Einwohner haben ein Anrecht auf Unterrichtung über wichtige Angelegenheiten. Die Einwohnerfragestunde kennen Sie ja bereits. Die steht hier zur Debatte.

(Udo Pastörs, NPD: Lesen Sie doch mal vor!)

In Paragraf 18 haben wir die Möglichkeit eingeräumt, einen ganz konkreten Einwohnerantrag zu stellen, um ein Anliegen zu befördern und auch durchzusetzen. Und wie sieht es in der Praxis aus? Die Palette ist sehr breit.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In meiner Gemeindevertretung ist eine Geschäftsordnung oder eine Hauptsatzung beschlossen worden, die auch die Aussage trifft, dass Tagesordnungspunkte von der Einwohnerfragestunde ausgenommen werden. Aber wie wird das gehandhabt? Wenn Familie XY in die Gemeindevertretersitzung kommt, dann weiß die Bürgermeisterin ganz genau, die Familie kommt zu dem Tagesordnungspunkt, weil sie davon persönlich betroffen ist. Was macht die Bürgermeisterin? Sie sagt: Hier sitzt Familie - was weiß ich - Preuß, nebenan soll ein Spielplatz gebaut werden, die kommt bestimmt wegen Tagesordnungspunkt "Ausbau des Spielplatzes in der B-Straße", wollen wir ihr das Wort erteilen? Dann wird sich also auf Paragraf 17 Absatz 2 bezogen, laut dem die Möglichkeit besteht, Sachverständige oder betroffene Einwohner zu hören. Also das ist durchaus möglich und auch durchaus gängig, durchaus praktikabel und so wird es auch gemacht.

(Udo Pastörs, NPD: Quatsch!)

Oder aber ...

Das ist nicht Quatsch, das ist die Realität. Wenn Sie "Quatsch" sagen, dann, weil Sie einfach keine Ahnung haben, Herr Pastörs.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Udo Pastörs, NPD: Gucken Sie doch mal in die Gemeindesatzungen! Sie flüstern sich hier Ihre eigenen Lebenslügen vor.)

Und dann möchte ich Ihnen noch ein schönes Beispiel bringen. Die Stadtvertretung Wolgast hat eine besondere Geschäftsordnung. Die hat meiner Meinung nach sogar ein Alleinstellungsmerkmal,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

denn die Gemeindevertretung oder Stadtvertretung Wolgast hat in ihrer Geschäftsordnung festgeschrieben, dass die Sitzung wie folgt abgewickelt werden soll:

(Udo Pastörs, NPD: Abgewickelt werden soll! Das ist eine schöne Formulierung.)

erst Eröffnung der Sitzung, dann gibt es eine Einwohnerfragestunde 1.

(Zurufe von Tino Müller, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Dann gibt es andere Tagesordnungspunkte mit Beratungsgegenständen und so weiter und so fort. Und dann gibt es eine Einwohnerfragestunde 2.

Und was ist damit bezweckt? Das steht auch erläutert: "Ist ein Tagesordnungspunkt aufgerufen, so berät zunächst die Stadtvertretung über diesen. Liegen keine Wortmeldungen mehr vor, kann die Stadtvertretervorsteherin die Beratung unterbrechen und den Einwohnern" und Einwohnerinnen "ab vollendetem 14. Lebensjahr, den Grundstückseigentümern und Gewerbetreibenden die Gelegenheit geben, Fragen zu stellen und Stellung zu beziehen. Danach tritt die Stadtvertretung in die abschließende Beratung ein." Das, sehr geehrte Damen und Herren, halte ich an dieser Stelle doch mal für beispielgebend.

Also die Palette der Beteiligungsmöglichkeiten ist bereits jetzt nicht gerade klein. Grundsatz ist jedoch, dass jede Gemeindevertretung für sich selbst bestimmt, was passt.

(Heinz Müller, SPD: So ist das. – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Die offene Formulierung in der Kommunalverfassung lässt diesen Spielraum, und das ist auch gut so.

Wir haben – um noch mal ein anderes Beispiel aufzugreifen, das wird auch immer wieder hinterfragt –, wir haben in der letzten Novellierung der Kommunalverfassung in Bezug auf die Durchführung der Einwohnerfragestunde einen Kannsachverhalt in einen Sollsachverhalt geändert. Also es sollen Einwohnerfragestunden in den Gemeindevertretungssitzungen durchgeführt werden.

Da steht ja nun in der Kommunalverfassung "Einwohnerfragestunde", da hat man doch immer mal eine Nachfrage: Hier bei uns steht nur eine halbe Stunde, da ist nur eine halbe Stunde dafür vorgesehen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Müsste das nicht eine ganze Stunde sein?

(Udo Pastörs, NPD: Doch.)

Also was sollen solche Fragen? Das sind doch Erfahrungswerte, die man für sich selber verabredet, weil man die Erfahrung hat, dass man höchstens eine halbe Stunde braucht. Dann braucht man auch nicht grundsätzlich eine ganze Stunde vorzusehen. Möglicherweise ist eine Ihrer nächsten Forderungen, eine ganze Stunde muss es sein, steht ja so da.

Also das ist vollkommen praxisfern. Auch hier sollte das erforderliche Maß von der Gemeindevertretung weiterhin selbst festgelegt werden. Ich sagte es, unsere Kommunalverfassung lässt zahlreiche Spielräume zur Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung offen. Und wenn man bedenkt, dass sie ebenso verbindlich für eine Gemeinde mit 150 Einwohnerinnen und Einwohnern wie für die Hansestadt Rostock ist, dann ist das nicht nur gerechtfertigt, sondern auch vollkommen richtig.

Kleinen Gemeinden ist es durchaus zu empfehlen, Fragen und Anregungen zu Tagesordnungspunkten zu ermöglichen, womöglich auch denen, die auf der Tagesordnung stehen, vor allen Dingen, wenn die nur einmal auf der Tagesordnung stehen. Aber zwingen werden wir sie dazu nicht.

Ihr Gesetzentwurf ist so nötig wie ein Kropf. Die Gemeindevertretungsarbeit, die kommunale Selbstverwaltung funktioniert immer besser.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch die Gemeindevertreter mussten viel lernen. Sie haben viel gelernt, sie sind dazu bereit gewesen und wir haben immer mehr Offenheit auch in dem Umgang mit Bürgerbeteiligung in den Gemeindevertretungen. Und wie Sie selber richtig bemerkt haben, die Kommunalverfassung lässt das durchaus zu, es wird nur nicht durchgehend so angewandt.

Also zusammengefasst: Bürgerbeteiligung Ja, in welcher Form über das festgeschriebene Maß hinaus, das soll weiterhin vor Ort den Verhältnissen entsprechend entschieden werden. Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf damit rundweg ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Tegtmeier, ich bedanke mich erst mal für Ihren Redebeitrag. Es wird Ihnen kaum einer hier zugehört haben, ich habe es aber gemacht.

(Heiterkeit bei Michael Andrejewski, NPD)

Sie haben damit im Grunde unseren Antrag noch zusätzlich begründet, denn die politische Klasse entfernt sich immer weiter vom Bürger.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh!)

Und wir möchten nicht,

(Martina Tegtmeier, SPD: Sie haben Wahnvorstellungen, Herr Köster, Wahnvorstellungen!)

dass der Bürger von den Launen oder vom Wohlgefallen von irgendwelchen abgehobenen – und mir geht es vor allem auch um die Kreistage –,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ihre Vorschläge, um Gottes willen!)

abgehobenen politischen Quacksalbern abhängig ist,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

sondern wir wollen einen Rechtsanspruch der Bürger.

Da Sie schon mal die Kommunalverfassung erwähnt haben, der Herr Glaser hat ja auch den Kommentar zur Kommunalverfassung geschrieben, und da heißt es wie folgt, Zitat: "Das Gesetz lässt es offen, ob auch Beratungsgegenstände der konkreten Sitzung Gegenstand der Fragestunde sein können."

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja. – Martina Tegtmeier, SPD: Genau.)

"Fragen zu Beratungsgegenständen …" und so weiter und so fort.

Die Regelung beinhaltet keinerlei Beschränkungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Fragen zu Beratungsgegenständen der laufenden Sitzung.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, und das regeln die ganz alleine, ohne Sie.)

Nein, Herr Ringguth, wir wollen, dass der Bürger einen Rechtsanspruch hat.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Wir wollen, dass er nicht auf die Launen von Ihnen angewiesen ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn aber die Bürger – und deswegen ist nämlich auch die Kannbestimmung in eine Sollbestimmung der Einwohnerfragestunde geändert worden, weil gerade die meisten Gemeinden letztendlich dieses nicht vollzogen haben –,

(Patrick Dahlemann, SPD: Wie können Sie denn solche Aussagen machen? – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

wenn aber die Bürger in vielen Gemeindevertretungen und/oder Kreistagen Fragen zu Sachverhalten haben, die direkt oder indirekt in Tagesordnungspunkten behandelt werden, haben sie meistens Pech und ihnen wird eine Mitwirkung mit Verweis auf den entsprechenden Tagesordnungspunkt verwehrt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Da für Bürger oft erst mit der öffentlichen Bekanntmachung von Tagesordnungen die Möglichkeit besteht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sich mit den Beratungsgegenständen auseinanderzusetzen, sollte ihnen auf den jeweiligen Sitzungen die Möglichkeit eingeräumt werden, themenbezogene Fragen zu stellen. Und das machen einige Gemeinden schon. Es gibt sogar in der Gemeinde Quickborn die Möglichkeit. Zu jedem Tagesordnungspunkt nach Abschluss der Beratung haben die Bürger die Möglichkeit, noch mal Fragen zu stellen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Da brauchen Sie nicht in andere Bundesländer zu gucken. Da brauchen Sie nur nach Wolgast zu gucken, das habe ich gerade vorgetragen.)

Das ist Demokratie im Vergleich oder Volksherrschaft im Gegensatz zu dem, was Sie hier herumsalbern, Frau Tegtmeier.

(Martina Tegtmeier, SPD: Aber Sie hören überhaupt nicht zu. Sie schwatzen nur dummes Zeug.)

Das Amt Demmin-Land zeigt auf, dass die Ausweitung der Mitbestimmung für die Bürger sowohl für die Kommunalpolitik als auch für die Bürger eine tatsächliche Bereicherung darstellt. Diese Einschränkungen, die Sie hier vollziehen, sind nicht bürgerfreundlich und verleihen der Politikverdrossenheit im Land weiteren Aufwind.

Sie handeln nach einem Grundprinzip, das der bekannte Staatsrechtler Professor von Arnim klipp und klar benannt hat, Zitat:

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE: Ah! – Tilo Gundlack, SPD: Der wieder!)

"Das Grundübel unserer Demokratie", Herr Müller, "das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, dass sie keine ist. Das Volk, der nominelle Herr und Souverän, hat in Wahrheit nichts zu sagen." Zitatende. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass vor allem die Bundestagsparteien die Herrschaft des Volkes verhindern. Die Parteien haben sich, wie der Staatsrechtler von Arnim treffend festgestellt hat, den Staat längst zur Beute gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Die Bürger dürfen im derzeitigen System lediglich alle vier oder fünf Jahre unter großem Medientamtam an die Wahlurne treten. Der bereits erwähnte Professor von Arnim hat die Ursache Ihres Handelns festgestellt. In seinem Buch "Das System" führt er richtigerweise aus, Zitat:

(Udo Pastörs, NPD: Läuft der noch frei rum?)

"Die 'politische Klasse' hat ein Netzwerk geknüpft, das unsere demokratische Ordnung zu ersticken droht." Zitatende.

Ich bin mir sicher, dass Ihre bürger- und inländerfeindliche Politik dazu führen wird, dass noch mehr Bürger Widerstand gegen Ihre Parteien und deren Politik leisten werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es stehen Ihnen ein heißer Herbst und Winter bevor, meine Damen und Herren.

(Martina Tegtmeier, SPD: Was war das denn für eine Drohung?)

Hoffen wir, dass am Ende eine friedliche Revolution steht, die Ihre Parteiendiktatur überwindet. Das Recht zum Widerstand nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes ist schon längst gegeben. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Martina Tegtmeier, SPD: Der gehört doch in eine Anstalt, Mann!)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion der NPD zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Der Gesetzentwurf wird gemäß Paragraf 48 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Europapolitische Schwerpunkte des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2015 – Auswertung des Arbeitsprogramms 2015 der Europäischen Kommission –, Drucksache 6/3879, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses, Drucksache 6/4608.

Unterrichtung durch die Landesregierung Europapolitische Schwerpunkte des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2015 – Auswertung des Arbeitsprogramms 2015 der Europäischen Kommission – – Drucksache 6/3879 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses (3. Ausschuss) – Drucksache 6/4608 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Herr Abgeordneter Müller. Bitte schön.

(Udo Pastörs, NPD: The same procedure as every year.)

Detlef Müller, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Unser Land ist verfassungsrechtlich gehalten, an der europäischen Integration mitzuwirken. Diese Vorgabe findet sich als Staatsziel im Artikel 11 unserer Landesverfassung und auch in Umsetzung dieser Verpflichtung finden Sie vor sich auf der Drucksache 6/4608 die Beschlussempfehlung und den Bericht des Europa- und Rechtsausschusses zur Unterrichtung durch die Landesregierung – Europapolitische Schwerpunkte des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2015 – Auswertung des Arbeitsprogramms 2015 der Europäischen Kommission –.

Die Beschlussempfehlung ist insgesamt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen seitens der Fraktion der NPD angenommen worden.

(Udo Pastörs, NPD: Fast Volkskammerabstimmung. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wie Sie wissen, handelt es sich bei dem Arbeitsprogramm der Kommission um eine jährlich wiederkehrende Angelegenheit, die wir regelmäßig von der Landesregierung anfordern, damit wir darüber informiert werden, welche europäischen Prioritäten die Landesregierung für sich selbst sieht, und damit wir zu dieser Schwerpunktsetzung Stellung nehmen können. Diese Ergebnisse finden Sie im Text unserer Beschlussempfehlung wieder.

Unter Nummer 1 wird die Bedeutung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission als wichtige Erkenntnisquelle über anstehende Legislativ- und Politikplanungen der Europäischen Union betont.

Dementsprechend wird in dem Eingangsteil der Nummer 2 die Unterrichtung durch die Landesregierung als Beitrag zur Optimierung der Europafähigkeit des Landes anerkannt. Daneben werden dort auch die regelmäßigen Unterrichtungen der Landesregierung auf der Grundlage der Arbeit des Informationsbüros des Landes bei der EU in Brüssel gewürdigt.

Daher findet sich in Nummer 3 zunächst die Aufforderung an die Landesregierung, die Fachausschüsse des Landtages über bedeutsame Fortentwicklungen und Ergebnisse bei den genannten Schwerpunkten zu informieren. Ferner wird dort die Aufforderung zur Auswertung des jährlichen Arbeitsprogramms und zur Unterrichtung des Landtags erneuert.

Die Nummer 4 enthält schließlich die an die Ausschüsse gerichtete Aufforderung, den Legislativ- und Politikplanungen der Europäischen Union weiterhin hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls Beschlüsse zu empfehlen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Präsidentin hatte die Unterrichtung im Benehmen mit dem Ältestenrat zur Mitberatung an die übrigen Fachausschüsse überwiesen. Das zeigt, dass unser Umgang mit der Unterrichtung im Parlament wesentlich von den Beratungen in den Ausschüssen abhängt.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Möglicherweise hat es an der Struktur und der Ausrichtung des diesjährigen Arbeitsprogamms gelegen,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Das trägt der im Ernst vor?)

dass allein der Wirtschaftsausschuss eine inhaltliche mitberatende Stellungnahme abgegeben hat. Für die kommenden Jahre wünsche ich mir wieder eine Mitberatung wie in den vergangenen Jahren auch

(Udo Pastörs, NPD: The same procedure.)

und eine regere Auseinandersetzung mit dem Vorhaben der Europäischen Kommission.

Dem Arbeitsprogramm 2015 hat die Kommission den unmissverständlichen Titel "Ein neuer Start" gegeben,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

und dies ist im Zuge der Europawahl im vergangenen Jahr nicht nur personell zu verstehen. Das Programm steht auch für eine neu ausgerichtete Arbeitsweise der Kommission,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

denn Kennzeichen dieses Arbeitsprogramms ist die Absicht der Kommission zur Verschlankung sowohl bei der Behandlung zukünftiger oder schon in Bearbeitung befindlicher Vorhaben. Zum einen werden explizit zu ändernde oder zurückzuziehende Vorschläge benannt, zum anderen werden bestimmte Maßnahmen unter dem Aspekt Bürokratieabbau und Deregulierung einer Prüfung unterzogen.

(Udo Pastörs, NPD: Und das soll neu sein?)

Bezüglich der eigentlichen politischen Agenda benennt die Kommission für das Jahr 2015 lediglich 23 Vorhaben. Dies steht, zumindest ein bisschen, im Gegensatz zu der Brüssel regelmäßig vorgehaltenen übertriebenen Regelungswut.

(Udo Pastörs, NPD: Zumindest ein bisschen, ja.)

Die federführende Beratung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission oblag dem Europa- und Rechtsausschuss. Inhalt der Beratung war auch der europäische Umgang mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik. Hier geht es unter anderem um die Europäische Migrationsagenda. Der Europa- und Rechtsausschuss hat diese Frage auch wegen seiner eingeschränkten Zuständigkeit in diesem Bereich in der Beschlussempfehlung nicht weiter thematisiert. Bei der Stellungnahme ist die Formulierung gewählt worden, dass "die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation in der Europäischen Union ... eines EU-einheitlichen, rechtsstaatlichen, fairen und solidarischen Ansatzes bedarf".

Auch die Agenda des Rates wird in den kommenden Monaten von dieser Thematik dominiert sein. Dies lässt jedenfalls die politische Schwerpunktsetzung des aktuellen Ratsvorsitzes vermuten, die uns der luxemburgische Botschafter vergangene Woche im Ausschuss vorgestellt hat. Die sich daran anschließende Landespressekonferenz fand übrigens überregional Beachtung in den Medien. Daran und auch schon in unserer Ausschusssitzung nahm außerdem der Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, Richard Kühnel, teil. Eine generelle,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Langsamer, dann klappts auch besser.)

eine generell stärkere Berücksichtigung der politischen Vorhaben des jeweiligen Ratsvorsitzes wurde zuvor schon als weiteres Ergebnis der Beratung im Europaund Rechtsausschuss festgehalten.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die europäischen Themen werden nach alldem auch in den kommenden Jahren und darüber hinaus für unseren Landtag von besonderer Bedeutung sein.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Eine verlässliche und im jeweiligen Rahmen tagesaktuelle Information durch die Landesregierung ist somit auch in Zukunft geboten. Ich darf Sie daher nun im Namen der Mehrheit des Ausschusses um Zustimmung für die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung bitten. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Müller.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wer der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/4608 angenommen, bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Gegenstimmen der Fraktion der NPD und keiner Stimmenthaltung.

(Unruhe bei Minister Harry Glawe)

Mein lieber Herr Glawe! Genau.

Ich möchte jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen, und zwar ist das der Tagesordnungspunkt 13: Beratung des Antrages der Finanzministerin – Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2013 - Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes, Drucksache 6/3537, sowie die Ergänzung zu dem Antrag der Finanzministerin, Drucksache 6/3729, und die Beratung der Unterrichtung durch den Landesrechnungshof - Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2014 (Teil 1) Kommunalfinanzbericht 2014, Drucksache 6/3676, sowie die Beratung der Unterrichtung durch den Landesrechnungshof - Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2014 (Teil 2) Landesfinanzbericht 2014, Drucksache 6/3841. Hierzu gibt es auch noch eine Beschlussempfehlung und einen Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 6/4551.

Antrag der Finanzministerin Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2013 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes – – Drucksache 6/3537 –

Ergänzung zu dem Antrag der Finanzministerin – Drucksache 6/3729 –

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2014 (Teil 1)
Kommunalfinanzbericht 2014
– Drucksache 6/3676 –

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2014 (Teil 2)
Landesfinanzbericht 2014
– Drucksache 6/3841 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (4. Ausschuss) – Drucksache 6/4551 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Koplin. Bitte.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf der Drucksache 6/4551 des Landtages liegen Ihnen die Beschlussempfehlung und der Bericht des Finanzausschusses vor. Damit legt Ihnen der Finanzausschuss heute das Ergebnis seiner umfangreichen Beratungen und Prüfungen vor.

Wir haben den Kommunalfinanzbericht und den Landesfinanzbericht des Landesrechnungshofes sowie den Antrag der Finanzministerin in insgesamt neun Ausschusssitzungen mit dem Finanzministerium, mit dem Landesrechnungshof sowie mit Vertretern der einzelnen Fachressorts der Landesregierung beraten. Angesichts der sehr zeit- und arbeitsintensiven Beratungen möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich im Namen der Mitglieder des Finanzausschusses recht herzlich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Finanzministerin hat dem Landtag die Haushaltsrechnung und die Vermögensübersicht des Landes für das Haushaltsjahr 2013 vorgelegt. Der Landesrechnungshof hat die Rechnungslegung geprüft. Im Ergebnis der Prüfung hat er der Landesregierung insgesamt für das Haushaltsjahr 2013 eine ordnungsgemäße Haushalts- und Wirtschaftsführung bescheinigt. Unabhängig hiervon hat der Landesrechnungshof in seinem Bericht auch aufgezeigt, wo es noch Handlungs- und Verbesserungsbedarf gab und teilweise auch noch gibt.

Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen heute im Umfang von immerhin drei Seiten, verschiedene Ersuchen an die Landesregierung zu richten. In einem Punkt soll beispielsweise das Innenministerium ersucht werden, gegenüber den Landkreisen dafür Sorge zu tragen, dass das Vollstreckungsverfahren verbessert wird und ungeklärte Zahlungseingänge unverzüglich aufgeklärt werden.

Hintergrund dieses Ersuchens ist ein Beitrag im Kommunalfinanzbericht des Jahres 2014, wonach bei einem Landkreis zum Zeitpunkt der Prüfung offene Forderungen in Höhe von mehr als 18 Millionen Euro bestanden haben. Dieser Betrag setzte sich aus mehr als 100.000 Einzelforderungen zusammen. Der Landesrechnungshof hat in diesem Zusammenhang einen dringenden Handlungsbedarf attestiert, da ein strukturiertes Forderungsmanagement nicht ersichtlich gewesen sei. Vielmehr habe es keine Vorgaben zu Zeitpunkt und Häufigkeit von Mahnungen gegeben und säumige Forderungen seien dem Fachbereich Vollstreckung erst nach einem Jahr oder auch gar nicht zur Beitreibung zugeleitet worden.

Im Rahmen der Beratungen haben sich die Abgeordneten intensiv in teils kontroversen, aber letztlich auch immer konstruktiven Diskussionen mit den Berichten des Landesrechnungshofes auseinandergesetzt. So hat der Finanzausschuss im Ergebnis seiner Beratungen beispielsweise einstimmig ein Ersuchen an den Landesrechnungshof beschlossen. Danach soll der Landesrechnungshof eine Fortsetzung des bereits bestehenden Gutachtens zur Analyse der kommunalen Sozialausgaben in Mecklenburg-Vorpommern und im Ländervergleich beauftragen, in welchem dann auch die Zahlen und Daten nach dem Jahr 2011 berücksichtigt werden sollen.

Hintergrund dieser Empfehlung des Finanzausschusses ist ein erstes Analysegutachten, das bereits im Auftrag des Landesrechnungshofes erstellt wurde und im Kommunalfinanzbericht Erwähnung fand. Hierzu haben der Finanzausschuss – das war auch ein Novum, drei Ausschüsse –, der Innenausschuss und der Sozialausschuss gemeinsam den Gutachter angehört und befragt.

Im Rahmen der Vorstellung des Gutachtens wurde seitens des Autors ausgeführt, dass in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern die Sozialausgaben überdurchschnittlich hoch seien. Zum Teil könne man diese erhöhten Werte allerdings auch mit der in Mecklenburg-Vorpommern bestehenden höheren Falldichte erklären. Es lägen zudem auch größere Unterschiede bei den einzelnen Arten

der Jugend- und Sozialhilfe vor, sodass eine Betrachtung der einzelnen Bereiche notwendig sei, damit entsprechende Rückschlüsse gezogen werden könnten.

Im Ergebnis dieser Anhörung des Gutachters hatten einige Abgeordnete angeregt, ein Folgegutachten zu erstellen, welches auch die Zahlen und Daten nach der Kreisgebietsreform mit einschließe, da im ersten Gutachten lediglich die Zahlen von 2009 bis 2011 berücksichtigt wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung, verschiedene Entschließungen anzunehmen und die übrigen Textzahlen zur Kenntnis zu nehmen. Die Landesregierung wird insbesondere ersucht, im Rahmen der Rechtsaufsicht die Kommunen dazu anzuhalten, ihre Einnahmenpotenziale bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer zu nutzen. Ferner soll sichergestellt werden, dass die Finanzämter alle ihnen zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergreifen, um Umsatzsteuerbetrug wirksam zu verhindern. Darüber hinaus soll sich der Landtag ausdrücklich zu politischen Stiftungen und Jugendverbänden der Parteien als wichtige Institutionen zur Förderung der politischen Bildung bekennen.

In den Ziffern 2 und 3 empfiehlt Ihnen der Finanzausschuss, sowohl der Landesregierung als auch dem Landesrechnungshof Entlastung zu erteilen. Für die Entlastung der Landesregierung hat sich der Finanzausschuss mehrheitlich und für die Entlastung des Landesrechnungshofes einvernehmlich ausgesprochen.

Der Beschlussempfehlung insgesamt hat der Finanzausschuss in seiner 103. Sitzung am 17. September dieses Jahres mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU, gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD zugestimmt.

Abschließend bleibt mir nur noch, Sie um das Votum zur Beschlussempfehlung zu bitten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin? Ach nee,

(Ministerin Heike Polzin: Das ist auch nicht üblich. – Schriftführer Burkhard Lenz: Sie soll ja entlastet werden. – Ministerin Heike Polzin: Ich möchte ja entlastet werden.)

deswegen wollte ich, ... Entschuldigung!

(Udo Pastörs, NPD: Fragen Sie mal Herrn Sellering! Der spricht bestimmt gern dazu.)

Gut, dann hätte ich jetzt gerne Frau Rösler hier vorne.

(Jochen Schulte, SPD: Die will auch nicht. – allgemeine Heiterkeit – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Frau Rösler von der LINKEN, bitte.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende des Finanzausschusses, mein Kollege Torsten Koplin, hat bereits einen ausführlichen Bericht zur Beschlussempfehlung des Ausschusses gehalten. Ich möchte daher nur noch ein paar wenige Anmerkungen machen, die uns besonders wichtig sind und die von der Ausschussmehrheit, also SPD und CDU, nicht so gesehen wurden.

Zunächst aber bedanke ich mich namens der Fraktion DIE LINKE bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesrechnungshofes für die Erarbeitung und für die umfassenden Erläuterungen zu den zwei Berichten.

Was den Teil 2, den Landesfinanzbericht betrifft, möchte ich nur kurz auf ein Thema eingehen, das auch Herr Koplin schon erwähnt hat: die Vermeidung von Steuerausfällen in den Finanzämtern. In diesem Zusammenhang haben wir im Ausschuss beantragt, dass die Landesregierung prüfen soll, ob und inwiefern die Finanzverwaltung noch über eine aufgabengerechte Personalausstattung verfügt. Im Unterschied zum Landesrechnungshof haben wir deutliche Zweifel, dass allein durch eine Gewichtung der Personalressourcen eine höhere Bearbeitungsqualität erreicht werden kann.

Meine Damen und Herren, zum Kommunalfinanzbericht 2014 lassen Sie mich Folgendes sagen: Die prekäre kommunale Haushaltslage gibt, denke ich, keinen Anlass zum Jubeln, ganz im Gegenteil. Viele Kommunalverwaltungen, Kommunalvertreter, auch von SPD und CDU, und viele Bürgermeister sehen die Entwicklung der Kommunalfinanzen, insbesondere die steigenden Kassenkredite, die zunehmenden defizitären Haushalte sowie den Rückgang der Investitionstätigkeit mit großer Besorgnis. Sie fordern zu Recht mehr Engagement der Landesregierung ein. Soforthilfen, Sonderfonds oder Zusatzhilfen, alles gut und schön,

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

aber sie ersetzen eben auf Dauer keine aufgabengerechte und verlässliche kommunale Finanzausstattung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Der Landesrechnungshof verweist, ...

(Heinz Müller, SPD: Aber deswegen machen wir ja ein Gutachten und darauf basiert dann ein neues Gesetz.)

Wir werden mal sehen, was dabei herauskommt.

(Unruhe bei Heinz Müller, SPD, Peter Ritter, DIE LINKE, und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

... der Landesrechnungshof verweist im Besonderen auf zum Teil erhebliche Schwierigkeiten der Kommunen bei

der Umsetzung der sicherheitstechnischen und datenschutzrechtlichen Anforderungen. Schuld daran sind oft mangelnde personelle Ressourcen und eben auch eine unzureichende Finanzausstattung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da müssen wir aber erst ein Gutachten machen! – Heinz Müller, SPD: Und dann ein neues Gesetz.)

Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung die Kommunen bei der Umsetzung der Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung unterstützt. Hier sehen auch wir großen Handlungsbedarf. Wir haben im Zuge der Beratungen den Vorschlag unterbreitet, dass die Landesregierung prüfen solle, ob und inwiefern IT-Leistungen der kommunalen Ebene durch das Land als Dienstleister übernommen werden können.

Ein anderes Problemfeld hat der Landesrechnungshof beim Zusammenwirken vom örtlichen Jugendhilfeträger mit dem überörtlichen Jugendhilfeträger beziehungsweise dem Land ausgemacht. Die wesentlichen Forderungen des Landesrechnungshofes diesbezüglich teilen wir ausdrücklich. Es geht zum einen um mehr Unterstützung der Landesregierung für die örtlichen Jugendhilfeträger bei der Jugendhilfeplanung und zum anderen um die fachliche Auseinandersetzung zu überregionalen Strategien und um ein besseres Angebot an überregionaler Fort- und Weiterbildung im Bereich der Jugendhilfeplanung – ein, wie wir meinen, sehr wichtiges Thema, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion wird dem Punkt 1 in der Beschlussempfehlung nicht zustimmen, da wir in Teilen die Empfehlungen und Entschließungen so nicht mittragen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Gundlack von der SPD-Fraktion.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst mal auch von meiner Seite einen herzlichen Dank an den Landesrechnungshof, hier vertreten durch seinen Präsidenten, und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die herausragenden Texte, die er uns wieder geliefert hat, ohne diesmal darauf einzugehen, wie man doch einige Texte sehr umständlich beschreiben kann.

(Udo Pastörs, NPD: "Texte umständlich beschreiben"? Sachverhalte beschreiben!)

Das war schon ein Kompliment, dass es jetzt nach mehreren Berichten auch einfacher geworden ist, das zu verstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem vorliegenden Antrag der Finanzministerin auf Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2013 wird die SPD-Fraktion zustimmen.

Bei der Abstimmung zur Beschlussempfehlung zu den Landesrechnungshofberichten Teil 1 und Teil 2 im Finanzausschuss am 17. September 2015 hat die Opposition geschlossen gegen die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung gestimmt. Damit hat sie signalisiert, dass sie der Landesregierung keine Entlastung für das Haushaltsjahr 2013 erteilen wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig erkannt.)

Danke.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich mit meinen Ausführungen auch nur auf einige wenige Punkte beschränken. Meine Vorredner haben das schon fast in Gänze ausgeführt, und daher nur ein bisschen.

(Heiterkeit bei Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nee, alles noch nicht.

Zum Kommunalfinanzbericht 2014 wurde besonders intensiv die Analyse der kommunalen Sozialausgaben in Mecklenburg-Vorpommern und im Ländervergleich beraten. Dazu lag uns das Kurzgutachten des Landesrechnungshofes vor, auf das er sich in seinem Kommunalfinanzbericht bezogen hat.

In einer gemeinsamen nicht öffentlichen Anhörung von Finanz-, Sozial- und Innenausschuss am 9. April 2015 hatten wir die Gelegenheit, Herrn Professor Dr. Martin Junkernheinrich ausführlich zu seinem Gutachten zu befragen. In unserem Antrag zur Beschlussempfehlung stellten wir die wichtigsten Punkte heraus.

Erstens. Wie schon in den Vorjahresberichten stellte die uneinheitliche Datenerfassung ein Problem dar. Deshalb bitten wir die Landesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass es endlich zu einer einheitlichen Datenerfassung in den Kommunen kommt.

Es war auch wichtig zu empfehlen, dass die Landesregierung die Landkreise bei den Verhandlungen mit den Sozialträgern unterstützt, damit die Verhandlungen auf Augenhöhe passieren und geführt werden können. Wir haben festgestellt, dass auf der einen Seite Sachbearbeiter sitzen, auf der anderen Seite sitzen Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Ich glaube, das auseinanderzuhalten und Gespräche zu führen, bringt nichts, da muss schon Waffengleichheit herrschen.

Drittens. Die Transparenz bei den Leistungsanbietern im Sozialbereich muss weiter erhöht werden.

Viertens. Dem Landesrechnungshof sollen Prüfungsrechte bei solchen Leistungsanbietern eingeräumt werden, die sich überwiegend über öffentliche Mittel finanzieren.

Fünftens. Weil die Analyse der kommunalen Sozialausgaben in Mecklenburg-Vorpommern nicht beim Jahr 2011 stehen bleiben darf und die Effekte der Kreisgebietsreform nicht einbezogen werden konnten, bitten wir den Landesrechnungshof, die Fortschreibung des entsprechenden Kurzgutachtens in Auftrag zu geben.

Meines Erachtens und meines Wissens – ich habe vorher mit dem Landesrechnungshofpräsidenten gesprochen – ist dieses auch passiert. Es wird quasi ein zweites

Gutachten – Junkernheinrich 2 – erstellt werden und zu uns kommen, aber nicht der besagte Professor, sondern ein Hamburger Institut hat dieses in Auftrag bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Prüfung der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Jahres 2013 hat keine für die Entlastung der Landesregierung wesentlichen Abweichungen von Beträgen der Rechnung und der Bücher ergeben. Das bescheinigt der Landesrechnungshof im Teil 2 seines Berichtes 2014. Deshalb testiert er der Landesregierung eine ordnungsgemäße Haushalts- und Wirtschaftsführung für das Jahr 2013. Daher kann der Landtag dem Antrag der Finanzministerin auf Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2013 uneingeschränkt zustimmen.

Ich habe in allen neun Sitzungen des Finanzausschusses zur Beratung des Landesrechnungshofberichtes immer den Eindruck gewonnen, dass viele der Kritikpunkte bereits im Verfahren behoben werden konnten. Trotzdem haben wir in unserem Antrag zur Beschlussempfehlung zehn Punkte herausgehoben, durch die wir einzelne Verbesserungsmöglichkeiten in der Verwaltungstätigkeit sehen. Teilweise sind es aber auch unterstützende Entschließungstexte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden auch ein Bekenntnis zur Konjunkturausgleichsrücklage in der Beschlussempfehlung finden. Ich bin froh, dass wir diese haben, denn wir werden wahrscheinlich auch jeden Euro brauchen. Wenn es nach den GRÜNEN oder nach den LINKEN ginge, wären die Mittel bereits heute aufgebraucht. Wir werden es in den Haushaltsberatungen sehen. Wie so oft haben wir hier im Landtag auch gehört, dass es nicht notwendig wäre, eine solche hohe Rücklage vorzuhalten. Ich glaube aber doch. Die Opposition hat so viele Vorschläge – ich habe sie vorhin gelesen im Sozialausschuss – bereitgestellt, wie das Geld fix ausgegeben werden könnte. Zum Glück haben wir die Konjunkturausgleichsrücklage jetzt im Gesetz verankert.

Weitere Entschließungspunkte beinhalten die Aufforderung, erstens über die Entwicklung der europäischen Fiskalregeln zu berichten, weil wir die harmonisierten Rechnungslegungsstandards der EU, die EPSAS, als nicht zielführend ansehen - hierzu wird es auch ein Gespräch mit der Steuerberaterkammer geben -, zweitens, die interne Revision weiterzuentwickeln, das betriebliche Eingliederungsmanagement weiter zu erhöhen und auf eine Verbesserung des IT-Controllings hinzuwirken, die Optimierung der Flächen- und Mediennutzung voranzubringen, den Umsatzsteuerbetrug wirksamer zu bekämpfen, ordnungsgemäße Zuwendungsverfahren für politische Stiftungen sicherzustellen, zu prüfen, wie Betreuungsverfahren transparenter und familienfreundlicher gestaltet werden können, und dem Landtag auch darüber zu berichten sowie bessere ressortübergreifende Abstimmungen für Fördermaßnahmen im ländlichen Raum sicherzustellen. Hier darf es zu keinen Parallelförderungen mehr kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf keinen der vorgenannten Punkte weiter einzeln eingehen. Ich glaube, darüber könnten wir noch stundenlang philosophieren und auch miteinander reden. Wir werden uns im Finanzausschuss zu gegebener Zeit von der Landesregierung über die Umsetzung der Aufträge berichten lassen.

Die SPD-Fraktion dankt dem Landesrechnungshof für seine geleistete Arbeit und der Landesregierung für die

konstruktiven Beratungen im Finanzausschuss. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Beschlussempfehlung, mit der der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und dem Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt wird. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst auch von meiner Seite vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesrechnungshofes für die Erarbeitung und Vorstellung der Prüfberichte, aber auch an alle Häuser, die uns für die Beratungen im Finanzausschuss zur Verfügung gestanden haben, und an das Ausschusssekretariat natürlich für eine hervorragende Koordination der umfangreichen Beratungen.

(Beifall Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die rot-schwarze Landesregierung ist stolz auf ihre Haushaltspolitik, der eigenen Haushaltspolitik wird dabei gerne das Etikett "solide" gegeben. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Kabinett und die Koalition sind bekanntlich auch sehr stolz darauf, dass wieder einmal ein Jahr ohne neue Schulden abgeschlossen werden konnte. Hierfür bittet die Landesregierung heute um Entlastung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und in der Tat, es ist ja auch zu begrüßen, dass es keine neuen Schulden gegeben hat. Ich könnte jetzt natürlich viel über die günstigen Rahmenbedingungen sprechen, dass die Steuereinnahmen noch nie so gesprudelt sind wie in den letzten Jahren und dass sich die Zinsausgaben auch dank der Wirtschafts- und Finanzkrise im Sinkflug für das Land befinden. Immerhin zahlen wir heute 200 Millionen Euro jährlich weniger Zinsen als noch im Jahr 2009. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen! Da profitiert Deutschland extrem von der Eurokrise, von der Wirtschafts- und Finanzkrise durch das geringe Zinsniveau!

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte heute und auch aufgrund der vorliegenden Prüfberichte des Landesrechnungshofes etwas anderes in den Mittelpunkt stellen. Mir geht es um eine ganz wichtige Frage, nämlich was wir eigentlich unter solider Haushaltspolitik verstehen. Ist es solide, wenn im Landeshaushalt Überschüsse entstehen, die Schulden aber zulasten der Kommunen und zulasten der öffentlichen Infrastruktur verschoben werden? Ist es solide, wenn die Politik der Landesregierung zum Rückbau des ÖPNV, der Gerichte und der Theater führt, wenn die Investitionsquote der Kommunen immer weiter sinkt? Ich verstehe unter solider Haushaltspolitik etwas anderes. Für mich ist solide Haushaltspolitik eine Basis, ein Fundament, auf dem das Land gestaltet werden kann. Diese Regierung ist jedoch beim Fundament stehen geblieben.

Sie haben vergessen, das Haus darüber, auf diesem Fundament, aufzubauen. Anstatt eine Glasfaserleitung

an das Haus zu legen, sparen Sie lieber. Anstatt die Wege rund um das Haus zu erhalten, sparen Sie lieber. Anstatt den Anschluss dieses Hauses an den ÖPNV sicherzustellen, sparen Sie lieber, und anstatt das Haus mit Kultur, Bildung und Bibliotheken zu beleben, sparen Sie lieber.

(Udo Pastörs, NPD: Ha! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Sie stecken lieber alles in das Fundament. Aber Haushaltspolitik ist doch kein Selbstzweck, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Egbert Liskow, CDU: Ohne Fundament ist alles nichts!)

Es geht doch nicht um den Wettbewerb um das schönste Fundament. Sie können natürlich die Perspektive verdrehen und sagen, je weniger das Fundament zu tragen hat, umso solider ist das Haus. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, schöner wird das Haus durch diese Logik auch nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen anhand einiger Beispiele aus dem Bericht des Landesrechnungshofes zeigen, warum ich glaube, dass die rot-schwarze Landesregierung ihre Haushaltspolitik neu ausrichten muss, und warum wir uns nicht mit dieser falsch verstandenen Sparpolitik begnügen dürfen.

Erstens. Wir verschulden uns zulasten unserer Infrastruktur. Der Landesrechnungshof hat in seinem Kommunalfinanzbericht klar benannt, derzeit fahren wir unsere Infrastruktur, das heißt das öffentliche Eigentum, auf Verschleiß. Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht zum wiederholten Male darauf aufmerksam gemacht, dass die sinkenden Investitionsausgaben der öffentlichen Haushalte auf Dauer nicht funktionieren können. Diese Politik wird erhebliche Folgeprobleme und vor allem Folgekosten mit sich bringen, Folgekosten für die nächsten Generationen. Jeden Euro, den wir jetzt scheinbar einsparen, werden wir später doppelt bezahlen müssen. Es wäre solide und nachhaltig, jetzt fortlaufend in Schulen und Breitbandausbau zu investieren, anstatt den Sanierungsstau immer weiter anwachsen zu lassen und erst einzuschreiten, wenn uns die Schulen sozusagen über dem Kopf zusammenbrechen.

In den letzten neun Jahren hat Mecklenburg-Vorpommern siebenmal eine niedrigere Investitionsquote als der Durchschnitt der ostdeutschen Länder gehabt. Das ist nicht solide, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum haben wir vorgeschlagen, einen Infrastrukturbericht für das Land zu erstellen, denn bisher hat die Landesregierung ja noch nicht einmal einen Überblick, wo welcher Investitionsbedarf besteht. Aber nur wenn wir das wissen, können wir auch entscheiden, welche Investitionen am dringendsten und am wichtigsten sind. Nur dann können wir Prioritäten setzen.

Übrigens, im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte wird voraussichtlich bereits im Jahr 2017 das Eigenkapital aufgebraucht sein. So hat es Landrat Heiko Kärger vor zwei Wochen im Innenausschuss berichtet. Das,

meine sehr geehrten Damen und Herren, ist keine solide Finanzpolitik!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Thema Infrastruktur müssen wir natürlich auch ein paar Sätze zum Breitbandausbau sagen. Was wir in den letzten Monaten immer befürchtet haben, ist nun eingetreten. Diese Landesregierung weigert sich, den Ausbau des schnellen Internets anständig zu finanzieren. Aber nicht nur das. Das Land gibt sogar mehr Geld aus, um den mobilen Telefon- und Internetempfang im Land zu unterbinden, als sie für dessen Ausbau ausgibt. Das klingt jetzt verrückt, ist es aber nicht und ist mit dieser Landesregierung möglich. 800.000 Euro ist SPD und CDU eine Mobilfunkblockierungsanlage in der JVA Waldeck wert,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber nicht einen zusätzlichen Landeseuro investiert sie in den Ausbau des schnellen Internets. Nur die Bundesmittel, die nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sind, werden momentan weitergereicht. Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine kuriose Schwerpunktsetzung, die sich wohl nur der Landesregierung selbst erschließt. Ich finde, auch das hat mit solider Finanz- und Haushaltspolitik wenig zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiteres vermeintliches Erfolgsrezept der soliden Haushaltspolitik des Landes basiert auf Einsparungen zulasten der Kommunen. Während das Land seit Jahren Millionenüberschüsse in der Kasse hat, sieht es bei den Kommunen immer düsterer aus. Aber anstatt die anstehenden Änderungen des FAGs für eine Anpassung zu nutzen, werden Gutachten beauftragt, Herr Müller. Ich habe vorhin gesagt, still ruht der See seitdem, das ist das Problem.

(Heinz Müller, SPD: Aber dieses Gutachten machen wir doch gemeinsam mit der kommunalen Ebene!)

Aber anstatt die Änderung des FAGs für eine Anpassung zu nutzen, werden negative Finanzierungssalden und steigende Kassenkredite ignoriert.

Wer in der Anhörung des Innenausschusses am 8. Oktober war, konnte erfahren, wie die Situation wirklich ist. Eine stärkere Beteiligung der Kommunen an der guten Entwicklung des Landeshaushaltes ist dringend angezeigt und vor allem auch angemessen und gerecht. Städte und Kreise haben deutlich gemacht, welche Folgen die rot-schwarze Sparpolitik hat: Streichungen freiwilliger Aufgaben, fehlende Instandhaltung von Schulen und Straßen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist keine solide Finanzpolitik! Wir brauchen einen verlässlichen und fairen Finanzausgleich und nicht immer neue Hilfspakete für unsere Kommunen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Thema, das uns im Finanzausschuss und auch den Landesrechnungshof in seinen Prüfberichten regelmäßig beschäftigt hat, ist das Baugeschehen im Land. Dabei sind mir zwei Dinge wichtig: Erstens müssen wir Baukosten ehrlich planen und auch erst dann über einen Bau entscheiden, wenn wir wirklich wissen, wie teuer er am Ende wird.

(Tilo Gundlack, SPD: Ha, ha! So ist es.)

Der Landesrechnungshof hat darauf aufmerksam gemacht, dass Baumaßnahmen in der Vergangenheit bereits in den Haushalt eingestellt wurden, obwohl die Gesamtplanungen noch gar nicht endgültig abgeschlossen und Bedarfe nicht endgültig geklärt waren. Dann ist es natürlich klar, dass es ganz schnell zu Änderungen in der Bauphase und damit zu Kostensteigerungen kommen kann, weil Planungen während des Baus noch einmal laufend angepasst werden müssen. Da müssen wir uns ehrlich machen! Es darf bei Bauvorhaben keine politischen Preise geben.

Darum ist es gut, dass der Rechnungshof die Kostenentwicklung bei Baumaßnahmen eng begleitet hat und in Zukunft eng begleiten wird, und darum ist es wichtig, dass der Finanzausschuss auch eingebunden bleibt, wenn Mehrkosten bei Bauvorhaben bestimmte Grenzen überschreiten. Dass diese Grenze im Entwurf des neuen Haushaltsgesetzes von derzeit 1 Million Euro auf nunmehr 2 Millionen Euro erhöht wird, lehnen wir GRÜNEN ab. Die parlamentarische Kontrolle über Kostenexplosionen bei Baugenehmigungen darf nicht aufgeweicht werden.

Zweitens hat der Rechnungshof bei Baumaßnahmen darauf verwiesen, dass 80 Prozent der Gesamtkosten im Lebenszyklus eines Gebäudes auf die Nutzungsphase entfallen. Darum müssen wir Maßnahmen der Energieeffizienz im Bau viel stärker berücksichtigen. Aber solche Kriterien werden bisher viel zu wenig berücksichtigt, denn sie fließen nicht ausreichend in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von Baumaßnahmen ein. Anders ausgedrückt, das Land spart aktuell lieber ein bisschen an den Baukosten, auch wenn der Unterhalt des Gebäudes über die gesamte Nutzungsdauer dadurch teurer wird. Auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist keine solide Finanzpolitik und schon gar keine nachhaltige Finanzpolitik!

(Egbert Liskow, CDU: Aber auch das ist eine Falschaussage von Ihnen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch auf ein besonderes politisches Phänomen unseres Landes eingehen, das es wahrscheinlich nur hier in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Man könnte dieses Phänomen als die schwarzen Löcher des Landeshaushaltes bezeichnen. Merkmal dieses kuriosen Phänomens ist, dass sich stets alle Beteiligten, insbesondere die Landesregierung, absolut korrekt verhalten haben, dass niemandem ein Problem aufgefallen ist und dass am Ende dennoch gigantische Millionenbeträge zulasten des Landes verloren gegangen sind.

Da haben wir die Werften, bekannte Schadenssumme 152 Millionen Euro, da haben wir die JVA Waldeck, da werden wir vermutlich auch noch mal 100 Millionen Euro zu viel bezahlen, da haben wir den Fall Hohe Düne, hier könnte das Land auf 13 Millionen Euro sitzen bleiben. Und immer haben sich alle Verantwortlichen,

(Torsten Renz, CDU: Polizeihubschrauber! Polizeihubschrauber!)

insbesondere die Landesregierung, angeblich korrekt verhalten. Dennoch schaut der Steuerzahler in die Röhre.

Allein bei diesen drei Beispielen sind der Landesregierung rund 300 Millionen Euro durch die Lappen gegangen. Das hat nichts mit solider Finanz- und Haushaltspolitik zu tun! Mit diesem Geld könnten die Theater im Land noch mindestens 80 Jahre ausfinanziert werden. Mit diesem Geld hätten 60 bis 70 Prozent des Breitbandaus-

baus in Mecklenburg-Vorpommern abgeschlossen werden können. Mit diesem Geld hätten Schulen, Fahrradwege durchsaniert

(Torsten Renz, CDU: Kitas!)

und ausgebaut werden können. Mit diesem Geld hätte die Südbahn 50 Jahre lang weiterfahren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie verstehen sicherlich, warum wir GRÜNEN der Landesregierung heute keine Entlastung für ihre Haushaltspolitik erteilen können. Grüne Haushaltspolitik ist nachhaltig und denkt an morgen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und NPD)

damit wir auch in Zukunft noch gut in unserem Land leben können.

(Michael Andrejewski, NPD: Die denkt gar nicht, würde ich mal sagen.)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Unterschied. Sie lachen, aber ich frage Sie: Wo sind die 300 Millionen Euro in den letzten Jahren geblieben, die Ihnen durch die Lappen gegangen sind?

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte um die getrennte Abstimmung der Ziffern 1, 2 und 3 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Torsten Renz, CDU: Im Protokoll steht, es hat eine Person einsam geklatscht.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Pastörs von der NPD-Fraktion.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die NPD-Fraktion wird der Landesregierung hier natürlich keine Entlastung erteilen. Ich hatte schon im Ausschuss die Position meiner Fraktion zu den unterschiedlichen Punkten detailliert ausgeführt. So bleibt mir hier nur noch, ein paar Punkte aufzugreifen, die uns über das Gesagte hinaus als sehr, sehr wichtig erscheinen.

Der Schwerpunkt ..., oder anders gesprochen: Unser Land ist strukturiert von unten nach oben. Das heißt, die Kommunen stellen die Basis, das aktive Leben dar und gestalten es vor Ort, und das Land hat die Aufgabe, finanztechnisch zu steuern und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und des gesetzlichen Auftrags dafür zu sorgen, dass die Kommunen auskömmlich nicht nur ihre Pflichtbeiträge erbringen können, ihre Aufgaben, ihre Pflicht erfüllen können, sondern, Herr Innenminister, die kommunale Selbstverwaltung ist erst dann eine wirkliche kommunale Selbstverwaltung, wenn darüber hinaus das Land die Kommunen in erster Linie über das Finanzausgleichsgesetz so ausstattet, dass auch die übrigen freiwilligen Gestaltungsmöglichkeiten überhaupt noch praktisch umgesetzt werden können.

Wir als Nationalopposition stellen objektiv fest, das ist in vielen, in den meisten – und das wissen Sie auch,

Herr Caffier – Gemeinden und in den Kreisen gar nicht mehr möglich. Wenn ich Sie daran erinnern darf, auch die Finanzministerin, dass wir in den nächsten Monaten und Jahren schon Risiken im Haushalt haben – ohne zu berücksichtigen, dass jetzt vielleicht noch Hunderttausende zusätzlich nach Mecklenburg-Vorpommern kommen –, dass wir ein strukturelles Problem, Sie ein strukturelles Problem von zwischen 400 und 500 Millionen Euro pro anno im Haushalt verbergen – Schuldenbremse et cetera, Wegbrechen der Zuschüsse der EU, der Streit um den Länderfinanzausgleich et cetera, et cetera –, dann wird ganz deutlich klar, dass das, was hier besprochen wird, schon Schnee von gestern ist

(Egbert Liskow, CDU: Es geht um die Jahresrechnung.)

und auch der neue und der zukünftige Haushalt nicht angepasst sind an die Wirklichkeit im Lande und an die Aufgaben, denen sich dieses Land Mecklenburg und Vorpommern stellen muss.

Und wenn man sich dann die Verschuldungslage von vielen Gemeinden anschaut – exemplarisch vielleicht, Herr Caffier, die Landeshauptstadt, die ist handlungsunfähig, die ist fertig, die versucht sich zu retten von einem Monat in den anderen, und es ist schon eine Verzweiflungstat, wenn man liest, dass hier die Parkgebühren verdoppelt werden als der letzte Rettungsanker vor Ort.

(Torsten Renz, CDU: Wie hoch sollen die werden? Wie hoch sollen die denn werden? – Unruhe bei Torsten Renz, CDU, Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Sie haben hier in diesem Land in den letzten zehn Jahren keine neuen Schulden aufnehmen können und Sie haben es trotz dieser Tatsache, dass Sie keine neuen Schulden aufgenommen haben, nicht geschafft, 10 Milliarden Schulden dieses Landes signifikant abzutragen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und wir haben Steuereinnahmen erlebt in den letzten zwei/drei Jahren, die man vielleicht als einmalig einstufen kann, wenn die Voraussagen der Wirtschaftsweisen zutreffen, dass Europa und auch Deutschland vor einem massiven konjunkturellen Abschwung stehen.

(Heinz Müller, SPD: Ach?!)

Was haben wir denn vom Landesrechnungshof gehört? Der Landesrechnungshof sagt, na ja, es gibt so ein paar Wahrnehmungsprobleme, ganz besonders auch, wenn es um die Zuwendungen an politische Stiftungen und politische Jugendverbände geht. Da gelten dann offensichtlich überhaupt gar keine Kontrollen mehr, weil an diese parteinahen Organisationen oft ohne Anträge, ohne dass diese Organisationen überhaupt Anträge gestellt haben, Geld ausgekehrt wird, Geld ausgekehrt wird, das man dann indirekt durchaus als Parteienfinanzierung verstehen kann.

Es gibt auch schon in Berlin-Brandenburg ein Urteil aus dem Jahre 2012, wo klar festgestellt worden ist, dass diese Praxis, wie sie hier geübt wurde und wahrscheinlich auch noch geübt wird, ohne jede gesetzliche Grundlage erfolgt, indem Sie Ihre sogenannten politischen Jugendorganisationen parallel zu der Parteienfinanzierung massiv mit Geld versorgen. Und das ist ein Kritikpunkt, wo wir uns überlegen, wie wir als Fraktion, vielleicht sogar mit einem Gesetzentwurf, darauf reagieren werden.

(Heinz Müller, SPD: Na, da habe ich aber Angst.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einen Punkt zu unserem Spezialisten der GRÜNEN in Sachen Finanzen. Da hörten wir Waldeck, Mobilfunkblockierung, das wäre also überflüssig oder es wäre besser angelegt, wenn man das in die Breitbandausbaufinanzierung hineinstecken würde. Jawohl, wir brauchen ganz dringend, das ist schon längst überfällig, diese Modernisierung und den Ausbau der Breitbandmöglichkeiten für unsere Unternehmen, sonst läuft hier gar nichts. Das ist ganz, ganz dringend! Aber ich halte es auch für einen hinkenden Vergleich, wenn man zugunsten dieser wirtschaftlich notwendigen Infrastrukturmaßnahme auf den Sicherheitsaspekt in Gefängnissen oder im Gefängnis Waldeck verzichtet. Denn wir wollen als NPD nicht, dass demnächst Schlepper, hoffentlich verurteilt, dort im Knast sitzen und dann vom Knast aus mit ihren Mobiltelefonen weiterhin kriminelle Strukturen aufrechterhalten können, dass Schlepperbanden weiterhin funktionieren und, wie das durch ein Urteil in den letzten Tagen bekannt geworden ist, sogar irgendwelche Terroristen von Deutschland aus brutale bürgerkriegsähnliche Aktionen einleiten können, dann auch zum Nachteil der Menschen im Ausland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist eine Wahrnehmungsverschiebung der GRÜNEN, was den Rechtsstaatscharakter angeht, den sie ja immer so vor sich hertragen, doch offenkundig, sodass wir hierzu eine dezidiert andere Auffassung vertreten.

Unter dem Strich werden Sie mit Ihrer soliden Haushaltsführung, wie Sie sie immer nennen, erleben, dass die Infrastruktur in der Fläche, die jetzt schon verrottet, weiter verrotten wird. Das habe ich Ihnen hier schon vor sechs/sieben Jahren gesagt, da haben Sie noch gelächelt, heute schweigen Sie, zumindest ich sehe das Lächeln nicht mehr.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da kommen einem ja die Tränen bei Ihrer Rede.)

Ich werde Ihnen auch sagen, dass Sie in den nächsten ein/zwei Jahren jeden Monat weit, weit über 5/6/7 Millionen Euro mehr brauchen, um allein die Kosten zu decken, die auf die Gemeinden zukommen in Bezug auf die Kosten für die Schulversorgung der Ausländerkinder, Kosten der Verpflegung der Ausländerkinder – das geht alles kostenlos. Von den Kommunen ist das zu finanzieren aus der Grundsteuer A und B vor Ort et cetera pp., aus der Gewerbesteuer und aus dem Anteil der anderen Einnahmen, die die Kommunen noch haben. Das bedeutet für uns selbstverständlich, dass wir Ihrem Antrag und Ihrem Vorschlag, hier Entlastung zu erteilen, nicht zustimmen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der CDU-Fraktion.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Saalfeld, wir haben hier keine Haushaltsdebatte geführt, sondern es geht um die Entlastung der Landesregierung für die Jahresrechnung, aber ich möchte wenigstens vorneweg noch mal sagen, lieber ein solides Fundament als ein grünes Luftschloss, was Sie ja gerne bauen wollen.

(Beifall Michael Silkeit, CDU – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Deswegen, glaube ich, waren Ihre,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das scheint bei Ihren Leuten auch nicht angekommen zu sein. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

deswegen waren, glaube ich, Ihre ganzen Vergleiche hier nicht passend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat durch die Finanzministerin dem Landtag über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen jährlich Rechnung zu legen. Der Landesrechnungshof prüft die Rechnung sowie die Ordnungsmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsrechnung und berichtet darüber dem Landtag. Der Landesrechnungshof unterstützt damit die parlamentarische Haushaltskontrolle, indem er mit seinem Prüfbericht dem Parlament Informationen an die Hand gibt, die es zur Entlastung der Landesregierung benötigt.

Bezüglich der Unterrichtung des Landesrechnungshofes empfiehlt der Finanzausschuss im Rahmen von Entschließungen, eine Reihe von Ersuchen an die Landesregierung zu richten und die Unterrichtung im Übrigen zur Kenntnis zu nehmen. Ferner empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, entsprechend dem Antrag der Finanzministerin der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2013 sowie dem Landesrechnungshof für die Haushalts- und Wirtschaftsführung Entlastung zu erteilen. So viel zum technischen Teil.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Entlastung der Landesregierung ist für mich eher ein formaler Akt. Sie ist bei ihrem Handeln an Recht und Gesetz gebunden.

(Rainer Albrecht, SPD: Richtig.)

Außerdem enthalten die Haushaltsrechnung und die Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2013 alle nach der Landeshaushaltsordnung benötigten Bestandteile. Dies hat auch der Landesrechnungshof so ausgeführt.

Die Berichte des Landesrechnungshofes sind dagegen komplexer. Der Hof hat sich, wie immer, mit seinen Berichten viel Arbeit gemacht und wir Parlamentarier sind ihm daher zu großem Dank verpflichtet.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Oha!)

Die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses umfasst aber nur noch die wichtigsten Punkte. Das ist diesmal nicht anders. Herr Koplin hat ja hier als Ausschuss-

vorsitzender schon mal über die umfangreichen Beschlussempfehlungen vorgetragen.

Im 1. Teil des Jahresberichtes des Landesrechnungshofes – Kommunalfinanzbericht – wird die Landesregierung unter anderem gebeten, in Bezug auf die kommunalen Sozialausgaben die Kostenoptimierung weiter voranzutreiben. Die Datenerfassung bei den Sozialausgaben in den Kommunen soll einheitlich erfolgen und die Transparenz bei Leistungsanbietern im Sozialbereich verbessert werden. Weiterhin spricht sich der Finanzausschuss für eine Fortschreibung des Kurzgutachtens zur Analyse der kommunalen Sozialausgaben aus. Das Innenministerium wird unter anderem gebeten, die Kommunen anzuhalten, ihre Einnahmepotenziale hinsichtlich der Gewerbe- und Grundsteuer zu nutzen. Dies ist meiner Meinung nach im Übrigen auch erforderlich, um den finanziellen Spielraum auf der kommunalen Ebene weiter auszubauen.

Auf Basis der Darlegung des 2. Teiles des Jahresberichtes des Rechnungshofes – Landesfinanzbericht – bittet der Finanzausschuss die Landesregierung unter anderem, die Einführung interner Revisionen vorzubereiten, die Flächen- und Medienreduzierung in der Landesverwaltung weiterzuentwickeln und ordnungsgemäße Zuwendungsverfahren bei Maßnahmen der politischen Bildung sicherzustellen.

Ich spare mir an dieser Stelle, vertiefend auf die erwähnten sowie auf weitere Punkte einzugehen. Sie können dies alles in dem Ihnen vorgelegten Bericht nachlesen, für dessen Erstellung der Dank dem Sekretariat des Finanzausschusses gilt. Fest steht, dass die Gesuche geeignet sind, um eine weitere Prozessoptimierung in der Kommunal- und Landesverwaltung zu erreichen und in der Konsequenz Kosten einzusparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vieles von dem, was der Rechnungshof bemängelt, wird von den Ministerien direkt berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Das bedeutet, dass es nicht erst eines Beschlusses des Landtages bedarf, damit die Landesregierung aktiv wird. Der Rechnungshofbericht entfaltet so mitunter bereits früh die beabsichtigte Wirkung. Gleichzeitig müssen wir Parlamentarier oder die Landesregierung nicht in jedem Fall die Meinung des Hofes teilen. Ich glaube auch nicht, dass der Rechnungshof annimmt, dies müsse so sein.

Entscheidend ist, dass sich der Rechnungshof stets der Wertschätzung von uns Parlamentariern sicher sein kann, und ich denke, dass wir daran nie einen Zweifel gelassen haben. Meine Fraktion wird der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Tilo Gundlack, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

In Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/4551 empfiehlt der Finanzausschuss, Empfehlungen zu den Unterrichtungen des Landesrechnungshofes auf den Drucksachen 6/3676 und 6/3841 anzunehmen. Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zuzustimmen wünscht, die oder den bitte

ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD und CDU, dagegen gestimmt hat die Fraktion DIE LINKE, es enthielten sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der NPD. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/4551 angenommen.

In Ziffer 2 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/4551 empfiehlt der Finanzausschuss, dem Antrag der Finanzministerin auf Drucksache 6/3537 sowie der Ergänzung zu dem Antrag auf Drucksache 6/3729 zuzustimmen und damit der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung zu erteilen. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD und CDU, dagegen stimmten die Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD, es enthielt sich niemand. Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/4551 angenommen.

In Ziffer 3 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/4551 empfiehlt der Finanzausschuss, dem Landesrechnungshof gemäß Paragraf 101 Landeshaushaltsordnung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2013 Entlastung zu erteilen. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Ja, danke. Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen gestimmt hat niemand und es enthielt sich die Fraktion der NPD. Damit ist die Ziffer 3 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 6/4551 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Das ist die Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik würdigen, die Drucksache 6/4591. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4622 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik würdigen – Drucksache 6/4591 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/4622 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Kaselitz von der SPD-Fraktion.

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Viele von uns eint in Anbetracht der weltweiten Entwicklungen und der aktuellen Situation in unserem eigenen Land der Wunsch nach Veränderungen in der Welt. Gerechter soll sie sein für alle Menschen, friedlich soll sie sein, allen soll sie gleichberechtigt Raum geben für eine gesunde Entwicklung, für Bildung, für ein Leben, für Einkommen, für Arbeit ohne Ausbeutung, für die freie Religion, die Selbstbestimmung der individuellen Persönlichkeit und die Achtung gegenüber jedem menschlichen Leben und der Natur.

Damit unsere Welt so wird, braucht es noch viel Veränderung, braucht es Entwicklungspolitik. Wir fordern mit unserem Antrag gerade heute, gerade in diesem Jahr, bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik zu würdigen. Das Jahr 2015 wurde von der Europäischen Union zum Europäischen Jahr der Entwicklung gewählt. In der Öffentlichkeit entsteht oftmals der Eindruck, dass Entwicklungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern nur eine geringe Rolle spielen würde.

Natürlich wird Entwicklungspolitik entscheidend durch die Bundesebene geprägt und repräsentiert. Entwicklungspolitik steht als Überbegriff für staatliche Programme, die politische, wirtschaftliche und soziale Situationen in Teilen unserer Welt verbessern sollen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlicht unter anderem aktuell folgende Ziele: Armut und Hunger beenden, Ungleichheiten bekämpfen, Selbstbestimmung der Menschen stärken, Geschlechtergerechtigkeit, ein gutes und gesundes Leben für alle, ökologische Grenzen der Erde respektieren, Klimawandel bekämpfen, natürliche Lebensgrundlagen bewahren, Menschenrechte schützen.

Diesen Zielen fühlen wir uns in Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet. Federführend für die Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern ist bei uns die Staatskanzlei. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf die finanzielle Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte aus Transformations- und Entwicklungsländern in Unternehmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Eingeladen wird jährlich zum Runden Tisch Entwicklungszusammenarbeit.

Mecklenburg-Vorpommern ist aktives Mitglied in der norddeutschen Partnerschaft NUN – Norddeutsch und nachhaltig: Mit Bildung Zukunft sichern! 40 Vereine und Initiativen sowie Einzelpersonen haben sich im Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen. Dieser Landesverband engagiert sich auch im 14. Jahr seines Bestehens für globale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Entwicklung. Das Netzwerk ist wichtiger Partner in der beim Bildungsministerium angesiedelten Landesarbeitsgruppe Bildung für nachhaltige Entwicklung. Als Dachverband fördert es die Vernetzung und Qualifizierung seiner Mitglieder und vertritt deren Interessen.

Das Landesnetzwerk und die Mitgliedergruppen werden als Expertinnen und Experten für Entwicklungspolitik bereits wahrgenommen.

(Stefanie Drese, SPD: Genau.)

Projekte wie die Fair-Handels-Beratung M-V oder zur sozial verträglichen Beschaffung sind Partner für Behörden und andere Entscheidungsträger. Mehrere Städte des Landes beteiligten sich an der Aktion Stadt des Fairen Handels.

(Stefanie Drese, SPD: Rostock.)

Rostock war die erste Stadt in Mecklenburg-Vorpommern, die diesen Titel 2013 erhalten konnte. Schwerin und Güstrow machen mit. Wir haben rund 20 Weltläden und Fair-Handels-Gruppen bei uns im Land. Viele Kirchgemeinden und Vereine unterstützen Projekte und unterhalten Partnerschaften nach Afrika. Entwicklungspolitisch engagierte

Gruppen werden von Kirchen, Stiftungen oder Kommunen mit Förderpreisen geehrt.

Dank einer Initiative der SPD-Landtagsfraktion beteiligt sich unser Land seit Januar 2014 als erstes ostdeutsches Bundesland am Eine-Welt-PromotorInnenprogramm. Das durch dieses Promotorenprogramm geschaffene Hauptamt kann das wichtige Ehrenamt im entwicklungspolitischen Engagement in unserem Bundesland unterstützen. Sieben junge Menschen teilen sich die fünf Stellen. So arbeiten eine Landeskoordinatorin, ein Fachpromotor Beschaffung, eine Promotorin Süd und je ein Promotorenteam im Westen und im Osten unseres Landes. Die Organisation von Fachkonferenzen, zum Beispiel zur sozial verträglichen Beschaffung, die inhaltliche und organisatorische Durchführung der Entwicklungspolitischen Tage gehören ebenso zum Aufgabenspektrum wie die Erarbeitung von Weiterbildungsangeboten und die Ausweitung des Wirkungskreises auf unsere ländliche Region und die Schulen im Land.

Als SPD-Fraktion setzen wir uns gegenwärtig dafür ein, im laufenden Haushaltsverfahren auch für 2016/17 die anteilige Finanzierung des Landes noch aufzunehmen. An dieser Stelle einmal Dank an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung, die dieses Promotorenteam in den letzten zwei Jahren maßgeblich mitgefördert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das Europäische Jahr der Entwicklung begann mit dem ersten Parlamentarischen Abend, der vom Eine-Welt-Landesnetzwerk im März hier in unserem Schloss ausgerichtet wurde. Viel beachtet in der Öffentlichkeit wurde dann auch die Tagung im Mai mit dem Titel "Wer entwickelt wen wofür?". Sie wurde vom Landesnetzwerk und dem Promotorenteam in Kooperation mit der Staatskanzlei und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland durchgeführt. Fast 100 Teilnehmende reflektierten ein neues Verständnis von Entwicklung und Entwicklungspolitik und stellten diese in einen Zusammenhang mit der Politik in Mecklenburg-Vorpommern.

"Wie werden wir unserer Verantwortung in der Welt gerecht?" Unter dieser Frage war im Oktober dieses Jahres zum Bürgerdialog nach Greifswald eingeladen. Gemeinsam mit Gästen und Vertretungen der Europäischen Kommission in Deutschland, des Europäischen Parlaments, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Vertretern unseres Bundeslandes aus dem Parlament und vom Eine-Welt-Landesnetzwerk wurde zu Aspekten der Entwicklungspolitik mit Bürgerinnen und Bürgern offen diskutiert.

All diese Beispiele belegen das breite bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Entwicklungspolitik in unserem Land. Unser Dank gilt allen, die hier aktiv sind. Über den Europa- und Rechtsausschuss soll künftig regelmäßig die Unterrichtung des Parlaments über alle Entwicklungen in dem Bereich erfolgen. Aktuelle Entscheidungen werden unser Handeln aber auch umfassend notwendig machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, am 25. September 2015 wurde auf dem UN-Gipfel in New York die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Sie hat die Form eines Weltzukunftsvertrages. Sie soll Frieden för-

dern und sie soll dazu beitragen, dass alle Menschen in Freiheit und in einer intakten Umwelt leben können. Die Einteilung in Geber und Nehmer oder in Erste, Zweite und Dritte Welt wird abgelöst vom Gedanken der gemeinsamen Verantwortung in unserer einen Welt. Die Entwicklungsziele der Agenda verknüpfen das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung. Zum ersten Mal werden Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit zusammengeführt.

Die 2030-Agenda ist eines der ambitioniertesten Vorhaben unserer Zeit. Staaten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürger müssen zusammen daran arbeiten, nachhaltige Entwicklung für alle sicherzustellen. Die Zielvorgaben richten sich an alle Staaten der Weltgemeinschaft. So sind auch wir in Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert, aktiv daran zu arbeiten, dass sich die Situation der Menschen und der Umwelt bis 2030 in vielen wichtigen Bereichen verbessern wird.

Die aktuelle Flüchtlingskrise führt uns eindrücklich vor Augen, wie wichtig es ist, den Menschen überall ein Leben in Würde zu ermöglichen. Fluchtursachen bekämpfen heißt, in Entwicklung investieren, sagt unser Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller. Für mich heißt das konkret, vor Ort besonders in Bildung für nachhaltige Entwicklung zu investieren. Wenn ich Ursachen erkenne, Hintergrundwissen habe, mich mit Fakten auseinandersetze, aus der Geschichte lerne, wenn ich erkenne, welche Auswirkungen mein ganz persönliches Verhalten auf zukünftige Entwicklungen hat, kann ich gesellschaftliche Entwicklungen, Naturerscheinungen oder Reaktionen von Menschen einordnen.

Die Bereitschaft, Veränderungsprozesse in Gang zu setzen, beginnt im Kopf. Es ist in der Aussprache dann noch Zeit, sich dazu Gedanken zu machen. Ich würde mir wünschen, dass wir entsprechend dem föderalen Konzept der Bundesrepublik, wonach der Bund für die Entwicklungszusammenarbeit und die Länder für die Bildung zuständig sind, genau diesen Bereich mit dem Ziel verbinden, entwicklungspolitische Bildungsarbeit in die Fläche und bürgerschaftliches Eine-Welt-Engagement vor Ort nach vorn zu bringen. – Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD, Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE, und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Kaselitz.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Da sehe und höre ich keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, ich bin hier zu diesem Antrag hin und her gerissen,

(Marc Reinhardt, CDU: Vor allem hin.)

vor allen Dingen in Bezug auf den Umgang mit diesem Antrag. Einerseits ist das Thema Entwicklungspolitik wichtiger denn je. Gerade die aktuellen Flüchtlingsbewegungen zeigen, dass die Welt sich derzeit in einer gewaltigen Schieflage befindet.

(Michael Andrejewski, NPD: Schon immer.)

Jahrhundertelange koloniale Ausbeutung und die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung sind für die Entwicklungsunterschiede zwischen den Industrieländern im Norden und den Ländern des Südens verantwortlich. Die Dominanz neoliberaler Politik in den letzten drei Jahrzehnten hat die soziale Ungleichheit weltweit noch verschärft. Während in den Ländern des Südens weiterhin Millionen Menschen hungern und in Armut leben, haben neoliberale Reformen in Deutschland und anderen Industrieländern den Reichtum weiter konzentriert und die beschleunigte Verarmung immer größerer Bevölkerungsgruppen verursacht.

Im Jahr 2000 hat sich die internationale Staatengemeinschaft vorgenommen, die Zahl der Hungernden von damals 840 Millionen bis 2015 auf 420 Millionen zu halbieren. Im Jahr 2010 hungerten über eine Milliarde Menschen. Dies offenbart das Versagen der kapitalistischen Globalisierung. Der ehemalige UN-Sonderbotschafter für Nahrung Jean Ziegler spricht von Ermordung durch das kapitalistische System.

DIE LINKE fordert seit Langem eine grundlegende Neuorientierung unserer Beziehungen zu den Ländern des Südens. Entwicklungspolitik muss an den strukturellen Problemen ansetzen, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hervorgerufen werden. Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd-Beziehungen und die regionalen Märkte als Gegenpol zur globalen Handelspolitik stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen in den Ländern des Südens fördern und für gerechte Preise sorgen. Bauern, angepasste Technologien und eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung müssen ins Zentrum der Förderung rücken, die lokalen Produzentinnen und Produzenten vor Preisdumping und Verdrängungsprozess geschützt werden. Deshalb müssen aus unserer Sicht die Finanzmärkte reguliert werden, die Transaktionssteuer eingeführt und ihr Ertrag für die Armutsbekämpfung verwendet, die Spekulation mit Nahrungsmitteln verboten und ein Moratorium für den Import von Agrarstoffen zur Agrarspriterzeugung aus den Ländern des Südens bereitgestellt werden.

Entwicklungspolitik muss aktive Friedenspolitik sein. Wir fordern ein Ende der Vermischung von zivilem Engagement und militärischer Besatzung. Die Instrumente der zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung müssen massiv ausgebaut werden. Entwicklungspolitik wird auf Bundesebene durch die Koalition seit Jahren als Politik der Absatzmärkte, Investitionsfelder und des Zugriffs auf Rohstoffe für die deutsche Wirtschaft gesehen. Damit ordnet man Entwicklungspolitik militärischen Strategien unter.

Das Konzept der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit mit dem Krieg wird als Entwicklungshilfe verkauft. Es ist zynisch, weil es Entwicklungshilfe auch für militärische Zwecke instrumentalisiert und damit zivile Aufbauhelfer massiv gefährdet. Damit muss doch endlich Schluss sein! Das wäre eine Voraussetzung für ein echtes bürgerschaftliches Engagement auf diesem Gebiet, das unbedingt notwendig ist. Selbstverständlich ist jedes bürgerschaftliche Engagement hier zu unterstützen und zu loben.

Ja, Frau Kaselitz, Sie haben recht, "Entwicklungspolitik" ist der Oberbegriff für staatliche Programme, die die politische und wirtschaftliche Situation in den Entwicklungsländern verbessern sollen. Aber – und das frage ich Sie ganz offen – ist die jetzige Situation wirklich geeignet, um diese Ziele zu erreichen? Ich meine, nein.

Allerdings reicht allein bürgerschaftliches Engagement keinesfalls aus. Und genau da liegt das Problem. Dieser Antrag spiegelt auf Landesebene die Situation wider, wie wir sie auch global finden: eine Anzahl gut gemeinter Ideen, aber für die Menschen in den Entwicklungsländern passiert am Ende nicht viel.

Unsere Fraktion macht kein Geheimnis daraus, dass es für uns keinen Unterschied macht, ob die Menschen vor Krieg oder vorm Hungertod flüchten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir vertreten ebenfalls die Auffassung, dass die Fluchtursachen bekämpft werden müssen. Genau hier muss die Entwicklungspolitik ansetzen und deshalb teilen wir auch den grundsätzlichen Ansatz Ihres Antrages.

Das Problem ist nur, dass es an der Umsetzung hakt. Natürlich, und auch das muss man der Fairness halber sagen, gab es durchaus Fortschritte. Die Europäische Union selbst teilte dazu mit, dass sie in 150 Staaten Entwicklungshilfe leiste. Hierdurch konnten in den letzten zehn Jahren in diesen Ländern fast 14 Millionen Kinder eine Grundschule besuchen, erhielten mehr als 70 Millionen Menschen sauberes Trinkwasser und über 7,5 Millionen Geburten konnten von ausgebildetem Gesundheitspersonal begleitet werden, was natürlich zu einer verringerten Mütter- und Säuglingssterblichkeit geführt hat. Die Europäische Union sagt aber auch ganz klar, dass das alles zur Bekämpfung von Armut in der Welt noch lange nicht ausreicht.

Ein ganz trauriges Kapitel spielen dabei die angekündigten Treuhandfonds für Afrika und Syrien. Europa hat beispielsweise für die Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika zur Bekämpfung von Fluchtursachen 1,8 Milliarden Euro zugesagt. Realisiert wurden hiervon jedoch erst 24,3 Millionen Euro. Davon kommen 8,9 Millionen Euro sogar von den Nicht-EU-Ländern Norwegen und der Schweiz. Deutschland hat für diesen Fonds noch keinen einzigen Cent zugesagt. Beim Treuhandfonds für Syrien und dem Welthungerprogramm sieht es ähnlich aus. Trotz zugesagter Gelder aus den Mitgliedsstaaten ist noch nichts passiert.

Meine Damen und Herren, derartige Fonds haben auch etwas mit Entwicklungshilfe zu tun, und die aktuelle Entwicklung zeigt doch eindeutig, dass die Entwicklungshilfe des Westens bisher nicht unbedingt ein Erfolgsmodell war. Auf Landesebene sieht es ähnlich aus.

Meine Damen und Herren, man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es insbesondere in den Punkten II und III gar nicht so sehr um das Thema selbst geht, sondern darum, der Regierung auf die Schultern zu klopfen, nach dem Motto: Die Regierung tut zwar wenig, aber immerhin, niemand bemerkt das in der Öffentlichkeit. Also holen wir mal mit diesem Belobigungsantrag das Problem in den Landtag.

Das können Sie gerne tun, aber das entwertet diesen Antrag für uns. Ich sage Ihnen auch, warum: Der nationa-

le Koordinator für dieses Programm ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Hier wurde ein Förderprogramm aufgelegt, wo aus Mitteln der Europäischen Union das Ministerium 27 Projekte finanziert, die der Information über Förderpolitik der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten, der grundsätzlichen Sensibilisierung für dieses Thema und der Förderung des Engagements in diesem Bereich dienen. Derartige Programmprojekte wird man in Anbetracht der Bedeutung des Themas auch für sinnvoll erachten müssen.

Vermutlich war es jetzt aber auch so, dass die Landesregierung gefragt wurde, was sie selbst denn für die Entwicklungshilfe tut. Die Antwort haben die Koalitionsfraktionen unter Punkt II gegeben: eine Abstimmung über die Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen, ein jährlich stattfindender runder Tisch, die Unterstützung von Aus- und Weiterbildung für Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungs- und Transformationsländern sowie die Vergabe der Überschüsse aus der BINGO!-Lotterie an Projekte aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, das ist alles sehr lobenswert, allerdings doch ein recht bescheidener Beitrag, zumal die im Antrag gelobte Unterstützung von Aus- und Weiterbildung für Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsund Transformationsländern im kommenden Doppelhaushalt auf nicht einmal ein Drittel des letzten Doppelhaushaltes eingekürzt werden soll. Das liegt wohl daran, dass das Promotorenprogramm aus diesem Titel herausgenommen wurde.

Mein Kollege Dr. Brie hat das nämlich genau vor diesem Hintergrund in den Haushaltsberatungen nachgefragt. Es kam ihm doch sehr komisch vor, dass gerade dieser Titel im Europäischen Jahr für Entwicklung eingekürzt werden soll. Vor dem Hintergrund dieser Reduzierung sollte man an dieser Stelle vielleicht etwas sparsamer mit dem Lob für die Regierung sein.

Was Punkt III angeht, muss ich sagen, dass es mich wirklich interessiert, welche Funktionen die Staatskanzlei in dem ganzen Prozess übernimmt. Und es ist natürlich interessant, hier einen genauen Einblick zu erhalten und gewisse Inhalte und Dinge eventuell auch kritisch zu hinterfragen. Allerdings weiß ich nicht, warum es hierfür eines Landtagsbeschlusses bedarf. Wenn wir etwas von der Regierung wissen möchten, und das sage ich als Oppositionsmitglied, dann beantragen wir das im Ausschuss, bereden das und aus meiner Erfahrung bekommen wir auch von der Regierung entsprechende Antworten, die uns weiterhelfen, die Entscheidung zu treffen beziehungsweise die notwendigen Maßnahmen dann auch einzuleiten.

Was Ihren Antrag in dieser Gesamtheit angeht, kann ich sagen, dass wir uns zu ihm enthalten werden. Wie eingangs erwähnt, halten wir das ganze Thema für wichtig und richtig. Bürgerschaftliches Engagement ist in der Entwicklungspolitik wichtig, aber auch das Engagement der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Gerade hier sehen wir noch erheblich Luft nach oben, und das ist noch vorsichtig formuliert. Jedenfalls darf sich das Handeln des Landes nicht auf die vier im Antrag aufgeführten Punkte beschränken. Was das alles ist, was wir zur Entwicklungspolitik beisteuern können, das ist in den Entwicklungsländern – und da deutlich – herauszukristallisie-

ren, und nur damit können wir ihnen helfen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Texter von der CDU-Fraktion.

Andreas Texter, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh und dem Koalitionspartner dankbar, dass wir heute dieses Thema Entwicklungshilfe, Entwicklungspolitik in unserem Bundesland besprechen und darüber reden können. So, wie eben vorweg gesagt wurde: Mecklenburg-Vorpommern - und da machen wir uns nichts vor ist in der Entwicklungspolitik oder auch mehr noch in der Entwicklungshilfe ein sogenannter Zwerg. Das müssen wir ehrlich zugeben und man muss auch nicht so tun, als wenn es anders wäre. Mecklenburg-Vorpommern spielt im Orchester aus Bund und Ländern im Bereich der Entwicklungshilfe sinnbildlich nicht die erste Geige. Gemessen an der Finanzkraft, der Bevölkerungszahl und den strategischen Interessen unseres Bundeslandes wäre alles andere auch verwunderlich.

Ich möchte daher zunächst kurz die Gelegenheit nutzen, ein paar grundsätzliche Worte zum Thema Entwicklungspolitik zu verlieren, und ich möchte ein paar Worte zum aktuellen Kurs der Bundesregierung sagen. Dass dieser sich nämlich demnächst verändern wird, hat die Bundeskanzlerin kürzlich in einem viel beachteten Fernsehinterview angedeutet. Angesichts der Flüchtlingskrise und humanitären Katastrophen in der Welt werden die europäische und auch die deutsche Entwicklungspolitik einem großen Wandel unterzogen werden müssen. Entwicklungshilfe wird sich in Zukunft sehr viel stärker danach ausrichten, wie den Menschen in den Krisengebieten wirksam geholfen werden kann. Flüchtlingsströme, wie sie gegenwärtig unterwegs sind, wird die EU und insbesondere Deutschland so nicht ewig verkraften.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns die Welt heute anschauen, dann zeigt sich ein eher ernüchterndes Bild. Bis heute kommen die Fortschritte der Menschheit nur einer Minderheit zugute. Diese Minderheit lebt in den westlich orientierten Industrieländern, die Menschen, die vornehmlich auf der Südhalbkugel der Erde leben, sind von einem menschenwürdigen Dasein oft weit entfernt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil wir auf ihre Kosten leben, das ist doch völlig klar.)

Fast die Hälfte der Weltbevölkerung hat nicht mehr als zwei US-Dollar tagtäglich zur Verfügung,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

über 100 Millionen Kinder haben keinen Grundschulunterricht und müssen durch eigene Arbeit zum Überleben ihrer Familie beitragen.

Die wirtschaftliche Globalisierung hat immerhin dazu geführt, dass einige wirtschaftlich sehr schwache Staaten den Anschluss an den Weltmarkt geschafft haben in den letzten Jahrzehnten. Dies sind zum Beispiel China, Indien und die sogenannten asiatischen Tigerstaaten. An den meisten afrikanischen Ländern – und insbesondere in den Krisengebieten des Nahen Ostens sind die am

wenigsten entwickelten Länder – südlich der Sahara ging die Globalisierung jedoch im Wesentlichen vorbei.

Wie ist Entwicklungspolitik in unserem Bundesland? Hier ist das schon durch Frau Kaselitz dargestellt worden. Federführend für Entwicklungszusammenarbeit im Land ist die Staatskanzlei. Die überwiegenden Aktivitäten konzentrieren sich derzeit auf die finanzielle Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte. Mecklenburg-Vorpommern ist ein aktives Mitglied in der norddeutschen Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung. Hauptsächliches Ziel dieser Partnerschaft ist es eben, einen Beitrag zur Reduzierung von Umweltbelastungen, zum Abbau von Armut und Ungerechtigkeit sowie zur Zukunftsfähigkeit zu leisten. Hier liegt die Federführung beim Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, welches das Land auch am runden Tisch des Nationalkomitees der UN-Dekade vertritt. Weiterhin koordiniert das Ministerium für Landwirtschaft. Umwelt und Verbraucherschutz die Bildungsaktivitäten im Rahmen der norddeutschen Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade.

Ehrenamtliche Arbeit – ein weiterer Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Hier sind die NGOs genannt worden, das ist ein wichtiger Beitrag. Das Eine-Welt-Netzwerk ist hier beispielhaft zu nennen. Unter diesem Netzwerk sind zahlreiche Organisationen versammelt, die Bildungsangebote machen, die die landesweiten Entwicklungspolitischen Tage in Mecklenburg-Vorpommern jährlich organisieren. Diese Entwicklungspolitischen Tage 2015 finden vom 2. bis 22. November statt – das Motto heißt: "Ihr Einsatz bitte!", zum Jahresthema Engagement und Bürgerrechte. In diesen Tagen finden über 120 Veranstaltungen an 23 Orten in Mecklenburg-Vorpommern und zusätzlich in Lübeck und Stettin statt. Das komplette Programm ist im Internet natürlich zu finden.

In Europa nehmen wir unsere Bürgerrechte als selbstverständlich wahr. Freie Wohnortwahl, Selbstbestimmung, Demonstrationsrecht und Meinungsäußerung sind für uns selbstverständlich, in vielen Regionen des Südens ist das eben nicht der Fall.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Sie dürfen jetzt aber nicht so schlecht über Bayern reden. – Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD)

Die Entwicklungspolitischen Tage bieten Vorträge, Lesungen, Aktionen, Filme, Ausstellungen, Workshops und Schulprojekte. Die Entwicklungspolitischen Tage in Mecklenburg-Vorpommern sind die wichtigste landesweite Veranstaltungsreihe zu entwicklungspolitischen Themen und finden wie bereits erwähnt jährlich am Jahresende statt. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an die vielen ehrenamtlichen Akteure richten, die sich mit großem Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen.

Zum Änderungsantrag der GRÜNEN: Den können wir leider so nicht mittragen, denn ich denke, unter Punkt 3 ist nicht 2015 gemeint,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber gut, okay, das ist auch nicht das Thema. Dennoch, einen eigenen Etat einzurichten und einen Beirat zu

gründen, halten wir an dieser Stelle für nicht zielführend. Den Änderungsantrag werden wir damit ablehnen. Ich bitte um Zustimmung für den Antrag der Koalition. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! "Bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik würdigen" – ich muss sagen, bei dem Titel des Antrages war ich sehr gespannt, welche Forderungen sich dahinter verbergen. Allerdings war ich dann doch ziemlich ernüchtert. Ich denke, Frau Borchardt hat das ähnlich erfahren.

Ich will vorausschicken, dass ich das zivilgesellschaftliche Engagement zur Entwicklungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern großartig finde. Viele Menschen in unterschiedlichen Verbänden, in Gruppen, in Vereinen und auch Einzelpersonen widmen sich mit ganz viel Engagement diesem Thema in all seinen Facetten hier in unserem Bundesland. Es werden konkrete Projekte unterstützt, es wird Bildungsarbeit geleistet, Kontakte werden geknüpft. Ich finde es gut und richtig, dass diese Arbeit gewürdigt wird, von daher ist der Antrag auch bei uns auf Zustimmung gestoßen.

Angesichts der Bedeutung von Entwicklungspolitik, die ja auch kurz im Antrag anklingt, erscheint mir die Forderung in Ihrem Antrag aber deutlich zu kurz gegriffen.

(allgemeine Unruhe)

Die Landesregierung soll nun "in regelmäßigen Abständen" über die entwicklungspolitische Arbeit der Staatskanzlei den Europa- und Rechtsausschuss …

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Karlowski, bitte einen kleinen Moment!

Ich bitte ...

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... unterrichten.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Karlowski, bitte!

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte um Ihr Gehör, und wer sonst etwas zu klären hat, draußen gibt es die Lobby, damit Frau Karlowski ihre Rede in Ruhe durchführen kann.

Bitte, Frau Karlowski.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin!

Was ist denn ein "regelmäßiger Abstand"? Und was, bitte schön, macht dann der Europa- und Rechtsausschuss mit diesen Informationen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nichts.)

Das ist offen, vielleicht nichts.

Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Wenn wir es ernst damit meinen, dass wir dazu beitragen wollen, dass Menschen in anderen Teilen der Welt nicht mehr hungern und in Elend leben oder sich aus purer Not auf den lebensgefährlichen Weg Richtung Europa machen, müssen wir Entwicklungspolitik herausholen aus der Nische, in der sie leider viel zu oft gesehen wird. Entwicklungspolitik muss alle politischen Entscheidungen und ihre jeweiligen Auswirkungen betrachten. Wir Bündnisgrünen nehmen das sehr ernst und ich bin davon überzeugt, dass Entwicklungspolitik auch immer wieder hinterfragt werden muss, sie muss immer wieder neu ausjustiert und auf die Waage gestellt werden.

Im Juni dieses Jahres fand hier in diesem Plenarsaal die Veranstaltung statt "Wer entwickelt wen wofür?". Veranstalter war das Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern. Die Veranstaltung war wirklich sehr gut besucht, der Raum war voll und die interessanten Referate und anregenden Diskussionen wirken bis heute bei mir nach. Es wurde anhand konkreter Zahlen und Beispiele deutlich, dass viele Entwicklungsprojekte ein Hauptziel haben, das mit Entwicklungspolitik eigentlich nicht viel zu tun hat, denn oft geht es darum, und zwar viel zu oft, Absatzmärkte für die eigenen Produkte zu schaffen. Dies wurde beispielhaft für die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei und Energie dargestellt.

Es wurde deutlich, dass eine verantwortungsvolle Entwicklungspolitik nicht losgelöst von scheinbar nationalen Fragestellungen gesehen werden kann. Das heißt für mich, Agrarpolitik und Entwicklungspolitik können keine zwei getrennten Politikfelder sein, genauso wie sich Entwicklungspolitik auch in die Wirtschafts-, Umwelt-, Energie-, Sozial-, Finanz- oder Bildungspolitik hineinfinden muss.

In Mecklenburg-Vorpommern ist, Sie haben es gehört, hauptsächlich die Staatskanzlei innerhalb der Landesregierung mit dem Thema Entwicklungspolitik befasst. Diese Aufgabe nimmt sie sehr gewissenhaft wahr, allerdings ist für diese Aufgabe weder ein eigenes Referat noch ein Etat vorgesehen, mit dem man irgendwelche Handlungsspielräume hätte. Im Haushaltsplan der Staatskanzlei werden lediglich, ich zitiere: "Zuschüsse für die Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften aus Transformations- und Entwicklungsländern in Mecklenburg-Vorpommern" bereitgestellt. 2015 sind das 80.000 Euro, 2016 und 2017 jeweils nur noch 25.000 Euro. Das ist wirklich ein schlechter Witz. Da kann doch gerade mal ein Mensch eine Ausbildung erhalten.

Momentan werden zwischen 200.000 und 400.000 Euro im Jahr aus den Einnahmen der BINGO!-Lotterie der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung zur Verfügung gestellt. Das ist natürlich toll und für viele Projekte eine große Hilfe. Dass das Land sich hier aber nicht mit deutlich mehr Geld einbringt, das ist nicht hinnehmbar.

Wir fordern daher, dass der Etat für Entwicklungspolitik drastisch erhöht werden muss und damit auch das erfolgreiche Programm der Promotoren weitergehen kann. Frau Kaselitz hat ja auch angedeutet, dass die Fraktion der SPD daran arbeitet. Das habe ich wohl zur Kenntnis genommen, da werden wir natürlich gemeinsam miteinander dafür streiten können.

Eine weitere Forderung ist, so wie in anderen Bundesländern auch entwicklungspolitische Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern zu formulieren. Ich erinnere mich gut, dass in der vorhin genannten Veranstaltung im Juni Kollege Rudi Borchert die Leitlinien als wichtiges Instrument der Entwicklungspolitik im Lande ausdrücklich genannt und eingefordert hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eh, Rudi! – Rudolf Borchert, SPD: Da konnte ich mich leider nicht durchsetzen.)

Ich hoffe daher sehr, dass sich seine Einschätzung nicht geändert hat und er die Forderung, diese Leitlinie als gemeinschaftlich erarbeitetes Bekenntnis zur Entwicklungspolitik in diesem Lande unterstützt. Vielleicht hören wir von Rudi Borchert dazu heute noch ein Wort.

Wichtig ist, dass alle Ministerien und die Gruppen und Verbände des Eine-Welt-Landesnetzwerkes sich an der Erarbeitung der Leitlinien in angemessener Weise beteiligen können. Ich möchte, dass Mecklenburg-Vorpommern in der Entwicklungspolitik Verantwortung übernimmt. Dazu gehört dann nach meiner Überzeugung auch die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirates, der sowohl die Erarbeitung der Leitlinien begleitet als auch deren Umsetzung überwacht.

Meine Damen und Herren, holen Sie die Entwicklungspolitik in diesem Landtag heraus aus ihrem Dornröschenschlaf! Nehmen Sie sich ein Beispiel an den vielfältigen haupt- und ehrenamtlichen Initiativen im Land, ohne die es keine Entwicklungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern geben würde! Stimmen Sie unserem Änderungsantrag auf der Drucksache 6/4622 mit der vorhin erwähnten kleinen Korrektur zu! Dann sind Sie einen ganzen Schritt weiter als mit dem Ursprungsantrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Jetzt kommen wir zu den deutsch-polnischen Beziehungen.)

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! SPD und CDU haben sich hier zusammengetan, um bürgerschaftliches Engagement für die Entwicklungshilfe zu würdigen. Das ist frech. Denn in Wirklichkeit betreiben Sie Anti-Entwicklungspolitik. Sie bekennen sich ganz offen dazu, sind sogar stolz darauf, dass Sie den Entwicklungsländern das Wertvollste, was diese haben, wegnehmen wollen: junge, qualifizierte Leute. Damit wird ja die Aufnahme so vieler sogenannter Flüchtlinge gerechtfertigt. Sie seien hoch qualifiziert, jeder ist ein Herzchirurg, jeder ist ein Raketentechniker, deshalb seien sie ein Gewinn für den Arbeitsmarkt und für die deutsche Volkswirtschaft. Sie würden auch die Renten bezahlen, sie würden das überalterte deutsche Volk verjüngen, alles wunderbar.

Wenn das stimmen würde, was soll dann bitte aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea werden, wenn Sie sich die gut ausgebildeten jungen Leute schnappen? Das ist nicht Entwicklungshilfe, das ist Vampirismus. Wie ein Vampir saugen Sie die Dritte Welt und Osteuropa aus und nut-

zen den syrischen Bürgerkrieg als Gelegenheit, um sich mit neuem Personal zu versorgen. Sie plündern die Gesundheitssysteme dieser Länder, holen die Ärzte raus und preisen das als große humanitäre Tat. Sie behaupten, man könne hoch moralisch sein und gleichzeitig Kasse machen, bunt, tolerant, Willkommenskultur und maximaler Profit.

Das geht aber nicht. Steinreiche Heilige kennt die Heiligengeschichte der Katholischen Kirche nicht. Heilige sind in der Regel arm. Sie wollen aber maximalen Profit machen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Also ist Ihr Gerede von Entwicklungshilfe und Flüchtlingshilfe reine Heuchelei. Die Wahrheit ist, dass es einen Verlust für die Dritte Welt und Osteuropa darstellt, wenn Sie sich die nach den dortigen Maßstäben qualifizierten Leute greifen, womit Sie die dortigen Volkswirtschaften bewusst und bösartig zerstören.

Es ist aber für uns kein Gewinn, wenn diese Leute kommen. In der neuen Ausgabe, der aktuellen Ausgabe des "Focus", können Sie einen Artikel mit der Überschrift "Ingenieure auf Realschulniveau" von Professor Heiner Rindermann lesen, Zitat mit freundlicher Genehmigung der Präsidentin: "Der Bildungsstandard der meisten Einwanderer aus Vorderasien und Afrika ist niedrig, ihre Fähigkeiten sind limitiert. Die Folgen werden bitter sein" – bitter für die Entwicklungsländer, denn dort fehlen sie. Und da hilft Ihre komische Lotterie auch nichts,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Komische Lotterie!)

wenn Sie den Leuten die qualifizierten Menschen wegnehmen und dann ein paar Millionen rüberschicken aus einer Lotterie oder ein paar Lotterielose schicken. Ein Lotterielos ist kein Ersatz für einen Arzt.

Bitter für uns ist es aber auch, weil Ingenieure und Ärzte auf Realschulniveau unsere Wirtschaft und auch unseren Patienten schaden und nicht nützen. Deshalb ist es zynisch, wenn SPD und CDU die großen Entwicklungshelfer geben. Sie sind das Gegenteil. Es ist widersinnig, dass wir Millionen als Entwicklungshilfe nach Afghanistan geben und gleichzeitig arbeitsfähige junge Männer aus Afghanistan begrüßen und für die Willkommenspartys feiern. Es ist widersinnig, wenn wir unsere Soldaten nach Afghanistan schicken und wehrfähige junge Männer aus Afghanistan hier begrüßen mit Willkommenspartys. Das alles ist dumm und bösartig, genau wie Sie. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Kaselitz von der Fraktion der SPD.

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte es angekündigt, in einem der letzten Newsletter vom Eine-Welt-Landesnetzwerk war zu lesen:

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Newsletter!)

"... die aktuellen Ereignisse rund um die Situation und den Umgang mit Geflüchteten in Deutschland und welt-

weit treiben ... viele Menschen an, setzen Energien und Engagement frei und zeigen, dass Entwicklungspolitik auch Inlands- und Bildungsarbeit ist und weiter sein muss "

Als Bildungspolitikerin ist es für mich die Bildungsarbeit, die eine der wichtigsten Säulen in der Entwicklungspolitik darstellt. Und unser Einsatz für das Promotorenteam hat auch das Ziel, mit Bildung erste dauerhafte Schritte im Land zu gehen. Das menschliche Zusammenleben ist künftig auf Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen angewiesen. So ist national und international Bildung für nachhaltige Entwicklung von besonderer Bedeutung. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, wie globale Herausforderungen wie der Klimawandel, die Wasserknappheit oder der Rohstoffmangel zu meistern sind, wie es uns gelingt, gesellschaftliche Zusammenhänge in der Welt zu analysieren und zu werten. Das wird wichtig.

Mit der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung sind neue, universelle Ziele für alle Länder der Erde aufgestellt. Dabei wird Bildung für nachhaltige Entwicklung als ein eigenes Ziel benannt und alle Staatschefs und Staatschefinnen der Welt haben diese Sache unterschrieben. Bildung für nachhaltige Entwicklung hat das Ziel, eine zukunftsfähige Welt zu gestalten.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das machen wir schon ein halbes Jahrhundert.)

In den Jahren 2005 bis 2014 war mit der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung der Einstieg in dieses Thema gegeben. Auf Beschluss der Vereinten Nationen im Dezember 2014 wurde mit einem Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung als Folgeprogramm angeknüpft. Ziel ist eine Verstetigung und Intensivierung der Aktivitäten in allen Bildungsbereichen, um den Fortschritt hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu beschleunigen.

Auf dem Weg von Projekt zu Struktur soll sich Bildung für nachhaltige Entwicklung künftig stärker und breiter aufstellen. Wichtig ist dabei unter anderem die politische Unterstützung durch strukturelle und inhaltliche Verankerung im Bildungsbereich und in der Nachhaltigkeitspolitik der Länder, die Multiplikator/-innen-Qualifikation von Lehrkräften, Erzieher/-innen, Ausbilder/-innen und weiterer Akteure bei einer Neuorientierung der Lehrinhalte und Lehrmethoden, die Verstärkung der lokalen Vernetzung, die Stärkung und Mobilisierung der Jugendlichen sowie die Etablierung von Netzwerken.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist wichtig, Netzwerke.)

In der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung für nachhaltige Entwicklung und über das Institut für Qualitätsentwicklung werden Ideen entwickelt zur Umsetzung des Weltaktionsplanes. Dazu wurden bereits Zukunftswerkstätten, eine Tagung und Fortbildungen genutzt. Als Ergebnis, zum Beispiel für den Bereich Schule, wurde die Arbeit in vier Schwerpunktfeldern angeregt: Bildung für nachhaltige Entwicklung im Unterricht, in der Lehr-, Ausund Fortbildung, Schaffung von Netzwerken und ein ganzheitlicher Ansatz in der Schule. Und weiterhin ist für 2016 eine Konferenz zu den Themen Friedenserziehung, Konfliktbewältigung, Flucht, gemeinsam in Frieden leben, Umgang mit Lebensmitteln, Kleidung und Technik geplant. Eine ähnliche Landestagung gab es in diesem Jahr

bereits zum Thema Inklusion und Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Auch im Schulgesetz unseres Landes finden wir in Paragraf 3 Lernziele, die dem Anspruch an Bildung für nachhaltige Entwicklung gerecht werden, zum Beispiel: Die Schülerinnen und Schüler sollen in der Schule insbesondere lernen, soziale und politische Mitverantwortung zu übernehmen, die eigene Meinung zu vertreten und die Meinung anderer zu respektieren, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten, Konflikte zu erkennen, zu ertragen und sie vernünftig zu lösen, Ursachen und Gefahren totalitärer und autoritärer Herrschaft zu erkennen, ihnen zu widerstehen und entgegenzuwirken, Verständnis für die Eigenart und das Existenzrecht anderer Völker, für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen zu entwickeln,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja, grau ist alle Theorie.)

mit der Natur und Umwelt verantwortungsvoll umzugehen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

für die Gleichstellung von Frauen und Männern einzutreten.

In Paragraf 5 Schulgesetz sind als relevante Gegenstandsbereiche des Unterrichts genannt: Demokratie-, Rechts- und Friedenserziehung, die Förderung des Verständnisses von wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhängen, interkulturelle Erziehung, Europaerziehung, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Interkulturelle Erziehung!)

Bereits seit 2008 sind in der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung an den Schulen Ziele, Auswahlkriterien für die Themenwahl, Methoden zur Entwicklung von Gestaltungskompetenz, alters- und schulartspezifische Schwerpunkte festgelegt. Die Schülerinnen und Schüler sind danach unter anderem zu befähigen, sich Lebensformen anderer Kulturen erschließen zu können, um Wirkungszusammenhänge in der Weltgesellschaft zu erkennen,

(Udo Pastörs, NPD: Weltgesellschaft!)

Empathie, Mitverantwortung und Solidarität entwickeln zu können, um sich stärker für eine weltweite Gerechtigkeit zu engagieren. Die Themen ermöglichen sowohl das Erkennen der Wechselwirkungen zwischen dem eigenen Handeln und dessen Folgen als auch zwischen lokalem und globalem Handeln und dessen Folgen.

Zur Unterstützung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung gibt es pro Schulamt eine Lehrkraft als Regionalberater für nachhaltige Entwicklung und an jeder Schule eine Lehrkraft als Schulberater. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, das Sozialministerium und die Schulämter berufen Vertreter in eine Landesarbeitsgruppe Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Federführung liegt beim Ministerium für Bildung. Die Arbeitsgruppe vernetzt sich mit anderen Akteuren und unterstützt die Regional- und Schulberater.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, derzeit sind im Land 18 außerschulische Bildungsanbieter nach speziellen Kriterien im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung zertifiziert. Diese sogenannte NUN-Zertifizierung,

(Udo Pastörs, NPD: NUN!)

das steht für "norddeutsch und nachhaltig", ist sehr begehrt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Das glaube ich. Da kann man viel Geld mit verdienen, Schwarzgeld einkassieren.)

Am 19. September fand in Zusammenarbeit mit der Akademie für Nachhaltige Entwicklung in Güstrow gerade die letzte NUN-Zertifikatsverleihung statt. Mit dem Bildungsträger Soziale Bildung Rostock, dem Biosphärenreservat Schaalsee-Elbe/Zarrentin, dem LandWert Schulbauernhof in Stahlbrode und dem Landeszentrum für erneuerbare Energien Neustrelitz werden vier Einrichtungen als Bildungszentren für Nachhaltigkeit ausgezeichnet. Von hier aus herzliche Glückwünsche!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU und Udo Pastörs, NPD)

Zuletzt möchte ich noch auf die Wettbewerbe zum Themenbereich Entwicklungspolitik und Bildung für nachhaltige Entwicklung hinweisen. Beim Umweltwettbewerb "Schule auf dem Weg zur Nachhaltigkeit – Nachhaltigkeit in der Schule" agieren das Bildungsministerium, das Energieministerium und die Deutsche Bahn gemeinsam. Am laufenden Wettbewerb "Umweltschule in Europa" der Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung nehmen derzeit circa 30 Schulen teil.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Er wird gemeinsam vom Landwirtschaftsministerium, Bildungsministerium und der Akademie für Nachhaltige Entwicklung begleitet und durchgeführt.

Wenn ich ehrlich bin, habe ich vor der Erarbeitung dieses Redebeitrags nicht genau gewusst, wie umfangreich bereits bisher unsere Möglichkeiten bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Themen sind. Dass Ihnen das auch so geht und dass wir auch an uns allen selber noch lange arbeiten müssen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

bis wir das Verständnis für diese Aufgabe aufbringen, das erkennen wir heute hier selbst.

(Udo Pastörs, NPD: Mea culpa, mea maxima culpa!)

Aber unterstützen wir unsere Kinder und unsere Jugendlichen und all die, die sich beruflich und ehrenamtlich diesem Thema zuwenden! Lernen wir selber immer wieder dazu und lernen wir, uns gegen solches Geschwätz zu wehren!

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Angekommen ist das Thema in unserer alltäglichen Wirklichkeit längst.

(Udo Pastörs, NPD: Bei Ihnen zu Hause am Küchentisch.)

Auf der Internetseite eines neu gegründeten Vereins für Flüchtlingshilfe und Integration war zu lesen: "Die große Weltpolitik ist" in unserer Kleinstadt "angekommen. Auch wir bieten Flüchtlingen eine sichere Unterkunft und das Nötigste zum Leben. Der Kampf um Märkte, Rohstoffe, Wachstum und Macht produziert weltweit riesige Flüchtlingsströme."

(Udo Pastörs, NPD: Sie produzieren die mit.)

"Das ist die andere Seite des Wohlstandes der Industrienationen. Ungefragt sind wir nun vor Ort gefordert, die Integration der hier gestrandeten Menschen aktiv zu unterstützen."

Ich würde mich freuen, wenn wir uns zur Eröffnung der Entwicklungspolitischen Tage am 2. November hier in Schwerin oder zu einer der vielen anderen Veranstaltungen während dieser Woche irgendwo im Land unter besseren Bedingungen als heute hier treffen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Kaselitz.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4622 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Ja, danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU und die Fraktion der NPD und es enthielt sich niemand. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4622 abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4591. Und wer dem zuzustimmen wünscht ...

(allgemeine Unruhe)

Wir sind in der Abstimmung. Ich bitte um entsprechende Ruhe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann stimmen Sie doch ab!)

Ich bitte einfach um Ruhe.

(Heinz Müller, SPD: Frau Berger! – Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Berger, bitte!)

Wer dem Antrag 6/4591 zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Ja, danke. Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD und CDU und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmte die Fraktion der NPD und es enthielt sich die

Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4591 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – CETA-Handelsabkommen ablehnen, die Drucksache 6/4581.

Antrag der Fraktion DIE LINKE CETA-Handelsabkommen ablehnen – Drucksache 6/4581 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 10. Oktober 2015 haben unter dem Motto "TTIP & CETA stoppen! – Für einen gerechten Welthandel!" etwa 250.000 Menschen bei einer Großdemonstration im Herzen von Berlin gegen die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA sowie Kanada protestiert. Auch in anderen europäischen Staaten gab es Proteste. Insgesamt gingen mehrere Millionen Europäer/-innen auf die Straße gegen TTIP und CETA – ein noch nie da gewesener europaweiter Protest.

Phantasievoll und fachkompetent wurde durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Risiken und Nebenwirkungen der entsprechenden Freihandelsabkommen aufmerksam gemacht. Mehr als 3,5 Millionen Menschen haben europaweit die Bürgerinitiative gegen die Freihandelsabkommen unterschrieben.

Auf Drängen meiner Fraktion hat sich das Parlament in den letzten Monaten mit TTIP und seinen allgemeinen beziehungsweise spezifischen Auswirkungen auf die unterschiedlichsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auseinandergesetzt. Heute nun thematisieren wir aus aktuellem Anlass das CETA-Abkommen, sprich das Abkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada, und das aus gutem Grund.

Richtig ist, dass der Text des Abkommens seit fast einem Jahr vorliegt und ausverhandelt ist. Die Ratifizierung dieses Abkommens steht unmittelbar bevor, es gilt nur noch, ein paar Formalitäten zu klären. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handelt und die Ratifizierung im Europaparlament nicht ausreichen wird. Auch die Parlamente der Mitgliedsstaaten, einschließlich des Bundesrates, werden über CETA abstimmen müssen.

Selbstverständlich ist uns bewusst, dass wir der Regierung nicht vorschreiben können, wie sie abzustimmen hat, aber sie sollte aus unserer Sicht

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mal ein bisschen auf uns hören.)

schon wissen, wie wir als Landtag bestimmte Fragen bewerten und welche Anforderungen wir stellen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Warum sind wir der Auffassung, dass das CETA-Abkommen abzulehnen ist? Bei CETA handelt es sich um ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union. Dabei geht es im Wesentlichen um umfassende Zoll- und Handelserleichterungen. Wenn man das so hört, meine Damen und Herren, werden

natürlich sofort die Parallelen zu TTIP deutlich oder besser gesagt die Parallelen von TTIP zu CETA, schließlich war CETA schon vorher da.

Und in der Tat ist es wirklich so: CETA galt als die maßgebliche Blaupause für TTIP. Damit sind natürlich auch alle Kritikpunkte die gleichen. Insofern verweise ich auf die Debatten, die wir hier schon zu TTIP geführt haben. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch nicht so detailliert auf die Kritiken eingehen, die wir zu TTIP hier vorgebracht haben, seien es die unzureichende Transparenz, die Gefährdung von Standards oder Eingriffe in die kommunale Daseinsvorsorge.

Nun werden Sie mir sicherlich erwidern, dass im Prozess der Erarbeitung von TTIP aus Ihrer Sicht kleine und bescheidene Erfolge erzielt worden sind. Das kann man über CETA in keinster Weise behaupten, im Gegenteil. Als Beispiel nehme ich einmal die ISDS-Schiedsgerichte. Hintergrund der Schiedsgerichte war Folgendes: Als die Bundesrepublik Deutschland in den 50er- und 60er-Jahren die ersten Handelsabkommen abschloss, hatte man es häufig mit Staaten ohne entwickelte Rechtssysteme zu tun. Man musste also einen rechtlichen Schutzbereich für Unternehmen schaffen und auch eine Gerichtsbarkeit, vor der sie diesen Schutzbereich verteidigen konnten. Das waren die privaten Schiedsgerichte. In vielen damaligen Fällen machte dieses durchaus Sinn. Im Falle von Europa und Kanada oder auch den USA bedarf es dieser Gerichte aber nicht. Die rechtlichen Schutzbereiche sind klar festgelegt, sie sind einander ähnlich und es gibt überall gut funktionierende Gerichtsbarkeiten.

Wozu will man also solche privaten Schiedsgerichte? Die Antwort gibt uns Vattenfall. Hier wurde die Bundesrepublik Deutschland vom Energiekonzern Vattenfall wegen ihres Atomausstieges verklagt. Vor keinem Verwaltungsgericht hätte Vattenfall eine Chance gehabt. Der Konzern nutzte also die Investorenschutzklausel des internationalen Energiecharta-Vertrages und ging über die Schiedsgerichte, um an die gewünschten Milliarden zu kommen.

Und da wird das Problem deutlich, was heutzutage bei ISDS auftritt. Es geht nicht mehr darum, einen rechtlichen Schutzbereich zu schaffen, sondern den bereits vorhandenen und eigentlich ausreichenden Schutzbereich extrem zu erweitern, nämlich auf den Bereich demokratischer Parlamentsentscheidungen, die den Konzerninteressen zuwiderlaufen. Insofern ist auch der für TTIP angedachte Handelsgerichtshof durchaus mit Vorsicht zu genießen. Sicherlich ist er deutlich transparenter und er kommt auch im Ganzen einem anständigen Gericht deutlich näher. Trotzdem wohnt ihm immer noch die fragwürdige Erweiterung des rechtlichen Schutzbereiches der Konzerne inne. Es kommt also ganz maßgeblich darauf an, was dieser Gerichtshof am Ende entscheiden soll. Insofern wird das Problem der undemokratischen Schiedsgerichte durch einen Handelsgerichtshof nicht wirklich beseitigt, da auch er die Gefahr birgt, dass demokratische Entscheidungen aus Angst vor Schadensersatzklagen nicht so getroffen werden, wie sie eigentlich getroffen werden sollten. Und das, meine Damen und Herren, sollten wir nicht vergessen.

Sie mögen anführen, dass Frau Malmström in Aussicht gestellt hat, über die Schiedsgerichte irgendwann in Zukunft noch einmal verhandeln zu wollen.

(Burkhard Lenz, CDU: Kanada will die gar nicht anerkennen.)

Allerdings halte ich diese Ankündigung für nichts weiter als eine Beruhigungspille. Warum ist das so? Kürzlich hat die Nichtregierungsorganisation Foodwatch die Verhandlungsmandate der Europäischen Kommission für CETA öffentlich gemacht. Daraus geht hervor, dass ISDS im ursprünglichen Mandat von 2009 nicht vorkam. Erst im Jahre 2011 wurde ISDS auf Drängen der EU-Kommission hineinverhandelt – auf Drängen der Kommission, meine Damen und Herren! Die kanadische Seite hatte also an diesen Schiedsgerichten gar kein Interesse.

Das bringt mich zu zwei beziehungsweise sogar zu drei Erkenntnissen:

Erstens ist es nicht ersichtlich, warum ISDS erst später neu verhandelt werden muss. Die europäische Seite hat dieses Thema in CETA hineinverhandelt, also kann sie es auch einfach wieder herausnehmen. Das ist ganz einfach. Zu sagen, wir müssen später noch einmal dar- über reden, ist einfach Hinhaltetaktik.

Zweitens sind Verhandlungen immer ein Geben und Nehmen. Ich möchte an dieser Stelle nicht wissen, welche eigentlichen europäischen Interessen geopfert worden sind, um ISDS in das CETA-Abkommen hineinzuverhandeln.

Drittens bringt mich das zu TTIP. Wenn es nachweislich bei CETA die Europäische Kommission war, die ISDS unbedingt haben wollte, und wenn ich daran sehe, dass die USA mit Australien ein Freihandelsabkommen ohne ISDS abgeschlossen haben, dann liegt es doch sehr nahe anzunehmen, dass ISDS auch bei TTIP durch die Kommission eingebracht wurde. Insofern ist auch der Kompromiss mit dem internationalen Handelsgerichtshof ganz anders zu bewerten. Dieser Handelsgerichtshof ist offensichtlich kein Beweis für die Durchsetzungsfähigkeit der Europäer, sondern einfach nur ein Zurückrudern der Kommission von der eigenen Position aufgrund des öffentlichen Drucks. Ich denke da an die durchgeführte europaweite Konsultation, wo sich 97 Prozent der Teilnehmer gegen ISDS ausgesprochen haben. Ich halte es dann für fragwürdig, sich für diesen Erfolg selbst auf die Schulter zu klopfen.

Das bringt mich wieder zu CETA zurück. Die eigentliche Auseinandersetzung bei diesen Freihandelsabkommen – sei es CETA oder auch TTIP – liegt nicht zwischen Europa und Kanada oder den USA, sie liegt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Demokratie auf der einen Seite und den mächtigen Lobbygruppen und Großkonzernen auf der anderen Seite. Denn machen wir uns nichts vor, von ISDS und der Absenkung von Standards profitieren nicht nur Konzerne auf der Seite des Atlantiks, sondern alle Großkonzerne.

Darüber hinaus gebe ich zu bedenken, dass die Festlegungen im TTIP durch andere Regelungen bei CETA auch schnell unterwandert werden können. Zum Beispiel könnten Firmen aus Amerika eine Tochter oder sogar eine Briefkastenfirma in Kanada eröffnen. Damit könnten sie die ISDS-Regelungen in Anspruch nehmen. Wollen wir das alles wirklich?

(Burkhard Lenz, CDU: Ja.)

Ich denke nicht, denn das kam in der Aussprache zum Antrag von SPD und CDU im April 2015 deutlich zum Ausdruck.

Aber es geht noch weiter. Ganz deutlich wird die ganze Geschichte bei der regulatorischen Kooperation. Hier soll ein regulatorisches Kooperationsforum geschaffen werden, in dem die Aspekte diskutiert werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf die Aussprache und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Und ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Drese von der SPD-Fraktion.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Europäische Handelspolitik ist aktueller denn je. Auch in unserem Landtag ist das der Fall, und das ist gut so.

Nachdem DIE LINKE in der letzten Sitzung des Landtags einen Antrag mit sehr undifferenzierter Kritik am TTIP eingebracht hat, soll der Landtag sich in dieser Sitzung für eine Ablehnung des EU-Handelsabkommens mit Kanada aussprechen. Bei aller sozialdemokratischen Kritik, die wir im Moment noch an diesem Abkommen haben, ist eine solche Ablehnung verfrüht.

Allen in diesem Parlamentssaal wird die ablehnende Haltung der SPD gegenüber undemokratischen privaten Schiedsstellen, dem ISDS-System, wohl bekannt sein. Deshalb hat sich die Koalition auf Initiative meiner Fraktion bereits im Frühjahr mit dem Antrag "Globalisierung nach europäischen Standards gestalten" gegen ISDS ausgesprochen und gleichzeitig die sozialen Gestaltungsmöglichkeiten der europäischen Handelspolitik aufgezeigt. Dies ist nur mit einem gut ausverhandelten und fairen Handelsabkommen möglich.

Das Umdenken der Kommission bei ISDS im TTIP darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frau Malmström im CETA an den undemokratischen privaten Schiedsstellen festhalten will. Bei CETA ist inzwischen klar: Zwar wird Transparenz eingehalten – dazu zählen die Veröffentlichung sämtlicher Unterlagen, die Durchführung öffentlicher Anhörungen sowie die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen durch interessierte Gruppen und NGOs –, aber gerade deshalb stellt sich für uns Sozialdemokraten die Frage: Warum brauchen wir ISDS, wenn man all diese Punkte sowieso vor den ordentlichen Gerichtsbarkeiten der EU und Kanadas juristisch einwandfrei klären kann?

Die SPD hat durch Verhandlungen und die Erarbeitung von neuen Konzepten erreicht, dass die Kommission ISDS im TTIP ad acta gelegt hat. Deshalb unterstützen wir das Europaparlament und insbesondere Bernd Lange in der Forderung, dass Frau Malmström bei CETA dringend nachverhandeln muss, ansonsten wird CETA im Europaparlament Schiffbruch erleiden.

In diesem Zusammenhang empfehle ich Ihnen das Interview des "Deutschlandfunks" mit Bernd Lange zur Frage der Nachverhandlungen. Die Wahlen und der Wahlkampf in Kanada sind vorbei. Nun kann das Paket endlich wie-

der aufgemacht werden, um Verbesserungen durchzusetzen. Bernd Lange unterstreicht in diesem Interview noch einmal ausdrücklich die Rolle und die Macht des Parlaments bei den Handelsabkommen. Und dass das Parlament als Bürgerparlament selbstbewusst genug ist, um Murks zu erkennen und folgerichtig abzulehnen, wenn seine Forderung nicht berücksichtigt wurde, haben die Ablehnung von ACTA und des Handelsabkommens mit Marokko gezeigt.

An dieser Stelle muss ich aber auch sagen, dass mich die Qualität der Fragen doch sehr überrascht hat. Vom "Deutschlandfunk" habe ich in diesem Zusammenhang mehr erwartet.

Wir Sozialdemokraten stehen zu unserem Konsensbeschluss, der ISDS eindeutig ablehnt. Gerade deshalb haben wir immer gefordert, dass CETA erst parafiert werden soll, wenn ISDS aus dem vorläufigen Vertragstext herausgenommen wurde. An dieser Stelle war die Kommission leider taub. An diesem Beispiel sieht man aber auch, was dabei herauskommt, wenn man einen konservativen Kommissionspräsidenten und einen liberalen Handelskommissar derartige Abkommen verhandeln lässt, nämlich nichts Gutes. Insofern ist es gut, dass wir durch die Beratung solcher Anträge immer wieder für Verhandlungen statt Blockaden werben können.

Werben möchte ich bei der LINKEN auch dafür, sich die zur Verfügung stehenden Texte wirklich noch einmal genau durchzusehen. Unter Punkt 1b wird die regulatorische Kooperation angesprochen. Diese wird von Ihnen als vertraglich garantierter Lobbyismus bezeichnet. Vielmehr haben die EU und Kanada im Rahmen der umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen die Schaffung eines Forums für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen vereinbart. In diesem Forum tauschen die Regulierungsbehörden auf freiwilliger Basis Erfahrungen und Informationen aus und ermitteln Bereiche, in denen eine weitgehende Zusammenarbeit denkbar wäre. Die Änderung geltender oder die Entwicklung neuer Rechtsvorschriften fällt nicht in dessen Zuständigkeitsbereich. Es ist auch nicht befugt, Entscheidungen zu treffen. Es wird den Regulierungsbehörden und Gesetzgebern lediglich beratend zur Seite stehen und ihnen Vorschläge unterbreiten. Keinesfalls wird es die Entscheidungsbefugnis der Regulierungsbehörden in den Mitgliedsstaaten oder auf EU-Ebene einschränken.

Gestatten Sie mir, dem Hohen Haus einige Grundpositionen der Sozialdemokratie

(Udo Pastörs, NPD: Sozialdemokratie!)

zu einer fairen und gerechten Handelspolitik der Europäischen Union darzulegen. CETA gilt als eines der modernsten Handelsabkommen, das die EU je ausverhandelt hat. Es kann als Anhaltspunkt für zukünftige von der Europäischen Kommission zu verhandelnde Abkommen dienen. Europäische Unternehmen sollen nicht nur einen verbesserten Zugang zum kanadischen Markt erhalten, sondern können auf die Öffnung des kanadischen öffentlichen Beschaffungswesens zählen. Das stellt einen der wichtigsten Verhandlungserfolge der EU dar, denn gerade der Beschaffungsmarkt in den kanadischen Provinzen war für europäische Anbieter nahezu geschlossen. Ganz klar ist für uns, dass sichergestellt werden muss, dass das von der EU parallel zum Handelsabkommen mit Kanada verhandelte strategische Partnerschaftsabkom-

men eine bindende Menschenrechtsklausel enthält. Sollte diese Klausel verletzt werden, muss garantiert sein, dass auch die durch das Handelsabkommen geschaffenen Präferenzen suspendiert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, aber wie sieht nun eigentlich der Zeitplan des CETA-Abkommens aus? Der Europäische Rat mit den Staats- und Regierungschefs und das Europäische Parlament werden frühestens Ende 2015, eher Anfang/Mitte 2016 über das Abkommen entscheiden. Erst dann kann das Abkommen in Kraft treten, jedoch nur vorläufig. Wenn es sich um ein gemischtes Abkommen handeln sollte, müssten alle 28 Mitgliedsstaaten das Abkommen ratifizieren. Das würde dann wohl eher 2017 der Fall sein. Sollte es sich tatsächlich um ein gemischtes Abkommen handeln, ist der Bundesrat aber nicht automatisch an der Abstimmung beteiligt, es muss dann erst einmal geprüft werden, ob in dem Abkommen überhaupt Zuständigkeiten der Länder berührt werden. In dieser Zeit werden wir weiter für Nachverhandlungen kämpfen und das Abkommen auf Herz und Nieren prüfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der letzten Sitzung des Europa- und Rechtsausschusses klang es bereits an, dass uns dieses wichtige Thema auch zukünftig beschäftigen wird. Wir sollten uns im zuständigen Europaausschuss im Rahmen der Selbstbefassung mit CETA auseinandersetzen, um dem Landtag eine fachlich versierte und einwandfreie Beschlussempfehlung vorlegen zu können. Den Antrag in seiner originären Version können wir nicht überweisen, da nach einer Bearbeitung durch unsere Europapolitiker wahrscheinlich nur noch das Wort "CETA" übrig bliebe und alles andere gestrichen werden müsste. Wir werben unter den Demokraten allerdings für eine Befassung im Europaausschuss. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schon wieder?)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Drese, ich habe es mit Wohlwollen gehört, dass Sie dafür werben, dass wir uns mit dem Thema im Europaausschuss noch mal befassen. Ich hatte in der letzten Sitzung des Europaausschusses darum geworben, dass wir möglicherweise auch über einen Verweisantrag nachdenken. Den will ich jetzt hier nicht stellen. Ich nehme Sie beim Wort, weil ich glaube, dass das Thema so wichtig ist, dass wir uns im Europaund Rechtsausschuss in der Tat noch einmal damit beschäftigen sollten.

Wir haben seit zehn Tagen auch öffentlich eine nachhaltige Rückendeckung erhalten, alle diejenigen – auch die SPD hat ja gerade etwas zur skeptischen Haltung gegenüber ISDS gesagt –, die sich mit dem Thema auseinandersetzen wollen. Etwa 250.000 Menschen haben in Berlin vor zehn Tagen demonstriert. Frau Borchardt hat darauf hingewiesen. Wenn ich mich richtig erinnere, dann war das eine der größten Demonstrationen. Ich kann mich

nur noch daran erinnern, dass bei der Atomfrage – Abschalten der Atomkraftwerke, Laufzeitverlängerungen – und, wenn man lange zurückgeht, in Westdeutschland bei den Demonstrationen zum NATO-Doppelbeschluss mehr Menschen auf der Straße waren.

(Udo Pastörs, NPD: Der gekommen ist, trotzdem.)

Ich glaube, dass wir sehr gut beraten sind, das Engagement, was es inzwischen gibt in vielen gesellschaftlichen Gruppen, sehr ernst zu nehmen, weil sich in dieser Demonstration und dem dahinterstehenden Engagement um dieses Thema viel Skepsis verbirgt.

Ich glaube übrigens auch – das ist jetzt eine Spekulation –, dass ein Großteil der Menschen, die vor zehn Tagen auf die Straße gegangen sind, vor vielleicht eineinhalb oder zwei Jahren mit den Begriffen "TTIP" oder "CETA" noch nicht so viel anzufangen wussten und dass das dazu beigetragen hat, dass es inzwischen doch ein großes Interesse und eine intensive Auseinandersetzung in viele gesellschaftliche Gruppen hinein gibt, weil eine Geheimhaltungspolitik gefahren worden ist, die viele erst neugierig gemacht hat. NGOs und viele Institutionen sowie der eine oder andere Whistleblower haben inzwischen ein wenig Licht ins Dunkel gebracht.

Im Mittelpunkt stehen die beiden Punkte, die DIE LINKE zum Inhalt des Antrags gemacht hat, nämlich die Frage ISDS-Schiedsgerichtsbarkeit, aber auch die Frage – und, Frau Drese, da bin ich nicht so ganz bei Ihnen –, inwieweit ein Forum geschaffen wird, Sie haben ja "Forum" gesagt, in dessen Rahmen Konzerne, Großindustrielle ihren Einfluss geltend machen können. Ich glaube, dass das, mal unabhängig davon, ob "beratend" drinsteht, weit über eine Beratung hinausgeht, sondern dass es hier um eine handfeste Einflussnahme gehen wird, wenn wir das zulassen.

Ich glaube, wir müssen seit Berlin, allerspätestens seit Berlin zur Kenntnis nehmen, die Bürger sind nicht einverstanden mit der Entmachtung der Justiz, die sich hinter ISDS schlussendlich verbirgt. Sie sind nicht einverstanden damit, dass Umweltstandards und Verbraucherschutzstandards geschliffen werden sollen, und sie sind nicht einverstanden damit, dass der Einfluss der Wirtschaftslobbyisten und der Verbände erhöht werden soll. Und das völlig Paradoxe an dieser Situation ist, dass sie eigentlich für etwas auf die Straße gehen, was in unserem Interesse ist. Sie treten nämlich dafür ein, dass wir, diejenigen, die mit darüber bestimmen, hier in diesem Bundesland letztendlich über eine Bundesratsentscheidung darauf achten, dass das Primat der Politik nicht eingegrenzt wird. Also sie sind eigentlich die Interessenvertreter auf der Straße für diejenigen, die in den Parlamenten sitzen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Die misstrauen euch, deswegen gehen sie auf die Straße.)

Das ist die völlig paradoxe Situation.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und es gibt das klare Zeichen: Lasst euch eure Handlungsfähigkeit, lasst euch eure Einflussmöglichkeiten nicht nehmen!

Interessant ist inzwischen, wie breit dieses Spektrum ist. Unter dem Demoaufruf letzte Woche standen nicht

nur die sogenannten üblichen Verdächtigen Campact, Greenpeace, Foodwatch, Attac, BUND oder NABU, sondern alle Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes von ver.di bis hin zur IG Metall und zur Gewerkschaft der Polizei. Auch der Deutsche Kulturrat, der Verband Deutscher Schriftsteller, der Mieterbund, die Jugend des Deutschen Alpenvereins,

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD)

die Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen und die Arbeiterwohlfahrt hatten den Aufruf unterzeichnet. Es waren Motorradklubs dabei, der Paritätische, der Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten, insgesamt 150 Organisationen, 150 NGOs von den Gewerkschaften bis hin zum Alpenverein. Ich zumindest habe so ein Bündnis noch nicht erlebt in der Geschichte Deutschlands.

Ich glaube, dass die Tatsache, dass uns diese Institutionen sagen, achtet darauf, dass Ihr eure Einflussmöglichkeiten behaltet, unterschreibt nicht, stimmt nicht zu, genügend Grund ist, uns auch in diesem Haus noch einmal intensiv mit den Konsequenzen aus CETA zu beschäftigen und die Landesregierung dabei zu begleiten, wie sie sich dann zu einem Zeitpunkt – die Zeitschiene ist ja vorhin genannt worden, sie ist noch nicht so klar fixierbar – in einer entsprechenden Bundesratsentscheidung positionieren soll.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Wir werden heute dem Antrag der LINKEN in den Einzelpunkten zustimmen, weil wir nach wie vor auf grüner Seite wissen, dass wir in eine schwierige Situation geraten werden, wenn wir vor den Bundesratsentscheidungen stehen in rot-grünen und schwarz-grünen Regierungen. Dieses wissend erteilen wir dem Antrag der Fraktion DIE LINKE unsere Zustimmung. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Lenz von der Fraktion der CDU.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU – Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Jochen Schulte, SPD – Burkhard Lenz, CDU: Jetzt haben Sie mich ein bisschen durcheinandergebracht. – Heinz Müller, SPD: Was machst du denn?!)

Burkhard Lenz, CDU: Wenn ich die ...

Entschuldigung, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich weiß nicht, ob ich die Sorgen nehmen kann, aber als Erstes: Ich bin ein bisschen überrascht gewesen, Frau Borchardt, werte Kollegin Borchardt, über die Einbringung, denn über TTIP haben wir ja hier nun lange genug gesprochen. Eine Frage aus der Praxis: Haben Sie mal mit jemandem gesprochen aus dem Mittelstand, der mit den USA oder mit Betrieben auf der anderen Seite des Atlantiks versucht, Verträge zu schließen und dort irgendwie Fuß zu fassen?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich habe an der Anhörung teilgenommen. Da waren auch Vertreter des Mittelstandes.)

Ja. Ich bin selber mal davon betroffen gewesen und ich kann nur empfehlen, vielleicht mal zu Weber Schneidtechnik nach Neubrandenburg zu fahren, der einige Unternehmen auch in den USA hat, und andere kleine mittelständische Unternehmen zu fragen, wie die im Augenblick mit den Klauseln, die im Handel mit den USA vorhanden sind, zurechtkommen. Das führt nämlich dazu, dass gerade kleine und mittelständische Unternehmen im Handel mit den USA einen unheimlichen Nachteil haben.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Also es ist wahrscheinlich bei TTIP so, dass das, wenn die Zölle wegfallen, Herr Rudi Borchert, und die ganzen Aufenthalte an den Zollstationen, die zu Verzögerungen führen, zu ständigen Umbauten der entsprechenden Maschinen, das werden Sie wahrscheinlich auch gelesen haben, zu teuer ist für den Mittelstand hier in Deutschland und der deshalb nicht in die USA und auch nicht nach Kanada exportieren kann. Ich würde Ihnen vorschlagen, ganz einfach mal mit solchen Betrieben zu reden, damit Sie wissen, worüber Sie reden.

Sehr geehrte Frau Borchardt, in einem gebe ich Ihnen recht, ISDS ist nicht mehr zeitgemäß und gerade zwischen zwei Staaten wie den USA und auch Deutschland oder der EU, zwischen zwei solchen, sage ich mal, Märkten ist ISDS nicht mehr zeitgemäß. Ich gebe Ihnen recht, dass man nach anderen Lösungen suchen muss.

Was CETA betrifft, ist mir bekannt, dass Kanada dem CETA-Abkommen, solange die ISDS-Schutzklauseln drin sind, nicht zustimmen wird. Jetzt hat sich das Parlament in Kanada neu konstituiert und ich bin der Meinung, dass wir auch für ein Abkommen zwischen Kanada und der EU, also für CETA, keine Schiedsgerichtsbarkeit brauchen. Ja, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, da bin ich auf Ihrer Seite. Wir brauchen nicht Instrumente, die über die Gerichtsbarkeiten in Kanada und in der EU hinweggehen.

Sie haben angefangen in Ihrer Einbringung, und deswegen war ich ein bisschen überrascht und auch nicht überrascht, über TTIP zu sprechen. Dann kamen Sie auf CETA, auf die Schiedsgerichtsbarkeit im CETA-Abkommen, aber Sie sprachen auch von der regulatorischen Zusammenarbeit. Herr Suhr hat den Hauptausschuss angesprochen. Ich kann Ihnen eigentlich nur empfehlen, sich mal die Bundestagsdrucksache 18/5882 anzuschauen. Da wird über den Hauptausschuss, der gegründet werden soll, im Zusammenhang mit CETA gesprochen.

Ich zitiere mal aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Partei DIE LINKE: "Der Hauptausschuss hat keinerlei Befugnis, völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen über eine Änderung der Anhänge, Anlagen, Protokolle und Anmerkungen von CETA zu treffen. Er kann lediglich Empfehlungen an die Vertragsparteien aussprechen. Kapitel 34, Artikel X.02 Absatz 2 bestimmt ausdrücklich und klar, dass die Vertragsparteien eine Änderung der Anhänge, Anlagen, Protokolle und Anmerkungen von CETA nach ihren jeweiligen internen Vorschriften und Verfahren beschließen müssen und die

Änderung erst nach Erteilung ihrer Zustimmung völkerrechtlich verbindlich wird. Eine entsprechende Regelung speziell für das Kapitel zu sanitären und phytosanitären Maßnahmen enthält Kapitel 07 ..."

Es wurde auch gesprochen über die regulatorische Kooperation. Im Rahmen der regulatorischen Kooperation verpflichten sich die Parteien zu einem hohen Schutzniveau unter anderem im Einklang mit dem geltenden WTO-Übereinkommen über sanitäre und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, das für die Vertragsparteien rechtlich bindend ist und durch CETA nicht ausgehebelt wird

Ich komme noch mal kurz zum Hauptausschuss, zur Besetzung dieses Hauptausschusses, weil da auch schon wieder auf Konzerne und so was abgestellt worden ist. In der Antwort der Bundesregierung steht zum Hauptausschuss, ich zitiere wieder aus der Antwort: "Diese sollen eine ausgewogene Repräsentation von Gewerkschaften, Arbeitgebern und anderen relevanten Interessenvertreter aufweisen. Außerdem wird ein gemeinsames Zivilgesellschaftsforum der Vertragsparteien gegründet, um den Dialog zu nachhaltiger Entwicklung zu begleiten."

(Udo Pastörs, NPD: Schön. Machtlos! Machtlos!)

Ich möchte damit schließen.

Wir werden uns über CETA im Europaausschuss unterhalten. Da danke ich meiner Kollegin Drese, dass wir uns in der Selbstbefassung darüber unterhalten werden. Den Antrag lehnen wir natürlich ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Comprehensive Economic and Trade Agreement, so heißt das Abkommen, und hier wurde schon zu Recht bemerkt, dass damit in Deutschland wahrscheinlich nur 10 oder 15 oder 20 Prozent etwas anfangen können. Das scheint auch beabsichtigt, denn was in diesem Abkommen seinen Niederschlag findet, ist absolut eine Kriegserklärung an die Souveränität von Nationalstaaten. Deswegen sind wir von Grund auf schon mal gegen solche Abkommen, ganz gleich, mit welchen Titeln sie versucht werden, weltweit eingeführt zu werden.

Aber ich möchte auf einen ganz besonderen Aspekt, der hier noch gar nicht Erwähnung fand, kommen, der vielleicht für Sie auch interessant sein könnte. Sie wissen, dass in Amerika fast alles zu Geld gemacht werden kann oder dass man es zumindest versucht. Nun gibt es an der Wallstreet schon seit einem Jahr große Financial Companies,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

die in diesem Abkommen und auch im TTIP einen Milliardenmarkt sehen. Das heißt, es gibt Leute, Rechtsanwaltskanzleien, Financial Companies, die sagen, da kommt ein Riesenmarkt auf uns zu, da können wir richtig Geld machen, wenn wir einem Staat nachweisen, dass er gegen Bestimmungen verstößt, die im Abkommen unterschrieben worden sind, und das können wir sogar noch tun – und das ist Sachlage im Moment bei diesem Abkommen – 20 Jahre nach dem Auslaufen solcher Verträge. Das heißt, wir haben hier eine Verjährungsfrist, einen Anspruch auf Schadensersatz faktisch von 20 Jahren, noch nachdem diese Abkommen überhaupt keine Gültigkeit mehr haben. Jetzt geht man schon her und überlegt, wie macht man denn das. Man verbrieft nämlich, so ist die Planung. Lesen Sie mal die einschlägige Literatur dazu. In amerikanischen Tageszeitungen, also in ganz einschlägigen Zeitungen,

(Thomas Krüger, SPD: Oh Gott, das ist ja Ausland! – Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD)

wird beschrieben, dass man es für juristisch möglich hält, dass man diese Sachen verbrieft. Das heißt also, man geht her und sagt, wir haben eine relativ hohe Aussicht, Deutschland auf 10 Milliarden zu verklagen. Die Chancen, das sagt das Gutachten, liegen bei 60 Prozent, 70 Prozent und dann wird verbrieft und an der Wallstreet verscheuert. Das erzeugt natürlich eine Begehrlichkeit dieser Finanzindustrie, die der erklärte Feind der freien Nationen ist, hier möglichst genau zu schauen, wo man Gewinnmaximierung herausholen kann zum Nachteil der Steuerzahler in diesen Staaten, die so etwas unterschreiben. Dieser Aspekt ist von Ihnen hier nicht mit einer Silbe erwähnt worden, aber er ist es wert, auch von Ihnen einmal zur Kenntnis genommen zu werden.

Die sogenannte Zombie-Klausel hatte ich Ihnen schon erklärt mit den 20 Jahren, dass man, nachdem das schon vorbei ist, immer noch klagen kann. Dazu kommt dann noch eine Anmerkung hier zu der GRÜNEN-Fraktion, wo man, wenn 250.000 demonstrieren, das als Beweis dafür interpretiert, dass man die Parlamente stärken will. Das ist genau das Gegenteil. Das ist nämlich das tiefe Misstrauen der Menschen, weil sie ganz genau die korrupten Strukturen in der EU kennen, die korrupten Strukturen kennen in den Parlamenten – auch dieser Republik nachweislich –, dass sie zu so großer Zahl auf die Straße gehen, weil man ihnen nicht über den Weg traut.

Letzter Punkt, und da hebe ich ab auf den Sprecher der CDU-Fraktion eben, der fragte: Na ja, haben Sie sich schon mal drum gekümmert, was für ein Problem entsteht bei kleinen und mittelständischen Unternehmen, wenn sie exportieren wollen nach Amerika? Ja, das ist ein Riesenproblem. Aber es kann nicht Aufgabe der Politik sein, hier Zollbestimmungen zu unterschreiben mit einem riesigen Risiko für den Steuerzahler, dass anschließend daraus Milliardenforderungen erwachsen könnten, denn in erster Linie profitieren nämlich die Großkonzerne, die internationalen großen Konzerne von diesen Abkommen. Hier findet statt eine Risikoübernahme des Steuerzahlers, wenn irgendetwas nicht vertragskonform geregelt ist, und daraus auch eine Verurteilung jenseits von formaler juristischer Behandlung in vorortlichen Gerichten, indem ein Schadensersatzanspruch hier geltend gemacht wird letztendlich.

Das sind Gründe, meine sehr verehrten Damen und Herren, die natürlich jeden Nationalisten in Europa auf den Plan rufen, nicht nur den Alpenverein und nicht nur den Wanderverein, sondern ganz besonders die Leute, die sehr ehrlich schon seit Jahrzehnten vor dieser EU- Krake gewarnt haben, wo Leute ohne Mitbestimmungsrecht der Völker darüber befinden, was in fünf oder zehn Jahren mit ihnen geschieht. Das ist etwas, wo wir nicht mitmachen.

Ich schaue mal gerade, ob ich keinen Punkt vergessen habe. Das scheint mir nicht der Fall zu sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das würde uns auch nicht interessieren, ob Sie was vergessen haben oder nicht.)

insofern brauche ich Ihnen nicht zu sagen, dass wir diesem Antrag der Neokommunisten

(Peter Ritter, DIE LINKE: Postkommunisten, bitte!)

in diesem Falle zustimmen werden, und werden mal sehen ...

Ja, Postkommunisten auch, Herr Ritter, Post auch, aber Neo auch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, Post kriege ich nämlich jeden Tag.)

Noch, ne?

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir werden zustimmen und werden dann im Ausschuss sehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Pastörs! – Tino Müller, NPD: Der Postillion!)

inwieweit wir da einen Beitrag leisten können. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

(Tino Müller, NPD: Jetzt kommt die ... – Stefan Köster, NPD: Nee, sieht aus wie die Weihnachtsfrau.)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Pastörs, auf Ihre Zustimmung können wir gerne verzichten, aber jetzt zur Debatte.

Frau Drese ist jetzt leider nicht mehr da,

(Heinz Müller, SPD: Die ist gleich wieder da, keine Sorge!)

aber das ist schon sehr bemerkenswert, was sie hier zum Antrag gesagt hat. Zum Schluss hat sie gesagt, wir könnten den Antrag überweisen in den Europa- und Rechtsausschuss, sie habe nur die Befürchtung, dass am Ende nur noch dastehen wird: CETA. Nun frage ich Sie angesichts der Debatte, die wir hier im Mai beziehungsweise April zu TTIP hatten auf Antrag von SPD und CDU, wo genau diese Fragen thematisiert worden sind, was denn am Ende der Widerspruch dazu ist. Ich kann es nicht

verstehen. Eine bessere Begründung, diesen Antrag abzulehnen beziehungsweise auch nicht mal zu überweisen, hätte ich mir schon gewünscht.

Angesichts der Beschlussfassung hier im Landtag zum TTIP frage ich mich: Warum kann der Landtag nicht feststellen, dass, und so steht es bei uns im Antrag unter Punkt a): "private Schiedsstellen (ISDS) zwischen Staaten mit entwickelten juristischen Systemen nicht notwendig und zudem als undemokratisch abzulehnen sind"?

Nun kann ich mich ja noch anfreunden damit. Ich denke, dass sie nicht notwendig sind, hat der Landtag hier in Bezug auf TTIP festgestellt – Sie, mit Koalitionsmehrheit, auch mit Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Wo ist der Unterschied zu CETA? Ich habe es versucht, deutlich zu machen. Wenn man auf der einen Seite das im Abkommen zwischen Amerika und der Europäischen Union nicht will, frage ich mich: Warum kann man das dann nicht auch für das Abkommen zwischen Europäischer Union und Kanada ablehnen? Das erschließt sich mir nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Das können wir gar nicht ablehnen.)

Man kann sicherlich darüber diskutieren, ob es undemokratisch oder aus Ihrer Sicht vielleicht demokratisch ist. Dazu hätten wir uns im Ausschuss vielleicht mal verständigen können.

Die Frage der regulatorischen Kooperation, Ihre Auffassung, Herr Lenz, ist, dass alle Beteiligten, die an diesem Tisch sitzen müssten, sozusagen auch beteiligt werden und es aus Ihrer Sicht diesbezüglich dann aus unserer Kritik heraus keine Kritikwürdigkeit gibt. Wir befürchten, und dem hätten wir uns ja mal stellen können, dass zukünftig noch mehr als bisher die Lobbyisten den Politikern die Gesetze schreiben und nicht umgekehrt,

(Udo Pastörs, NPD: Das wollen Sie doch nicht sagen, dass das Vorgehen undemokratische Praxis ist.)

dass Standards festgelegt werden an der Politik vorbei beziehungsweise unter Druck der Lobbyisten. Dieser Prozess läuft auch in der Europäischen Union schon sehr, sehr stark,

(Udo Pastörs, NPD: Was?!)

dass die Lobbyisten mit am Tisch sitzen, wenn die Europäische Kommission bestimmte Fragen diskutiert

(Udo Pastörs, NPD: Das glaube ich nicht.)

und dort ganz deutlich gesagt wird, in welche Richtung sie es haben wollen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass Rechtsanwälte die Kommissionsberichte schreiben und vieles andere mehr. Also insofern kann ich Ihnen nur sagen, Ihre Ablehnung kann ich da nicht verstehen.

Es geht aber noch weiter. In der Debatte zum Antrag von SPD und CDU zu TTIP wurde deutlich gesagt, dass die SPD einer ISDS nicht zustimmen wird und dass sie hofft, dass dieses Registerhandelsabkommen, das sozusagen transparenter ist, auch durchkommen wird.

(Udo Pastörs, NPD: Wer glaubt denen denn überhaupt noch irgendwas?)

Gabriel hat deutlich gesagt, mit ISDS kann man keinem Vertrag zustimmen. Wenn es aber in CETA fixiert ist, frage ich mich, warum die SPD dann nicht sagen kann, CETA ist abzulehnen.

Herr Lange hat – ich habe leider an der Sitzung nicht teilgenommen, aber das kann man aus dem Protokoll ersehen – deutlich gemacht und Frau Drese hat es hier heute auch erklärt, dass man erst mal in Bezug auf ISDS die Wahlen in Kanada abwarten wollte und die politische Stimmung. Das macht doch auch keinen Sinn, denn nicht Kanada hat ISDS eingebracht, sondern die Europäische Union hat es in die Vertragsverhandlungen eingebracht.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Weshalb muss man dann abwarten, wie die Wahlen dort laufen, wenn die gar kein Interesse hatten daran? Dies erschließt sich mir auch nicht.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland ein Interesse in der Europäischen Union hat und das im Wahlkampf betont, dann kann man sagen, okay, aber Wahlkampf abwarten, wenn man zurückrudern oder einen Kompromiss machen will, diesbezüglich erschließt sich das nicht.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Wenn eine Regierung kein Interesse hatte, ist es fraglich, warum man Wahlen abwarten muss. Nein, es ist doch andersrum. Die Europäische Union hatte von Anfang an sowohl in Bezug auf Amerika als auch in Kanada das Interesse, ISDS zu fixieren im Vertrag. Nur durch den Druck ist vom Prinzip her das Abkommen bei TTIP ein Stückchen abgemildert worden und dieser Druck in Bezug auf CETA ist nicht vorhanden.

Ich kann nur eins sagen: Die Verhandlungen sind abgeschlossen. Ob wir dann wirklich mit in das Abstimmungsprozedere einbezogen werden – das hatte ich in der Einbringungsrede gesagt –, ist abzuwarten. Aber ich glaube, es hilft auch weiter – zum Beispiel dem Europäischen Parlament – zu wissen, dass das Parlament in Mecklenburg-Vorpommern sagt, dieses CETA ist abzulehnen, wenn ISDS drin ist.

Das sind übrigens auch Ihre Begründungen, wenn Sie sich hier hinstellen und Anträge verteidigen, die Sie stellen, wo wir sagen, ja, Sie müssen Ihre Regierung zum Jagen tragen. Ich meine, wir sind Opposition, wir können die Regierung auffordern. Bei Ihnen ist das ein bisschen anders. Da, denke ich, stimmt die Kommunikation auf eine andere Art und Weise.

Also insofern verstehe ich die Ablehnung nicht und schon gar nicht den Satz von Frau Drese, so nach dem Motto, wenn man ihn überweisen würde, würde nur ein Wort stehen bleiben, CETA. Das halte ich angesichts der Ernsthaftigkeit, die man im Hinblick auf das CETA-Abkommen, in Bezug auf die Entwicklung auch in Mecklenburg-Vorpommern haben sollte, für unangebracht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4581. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4581 mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Aussprache zum Thema gemäß Paragraf 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages – Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern.

Aussprache zum Thema gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion bewegen die Fragen: Welche Agrarstruktur wollen wir? Wie wollen wir eine möglichst große Vielfalt an Betriebsstrukturen, Betriebsgrößen und Betriebsausrichtungen erhalten beziehungsweise fördern und welche landespolitischen Instrumente wollen wir für diese Ziele ansetzen? Und damit jede demokratische Fraktion einmal dazu ihre Position darstellen kann, haben wir dieses Thema in Form einer offenen Aussprache auf die Tagesordnung gesetzt.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist ja toll!)

Es geht hier um die Effekte von Landgrabbing, von explodierenden Bodenpreisen bei gleichzeitigem Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte, etwas, was wir gerade am Beispiel der Rohmilch erleben. Es geht um die Effekte, die durch Spekulanten, die Landwirtschaftsflächen als lukrative Anlagemöglichkeit entdeckt haben, ausgelöst werden. Ich bin gespannt auf die einzelnen Beiträge.

Im August konnte man eine Pressemitteilung aus dem Landwirtschaftsministerium lesen, in der Sie, Herr Minister Backhaus, mit dem Satz zitiert werden, ich zitiere: "Agrarstrukturpolitik funktioniert nur über den Bodenmarkt", Zitatende. Ist das so, meine Damen und Herren? Nun ja, in Mecklenburg-Vorpommern trifft das ziemlich genau den Punkt. 1990 verfügte die Bundesregierung über die Treuhand beziehungsweise die BVVG über rund zwei Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzflächen im Osten Deutschlands. Die Agrarstrukturpolitik, die mit diesen Flächen betrieben wurde, kann man heute in Mecklenburg-Vorpommern so zusammenfassen: Es erfolgte eine systematische Begünstigung großer und sehr großer Betriebe. Herr Backhaus sieht das natürlich anders. Seiner Meinung nach habe Mecklenburg-Vorpommern eine natürliche Prägung zu großen Strukturen.

(Egbert Liskow, CDU: Da hat er recht.)

Tatsächlich existierten in Mecklenburg-Vorpommern schon vor der Zwangskollektivierung deutlich mehr Betriebe mit mehr als 100 Hektar, als es im damaligen Deutschen Reich üblich war, und es gab bereits 13 Güter mit einer Fläche von über 1.000 Hektar. Aber auch diese damalige Vorherrschaft des Landadels hatte weitreichende und, wie ich finde, negative Folgen für die kulturelle und soziale Entwicklung unseres Landes. Handwerker und kleinere landwirtschaftliche Betriebe verschwanden aus den Dörfern, die bald hauptsächlich aus großen Gutshöfen und Landarbeiterhäusern bestanden. Viele Menschen verließen damals ihre angestammte Heimat, um in wirtschaftlich expandierenden Regionen ihr Auskommen zu finden, eine deutliche Parallele zur heutigen Situation.

Die Betriebsdimensionen in unserem Bundesland lassen sich an ein paar Eckdaten zeigen: 332 Betriebe sind über 1.000 Hektar groß, 11 Betriebe sind über 3.000 Hektar groß und ein Betrieb sogar über 7.000 Hektar. Mit 100 Hektar gilt man heute in Mecklenburg-Vorpommern als Kleinbetrieb. Auch die Anzahl der Betriebe schrumpft zusammen. Waren es 2007 noch 5.400 Betriebe, so sind es mit den neusten Zahlen aus 2013 4.700 Betriebe. Wenn das so weitergeht, sehe ich genau das, was im Grundstückverkehrsgesetz vermieden werden soll, nämlich eine tatsächlich ungesunde Verteilung von Grund und Boden, nämlich eine Verteilung auf immer weniger Betriebe in immer größeren Strukturen. Und das, meine Damen und Herren, ist weder für die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft noch für den Arbeitsmarkt, noch für den ländlichen Raum ein Gewinn.

In den Vorbemerkungen der Antwort zu der Kleinen Anfrage auf der Drucksache 6/2681 heißt es dann auch, ich zitiere: "Die Politik der Landesregierungen musste an die historisch gewachsenen landwirtschaftlichen Strukturen im Land anknüpfen." Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz ermöglichte den Mitgliedern der LPG "selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie im Unternehmen neuer Rechtsform verblieben oder ausschieden, um gegebenenfalls eigene landwirtschaftliche Betriebe wiedereinzurichten", Zitatende.

Und das ist ein frommer Wunsch, meine Damen und Herren, das wissen wir alle. Viele LPG-Mitglieder erhielten nur einen Bruchteil des ihnen eigentlich zustehenden Auszahlungsbetrages und konnten über ihre eigenen Flächen oft eben nicht verfügen, weil sie inmitten der riesigen Schläge der Großbetriebe lagen. Hinzu kam, dass die zur Pacht oder zum Verkauf angebotenen Flächen in viel zu großen Losen angeboten wurden, um für einen Neugründer erschwinglich zu sein.

Seit 2008 steigen die Boden- und Pachtpreise in Deutschland dramatisch an, durchschnittlich um 64 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern stiegen die Preise 2013 innerhalb eines Jahres sogar um 25 Prozent an. Das hat mit Landwirtschaft natürlich rein gar nichts zu tun. Diese Preise werden in der Regel von außerlandwirtschaftlichen Investoren gezahlt. Grund und Boden ist zum Teil ein Spielball von Spekulanten geworden und immer mehr Landwirtschaft wird von Holdings und börsennotierten Agrarunternehmen betrieben. Die sind dann in der Lage, Preise zu zahlen, die sich durch landwirtschaftliche Nutzung eben nicht erwirtschaften lassen. Und das führt dazu, dass Familienbetriebe und Genossenschaften kaum noch Land hinzukaufen oder pachten können.

Während also kleinere Betriebe in ihrer Entwicklung behindert oder sogar gefährdet sind, werden die großen immer größer und verdrängen so nach und nach die ortsansässige Landwirtschaft. Die, die hier in Land investieren, tun das nicht aus Liebe zur Landwirtschaft, sondern weil hier derzeit die höchsten Renditen zu erzielen sind. Das Thünen-Institut für Agrarforschung benennt in einer Studie von 2013, dass mittlerweile 20 bis 50 Prozent landwirtschaftlicher Nutzfläche nicht landwirtschaftlichen Investoren gehören, Tendenz steigend.

Das ist eine Entwicklung, meine Damen und Herren, die uns alle nicht kaltlassen kann. Schon jetzt sind Arbeitsplätze in der Landwirtschaft massiv verloren gegangen, und eine Landwirtschaft, die sich nach Aktionärsinteressen richtet, die jedes Jahr eine Dividende ausgeschüttet bekommen wollen, kann in meinen Augen nicht nachhaltig sein.

Was also sind die Folgen einer Agrarstruktur, die auf Großstrukturen setzt? In Mecklenburg-Vorpommern ist die Bruttowertschöpfung der agrarindustriell dominierten Landwirtschaft von ihrem 4,3-prozentigen Anteil an der Gesamtbruttowertschöpfung im Jahr 2000 auf nur noch 3,1 Prozent im Jahr 2014 gesunken. Dieses so oft zitierte angebliche wirtschaftliche Rückgrat, das die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern darstellen soll, bezieht sich also auf 3,1 Prozent der Bruttowertschöpfung.

(Thomas Krüger, SPD: Im Durchschnitt in Deutschland 1,5.)

Wenn das tatsächlich das Rückgrat dieses Landes sein soll, dann ist diese Wirbelsäule aber ein äußerst dünnes Säulchen, meine Damen und Herren.

Knapp 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in unserem Land wird von Betrieben bewirtschaftet, die größer als 500 Hektar sind. Hat man 500 Hektar, bekommt man schon mal rund 140.000 Euro EU-Subventionen. Baut man dann wenig arbeitsintensive Kulturen an, wie zum Beispiel Raps oder Getreide, hat man auch geringe Lohnkosten und macht trotzdem einen guten Gewinn. Wir würden das gerne mal in einem neuen Landesagrarbericht nachlesen, der seit Jahren aussteht. Das ist leider auch zu bemängeln.

(Marc Reinhardt, CDU: Fragen Sie mal Herrn Jaeger, wie er mit seinen Windenergieanlagen da verdient!)

Eine Folge der Großstrukturen ist also die zunehmende Spezialisierung und damit verbunden ein stetiger Arbeitsplatzabbau.

(Heiterkeit und Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Bezieht man die landwirtschaftliche Bruttowertschöpfung auf die landwirtschaftliche Nutzfläche, dann kommen wir zur Flächenproduktivität. Diese ist in Mecklenburg-Vorpommern nur halb so hoch wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen. Dies ist eine direkte Folge davon, dass man in Mecklenburg-Vorpommern eher auf Raps und Weizen setzt, statt auf vielfältige Fruchtfolgen und arbeitsintensive Produkte wie Obst, Gemüse oder auch Kartoffeln.

Und nein, kommen Sie mir jetzt bitte nicht wieder mit dem Argument, wir bräuchten doch einfach mehr Tierhaltung, um die Flächenproduktivität anzuheben, und die GRÜNEN sind wie immer nur gegen Tierhaltung.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, stimmt doch.)

Das ist eigentlich totaler Unsinn.

(Egbert Liskow, CDU: Warum?)

Wie Sie alle genau wissen, möchten wir GRÜNEN mehr Ökolandbau haben.

(Bernd Schubert, CDU: Bienenzüchter.)

Und was gehört zum Ökolandbau dazu?

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die Kreislaufwirtschaft und damit selbstverständlich auch die Tierhaltung.

(Marc Reinhardt, CDU: Wie groß darf denn ein Betrieb noch sein? 50 Hektar, oder was? 5?)

Was wir nicht wollen, ist die Konzentration von Tierhaltung auf wenige Standorte unter solchen Bedingungen, die unseren Vorstellungen von tiergerechter Haltung nicht entsprechen. Aber das sei hier nur mal am Rande erwähnt.

Diese oben erwähnten spezialisierten Großbetriebe, die ihre Massenprodukte für den Weltmarkt produzieren, tragen eben auch mit dazu bei, dass die Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern erschreckend gering ist. Die Landwirtschaft wird wirtschaftlich niemals das schon zitierte Rückgrat sein. Dass aber in einem stark agrarisch geprägten Land lediglich drei Prozent der Bruttowertschöpfung auf den Agrarsektor entfällt, das ist bestürzend.

(Thomas Krüger, SPD: Im Durchschnitt 1,5 in Deutschland, doppelt so viel.)

Ich sehe deutliches Potenzial, hier mehr herauszuholen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das kann zum einen über die Zunahme arbeitsintensiver Produktionen wie Obst- und Gemüsebau, aber auch durch die Weiterverarbeitung im Lande erfolgen. Hier sehe ich ein riesiges Feld. Wir können uns in Mecklenburg-Vorpommern ja nicht einmal mit Obst selbst versorgen, ebenso wenig mit Kartoffeln oder Gemüse. Das ist eigentlich völlig absurd. Und gleichzeitig liegen die Ballungszentren Hamburg, Stettin und Berlin vor der Haustür. Das sind gute Absatzregionen für Qualitätsprodukte aus Mecklenburg-Vorpommern.

Sie werden vielleicht jetzt an die Nahrungsmittelbetriebe denken, die es im Lande gibt. Aber schauen Sie mal genauer hin, wo die ihre Rohstoffe herbekommen! Seit wann wachsen Kaffeebohnen für Nestlé-Kaffeekapseln in Mecklenburg-Vorpommern? Und auch biosanica muss seine Bioäpfel importieren, weil hier vor Ort zu wenige Bioäpfel wachsen.

(Thomas Krüger, SPD: Nein, des Preises wegen. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Welche Rolle spielt nun das Land in Bezug auf die Agrarstruktur? Der Einsatz von Minister Backhaus zur Übernahme der BVVG-Flächen in Landeseigentum kommt aus meiner Sicht viel zu spät und vor allem nicht voran. Natürlich wünschen wir GRÜNEN uns auch, dass das Land diese Flächen übernehmen kann. Aber während man darauf wartet, dass sich hier etwas tut, geben weitere Betriebe auf, geht der Ausbau des Ökolandbaus nicht voran und sinkt die Bruttowertschöpfung im Agrarsektor weiter ab

Um die Entwicklung der Agrarstruktur und der ländlichen Räume positiv zu beeinflussen, braucht Mecklenburg-Vorpommern ein klares agrarstrukturelles Leitbild, auf dem alle Entscheidungen aufbauen. Das Land muss ein Leitbild formulieren, in dem man sich zu nachhaltig wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben bekennt, die von qualifizierten, mit den Betriebsstandorten sozial verbundenen Landwirten geführt werden, die ihrer ökologischen Verantwortung auch gerecht werden. Das bedeutet, dass möglichst viele zukunftsfähige landwirtschaftliche Unternehmen entstehen sollen. Eine breite Eigentumsstreuung stärkt die Verbundenheit mit der Region und dem Dorf und wirkt der im Grundstückverkehrsgesetz formulierten "ungesunden Verteilung" von Grund und Boden entgegen. Auch würde das zu einem deutlich steigenden Arbeitskräftebedarf führen.

Sachsen-Anhalt und auch Sachsen machen in Ostdeutschland den Anfang und arbeiten an einem landeseigenen Agrarstrukturgesetz. Dieses fordern wir auch für Mecklenburg-Vorpommern, denn andernfalls sehen wir einen Strukturwandel in der Landwirtschaft, der nur einigen wenigen Investoren zugutekommt: Großinvestoren, die weder in der Region zu Hause sind noch sich für die Region verantwortlich fühlen, denen die ökonomische und ökologische Entwicklung einer Region herzlich egal ist, solange die Gewinne stimmen. Es bleiben nicht nur Natur und Umwelt auf der Strecke, die Menschen wandern ab, und selbst der Tourismus ist in einem Gebiet, in dem nur noch Großbetriebe das Landschaftsbild bestimmen, nicht mehr möglich.

Wenn wir ein solches Gesetz und ein solches Leitbild nicht auf den Weg bringen, setzt sich die derzeitige Art von Strukturwandel fort. Dem dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Ich rufe dazu auf, dass wir uns wirklich mit einer Novelle des Agrarstrukturgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen, im Ausschuss. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE aus dem Jahr 2012 ist ja leider nicht einmal in den Ausschuss überwiesen worden, sodass sich der Ausschuss mit dem Thema noch nie richtig befasst hat. Und so können wir das heute hier im Landtag noch einmal neu anstoßen und das aufgreifen, was in Sachsen-Anhalt und in Sachsen auf den Weg gebracht wurde, auch die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe noch mal genauestens beleuchten. Ich hoffe, dass die Stillstandsbewahrerkoalition sich heute mal dazu durchringt, einen weiteren Schritt nach vorne zu machen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Backhaus. Bitte.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Also wenn Sie mich hier auffordern, wir sollen ein Leitbild erarbeiten, Frau Karlowski, dann bitte ich Sie, einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass wir im Jahr 1999 bereits ein Agrarkonzept vorgelegt haben, in dem die Grundsätze für die weitere Ausrichtung und die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft und der ländlichen Räume vorgelegt worden sind.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern wurden da schon mal ein paar Dinge angesprochen. Ich könnte es mir im Übrigen auch leicht machen: Bitte schauen Sie wirklich mal in die konzeptionellen Themen hinein, die wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben! "Land hat Zukunft", das gehört auch dazu oder der Masterplanprozess. Also wenn Sie hier so tun, als ob die Landesregierung oder die Fraktionen sich mit dem Thema befassen, nachdem Sie kurzzeitig hier sind – ich habe das ja auch zur Kenntnis genommen, wie das so weitergehen soll –,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: War das ein Blick nach vorn?)

dann nehme ich zur Kenntnis,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

dann nehme ich zur Kenntnis, dass ich es mir hätte leicht machen können, aber das mache ich nicht. Ich hätte nämlich sagen können, aufgrund der natürlichen Voraussetzungen hat Mecklenburg-Vorpommern naturräumlich, ökonomisch, ökologisch, sozial und auch agrarpolitisch Bedingungen in Europa, die eine leistungsfähige, moderne Agrarstruktur nach bäuerlichem Leitbild in den letzten Jahren umgesetzt hat.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Letzten Endes hat auch das Land Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren versucht, die Bedingungen für alle Landwirte in diesem Bundesland gerecht, chancengleich und optimal zu gestalten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(allgemeine Unruhe – Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aber so leicht, aber so leicht will ich mir das natürlich nicht machen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich wollte mich schon wundern. 20 Minuten sind es doch sonst.)

das ist doch vollkommen klar.

(allgemeine Heiterkeit)

Ich glaube, wenn man sich die Lage insgesamt anschaut, dann ist es natürlich so, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht erst seit heute den permanenten Wahlkampfmodus mittlerweile.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

wie es neudeutsch heißt, eingeschaltet hat und dass die Agrarpolitik ja nun im Fokus steht, weil sie fast keine anderen Themen mehr haben.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oha!)

Und ich glaube, auch bei allem Wohlwollen für diesen Antrag.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Antrag? Das ist doch kein Antrag!)

er ist politisch-ideologisch aufgerüstet.

Ich muss auch sagen, ich habe natürlich gerade die 25-Jahr-Feiern zum Thema Landwirtschaft überall ein bisschen begleitet. Wenn man sich das insgesamt anschaut, dann ist es natürlich auch so, was Sie hier versuchen vorzustellen, das erinnert mich schon an frühere Zeiten und an die Überzeugung, im Besitz der einzigen wahrhaftigen Wahrheit sein zu wollen. Ich sage Ihnen auch noch mal ausdrücklich, politische Realitäten sind Ihnen wahrscheinlich ein Stückchen zuwider.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Die Landwirtschaft, wenn man so will, haben Sie offensichtlich als letztes verbliebenes Kampfmittel und Kampffeld ausgewählt, auch wenn im Übrigen die meisten von Ihnen – und aus Ihrer Fraktion überhaupt niemand – nicht davon leben müssen oder jemals in diesem Bereich gearbeitet haben. Und dann darüber zu reden,

(Egbert Liskow, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Und auch nicht da wohnen!)

und dann darüber zu reden, wie man denn nun ideologisch dieses Land verändern will, das werden die Leute, die Menschen draußen schon sehr klar und auch differenziert wahrnehmen.

(Egbert Liskow, CDU: Genau, die haben ja noch gar kein Ziel gesehen.)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein bisschen zu den Fakten. Wenn man da auch die Historie bewerten will und kann, dann ist es einfach so, nicht erst vor dem Zweiten Weltkrieg, sondern schon um 1900 – Frau Karlowski, und das nehmen Sie bitte wahr – hat es in Mecklenburg-Vorpommern – der Ministerpräsident ist ja heute Morgen schon darauf eingegangen – über 2.000 Güter gegeben – 1900! –, im Übrigen in einer Größe zwischen 500 und 800 Hektar. Ich sage es noch mal: 1900!

(Egbert Liskow, CDU: Das war aber auch verkehrt, hat sie gesagt.)

Erst mit der Enteignung des Großherzogs und natürlich auch mit dem Reichssiedlungsgesetz im Rahmen der Weimarer Republik wurden damit im Übrigen 9.000 – 9.000! – Bauernstellen geschaffen. Die Bodenreform – ich mache jetzt große Sprünge, auch wegen der Zeit, des Zeitfonds –, natürlich hat die Bodenreform in der sowjetischen Verwaltungszone, das wissen wir alle, zur Enteignung von mehr als 100-Hektar-Betrieben geführt und damit im Übrigen Abertausenden Flüchtlingen überhaupt wieder eine Perspektive gegeben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es gibt einige von Ihnen, die reden ja schon wieder über eine Bodenreform und wollen damit das, was nach der politischen Wende hier entstanden ist, infrage stellen. Dann stellen Sie sich doch hier hin und erklären auch, dass Sie beabsichtigen, in Kürze – wenn Sie denn Verantwortung tragen würden, was ich nicht glaube – eine Bodenreform in diesem Lande durchzuführen!

Im Übrigen weise ich, auch das ist mir wichtig, auf die Zwangskollektivierung ab dem Jahr 1952 und dann ganz verstärkt natürlich in den 1960er-Jahren und die LPG-Bildung bis hin zu der fatalen Trennung zwischen der Tier- und der Pflanzenproduktion zu DDR-Zeiten hin. Dazu brauche ich jetzt nichts auszuführen, das ist vielen, jedenfalls von denen, die hier aufgewachsen sind, und auch mir sehr, sehr geläufig. Ich komme selber aus einer Genossenschaft, und zwar aus einer spezialisierten Pflanzenproduktion.

1989 gab es in den drei Nordbezirken 128 VEG, und da sind wir uns einig, Frau Karlowski: Der kardinale Fehler im Zuge der deutschen Einheit war die reine Privatisierung dieses Volkseigentums. Der Boden ist nicht vermehrbar und Boden ist das wichtigste Produktionsmittel. Dass Theo Waigel das damals so entschieden hat in dieser Phase, auch das habe ich immer wieder als kardinalen Fehler dargestellt.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Was verkannt wird, ist, dass wir immerhin 876 LPGen gehabt haben, im Übrigen auch 33 GPGen. Ich hoffe, Sie können mit den Abkürzungen etwas anfangen, es sind Landwirtschaftliche und Gärtnerische Produktionsgenossenschaften. Es gab auch 19 ZBE, also Zwischenbetriebliche Einrichtungen der Tierproduktion, und 9 Produktionsgenossenschaften im Bereich der Fischerei oder der Pelztierhaltung. Auch das hat es hier bei uns gegeben.

Der historische Glücksfall der deutschen Einheit vor 25 Jahren war für mich jedenfalls Anlass ...

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, ich bin 1989 hier auf die Straße gegangen und ich habe auch den Zaun an der Elbe mit abgebaut. Sie waren da wahrscheinlich noch gar nicht hier

> (Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben uns gerade unterstellt, wir kennen die Abkürzungen nicht.)

und haben damit letzten Endes auch keinen Beitrag für dieses Land geleistet. Das nehme ich hier ebenfalls zur Kenntnis.

Auf jeden Fall ist es für mich ein Glücksfall, dass wir das erleben durften.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gnade der frühen Geburt.)

Auf die 25 Jahre der agrarstrukturellen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns blicke ich jedenfalls auch ein Stückchen mit Stolz zurück. Denn eins ist klar, selbstverständlich war das ein Problem, dass zwei völlig unterschiedliche Landwirtschaften oder ländliche Räume in

der Bundesrepublik Deutschland und im Übrigen auch in Europa zu einem Paradigmenwechsel geführt haben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Auch das ist mir im Übrigen wichtig: Immerhin standen 8.668 DDR-Landwirtschaftsbetrieben 686.000 bäuerliche Familienbetriebe im Westen gegenüber, im Durchschnitt 1.716 Hektar Betriebsgröße Ost gegenüber 18 Hektar, Frau Karlowski, in der alten Bundesrepublik. Ich sage es noch mal: rund 1.700 Hektar gegen 18 Hektar im Durchschnitt der älteren Bundesländer. Und schließlich auch, das haben Sie eben angedeutet, zu DDR-Zeiten 13,2 Arbeitskräfte je 100 Hektar. Im Vergleich zum Westen, Frau Karlowski, wie viel? 5,2. Also die Hälfte hatten Sie damals in den älteren Bundesländern schon weniger als Beschäftigte in der Landwirtschaft.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Lang, lang ist es her.)

Dass damit selbstverständlich ein Riesenproblem entstanden war, habe ich selber in der letzten Volkskammer durchlebt, als wir das Landwirtschaftsanpassungsgesetz gemacht und im Übrigen auch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, damals von Bündnis 90, sehr intensiv zusammenarbeitet haben, als nämlich die Frage aufgeworfen wurde: Welchen Weg gehen wir in der ehemaligen DDR und wie schaffen wir einigermaßen harmonisch diesen Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft in die europäische Planwirtschaft? Etwas anderes war es ja in Europa damals auch nicht,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

das ist mir natürlich nicht entgangen. Und ich glaube,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Der war schön.)

ich glaube heute noch, beweisen zu können, dass der einzige Volkswirtschaftszweig, in den im Übrigen sowohl die Einheimischen als auch die Alteigentümer gerne zurückkommen wollten oder auch die Menschen, die sich engagieren wollten, dass der einzige Volkswirtschaftszweig, in dem das einigermaßen gut gelungen ist, die Landwirtschaft ist. Gucken wir uns das in anderen Wirtschaftsbereichen an, dann ist das in diesen Bereichen in der Form nicht gelungen.

Im Übrigen, auch das ist mir noch mal wichtig, über alle Parteigrenzen hinweg – außer damals die DSU, welcher Ableger das war, war klar, das war die CSU, und dass Ignaz Kiechle damals diesen Weg nicht beschreiten wollte, ist vollkommen klar – haben wir uns von der grundsätzlichen Strategie leiten lassen, der Wert des Privateigentums soll wiederhergestellt werden und zugleich sollen die strukturellen, aber auch die ökonomischen Vorzüge der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung weiter ermöglicht werden. Und es sollte frei entschieden werden, Frau Karlowski, in welcher Form man weiter zusammenarbeiten möchte oder ob man als Wiedereinrichter sein Inventar aus den Betrieben herausnimmt.

Ich glaube, Sie kennen die Verhältnisse wirklich überhaupt nicht. Und heute wieder die Mär durchs Land zu tragen, dass damals bei der Vermögensauseinandersetzung grobe Fehler gemacht worden sind! Das hat es zum Teil gegeben und nicht umsonst hat es Gerichtsurteile gegeben, durch die zum Teil diese Umwandlungsbe-

schlüsse auch gerichtlich wieder aufgehoben worden sind. Also hören Sie auf mit dieser Mär! 25 Jahre nach dieser Phase, in diesem Umbruch, in diesem gewaltigen Prozess, dieses wieder auf den Tisch zu legen, ist aus meiner Sicht nicht zielführend.

Insofern glaube ich, dass wir mit dem Willen zur Umsetzung, um auch in der Richtung zu einer modernen, umweltgerechten Landwirtschaft zu kommen, einen erheblichen Schritt weiter vorangekommen sind. Ich wage heute noch mal zu behaupten, wir haben die modernste, wir haben die nachhaltigste und wir haben auch die an der Sache orientierte Landwirtschaft in Deutschland, die in Mecklenburg-Vorpommern stattfindet. Heute arbeiten – und hören Sie sich bitte auch diese Zahlen an! –, heute arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern 4.725 Landwirtschaftsbetriebe auf einer Durchschnittsfläche von 286 Hektar. Das ist im Schnitt die größte Betriebsfläche, die wir in Deutschland haben. Das heißt, wir haben die größten Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

3.000 Einzelunternehmen bewirtschaften 30 Prozent. Das sind im Übrigen reine bäuerlich geprägte Familienbetriebe. Was ich auch hochgradig anerkenne, sind die 900 GbR-Gesellschaften, die wiederum 29 Prozent bewirtschaften. Das heißt, 60 Prozent sind heute Betriebsstrukturen, die Ihrem und auch meinem Leitbild entsprechen, die nämlich bäuerlich, rein auf Familienbasis oder in Gemeinschaft arbeiten.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das Leitbild besteht aus mehreren Komponenten, Herr Backhaus.)

Auf der anderen Seite haben wir 800 Betriebe als juristische Personen, die in ihrer Struktur in einem Flächenanteil von 40 Prozent agieren, und das sind für mich Mehrfamilienbetriebe, die in der Regel auch in mein Leitbild hineinpassen. Wenn sie in bäuerlich geprägten Strukturen zusammenarbeiten, sind das für mich voll in unser Leitbild passende Betriebe. Da Ihnen das nicht passt, weil Sie meinen, ein ideologisch anderes Muster zu haben, kann ich nur eins sagen: Gucken Sie sich die Betriebe in Ruhe an! Die Ausflüge, die der Agrarausschuss versucht hat, mit Ihnen zu machen, haben Ihnen das ja auch gezeigt.

Im Übrigen sage ich auch das hier noch mal in aller Deutlichkeit: Leider halten nur 3.000 Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern Tiere.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und auch das ist wichtig: 510 Betriebe sind zum Glück juristische Personen.

Ob Sie darüber lachen oder mir ins Wort fallen – ich habe das eben nicht wahrgenommen. Es mag sein, dass Sie davon nichts verstehen, dafür habe ich Verständnis, aber dann halten Sie bitte lieber Ihren Mund!

Auf der anderen Seite, wenn Sie sich den Tierbesatz anschauen – auch das ist ja immer ein von Ihnen strapaziertes Thema –, wenn Sie sich den Tierbesatz in Mecklenburg-Vorpommern anschauen, dann liegen wir heute im Übrigen an der unteren Grenze in Europa. Und wenn ich die wohlgemeinten Hinweise höre, die Sie hier andeuten, wie das in Nordrhein-Westfalen ausschaut, dann nehme ich zur Kenntnis, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder insbesondere Nordrhein-Westfalen mehr als 60 Prozent weniger Tiere halten. Also hören Sie auf, dieses Land schlechtzureden!

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben überhaupt nicht zugehört!)

Das hilft uns, diesem Land und den Menschen in diesem Lande keinen Millimeter weiter!

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und im Übrigen, der ökologische Landbau, auch da brauche ich persönlich keinen Nachhilfeunterricht, sondern wir sind an der Spitze der Bewegung. Schauen Sie sich doch einfach mal die Zahlen an! Wir liegen heute bei etwas über 9 Prozent.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, seit wann?)

Das Ziel Ihrer damaligen Bundesministerin – wie hieß sie überhaupt noch? –:

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wie hieß die überhaupt?)

Frau Künast hatte das Ziel ausgegeben, 20 Prozent. Dann schauen wir uns doch einfach mal die grün geführten Länder an! Nehmen wir Niedersachsen. Niedersachsen hat heute – wir, Mecklenburg-Vorpommern, 9,2 Prozent Anbaufläche –, Niedersachsen liegt bei 2,7 Prozent, Frau Karlowski. 2,7 Prozent! Oder Schleswig-Holstein: Unsere Nachbarn beneiden uns bei 3,7 Prozent um diese Entwicklung. Ich betone noch mal: Mecklenburg-Vorpommern bei 9,2 Prozent! Irgendetwas scheinen ja meine Kollegen der GRÜNEN in diesen anderen Bundesländern wohl verkehrt zu machen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, in den vergangenen 25 Jahren hat sich viel in dem agrarpolitischen Bereich verändert und ich habe auch sehr viel darüber gelernt und entschieden. Aber eins ist auch klar, wir arbeiten heute mit Lebensmitteln, die sich am Markt durchsetzen müssen. Dabei spielt die Größe der Betriebe natürlich eine wichtige, aber nicht die entscheidende Rolle. Es geht darum, mit immer weniger Ressourcenverbrauch immer mehr Produkte in einer immer besseren Qualität zu erzeugen, und genau da sind wir wiederum an der Spitze der Bewegung.

Mich schmerzt im Übrigen auch, ehrlich gesagt, jeder Betrieb, der aufgeben muss, wie gerade im Zusammenhang mit der Agrarministerkonferenz in Hessen erlebt, wenn demonstriert wird und wenn Betriebe dort aufgeben müssen. Natürlich ist das schrecklich für diese Strukturen, aber zur Wahrheit gehört auch, dass Politik diesen Milchbauern mit 20 oder 15 Tieren nicht einhauchen darf, dass dieses eine Perspektive hat. Das mache ich Ihnen zum Vorwurf, dass Sie dieses versuchen und damit in ein altes Muster, sage ich mal, der Quoten- und Liefer-

rechtsproblematik wieder einsteigen wollen. Ich glaube, das hilft uns keinen Millimeter weiter.

Und damit bin ich auch beim Boden. Agrarstruktur hat natürlich maßgeblich, da haben Sie mich richtig zitiert, mit den Eigentumsstrukturen und mit der Bodenvergabe zu tun. Was ich in diesem Bereich auch immer wieder kritisiert habe und was sich hier vollzieht, macht mir und uns große Sorgen. Auch hier wirken die Gesetze des Marktes und die Macht des Geldes, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 1991 sind allein in Mecklenburg-Vorpommern 2,7 Milliarden Euro in Bodenkäufe investiert worden – eigentlich ein Jammer. Hätten wir die Flächen von der BVVG übernommen, hätten wir diese in Wertschöpfung, in Gemüse, in Tierhaltung oder in ökologischen Landbau investieren können.

Die Bodenpreise sind seit 2007 drastisch gestiegen und liegen im Durchschnitt heute in Mecklenburg-Vorpommern bei 17.536 Euro, und damit nur noch knapp unter dem Bundesdurchschnitt, der heute in Deutschland bei 18.100 Euro liegt. Boden ist leider zur Kapitalanlage und zum Spekulationsobjekt geworden. Unsere Bodenpolitik – und hier schließe ich ausdrücklich die demokratischen Fraktionen des Landtages mit ein, denn sie haben die Vergabekriterien mit beschlossen – ist auf eine Stärkung der arbeitsintensiven und besonders umweltverträglichen Produktionsbereiche ausgerichtet. Das Land hat in Mecklenburg-Vorpommern in einer Größenordnung von 6 Prozent einen direkten Einfluss.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Herr Glawe, es wäre ganz nett, wenn Sie mir einmal zuhören würden, weil das Thema doch jetzt noch mal ziemlich anstrengend oder vielleicht auch interessant wird.

(Harry Glawe, CDU: Wir haben aber zugehört! Wir haben zugehört.)

Das Land Mecklenburg-Vorpommern, auch darauf bin ich stolz, hat immerhin 86.000 Hektar, die sich in seinem Besitz befinden. Dazu kommen im Übrigen durch die Übernahme der Seen von der BVVG noch mal über 2.000 Hektar und auch der Besitz von 250.000 Hektar Wald, den wir haben. Aber dem gegenüber stehen 700.000 Hektar als Privatvermögen. Das hängt natürlich mit den Privatisierungen der BVVG und der Treuhand zusammen oder selbstverständlich auch der Kirchen. Über 60.000 Hektar sind im Besitz der Kirchen,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und letzten Endes gibt es immer noch 4 Prozent, nämlich auch 60.000 Hektar, die sich im Besitz der BVVG befinden.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und wie gehts dann weiter?)

Insbesondere durch die Privatisierungspflicht – ich habe das kritisiert, und zwar seit 25 Jahren –,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie stehen denn die Verhandlungen mit der BVVG, Herr Backhaus?) die Privatisierungspflicht von Grund und Boden im Zusammenhang mit der Privatisierung der ehemals volkseigenen Flächen hat eine völlig unrealistische Höhe der Bodenpreise sich entfalten lassen und damit natürlich gerade wertschöpfungsintensive Bereiche in die Knie gezwungen. Das ist so und das war, ist und bleibt ein Geburtsfehler der deutschen Einheit. Das habe ich immer so festgestellt. Unter anderem gibt es natürlich damit auch den Wettbewerbsdruck. Und durch den falschen politischen Ansatz, die Landwirte – im Übrigen auch durch Ihre Partei, das ist die Strategie von Frau Künast gewesen – zum Energiewirt zu machen, entstand der Zwang, nicht landwirtschaftliche Kapitalanleger zur Finanzierung der Bodenpreise mit zu gewinnen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister!

Minister Dr. Till Backhaus: Auch das sollten Sie nicht vergessen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Karlowski?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, gerne. Ja, dann mal los!

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin!

Herr Backhaus, zu den BVVG-Verhandlungen: Wie ist denn da jetzt der Verhandlungsstand in Bezug auf die Flächenübernahme durch das Land Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich kann Ihnen da ausdrücklich sagen, dass wir im Wesentlichen die Verhandlungen abgeschlossen haben. Der Bund hat uns erklärt, er wird dem Land Mecklenburg-Vorpommern nicht entgegenkommen, und das bedeutet, dass wir zum vollen Marktwert, das heißt, zum Höchstpreis diese Flächen erwerben müssten. Das kann ich im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht verantworten. Wir sind jetzt noch am Restverhandeln der Flächen insbesondere für den Naturschutz und für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Das sind 2.800 Hektar, über die wir auf allerhöchster Ebene die letzten Verhandlungen führen werden. Wenn dabei auch herauskommen sollte, dass wir dafür, für diese Flächen, 20.000 Euro bezahlen sollen, dann werden wir diese Verhandlungen beenden und der Bund wird die Verantwortung dafür tragen, dass in diesem Land die Wasserrahmenrichtlinie in der Form, wie wir uns das vorgestellt haben, nicht umgesetzt werden kann. Die Verantwortung trägt dann auch diese Bundesregierung, an der Spitze Herr Schäuble.

Deswegen sage ich hier auch noch einmal, ich bin mit dem Land Sachsen-Anhalt in intensiven Verhandlungen gewesen zu dieser Bodenfrage. Und Sie können mir glauben – wenn ich das sagen darf, Herr Ministerpräsident? –, auch der Ministerpräsident hat sich in die Verhandlungen mit eingeschaltet. Leider ist es so, dass dieses auf Bundesebene aus rein fiskalischen Gründen betrachtet wird und nicht aus strukturpolitischen Erwägungen. Das ist der Geburtsfehler, den habe ich jetzt schon dreimal deutlich unterstrichen.

Ich glaube, dass ein kardinales Problem insbesondere in den ehemals großen Gütern dieses Landes dadurch

entstehen wird, dass zunehmend eine Entfremdung zwischen den Bewirtschaftern des Bodens und der dörflichen Gemeinschaft entsteht. Ich sehe das mit ganz großer Sorge. Im Lichte des Generationswechsels an der Spitze der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern wird dieses noch weiter zunehmen. Ich will das ausdrücklich betonen. Welcher junge Landwirt soll denn das Geld aufbringen, sich als Gesellschafter, oder Genosse im Übrigen, in ein solches Unternehmen einzukaufen? Und andererseits, wer kann es denn einem gestandenen Landwirt, der unternehmerisch denkt, verdenken, nach all den Jahren seiner Mühe und seiner Arbeit seine Anteile zu verkaufen und sich gut situiert in den Ruhestand versetzen zu lassen?

Nehmen Sie das zur Kenntnis: Ich bedaure das, dass wir diese Tendenz haben, ich kann es aber auch niemandem verdenken. Die Fehler, die habe ich in den letzten Jahren hier klar und immer wieder auf den Tisch gelegt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Mit unserer Macht in Mecklenburg-Vorpommern war in dieser Frage nichts zu machen. Und deswegen glaube ich auch.

(Zurufe von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

deswegen glaube ich auch, dass es keinen Sinn macht, nur auf den reinen Familienbetrieb, der auf die reine Familie orientiert ist, als das Leitbild zu orientieren, sondern dass wir alles daransetzen sollten, dass nicht wieder mit einer Ideologie gearbeitet wird, sondern, ich würde sagen, dass wir eher mit dem Verstand arbeiten sollten. Denn, ich will das an dieser Stelle auch unterstreichen, durch mich und durch das Land Mecklenburg-Vorpommern ist die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bodenpolitik überhaupt ins Leben gerufen worden, von der Sie hier gesprochen haben. Das war Teil der Koalitionsverhandlungen.

Im Übrigen haben die Ergebnisse jetzt dazu geführt – wenn Sie sich informiert hätten bei Ihren Kollegen –, dass wir im Kamingespräch in Fulda – übrigens auch mein Vorschlag – noch mal eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Thema Boden eingerichtet haben und dass damit alles darangesetzt wird, möglichst schnell eine bundeseinheitliche Lösung zu finden,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

damit diesem Prozess, dass Kapitalanleger ungebremst hier im Osten Deutschlands ganze Betriebe aushöhlen, ein Ende gesetzt wird. Das hat aber keinen Sinn, und Sie wissen das auch sehr genau.

(Udo Pastörs, NPD: Keine Chance!)

Sachsen-Anhalt hat das Gesetz zurückgezogen und wir sind diejenigen, die den Prozess jetzt voranbringen. Ich glaube auch, dass das Grundstückverkehrsgesetz nach wie vor ein stumpfes Schwert ist und dass der Staat diesem Treiben nicht weiter hilflos zusehen darf.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier muss jetzt etwas passieren, und wir sind da auf dem Weg.

(Udo Pastörs, NPD: Wie Sie schon sagten.)

Im Übrigen, auch das ist mir wichtig, abschließend: Der Gesetzentwurf, der auch in der Bundesregierung zu dem Thema vorliegt, wird das Problem nicht heilen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Es geht um landesgesetzliche Kompetenzen.)

Zum Schluss auch hier noch mal ein Stichwort zur Tierhaltung. Auch da hat es in den Jahren nach der Wende selbstverständlich agrarstrukturelle Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Mit 0,4 Großvieheinheiten je Hektar erreichen wir gerade die Hälfte des bundesdeutschen Viehbestandes und nur ein Drittel im Vergleich zu den viehstarken Regionen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens. Ich betone noch mal: nur ein Drittel davon! Deshalb gehört das auch zur Mär von Massentierhaltungen über das ganze Land hinweg oder ins Reich der Legenden. Regional sieht es natürlich anders aus. Mehr als die Hälfte der Tiere, über alle Arten hinweg, wird in Anlagen gehalten, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt worden sind.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Beziehen Sie sich eigentlich noch auf meine Rede oder auf irgendwelche Allgemeinplätze?)

und Sie wissen auch, was das bedeutet. Bei Geflügel, mit Ausnahme der Puten, sind es sogar mittlerweile 95 Prozent und bei den Sauen in der Schweinehaltung sind es auch 87 Prozent nach Bundes-Immissionsschutzgesetz. Das sind große, zum Teil sehr große Bestände an einem Ort, mit all den Problemen, die damit zusammenhängen. Dass das nicht meinem Leitbild entspricht, habe ich hier immer wieder deutlich gemacht. Aber dieses Bundes-Immissionsschutzgesetz stammt aus der Zeit von Renate Künast und bis dato ist es nicht gelungen, dieses zu verändern. Ich freue mich sehr darüber, dass die Bundesumweltministerin dieses Thema jetzt wieder angehen wird

Im Übrigen habe ich auch die Tierbestandsobergrenzen in die Debatte geworfen, um darüber nachzudenken, ob wir nicht auch eine Obergrenze einziehen sollten. Ich halte das für richtig, nach wie vor, und ich glaube, dass es eine intensive Diskussion auch auf Bundesebene gibt. Ich erwarte, dass der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung irgendwann in den nächsten Monaten mit einheitlichen Zahlen für ganz Deutschland aufwarten wird.

Im Übrigen haben die Agrarausschüsse des Bundestages und unseres Landtages Expertenanhörungen zu diesem Thema durchgeführt, ich selbst bin ja anwesend gewesen. Auch die Perspektivkommission "Mensch und Land" hat noch mal einen eigenen Workshop zu diesem Thema gestaltet. Deutlich geworden ist zum Abschluss, das Wohl des Einzeltiers und die Größe der Bestände stehen nicht in einem direkten Zusammenhang. Es ist weder fachlich noch wissenschaftlich rechtssicher zu begründen, wie viele Tiere maximal an einem Standort und in einem Betrieb gehalten werden sollen. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis!

Regionale Lösungen in einer der viehärmsten Regionen Europas würden die Haltungsbedingungen für Nutztiere generell nicht verbessern, aber schaden der Landwirtschaft in unserem Land. Unabhängig davon führen wir zu Recht eine Debatte um die Verbesserung des Tierwohls. Dazu habe ich ja auch ganz bewusst das Tierschutzkonzept vorgelegt. Ich hoffe, Sie haben es zumindest zur Kenntnis genommen und es gelesen.

Ich glaube auch, dass es richtig ist, dass mancher beteiligte Verband – den Sie sehr gut kennen – sich ganz bewusst enthalten hat, um damit wieder Kritik zu äußern. Konkret bedeutet das im Übrigen auch, wenn wir mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen dieses Konzept umsetzen, dass 2016 keine Ausnahmegenehmigungen mehr für das Schnabelkürzen erteilt werden und dass wir ab 2018 keine Haltung von Legehennen mit gekürzten Schnäbeln in Mecklenburg-Vorpommern haben werden.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Deswegen glaube ich, dass wir wichtige Beiträge zum Tierwohl sowohl in der konventionellen Landwirtschaft, aber auch in der ökologischen Landwirtschaft geleistet haben und – etwas, was völlig neu ist, worauf überhaupt noch niemand eingegangen ist – dass wir die Ersten sein werden, die über einen Betreuungsschlüssel in der Tierhaltung nicht nur nachdenken, sondern dafür etwas auf den Weg bringen werden, um damit ausdrücklich dieses Thema weiter voranzubringen.

Ja, und ich will abschließend, wenn Sie erlauben, Frau Präsidentin, in Abwandlung eines Zitates eines saarländischen Politikers sagen, der einmal meinte, die Wahrheit für sich und seine Partei – für seine Partei! – zu haben, und da bleibt mir bei diesem Tagesordnungspunkt nur ein Fazit: Den Agrarstrukturwandel in seinem Lauf halten weder Suhr noch Gajek auf.

(allgemeine Heiterkeit – Harry Glawe, CDU, und Egbert Liskow, CDU: Oi!)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Es gibt doch noch ein paar, die wissen, wer das mal gesagt hat.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, der Honni!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schlupp für die Fraktion der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich das erste Mal das Thema dieser Aussprache "Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern" gelesen habe, habe ich gedacht, das erinnert mich ein bisschen an ein Überraschungsei, das ich früher als Kind immer mit bestimmten Erwartungen ausgewickelt habe und dann zumeist enttäuscht war über das, was drin war: irgendwas, was man zusammenpuzzeln musste,

(Udo Pastörs, NPD: So ist der Kapitalismus.) irgendwas was man zusammenbauen musste, aber nicht das, was ich haben wollte.

Allerdings habe ich nach einigen Überlegungen gedacht, na ja, so überraschend wird dieses Ei vielleicht doch nicht sein, das Frau Dr. Karlowski hier ausgewickelt hat. Und ich kann sagen, das hat mich weder überrascht, noch hat es mich erfreut. Ich habe mal spekuliert, was denn Thema dieser Aussprache sein könnte.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ich gucke auf meine erste Seite und habe geschrieben: "Nach Auffassung der GRÜNEN sind Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zu groß, die Produktion ist zu intensiv und der Anteil an biologischer beziehungsweise ökologischer Produktion zu gering."

(Egbert Liskow, CDU: Also grüne Soße.)

Ein bisschen spekuliert habe ich auch zum Bodenmarkt. Das findet sich am Ende meiner Rede.

Nun habe ich allerdings Bedenken, wenn wir hier immer wieder über die gleichen Themen unter unterschiedlichen Vorzeichen debattieren. Ich habe es schon mal gesagt, es ist eigentlich völlig egal, ob ich unsere Auffassung noch mal vortrage – ich könnte heute auch den Wetterbericht von Timbuktu vorlesen.

(Manfred Dachner, SPD: Nö. – Zurufe von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Es würde ja in der Debatte überhaupt nichts ändern. Aber da ich auch gelernt habe, dass ständige Wiederholungen zu einem gewissen Lernprozess führen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

werde ich mich wieder mit den von mir eben schon vermuteten Punkten, die natürlich auch so eingetroffen sind dank des Ministers, in kurzer Form auseinandersetzen.

Beim ersten Punkt möchte ich darauf verweisen, dass die Agrarstruktur einen wesentlichen Einfluss sowohl auf die Arbeitsbedingungen der in der Landwirtschaft Beschäftigten als auch die Haltungsbedingungen der Tiere hat. Nur Unternehmen ab einer bestimmten Größe können sich geregelte Frei- und Urlaubszeiten für ihre Angestellten, aber auch entsprechende Tierwohlstandards in ihren Stallanlagen leisten.

Kleine bäuerliche Familienbetriebe, wie Sie, meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sie in Ihrer romantisierten Vorstellung vor Augen haben, können das so nicht realisieren. Zum einen werden in diesen kleinen Betrieben oft die Familienmitglieder zur Arbeit herangezogen, Freizeit und Urlaub gibt es kaum, zum anderen fehlen in diesen Unternehmen häufig die finanziellen Voraussetzungen zur betrieblichen Umsetzung der ständig steigenden Umwelt- und Tierschutzstandards.

(Egbert Liskow, CDU: Die die GRÜNEN auch fordern.)

Bei den von mir heute bereits vermuteten Punkten 2 und 3 kann ich nahtlos an die Diskussion der Vergangenheit

anknüpfen, zuletzt beim Thema Milchkrise. Die Landwirte entscheiden selbst, welche Landbewirtschaftungsformen sie für betriebswirtschaftlich sinnvoll halten. In der ökologischen Landwirtschaft ist ein Mehrpreis erforderlich. um selbst im Rahmen einer erhöhten Förderung wirtschaftlich produzieren zu können. Selbst wenn ein anhand konkreter Zahlen bis jetzt noch nicht nachgewiesener Nachfrageüberhang existiert, so würde eine spürbare Erhöhung von ökologisch produzierten Produkten den dafür zu erzielenden Preis drücken und gegebenenfalls auch die benötigte Preisspanne zu den konventionell erzeugten Produkten unterschreiten. Auf der anderen Seite hatte ich bereits in der letzten Plenardebatte darauf hingewiesen, dass selbst bei denjenigen, die grundsätzlich ökologisch erzeugte Produkte nachfragen würden, die Bereitschaft, tatsächlich zu kaufen, mit steigender Preisspanne zwischen ökologisch und konventionell erzeugten Produkten überproportional sinkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe noch darauf verwiesen, dass meine Spekulation auch in Richtung Bodenpolitik ging. Da habe ich, wie gesagt, auch richtiggelegen. Die Argumentation konnte ich mir denken, zum Beispiel, dass die Nutzung außerlandwirtschaftlichen Kapitals als Finanzierungsquelle zur Spekulation und zur Belastung der bodengebundenen, nachhaltigen Agrarwirtschaft führt.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sehr gut.)

Natürlich beobachten wir seit einigen Jahren – gefühlt mit Beginn der Finanzkrise 2008 –, dass außerlandwirtschaftliches Kapital in Grund und Boden verstärkt investiert wird.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

Natürlich ist diese Entwicklung durchaus kritisch zu bewerten.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings durften wir auch die Erfahrung machen, dass die rechtsstaatlichen Mittel zur Eindämmung dieser Erscheinung begrenzt sind.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Begrenzt, aber vorhanden.)

Gerade die Erfahrung der Landesregierung in Sachsen-Anhalt mit dem Versuch einer Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes oder der Einführung eines Agrarstrukturgesetzes sollten uns zu denken geben.

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und zwar inwiefern?)

Neben dem Problem, die gewünschten Wirkungen rechtssicher zu formulieren, scheint auch eine Mehrheit der Landwirte selbst einen solchen Eingriff des Staates in den Bodenmarkt abzulehnen. Von daher habe ich von Ihnen zwar viele Kritikpunkte gehört,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich habe auch gehört, dass Sie den Kauf des Bodens von der BVVG durch das Land bevorzugen würden, aber da wir gerade vom Minister gehört haben, (Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wo die Probleme liegen, fehlen mir – leider haben Sie nicht mehr genug Redezeit, aber vielleicht wäre das mal ein Thema, über das man neu nachdenken könnte – eigentlich die Vorschläge,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Beschwören Sie es nicht herauf!)

wie man, ...

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD)

Es ist schon spät. Nein, das bringt mich nicht aus dem Konzept, aber man muss ja auch mal lachen dürfen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, genau.)

... wie man in Zukunft das Problem mit den außerlandwirtschaftlichen Investoren rechtssicher lösen kann. Das wäre mal eine Debatte, über die ich mich freuen würde und dann würde ich auch nicht wieder den Wetterbericht von Timbuktu bemühen wollen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schlupp.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Tack, Herr Professor Dr. Tack, für die Fraktion DIE LINKE.

(Egbert Liskow, CDU: Aber jetzt nicht wieder Timbuktu.)

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Für eine gerechte Bodenpolitik – Vielfalt der Besitz- und Größenverhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe als Grundlage für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft", so lautet die Überschrift eines Beschlusses des Landesdelegiertenrates von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27. Juni dieses Jahres.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!)

Was die geforderte Einheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem anbetrifft, stehen wir an Ihrer Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da sind wir viel weiter, Fritz. Wir sind viel weiter.)

In dem genannten Beschluss fordern die Bündnisgrünen die Landesregierung auf, ich zitiere: "die Besitz- und Nutzungsverhältnisse in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns derart zu steuern, dass eine möglichst große Vielfalt an Betriebsgrößen und Betriebsformen entsteht, die in einem fairen Wettbewerb am Markt agieren und mit einem hohen Beschäftigungsaufkommen eine hohe Wertschöpfung erzielen können", Ende des Zitats. So weit, so gut, oder?

Nach Meinung der Bündnisgrünen erreicht die Landesregierung dies nur über eine gerechte Bodenpolitik, die dem Landgrabbing und der Dominanz von landwirtschaftlichen Großbetrieben mit Flächen weit über 500 Hektar Einhalt gebietet und auch kleine und mittelständische Unternehmen, kleiner als 250 Hektar, zum Zuge kommen lässt. Dieser Beschluss Ihrer Landesdelegiertenkonferenz, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, war wohl der Grund für die heutige Aussprache mit dem Thema "Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern".

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Eigentlich nicht, nein.)

Der Beschluss fordert die Landesregierung auf, sich massiv für eine Änderung der BVVG-Verkaufspolitik einzusetzen. Diesen Punkt betrachte ich als zum Teil bereits erledigt. Ich verweise an dieser Stelle auf mehrere Landtagsbeschlüsse zu diesem Thema. Wir wollen sogar, dass das Land die noch verfügbaren BVVG-Flächen übernimmt. Der Minister hat gesagt, welche Hindernisse es gibt.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab vor Kurzem auch den offenen Brief der ostdeutschen Agrarminister an den Bundesfinanzminister ganz im Sinne der hier gefassten Landtagsbeschlüsse.

Ihr genannter Beschluss fordert die Landesregierung aber auch auf, ich zitiere an dieser Stelle, damit ich keinen Fehler begehe: "Die bisherigen Pachtverträge sollten gekündigt und die Flächen in beschränkten Ausschreibungen an alle bisher bei der Flächenverteilung benachteiligten Betriebe und Betriebsneugründungen gehen." Ende des Zitats.

(Udo Pastörs, NPD: Verstößt gegen die EU-Richtlinien.)

Ich übersetze das mal für mich: Sie wollen alle Pachtverträge für Landesflächen kündigen, ob für große oder kleine Betriebe. Diese Flächen sollen dann an alle Betriebe kleiner als 250 Hektar und an kleine Neugründungen gehen, die bisher keine Landesflächen gepachtet haben. Zu diesen Forderungen möchte ich Klartext reden: Das ist ökonomischer, ökologischer und sozialer Unsinn.

(Beifall Thomas Krüger, SPD – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Es wär schön, wenn Sie sich auf die Rede beziehen würden.)

Es würde Arbeitsplätze und ganze, bisher gut funktionierende Betriebe vernichten. Es würde das Leben im ländlichen Raum schädigen und es würde vielfaches und neues Unrecht schaffen – mehr Unrecht, als es jemals die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Großer Spaßvogel.)

die auf alliiertem Recht beruhte, und die spätere Kollektivierung oder Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft, ja selbst die Zwangskollektivierung, jemals schufen. Da werden meine Fraktion und ich niemals mitmachen.

Dieser Beschluss trägt aber auch das Grundmantra des Aktionsprogramms "Nachhaltige Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern" in sich: Kleine landwirtschaftliche Betriebe sind per se gut, große Landwirtschaftsbetriebe, egal in welcher Form sie sind, sind das Böse schlechthin.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wir wollen Vielfalt.)

Einer solchen ideologisch verbrämten Betrachtungsweise werden sich meine Fraktion und ich ebenfalls nicht anschließen.

Meine kritischen Worte in Ihre Richtung bedeuten aber nicht, dass für meine Fraktion und für mich alles bestens mit der Agrarstruktur in diesem Lande ist. Trotzdem unterstützen wir die Politik der Landesregierung, keine Landesflächen zu veräußern und langfristige Pachtverträge mit Landwirtschaftsbetrieben abzuschließen, die sich an klaren Kriterien ausrichten, nämlich die Stärkung der Veredlungswirtschaft, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Ebenso müssen die Betriebe einen Mindestviehbesatz von 0,4 Großvieheinheiten pro Hektar nachweisen und mindestens zehn Prozent der Fläche mit Intensivkulturen, wie Gemüse, Kartoffeln, Zuckerrüben oder Sonder- und Dauerkulturen, bestellen. Das ist der bessere Weg gegenüber einer Kündigung aller Pachtverträge zugunsten kleinerer Betriebe ohne weitere Vorgaben.

Wer tatsächlich politisch auf die Ausrichtung der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern Einfluss nehmen will, kann genau über diesen Weg seine Ziele durchsetzen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, haben das ja mit einem Antrag zu den Verpachtungskriterien des Landes im Jahre 2012 versucht, Sie haben es auch erst angesprochen, Frau Karlowski.

Natürlich könnten sich meine Fraktion und ich auch andere, bessere, vielleicht neue Kriterien für die Verpachtung vorstellen, die zu einer weiteren Ökologisierung der Landwirtschaft und zu noch mehr Tierwohl in Mecklenburg-Vorpommern führen. Aber so etwas kann und darf nicht – das will ich ganz klar sagen – gegen die Landwirte in unserem Lande geschehen. So etwas geht nur gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So macht Sachsen-Anhalt das auch.)

Auch deshalb rufe ich auf, weiter am Masterplan für die Land- und Ernährungswirtschaft mitzuarbeiten.

Ebenso wie Sie, meine Damen und Herren, kritisieren wir seit Langem die Politik der BVVG und damit der Bundesregierung. Zukünftiges Wachstum und Wirtschaften ist direkt abhängig vom Eigentum am Boden, der eine nicht vermehrbare natürliche Ressource ist. Boden ist aber auch Kapital und leider zunehmend eine Kapitalanlage. Wir erleben derzeit eine regelrechte Explosion der Boden- und Pachtpreise. Dazu war schon gesprochen worden.

Die BVVG gilt dabei als einer der stärksten Preistreiber. "Kaufen Spekulanten den Osten auf?" fragte "Der Tagesspiegel" im Jahre 2013 und brachte die Befürchtungen auf den Punkt. Als LINKE haben wir das Problem schon weit vor 2013 thematisiert. Im Zentrum steht die Kritik an der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, der BVVG. Sie verwaltet und privatisiert im

Auftrag der Bundesregierung die Flächen der ehemaligen volkseigenen Güter – die Anzahl war von Minister Backhaus für unser Land genannt worden –,

(Udo Pastörs, NPD: Volkseigene Güter!)

die kostenfrei in Bundesvermögen übergegangen sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Bis 2014 hat die BVVG 800.000 Hektar Landwirtschaftsund knapp 600.000 Hektar Forstflächen privatisiert, insbesondere seit 2007 mit fatalen Folgen. Das sagen übrigens nicht nur wir, Minister Backhaus bezeichnete einst die Privatisierung – er hat das heute noch einmal getan, dafür bin ich ihm sehr dankbar – von Grund und Boden als einen Kardinalfehler der deutschen Einheit. Besser wäre eine treuhänderische Übernahme eines Teils der Flächen durch das Land gewesen, um sie an Agrarbetriebe weiterzuverpachten. Besser kann ich es auch nicht ausdrücken. Das wäre genau die richtige Strukturpolitik gewesen.

Ich zitiere jetzt meine geschätzte Bundestagskollegin Dr. Kirsten Tackmann zur BVVG-Politik. Beginn des Zitats: "Zwischen 2007 und 2013 stiegen die Bodenpreise in Ostdeutschland um 154 Prozent. Dies geschah sehr zur Freude des Finanzministers, der jährlich etwa 500 Millionen Euro von der BVVG überwiesen bekommt, für ostdeutsche Äcker, die er kostenfrei übernommen hat, und auf Kosten der ortsansässigen Landwirtschaftsbetriebe,"

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

"die ihre Produktionsgrundlage, den Boden, zu Wucherpreisen kaufen müssen. Ich finde das unanständig, erst recht, weil das Geld für gute Löhne und mehr Tierwohl fehlt." Ende des Zitats. Auch dies hätte ich nicht besser ausdrücken können. Im Übrigen habe ich in den letzten Jahren bereits mehrfach darauf hingewiesen. Immer häufiger kauft landwirtschaftsfremdes Kapital die Äcker, Wiesen und gleich ganze Betriebe oder es werden Anteile an Genossenschaften übernommen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Richtig.)

Aber auch davor hat DIE LINKE lange vergeblich gewarnt.

Anfang des Jahres hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe geschätzt, dass zwischen 20 und 35 Prozent der Flächen an Nichtlandwirte gehen. Die Zahl war auch von Minister Backhaus genannt worden.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verlierer sind die ortsansässigen Betriebe, egal ob es kleine Familienbetriebe oder große Familienbetriebe sind, Genossenschaften oder GmbHs. Gerade für kapitalschwache Junglandwirte und -wirtinnen ist die Preissteigerung eine enorme Hürde. Es herrscht ein harter Konkurrenzkampf um frei werdende Flächen oder den Einstieg in die Betriebsnachfolge. Wer den dicksten Geldbeutel hat, gewinnt. Das ist ein beunruhigender Trend und sollte von uns nicht hingenommen werden.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das ist Kapitalismus.)

Kann man etwas dagegen tun, oder sind wir in Bund und Land hilflos?

Ende Januar 2015 legte der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften ein Gutachten vor. Ergebnis: Entgegen bisheriger Behauptungen kann der Erwerb von Anteilen an landwirtschaftlichen Gesellschaften durch Änderungen am Grundstückverkehrsgesetz eingeschränkt werden. Durch die Einführung einer Genehmigungspflicht können unerwünschte Konzentrationsprozesse verhindert werden. Dafür seien eindeutige politische Zielvorgaben notwendig. Ein klarer Rahmen sei dahin gehend zu setzen, dass Bund und Länder genaue Aussagen zu den Zielen ihrer Agrarstrukturpolitik treffen müssen. Das sei für eine restriktive Auslegung der Rechtsprechung notwendig. Darüber hinaus wurde ein Paradigmenwechsel bei der BVVG-Flächenprivatisierung gefordert. Wenn wir tatsächlich weg wollen vom derzeitigen Wachse-oder-weiche-Prinzip, dann müssen wir da ran. Wir müssen für Mecklenburg-Vorpommern klären, welche Agrarstruktur wir wollen.

Hierbei unterstützen wir LINKEN das Konzept des Wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für eine veränderte Wachstumsstrategie, dem jeweiligen Standort angepasste Produktionssysteme zu entwickeln und breit in die Praxis einzuführen. Deshalb bin ich froh über die derzeit stattfindende Entwicklung des Masterplans der Land- und Ernährungswirtschaft in der Perspektivkommission "Mensch und Land". Aus voller Überzeugung fordere ich heute noch einmal alle Interessierten auf, sich aktiv in diesen Prozess einzubringen. Wir tun das. Aber wir fordern die Landesregierung auch auf, ein eigenes Agrarstrukturfördergesetz auf den Weg zu bringen,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

um die Zukunft des Lebens und Wirtschaftens im ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.

Wir brauchen eine Agrarpolitik, die den Betrieben, egal ob groß oder klein, egal welcher Rechtsform, gleich ob konventioneller oder ökologischer Landbau, eine Perspektive jenseits vom Dogma des "Wachse oder weiche" ermöglicht. Die Weiterentwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft muss auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen. Deshalb muss auf die Fragen, die der exportorientierte, liberale und ruinöse Weltagrarmarkt stellt, nach anderen als den bisherigen Antworten gesucht werden.

Unsere Vorstellungen lassen sich verkürzt und einfach folgendermaßen zusammenfassen: Wir wollen regionale Märkte, statt sich einseitig auf Weltmärkten zu orientieren. Und – auch das muss dazugesagt werden – notwendige Agrarexporte sind immer im Zusammenhang mit Agrarimporten zu beurteilen. Da stimme ich meiner Kollegin Frau Professor Dr. Erika Czwing voll zu. Wir wollen langfristig möglicherweise dem Boden wieder den Charakter einer Allmende zuweisen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist sehr germanisch, was Sie da fordern.)

Wir wollen eine Landwirtschaft, die gute Arbeit zu guten Löhnen ermöglicht. Wir wollen, dass der Landwirt von seiner Hände Arbeit leben kann. Wir wollen die Erhaltung der Kulturlandschaft durch Nutzung nach den Prinzipien der guten fachlichen Praxis. Wir wollen eine sichere Zukunft für die Land- und Ernährungswirtschaft in unserem Lande Mecklenburg-Vorpommern. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Tack.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie beziehungsweise warum hat sich die Agrarstruktur hier in Mecklenburg-Vorpommern so entwickelt, wie sie sich jetzt darstellt? Wir haben es in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Flächenländern weitgehend mit Großbetrieben zu tun. Der "Spiegel" berichtete im Jahre 1995 im Heft 24 am 12. Juni 1995 unter dem Titel "Bauernland in Bonzenhand – Die neuen alten Herren im Osten – "Belogen und betrogen".

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch Lügenpresse.)

Ich zitiere einige Passagen aus dieser Ausgabe.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch Lügenpresse, Herr Köster.)

Manchmal schreiben auch die Zeitungen richtige Sachen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, zitieren Sie nicht immer die Lügenzeitung! Sie müssen sich schon mal entscheiden. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wenn es natürlich gegen Ihre kommunistischen Vorväter geht, dann wollen Sie es immer als Lüge betiteln.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie müssen sich schon mal entscheiden, ist es Lügenpresse oder keine Lügenpresse?!)

Zitat, Herr Ritter: "Geld verschwindet nicht, das weiß jeder Kaufmann – es wechselt den Besitzer. Dieter Tanneberger, Präsident der Bauernorganisation Deutscher Landbund, weiß, wohin es geflossen ist: Überall hätten LPG-Chefs "mit flächendeckenden Bilanzfälschungen" die Produktionsgenossenschaften arm gerechnet"

(Thomas Krüger, SPD: Das ist eine Unterstellung.)

"und Millionenbeträge in ihre Nachfolgebetriebe geschleust."

Das ist ein Zitat, Herr Krüger.

(Thomas Krüger, SPD: Trotzdem eine Unterstellung. – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das ist deswegen trotzdem eine Unterstellung.)

"Kaum waren die Bauern billig abgefunden, entwickelten sich die verarmten LPG auf wundersame Weise zu hochprofitablen Agrarfirmen – geleitet von den ehemaligen LPG-Vorsitzenden. Sie und ihre Partner in den neuen Betrieben profitieren nun vom Aufschwung der ostdeutschen Landwirtschaft, die Bauern sind die Dummen."

Es heißt weiter in dem Artikel: "Mit der Wiedervereinigung gingen riesige Ländereien in Bundeseigentum über: die Äcker, Wälder und Wiesen der ehemaligen Großgrundbesitzer. Diese Gutsherren, häufig Junker und andere Landadlige, waren zwischen 1945 und 1949 von den Sowjets enteignet worden, ihre Güter gehören seit dem 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland. Doch nicht einmal ein Fünftel dieses "Junker-Landes" wurde an "ortsansässige Wiedereinrichter" verpachtet, wie die ehemaligen LPG-Bauern im Behördendeutsch heißen … Statt dessen gehören fast 60 Prozent der staatseigenen Äcker, wie die Statistik ausweist, "juristischen Personen": Das sind die Firmen, die von den ehemaligen LPG-Chefs aufgemacht wurden."

(Udo Pastörs, NPD: GmbHs.)

"Weitere zehn Prozent des Landes fielen an "ortsansässige Neueinrichter". Das sind Ostdeutsche, die vor der Wende keinen einzigen Hektar besaßen, aber dann einen landwirtschaftlichen Betrieb aufmachten. Hinter dem unverfänglichen Begriff "ortsansässige Neueinrichter" verbergen sich im wesentlichen LPG-Versitzende, die selbständige Bauern wurden, oft mit vielen hundert Hektar Pachtland."

Und weiter heißt es in dem Artikel: "Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften befanden sich oft in besserem Zustand als die heruntergekommenen Industrieanlagen der DDR. Ihre Einfamilienhäuschen und Wohnblocks waren dank eigener Reparaturbrigaden durchweg ordentlicher erhalten als die Mietskasernen in den Städten. Von beträchtlichem Wert waren Viehherden, Melkanlagen und Getreidespeicher. Ein milliardenschweres Vermögen wäre zu verteilen gewesen - wenn tatsächlich geteilt worden wäre. Die LPG-Mitglieder hätten eine Menge Geld erhalten - wenn die Vorsitzenden saubere Bilanzen erstellt und korrekt abgerechnet hätten. Anders als den einfachen Ost-Bauern geht es den früheren LPG-Chefs zumeist blendend. Kein Berufsstand in der DDR hat die Wende so glatt geschafft wie die Führungskader der sozialistischen Landwirtschaft. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit herrschen sie nun wieder wie zu SED-Zeiten über das Land; mit einem Unterschied allerdings: Früher waren sie nur mächtig, heute sind sie auch noch reich."

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

"Nach Schätzungen des Landbunds rissen die neuen Großagrarier ein Vermögen von mindestens 20 Milliarden Mark an sich. Aus den aufgelösten mehr als 3.800 LPG gingen 2.800 Nachfolgebetriebe hervor, fast alle werden von den ehemaligen LPG-Chefs geführt. In ihren Ställen stehen 80 Prozent des ostdeutschen Viehs, sie bewirtschaften mehr als zwei Drittel der ostdeutschen Äcker, Felder und Wiesen. Wozu Raubritter und Junker"

(Udo Pastörs, NPD: Die neuen Junker.)

"einst Jahrhunderte gebraucht hatten, schafften die roten Kader in zwei Jahren." Zitatende.

Die BVVG hat dann das Junkerland in Bonzenhand gegeben. Sie verpachtete die Äcker vorwiegend an die Nachfolgebetriebe der aufgelösten LPG. Die hätten, so das Standardargument, das bessere Konzept als kleinere bäuerliche Betriebe vorgelegt. Prächtiger ist wohl, dass die alten Kader die besseren Verbindungen hatten. Ihre

Freunde aus früheren gemeinsamen SED-Tagen sitzen überall, bei der BVVG, in Ministerien, in Landwirtschaftskammern, in den Kreisbodenkommissionen und den dörflichen Verwaltungen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das muss wohl ein Irrtum sein.)

Unter der Überschrift "BVVG in Mecklenburg-Vorpommern verkaufte auch 2010 fast ausschließlich an ortsansässige Landwirte" lesen wir unter anderem, ich zitiere: "Die BVVG ... in Mecklenburg-Vorpommern hat im Jahr 2010 rund 9.800 Hektar landwirtschaftliche Fläche veräußert, davon 90 Prozent an ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe. "Damit werden Behauptungen widerlegt, dass die BVVG in nennenswertem Umfang an sogenannte Kapitalanleger verkaufe", betonten die Leiter der Niederlassungen Neubrandenburg und Schwerin, Dr. Rosemarie Hildebrandt und Johann Jakob Nagel, auf der Landespressekonferenz." Zitatende.

Können wir nun deshalb einfach zur Tagesordnung übergehen? Diese Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten, Zitat: "Bei der Vergabe von Agrarflächen in Ostdeutschland", so eine dpa-Meldung vom 9. März 2012, "sehen sich Kleinbauern stark benachteiligt. Beim Verkauf von Ackerland auf früherem DDR-Gebiet bevorzuge die bundeseigene Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) noch immer große Investoren, kritisierte die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ... Diese erhielten die Flächen zu Preisen deutlich unter Marktniveau, sagte AbL-Sprecher für Ostdeutschland, Jörg Gerke, in Berlin. Zu den Profiteuren gehörten nicht nur 'die alten DDR-Agrarkader', sondern auch große Konzerne aus Westdeutschland."

Laut dpa beziehungsweise Gerke gehe es um Subventionen an eine kleine Gruppe von Unternehmen. Diese hätten inzwischen einen zweistelligen Milliardenbetrag erreicht. Als Beleg führte Jörg Gerke interne Schreiben des Bundeslandwirtschafts- und des Bundesfinanzministeriums aus dem Jahre 2009 an. Aus diesen gehe unzweideutig hervor, dass die Nachfolgebetriebe der LPG seit den 90er-Jahren bevorzugt worden seien. Die auch als rote Barone bezeichneten Altkader hätten auf dem Wege des Direkterwerbs, also ohne Ausschreibungen, von der BVVG Flächen kaufen oder pachten können. Kleinere und mittlere Betriebe besäßen diesbezüglich kaum eine Chance im Rennen um die Bodenvergabe.

Wir als NPD haben dieses Thema auch schon 2012 hier im Landtag behandelt. Auch wir sind dem florierenden Netzwerk damals auf den Grund gegangen. Der bereits erwähnte Biobauer Jörg Gerke führt in seinem Buch "Nehmt und euch wird gegeben: Das ostdeutsche Agrarkartell", erschienen im Jahr 2008, dazu Näheres aus, Zitat: "Das gesamte Konglomerat im Osten aus Agrarverwaltung, Agrarpolitik, Agrarberichterstattung und der Agrarlobby in Form der Landesbauernverbände bildet eine Art Netzwerk, ein Kartell." Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Gerke: "Die großen LPG-Kaderbetriebe bekommen den überwiegenden Teil der BVVG-Flächen in die Hände gespielt", so führte er aus. Der Kaufpreis bewege sich in einer Spanne von lediglich 1.500 bis 3.500 Euro je Hektar. Zum Vergleich: Mittlerweile sind die Marktpreise für arrondierte Ackerflächen nach offiziellen Angaben auf

über 20.000 Euro pro Hektar geklettert. So sieht die Lage hier aus, wenn man die Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern begutachten möchte.

Währenddessen fristen sehr viele bäuerliche Betriebe im Beitrittsgebiet ein eher kümmerliches Dasein. Wie Gerke in seinem Buch auch bemerkt, sind rund 50 Prozent von ihnen Nebenerwerbsbetriebe, die, ich zitiere, "vor allem aufgrund des teilweisen staatlichen Quasi-Monopols bei der Verteilung landwirtschaftlicher Flächen keine weiteren Flächen über ihre 15, 20, 30 oder 40 ha hinaus zur Pacht erhalten". Vor diesem Hintergrund ist auch die Landwirtschaftspolitik hier im Land zu beobachten.

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere der zuständige Minister Backhaus, ist die Interessenvertretung der Großbetriebe und setzt auf die Industrialisierung der Landwirtschaft hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Minister Dr. Till Backhaus: Kompletter Blödsinn.)

Welche Lösungswege stehen denn hier offen? Als Erstes muss die Anbindung der Agrarbeihilfe an die Beschäftigung und an die sozialen Mindeststandards in den Betrieben ausgerichtet werden. Dann brauchen wir eine breite Streuung von landwirtschaftlichen Flächen der öffentlichen Hand zum Aufbau einer mittelständischen und vielfältigen Landwirtschaft. Damit könnte man auch die Enteigneten der Sowjets endlich gerecht entlohnen. Wir brauchen zudem ein Siedlungsprogramm zur Gründung neuer landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Betriebe. Hier könnten gerade auch die Uniabsolventen endlich mal Gerechtigkeit erfahren.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Wir von der NPD lehnen die herrschende Agrarpolitik ab, weil sie nicht der Bedarfsdeckung der Bevölkerung, sondern einzig der kapitalistischen Logik der maximalen Profitmehrung dient. Unsere Vorstellungen von einer bäuerlichen Landwirtschaft ist eine gänzlich andere. Wir fordern daher die Zerschlagung der Agrarriesenbetriebe und stattdessen viele kleine und mittelständische Landwirtschaften,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

die mit einer größeren Artenvielfalt auf dem Acker und im Stall gesunde Lebensmittel, die den Namen auch verdienen, herstellen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der Aussprache ist benannt: "Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern". Und so wie meine Kollegen hatte auch ich Schwierigkeiten herauszubekommen, was denn mit Agrarstruktur überhaupt gemeint ist, denn es gibt ja nicht die Agrarstruktur, sondern es gibt die Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern, und diese Strukturen umfassen viele Ebenen.

Ich habe mir mal die Mühe gemacht, habe in Wikipedia nachgeguckt, was heißt denn Agrarstruktur überhaupt? Da

steht, ich zitiere: "Der Begriff Agrarstruktur bezeichnet die strukturellen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion und der Lebensbedingungen im Agrarsektor (Landwirtschaft, Forstwirtschaft und verwandte Wirtschaftszweige)." Da mir die Themenfläche zu groß war, habe ich meine Kollegin Frau Karlowski angerufen und wir haben uns zumindest darauf geeinigt, dass wir hier heute nicht über die Forstwirtschaft reden. Dafür danke ich, dass wir diese Einschränkung hinbekommen haben. Ich denke aber, es wäre,

(Heinz Müller, SPD: Das ist ja schon mal was. – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich denke mal,

(Heinz Müller, SPD: Das ist ja schon mal was.)

es wäre nächstes Mal vielleicht fruchtbarer,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wenn das Thema einer solchen Aussprache genauer bezeichnet werden könnte.

(Heinz Müller, SPD: Ja, es kommt darauf an, ob man ein ernsthaftes Interesse hat, über ein Thema zu reden. – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, meine Damen und Herren, wenn ich mir die Rede von Frau Dr. Karlowski noch mal vor Augen führe, sage ich, auch wenn heute der 21.10.2015 ist, zurück in die Zukunft ist dennoch Utopie, sehr geehrte Frau Dr. Karlowski.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir die Betriebsstrukturen, die sich seit der Wende entwickelt haben, ansehe, kann ich feststellen, wir haben hier einen breiten Mix in Mecklenburg-Vorpommern. Hatten wir 1989 in den drei Nordbezirken noch knapp tausend LPGen und 137 volkseigene Güter, so sind es heute mehr als 4.700 landwirtschaftliche Betriebe. Wenn wir uns dann ansehen, wie die Betriebe aufgestellt sind, können wir feststellen, dass bei uns im Land fast zwei Drittel der Betriebe familiengeführt sind. Unsere Betriebe in der Landwirtschaft tragen mit drei Prozent Bruttowertschöpfung ungefähr doppelt so viel, Frau Dr. Karlowski, doppelt so viel bei wie im gesamtdeutschen Durchschnitt. Und wenn Sie hier anführen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, weil es hier nichts gibt sonst.)

wenn Sie hier anführen, dass es früher mal vier Prozent waren, dann ignorieren Sie, dass die industrielle Basis bei uns im Land sich einfach verbreitert hat und eine ganz normale Prozentrechnung eben am Ende auf diesen Wert kommt. Es ist trotzdem doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Wir können feststellen, dass die Landwirtschaft eine stabile Branche ist,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sie hat sich in den letzten Jahrzehnten gut entwickelt. Geleistet haben das viele verantwortliche Frauen und Männer. Sie waren es, die nach der Wende in einer sehr schwierigen Zeit, in der nicht abzusehen war, wie es wirklich weitergeht, die Ärmel hochgekrempelt haben. Sie haben in die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns investiert, sie sind auch privat mit ihrem Vermögen ins Risiko gegangen, sie haben geleistet, worauf heute das ganze Land stolz sein kann, nämlich eine starke Branche, und das verdient Anerkennung.

Und wenn Frau Gajek heute früh von einer völlig verfehlten Agrarpolitik spricht, Frau Gajek, dann, sage ich Ihnen einfach, gehe ich hier von Unkenntnis aus.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wenn Sie sich diese Hintergründe noch einmal vor Augen führen, vielleicht können Sie dann nachvollziehen, warum die Landwirte so empfindlich auf Ihre undifferenzierten Generalangriffe reagieren.

Wenn wir über Agrarstrukturen reden, gehört dazu auch, dass die Landwirtschaft nicht ohne die verarbeitende Industrie betrachtet werden kann. Die Land- und Ernährungswirtschaft, meine Damen und Herren, ist die Branche in Mecklenburg-Vorpommern, sie trägt fast 40 Prozent Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern bei. Und vergessen wir nicht, dass die Land- und Ernährungswirtschaft auch ein wichtiger Kunde in anderen Wirtschaftsbereichen ist, beispielsweise im Maschinenbau, im Dienstleistungssektor oder bei der Logistik. Wir können heute sagen, das ist eine Erfolgsgeschichte made by Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, wir haben, wenn wir uns die Strukturen ansehen, auch Herausforderungen vor uns. So ist unsere Landwirtschaft gemeinsam mit Sachsen-Anhalt die viehärmste Region Europas mit 0,4 Großvieheinheiten je Hektar. Das hat der Minister bereits erwähnt. Hatten wir 1989 noch 3,2 Millionen Schweine in den Ställen stehen, so sind es heute 820.000. Hatten wir 1989 noch 1,4 Millionen Rinder in den Ställen und auf den Weiden, so sind es heute 546.000 Rinder. Wir brauchen mehr Veredlung, Frau Dr. Karlowski,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Haben Sie meiner Rede denn eigentlich zugehört?)

wir brauchen mehr Veredlung, und Veredlung heißt Wertschöpfung.

Richtig ist aber auch, dass wir Konzentrationen in übergroßen Ställen kritisch sehen. Ein Negativbeispiel dafür ist Alt Tellin. Die Diskussion um sozialräumlich verträgliche Lösungen werden wir daher weiterführen. Wenn wir über landwirtschaftliche Strukturen reden, kommen wir nicht an den Betriebsgrößen vorbei. Richtig ist, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern im Bundesvergleich sehr große Betriebe haben. Richtig ist aber auch, dass das keine Erfindung und Entwicklung der Neuzeit ist, wir hatten auch vor mehr als hundert Jahren schon sehr große Betriebe. Die Größenordnung hat der Minister hier schon ausgeführt, das kann ich sehr gut weglassen. Heute haben wir 4.725 landwirtschaftliche Betriebe, 3.000 davon sind im Haupterwerb, also eine deutliche Aufsplittung der früheren Strukturen.

Nun kann man ja behaupten, der Staat müsse stärker auf die Strukturen eingehen. Das ist nach Auffassung meiner Fraktion aber zuallererst Sache der Landwirte selbst. Sie agieren als Unternehmer und sie agieren am Markt. Wir als Politik setzen Rahmenbedingungen, die nicht immer auf ungeteilte Freude der Branche treffen, die aber auch zu einer leistungsfähigen Landwirtschaft beigetragen haben. Bedauerlich, aber in anderen Industrie- und Gewerbebereichen ebenso zu beobachten, ist die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen. Lagen sie nach der Wende bei 5,5 Arbeitskräften je 100 Hektar, so waren dies 2010 nur noch 1,4 Arbeitskräfte auf 100 Hektar. Das ist ganz klar auch eine Folge der Mechanisierung.

Nun gibt es ja auch in Mecklenburg-Vorpommern die Idee, das Land zum Garten der Metropolen zu entwickeln. Das hat indirekt Frau Dr. Karlowski hier ja auch wieder in ihrer Rede genannt. Ziel wäre es, so habe ich das verstanden, mit einem großflächigen Gemüse-/Obstanbau mehr Arbeit und mehr Wertschöpfung in der Fläche zu generieren.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet ja eben auch eine veränderte Agrarstruktur und dann könnte man das erzeugte Gemüse oder Obst in Berlin, in Hamburg, in den Metropolen absetzen. Das ist eine Vorstellung, das will ich zugestehen, die auf den ersten Blick interessant ist. Aber was heißt das denn in der Praxis? Das heißt, dass wir unsere Märkte, dass die Landwirte ihre Märkte aufgeben und investieren, um ihre Produkte in einen gesättigten Markt abzugeben. Nichts anderes ist das, denn wir haben in Hamburg und Berlin einen gedeckten Bedarf an Obst und Gemüse. Ich habe nicht gelesen, dass da Knappheit an Obst und Gemüse herrscht. Und wir konkurrieren gegen den Gemüse- und Obsthändler, der seit 30 Jahren da auf dem Markt steht, und machen dem Konkurrenz. Das ist schwierig. Dazu kommt noch, dass wir, wenn wir mit unserem Plan erfolgreich sind, vielleicht Gemüsebauern aus Schleswig-Holstein oder Niedersachsen kaputt machen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist das unser Ziel? Ich denke, nicht.

Frau Dr. Karlowski, mein Arbeitskreis ist in der letzten Woche in Boddin gewesen, bei Boddinobst. Ich empfehle, einfach mal dahin zu fahren

(Torsten Renz, CDU: Nee, das können Sie denen nicht zumuten.)

und mit den Leuten, mit den Geschäftsführern dort zu reden, um festzustellen, wie die Marktsituation ist. Und Sie werden feststellen, dass die um jeden Cent kämpfen müssen und darum kämpfen müssen, am Markt erfolgreich bestehen zu können.

Und, Frau Dr. Karlowski, wenn Sie dann beispielsweise biosanica anführen und auch mal zu biosanica fahren – da war ich auch –, kann der Geschäftsführer Ihnen genau erklären,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

warum er so günstig ist und warum er inzwischen eine Marktführerschaft hat. Eben nicht,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eben nicht, weil der Geschäftsführer,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eben nicht ...

Hören Sie doch einfach mal zu!

(Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin, was ist denn hier los?)

Eben nicht, weil der Geschäftsführer darauf setzt, dass er in Hamburg absetzt, sondern darauf setzt, ganz klar, Ware einzukaufen, die möglichst billig ist. Diese Produkte bekommt er vor allem auf dem polnischen Markt. Und die Frage, ob der deutsche Markt interessant wäre, verneint er deshalb, weil die Produktionskosten hier einfach zu hoch sind.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und wie analysieren Sie denn die Agrarstruktur von Mecklenburg-Vorpommern?)

Das sollten Sie vielleicht mal mit dem Geschäftsführer dort vor Ort besprechen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Betrachten können wir auch die Agrarstruktur nach ökologischer und konventioneller Wirtschaftsweise. Tun wir das, dann nehmen wir zur Kenntnis, dass Mecklenburg-Vorpommern das führende Land im Ökolandbau ist, übrigens weit vor allen Ländern, die beispielsweise grüne Agrarminister haben. Insofern brauchen wir hier keine Belehrung. Knapp 9 Prozent der Landesfläche werden ökologisch bewirtschaftet, im Bundesdurchschnitt sind es 6,3 Prozent.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, das ist auch immer noch zu wenig.)

Klar ist, Frau Dr. Karlowski, wir wollen hier weiterkommen, das ist unser gemeinsames Ziel. Sie wollen das, wir wollen das. Wir werden weiterhin daran arbeiten und ich begrüße daher ausdrücklich, dass der Minister den Förderrahmen, gerade für den Ökolandbau, deutlich verbessert hat. Ich glaube, darin stimmen wir miteinander überein.

Dann, meine Damen und Herren, gibt es ja immer Oberbegriffe in der Landwirtschaft. Bisher war es die Massentierhaltung, jetzt ist es ganz viel die industrialisierte Landwirtschaft. Deswegen will ich auf diesen Oberbegriff auch mal eingehen, denn auch das ist ja eine Strukturfrage.

Dazu muss man zuerst einmal klären: Was ist Industrie? Industrie zeichnet sich nach Wikipedia dadurch aus, dass ein hoher Grad an Mechanisierung und Automatisierung vorhanden ist. Meine Damen und Herren, wenn dieser Vorwurf darauf gerichtet ist, dass das Futter durch einen Automaten in optimaler Zusammensetzung und zu einem optimalen Zeitpunkt zugeführt wird

(Jochen Schulte, SPD: Das ist McDonald's.)

oder aber, dass die Kuh selbst entscheiden kann, wann sie zum Melkroboter geht und sich abmelken lässt, dann frage ich: Na und? Was ist daran denn schlimm? Oder geht es darum, dass über Computertechnik Erntemengen und Nährstoffzusammensetzungen im Boden durch Überfahren analysiert werden und dann beim Düngen der Computer einen optimalen Düngereinsatz realisiert? Oder sehen wir Probleme dabei, dass die ersten Maschinen GPSgesteuert autonom über den Acker fahren – heute schon, da ist das autonome Fahren schon Realität – und nur noch der Mensch im Vorgewende die Maschine steuert?

Ja, das ist ein hoher Grad an Mechanisierung und Automatisierung, der sich wahrscheinlich auch nur auf großen Flächen rechnet. Und ja, das kann man auch als Industrialisierung bezeichnen. Aber was an dieser Industrialisierung ist schlimm? Wollen wir etwa die Rückkehr zu einer Landwirtschaft mit Schubkarre und Forke,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

zu einer Landwirtschaft mit kleinen Betrieben, in denen Wochenende und Urlaub unrealisierbare Träume sind?

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Wollen wir das wirklich? Ich will es nicht.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ab September kann ich hier einen Tipp geben, dass wir das machen.)

Das ist nicht mein Ziel, das ist nicht meine Vorstellung von unserer Landwirtschaft.

(Minister Dr. Till Backhaus: Ab September kann man das machen. – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mal: Wer glaubt denn ernsthaft, dass sich genügend junge Menschen in diesem Land finden, die bereit sind, sich auf ein solches Leben einzulassen? Es ist doch heute schon schwierig, für die Landwirtschaft junge Leute zu begeistern.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich dachte, wir hätten das gleiche Ziel, Herr Krüger.)

Das ist heute schon schwer.

Meine Damen und Herren, das heißt nicht, dass meine Fraktion nicht auch Entwicklungen in der Landwirtschaft kritisch sehen würde. Das heißt es überhaupt nicht. Ich möchte nur davor warnen, Oberbegriffe zu definieren und dann die Landwirtschaft pauschal darunterzusetzen und zu verurteilen.

(Heiterkeit und Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So einfach ist das Leben eben nicht.

Was sieht meine Fraktion kritisch? Es gab und gibt zu Recht Diskussionen zum Tierschutz. Es kann nicht richtig sein, dass wir die Tiere an die Anlagen anpassen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass die Koalition in Berlin auf Bestreben meiner Partei den Passus zur Einführung eines Tieranlagen-TÜVs in die Koalitionsvereinbarungen mit aufgenommen hat, und hoffe, dass Bundesagrarminister Schmidt nun bald auch belastbare Vorschläge auf den Tisch legt und die auch in die Realität umgesetzt werden. Gleiches gilt im Übrigen für die Düngemittelverordnung. Der Bundesminister muss nun liefern, ein Aussitzen darf es nicht länger geben.

Übrigens, mit der von mir beschriebenen Automatisierung lassen sich eben auch die Düngermengen viel bedarfsgenauer steuern. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass unser Agrarminister Till Backhaus mit Vertretern von Umwelt- und Tierschutz sowie Vertretern des Berufsstandes einen Tierschutzplan mit ganz konkreten Zielen erarbeitet hat. Das ist ein Fortschritt und das ist gut so.

Zum Thema Agrarstrukturen gehört auch, dass Ackerpreise sich in den letzten Jahren massiv nach oben entwickelt haben. Das haben meine Kollegen hier auch entsprechend ausgeführt. Richtig ist auch, dass die BVVG zum Anstieg mit beigetragen hat. Sie ist es, davor möchte ich warnen, aber nicht allein, das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Sehr richtig.)

All die Dinge, die hier von meinen Kollegen über Investoren gesagt worden sind, kann ich unterstreichen, das kann ich alles weglassen. Ich fürchte auch, dass die Kaufpreise am Ende so hoch sind, dass durch landwirtschaftliche, durch nachhaltige landwirtschaftliche Produktion sich das Ganze nicht refinanziert. Das geht dann zulasten des Bodens, das geht zulasten der Umwelt, das geht aber auch zulasten der örtlichen Bindung des Betriebes an die dörfliche Gemeinschaft, eine Entwicklung, die wir nicht wollen.

Zu Sachsen-Anhalt noch mal zurück: Kollege Tack hat hier die Studie der gemeinnützigen Landgesellschaften erwähnt. Ja, auch das haben die als großen Hoffnungsschimmer gesehen. Und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Sachsen-Anhaltiner – die ja Vorreiter sind, um über diese Studie, über diesen dort aufgezeigten Weg zu einem Gesetz zu kommen – momentan das Gesetz wieder in die Schublade zurückgelegt haben, weil rechtskonform dieser Weg offensichtlich nicht möglich ist.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Es geht nicht um Rechtskonformität, es geht um Widerstand aus dem Bauernverband.)

Jetzt sagt Frau Dr. Karlowski, es geht nicht um Rechtskonformität. Mir gehts sehr wohl um Rechtskonformität,

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist aber zurzeit nicht das Hindernis in Sachsen-Anhalt.)

weil ich glaube,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wir können das Recht nicht außer Acht lassen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie verdrehen doch die Tatsachen.)

Meine Damen und Herren, zu unseren Agrarstrukturen gäbe es sicherlich noch viel zu sagen und viel zu diskutieren. Ich würde zusammenfassend sagen, bei allen Problemen, die wir zweifellos haben, hat sich die Branche dennoch gut entwickelt. Die Entwicklung wollen wir auch in Zukunft konstruktiv und kritisch begleiten. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Werte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Eigentlich hatte ich nicht vor, noch meine Erwiderungsrede hier zum Besten zu geben, aber das kann man nicht alles einfach so stehen lassen.

Und zwar wende ich mich vor allen anderen an Minister Backhaus. Ich musste heute erneut feststellen, er hat es offensichtlich nötig, eine gewählte MdLerin, und zwar mich, zu diffamieren.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: MdLerin!)

Ich frage mich wirklich: Warum, Herr Minister, warum haben Sie das nötig? Sind Ihnen grüne Abgeordnete irgendwie unheimlich?

(Minister Dr. Till Backhaus: Nein. Das habe ich doch gar nicht gemacht.)

Haben Sie so viel Angst vor grünen Abgeordneten?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Warum nehmen Sie nicht die sachlich dargestellten Aspekte meiner Rede und positionieren sich dazu? Sie haben offensichtlich eine vorformulierte Rede gehabt und haben das irgendwie reflexartig mit den immer gleichen Gegenargumenten,

(Minister Dr. Till Backhaus: Das mache ich nie.)

die wir hier schon x-mal gehört haben in Ihren früheren Reden, aufgegriffen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das mache ich nie. Das sollten Sie eigentlich wissen.)

Renate Künast muss immer wieder herhalten. Ich weiß nicht, ob Sie das teilen, also ich warte schon fast auf die Sekunde, wo dann wieder Renate Künast kommt. Es ist auch langsam ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Meine Güte! Gut.

Aber dient das jetzt alles nur dazu, dass Sie Ihre Position gegenüber dem Landesbauernverband hier aufrechterhalten, oder was?

(Minister Dr. Till Backhaus: Ach, das ist das Feindbild!)

Wohin führt das Ganze? Ist das wirklich Ihre einzige Klientel, an die Sie sich wenden?

(Minister Dr. Till Backhaus: Das ist das Feindbild!)

Sind Sie als Landesminister nur für den Landesbauernverband da?

(Minister Dr. Till Backhaus: Das ist doch Quatsch.)

Also ich habe in den Inhalten doch ganz viele Übereinstimmungen gehört und bedauere wirklich, dass diese Bühne des Parlaments.

(Minister Dr. Till Backhaus: Habe ich doch auch gesagt.)

des Landtags, genutzt wird, um Personen anzugreifen, anstatt die Debatte sachlich zu führen. Ich glaube, Sie kneifen irgendwie vor der Debatte mit der Opposition. Wenn Sie das auf die persönliche Ebene verschieben, dann weichen Sie ja automatisch der Sachdebatte aus.

(Minister Dr. Till Backhaus: Niemals. – Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich denke, heute war wirklich die Chance für jeden Wähler und jede Wählerin im Land, sich ein deutliches Bild davon zu machen, wer in welcher Partei sich zu dem Thema Landgrabbing wie positioniert, und das können wir gerne für den Wahlkampf weiter nutzen. Diese Informationen werden wir auswerten, und dann haben wir ja auch schon das Ziel erreicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Dr. Till Backhaus: Frau Karlowski, ich habe Sie doch gar nicht angegriffen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Die Schließung der Anklamer Kinderklinik verhindern!, Drucksache 6/4541.

Antrag der Fraktion der NPD Die Schließung der Anklamer Kinderklinik verhindern! – Drucksache 6/4541 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Dringlichkeitsantrag aus der vorigen Landtagssitzung auf der Tagesordnung belassen, weil die entscheidenden Verhandlungen und Gespräche ja noch bevorstehen, wie versprochen wurde. Ende Oktober sollen sie stattfinden.

Aber warum überhaupt Verhandlungen? Was ist das für ein Staat, der eine Kernaufgabe, nämlich die Gesundheitsvorsorge, nicht selber in die Hand nimmt und in Eigenregie betreibt, sondern der sich mit irgendwelchen Kapitalisten, in diesem Fall der Universitätsmedizin Greifswald und der AMEOS Klinikgesellschaft, an einen Tisch setzt, um von denen zu erbetteln, dass sie gnädigerweise ihren Versorgungsauftrag für die Kinder im Raum Anklam erfüllen mögen?

Es gibt einen Landeskrankenhausplan, da steht unter anderem drin: "Eine leistungsfähige Infrastruktur, zu der auch eine flächendeckende und leistungsfähige" Krankenhausversorgung "gehört, ist für die Weiterentwicklung des ländlichen Raums unverzichtbar." Schöne Worte! Es ist auch im Landeskrankenhausplan festgelegt, wer in welcher Region für die Gesundheitsversorgung zuständig ist. Das ist für die Region Anklam die Universitätsmedizin Greifswald, sie hat die Kinderstation für die AMEOS Krankenhausgesellschaft zu betreiben.

Doch wie üblich in der BRD gibt es auch im Landeskrankenhausplan Schlupflöcher, die ganz zufällig gewissen Interessengruppen nützen. Ausnahmen sind vorgesehen. Der Verantwortliche kann von seiner Verpflichtung entbunden werden, wenn er nachweisen kann, dass die Auslastung der von ihm zur Verfügung gestellten Kapazitäten zu gering sei.

So argumentiert jetzt die Universitätsmedizin Greifswald. Ihr Geschäftsführer besaß während einer Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Vorpommern-Greifswald die Frechheit, dafür den Bürgern Anklams die Schuld zu geben. Diese, so sagte er sinngemäß, würden ihre Kinder zu oft gleich nach Wolgast oder Greifswald zur Behandlung schicken. Deshalb blieben viele Krankenhausbetten in Anklam leer, also die Anklamer sind schuld. Das würde dazu führen, dass die mit den Kindern befassten Ärzte und Krankenschwestern nach und nach ihre Fähigkeiten verlören.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Mangels Routine wären sie nicht mehr in der Lage, die Kinder fachgerecht zu behandeln, sie würden quasi ihre Ausbildung vergessen –

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Amnesie, Alzheimer wegen mangelnder Auslastung.

Deswegen, aus reiner Fürsorge und purem Idealismus und nur um das Wohl der Kinder besorgt, sehe sich die Universitätsmedizin Greifswald gezwungen, unter Tränen die Kinderstation zu schließen – so sinngemäß der Geschäftsführer. Das könnte auch Herr Schubert von der CDU, wenn er da wäre, bestätigen, dass sich dieser Herr so geäußert hat, denn er hat die Sitzung des Sozialausschusses geleitet.

Typisch BRD! Schäbigster Egoismus tarnt sich immer als höchste Moral.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

lauter Wohltäter der Menschheit, ob ADAC, VW, Deutsche Bank oder Universitätsmedizin, alles Gutmenschen, aber immer mit vollem Geldbeutel.

(Udo Pastörs, NPD: Nur dann. So lange nur.)

Mit einer Begründung auf diesem Niveau hat die Universitätsmedizin beim Sozialministerium den Antrag gestellt, die Kinderstation schließen zu dürfen. Anstatt diesen Herrschaften den Antrag sofort um die Ohren zu hauen, natürlich nur verbal, gestattete das Sozialministerium mit Wirkung ab 1. Oktober eine vorläufige Schließung, nachdem schon mehrfach kurzzeitige Schließungen gewesen waren. Jetzt wird verhandelt und schon das kann nicht sein. Ein halbwegs brauchbarer Staat würde der Unimedizin Greifswald einfach befehlen, gefälligst ihren Versorgungsauftrag zu erfüllen, und ihr mit schwersten Konsequenzen drohen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ich bin zwar kein Feind – kein Freund, kein Freund der USA.

(Julian Barlen, SPD: Kein Feind der USA, genau.)

kein Freund der USA, Feind auch nicht so richtig, dazu bin ich zu klein, um ein Feind für die zu sein, Sie auch –, kein Freund der USA, aber wie die mit VW umgesprungen sind, war genau richtig. So geht man mit Konzernen um, wenn sie dem Gemeinwohl nicht dienen. Und so müsste man auch mit der Unimedizin Greifswald umspringen.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Mit deutschen Automobilbauern!)

Bei solchen Leuten hilft nur Druck, ein internationaler, der deutsche Wurzeln schon längst vergessen und verloren hat. Das ist alles das Gleiche.

Noch besser wäre es, das private Krankenhauswesen zu beseitigen und eine Verstaatlichung durchzusetzen. Sollte die Universitätsmedizin mit ihrem Ansinnen durchkommen, ist als Nächstes das Krankenhaus Wolgast dran. Auch da gibt es bereits Anzeichen für ein Interesse der Universitätsmedizin, dieses Hospital zu schließen und die Patienten nach Greifswald zu ziehen. Da gibt es jede Menge merkwürdige Vorgänge, für die noch merkwürdigere Begründungen geliefert werden vom Geschäftsführer. Das dürfte von Anfang an auch der Plan gewesen sein, alles in Greifswald zu konzentrieren, weil das eben den größten Nutzen und Profit bringt.

Deshalb hat die NPD als einzige Partei im Kreistag Ostvorpommern im Jahre 2005 gegen den Verkauf des damaligen Kreiskrankenhauses gestimmt, weil klar ist, was mit Privatisierungen passiert, dass es dann immer in Richtung Ausschlachtung und Egoismus und Profit geht und gegen das Gemeinwohl.

Wie immer die sogenannten Verhandlungen auch ausgehen mögen, die NPD wird weiter gegen die Zerstörung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum kämpfen, und das tun auch viele Menschen in Anklam und anderswo.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie die NPD-Fraktion für den Erhalt von langfristig sicheren Versorgungseinheiten insbesondere im ländlichen Raum kämpft, das erleben wir beispielsweise in der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" tagtäglich.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Michael Andrejewski, NPD: Das ist ja hier kein Kampfplatz. – Zuruf von David Petereit, NPD)

Da kommt nämlich gar nichts.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie kämpfen ausschließlich, wie immer, wenn Sie irgendwo ein Rednerpult und ein Mikrofon sehen. Dort bringen Sie dann entsprechend scharfe Forderungen vor, aber in der Substanz sehen wir von Ihnen gar nichts.

(Udo Pastörs, NPD: Gut, dass es Sie gibt, Herr Barlen.)

Und das bemängele ich mal wieder wie alle anderen demokratischen Abgeordneten an dieser Stelle auch.

(Udo Pastörs, NPD: Gut, dass es Sie gibt.)

Ich möchte aber, weil uns das Thema so am Herzen liegt, natürlich auch heute das hier noch mal auf die sachliche Ebene zurückholen.

(Stefan Köster, NPD: Dafür sind Sie ja berühmt, Herr Barlen.)

Bekanntlich ist es ja so, dass die Beteiligten der Krankenhausplanung,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

also vor allem die Krankenhäuser, die Kassen, die Kommunen, die Ärzte und selbstverständlich auch die Landesregierung aktuell, aber auch in den vergangenen Wochen und Monaten sehr intensiv und sehr verantwortungsbewusst an einer langfristig funktionierenden Perspektive für die stationäre kinder- und jugendärztliche Versorgung in der Region im Dreieck Wolgast, Anklam und Greifswald arbeiten. Gerade am gestrigen Tage haben die Planungsbeteiligten erneut beraten. In der nächsten Woche wird es einen weiteren Gesprächstermin geben. Und diese Verhandlungen verlaufen erfreulicherweise sehr produktiv. Ich rechne für Anfang November mit einer spruchreifen Lösung, die unserem Ziel und unserem Anspruch gerecht wird, gute medizinische Versorgung in Anklam und Wolgast zu erhalten und durch eine sinnvolle Arbeitsteilung jeweils zu stärken.

(David Petereit, NPD: Also wird doch geschlossen.)

Und damit ist der NPD-Antrag zunächst einmal hinfällig.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Tino Müller, NPD) Meine Damen und Herren, das alles, also die konzentrierte und sehr ernsthafte Arbeit an einer solchen Vereinbarung für die Region, geschieht – und da kann ich, glaube ich, für alle Planungsbeteiligten sprechen – aus Verantwortungsbewusstsein für unser Land Mecklenburg-Vorpommern und auch aus Verantwortungsbewusstsein für die Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung. Und deshalb danke ich an dieser Stelle auch allen, die sich dort wirklich um eine echte tragfähige Lösung bemühen.

(David Petereit, NPD: Tragfähige Lösung?)

Und das möchte ich aus aktuellem Anlass auch noch mal deutlich machen:

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Diese Prozesse.

(Stefan Köster, NPD: Sie sind die Totengräber des Landes.)

diese Prozesse geschehen ohne jegliches Zutun der NPD.

(Zuruf aus dem Plenum: Genau.)

Anstatt diejenigen nämlich zu unterstützen, die sich aktuell im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für eine gute Lösung einsetzen, haben Sie sich hier mal wieder auf Ihrem Spezialgebiet ausgetobt, einfach eine simple Forderung aufstellen, das muss man so lösen wie Amerika mit Großkonzernen und irgendwie diktatorisch sicherstellen

(Udo Pastörs, NPD: Lösen mit Großkonzernen? Da hat er gar nichts von gesagt.)

Haben Sie Ihrem eigenen Kollegen gerade nicht zugehört, ne?

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Anstelle dessen erwarte ich von einer Fraktion hier im Landtag, die für eine, sagen wir mal, Aufgabe auch entsprechend ausgestattet wird, dass sie sich der eigentlichen Aufgabe einer politischen Fraktion stellt, nämlich jenseits von simplen Forderungen auch mal die Lösungsansätze langfristig im Detail in den Blick zu nehmen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das ist ein bisschen zu viel verlangt.)

Und dabei verkennt und, schlimmer noch in meinen Augen, ignoriert die NPD auch beim Thema der medizinischen Versorgung bewusst die tatsächlichen Anforderungen an eine zuverlässige und am Wohl der Bevölkerung orientierte Landespolitik.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, eine langfristig tragfähige Vereinbarung für die Region Anklam/Wolgast/Greifswald, die wird nämlich nicht gelingen, weil die NPD-Fraktion das fordert, sondern die wird gelingen, weil sich alle Planungsbeteiligten konstruktiv und mit einem gemeinsamen Ziel vor Augen um eine solche Regelung bemühen. Und Schuldzuweisungen, eigennütziges Schlecht-

reden von Versorgungsstandorten, wie Sie das übrigens implizit tun,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Besserwisserei und pauschale Abrechnungen mit einem System, was nicht,

(Udo Pastörs, NPD: Kommen Sie mal auf den Punkt!)

was also nicht entsprechend handelt,

(Stefan Köster, NPD: Das ist eine Katastrophe für das Land. – Udo Pastörs, NPD: Das ist Gewäsch, was Sie jetzt machen.)

das führt ganz gewiss nicht zu einer guten und kooperativen Lösung, die wir für unser Land

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla, bla!)

und für die Patientinnen und Patienten,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

aber mit einer wirklichen großen Ernsthaftigkeit

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

auch für die Region anstreben und die wir dringend brauchen.

(Udo Pastörs, NPD: Unterhalten Sie sich mit Herrn Dahlemann, das kann sehr fruchtbar sein. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich glaube, die NPD betätigt sich immer wieder, das merken wir auch gerade in der Debatte, als politischer Quacksalber.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie müssten nämlich zunächst mal auch in Ihrer Traumwelt anerkennen, dass der langfristige Bestand von Ankern der medizinischen und pflegerischen Versorgung in der Fläche in der Realität maßgeblich von zwei Faktoren abhängt:

(David Petereit, NPD: Na?)

dem Vorhandensein von medizinischen Fachkräften und von Patientinnen und Patienten, die versorgt werden müssen. So, und genau diese beiden Faktoren sind übrigens in unserem Bundesland nicht nur in der Gegend rund um Anklam eine ernsthafte Herausforderung,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

der sich die Planungsbeteiligten, und das ist auch denen bewusst, sehr verantwortlich stellen müssen und auch stellen. Alle unsere Beratungen, auch hier im parlamentarischen Raum in der Enquetekommission, sprechen genau diese Sprache. An diesen Beratungen beteiligt sich die NPD-Fraktion – wahrscheinlich aus Arbeitsscheu, ich kann mir das anders nicht erklären – in der Enquetekommission weitgehend nicht.

(Michael Andrejewski, NPD: Das müsste dann auch Arbeit sein.)

Das passt also nicht zusammen. Das müssen wir an der Stelle einfach mal feststellen.

(Udo Pastörs, NPD: Das habe ich bei der Anhörung gesehen. Sie waren nach einer halben Stunde verschwunden.)

Zweites Stichwort.

(Stefan Köster, NPD: Sie fehlen doch in jeder zweiten Sitzung, Herr Barlen.)

Ja, ich glaube, Sie wissen schon, dass wir mit sehr zahlreichen Abgeordneten in dieser Enquetekommission vertreten sind.

(Stefan Köster, NPD: Schwätzer sind Sie. – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das heißt also, für unsere Fraktion gilt das mitnichten. Wir stellen sogar den Vorsitz in dieser Enquetekommission

(Stefan Köster, NPD: Das ist immer noch keine Auszeichnung.)

Zweites Stichwort: Nutzerzahlen. Ich bin bekanntermaßen zweifacher Vater und kann insofern bestens verstehen, dass Eltern sich selbstverständlich überall und in unmittelbarer Nähe wünschen, dass es entsprechende stationäre Versorgungsangebote gibt. Aber auch wenn ich diesen Wunsch verstehen kann, müssen wir eine Sache zur Kenntnis nehmen: Es waren des Öfteren und vor allen Dingen auch im langen Mittel oft sehr wenige Patientinnen und Patienten in einer stationären Behandlung. Und ganz im Gegenteil haben sich einfach viele Eltern von Kindern und Jugendlichen individuell entschieden, ihrem Nachwuchs eine medizinische Versorgung an einem anderen Standort zu ermöglichen. Das nennt man "mit den Füßen abstimmen".

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und das hat bekannte Folgen. Das hat nichts damit zu tun, wer schuld ist oder nicht schuld ist, das ist einfach ein Fakt, den man anerkennen muss, wenn man darüber redet, wie eine Versorgungssystematik in einer Region aufzustellen ist.

Und darüber hinaus, selbst mal angenommen – was nicht so ist –, aber mal angenommen, die Belegung hätte langfristig keinerlei Bedeutung auch für die wirtschaftliche Darstellbarkeit einer Versorgung in einem System, was begrenzte Ressourcen hat, ausreichend Fachkräfte und ausreichend Nachwuchs lassen sich unter solchen Rahmenbedingungen auch durch staatlichen Zwang und Anordnung kaum anwerben und halten. Bei den medizinischen Fachkräften, bei gut ausgebildeten Menschen im ärztlichen, im pflegerischen Bereich handelt es sich um freie Menschen, die für sich individuell entscheiden, wo sie arbeiten möchten. Und die wollen auch als Pflegepersonal, aber auch als Ärzte selbstverständlich dort arbeiten, wo sie entsprechend eine gewisse Mindestmenge

(Udo Pastörs, NPD: Dann lassen sie die Patienten im Stich.)

und auch eine gewisse Mischung an Fällen haben, um ihre Fachlichkeit zu erhalten und ihre fachliche Reputation zu erhalten. Das ist selbstverständlich so. Wenn Sie das abstreiten, dann haben Sie einfach keine Ahnung, wie es sich in diesem Personalbereich in Wirklichkeit verhält.

(Udo Pastörs, NPD: Sie reden ziemlich wirr daher.)

Ohne eine echte Perspektive -

(Stefan Köster, NPD: Der quatscht so einen Unfug, der Typ!)

und ich meine mit einer echten Perspektive nicht das, was hier die NPD-Fraktion vorhin vorgetragen hat –, ohne eine solche wirklich abgestimmte Lösung wird es langfristig, und das gilt nicht nur für diese Region, an Versorgungsstandorten einen Mangel an Personal und dadurch auch ganz logischerweise einen Mangel an Versorgung geben. Das ist eine sehr einfache Rechnung. Ich bin deshalb sehr dankbar dafür, dass die Landesregierung, aber auch die an der Versorgung Beteiligten diese Zeichen der Zeit für bestimmte Regionen sehr wohl erkannt haben und dementsprechend an echten Lösungen dafür arbeiten. Das wollen wir hier an dieser Stelle ganz explizit anerkennen.

Insofern, meine Damen und Herren, tun wir gut daran, uns hier nicht mit Heilsversprechungen aufzuhalten, sondern weiter an solchen Versorgungsstrukturen zu arbeiten. Die Enquetekommission habe ich jetzt mehrfach erwähnt. Wir werden dort beispielsweise als eine Maßnahme regionale bevölkerungsbezogene und vor allem sektorenübergreifende Modelle empfehlen. Und gleichfalls möchte ich in diesem Zusammenhang die konzertierte Aktion des Sozialministeriums und die Modellregion Vorpommern-Greifswald erwähnen. Auch dort geht es um die pragmatische gemeinschaftliche Sicherung der medizinischen und pflegerischen Versorgung.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstredend.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich habe ausgeführt, warum wir mit guten Argumenten den Antrag der NPD-Fraktion ablehnen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Also mit solchen wohltemperierten Besserwisservorträgen werden Sie da, wo es zählt, keinen Blumentopf gewinnen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sie aber auch nicht.)

Und es zählt nicht in dieser komischen Schwafelenquetekommission, es zählt auch nicht in irgendwelchen Ausschüssen und schon gar nicht in irgendwelchen Verhandlungsrunden, sondern auf der Straße. (Martina Tegtmeier, SPD: Hier zählt auch nicht, was Herr Andrejewski da erzählt.)

Und der Druck der Straße ist das Einzige,

(Julian Barlen, SPD: Sie sollten Ihre Rede abbrechen jetzt. – Martina Tegtmeier, SPD: Genau.)

ist das Einzige,

(Julian Barlen, SPD: Gleich rausgehen.)

was Ihre komischen Verhandlungstypen überhaupt noch beeindrucken kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Vor einer Woche war in Anklam eine Demonstration, eine asylkritische Demonstration, wo die Asylkritiker wesentlich zahlreicher waren als Ihre komische Truppe, selbst wenn man mal die "Nordkurier"-Version nimmt. "Nordkurier"-Version geht so: Man zieht von den Asylkritikern immer 100 ab und verdoppelt immer die Linken. Auf diese Weise kam man dann zu 360 zu 100. Und diese Menschen haben nicht nur demonstriert und protestiert gegen mögliche neue Asylantenheime, sondern auch dagegen, dass, während neue Asylantenheime geplant sind, sogar im alten famila-Markt, trotzdem ständig etwas abgebaut wird in Anklam – Kreisverwaltung, Gericht und auch besonders die Kinderstation. Diese Leute verlangen, dass die Kinderstation bleibt. Und denen können Sie mit solchen wohltemperierten Erklärungen nicht kommen:

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ja, da gibt es Verhandlungen, das ist alles so furchtbar komplex und dann müssen Sie erst mal 30 Semester oder in meinem Fall 88 Semester studiert haben, damit Sie das alles begreifen.

(Julian Barlen, SPD: Ach, deshalb haben Sie so lange studiert.)

Und vertrauen, vertrauen Sie,

(Julian Barlen, SPD: Jetzt kommts raus.)

vertrauen Sie den Fachleuten, vertrauen Sie denen, die den Durchblick haben, vertrauen Sie Herrn Bartelt, der Ihnen so überlegen ist, und Sie müssen erkennen, Sie müssen verstehen ...

(allgemeine Unruhe)

Sie reden ja zu den Leuten wie zu kleinen Kindern!

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Der heißt Barlen.)

Aber das sind eben nicht nur, wie Ihr Genosse Dender behauptet, irgendwelche zusammengescharrten Rechten gewesen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

sondern das waren – und das werden Ihnen die Botschafter des Friedens bestätigen, die Herr Caffier sicher-

lich in der Nähe hatte – erstmals ganz normale Bürger, die noch nie vorher an einer Demonstration teilgenommen hatten, ganz unpolitische Bürger, die das einfach satthaben.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

dass man Asylantenheime errichtet, während Kinderstationen dichtgemacht werden. Das hat in,

(Bernd Schubert, CDU: Das stimmt doch gar nicht.)

es hat, es hat in ...

Natürlich stimmt das. Waren Sie da? Ich habe Sie nicht gesehen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sie waren da.)

Und natürlich, es gab zusätzlich noch eine Unterschriftenaktion in Anklam, das heißt, die Anklamer Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit verlangt, dass diese Kinderstation bleibt.

(allgemeine Unruhe)

Wenn das nicht geschieht, dann wird es eben größere Demonstrationen geben und die Leute werden sich auch nicht mehr abschrecken lassen davon: Geht bloß nicht mit den Rechten! Dann werden sie eben mit den Rechten demonstrieren. Ich kann es nur noch mal unterstreichen:

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Sie sind zahlenmäßig so weit unterlegen gewesen, dass ich mich schon wundere, wie Sie behaupten können, das Volk steht noch hinter Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Katharina Feike, SPD)

Das ist das Einzige, was auf diese Verhandlungen überhaupt noch Einfluss nehmen kann, dass Sie sehen, dass die Bevölkerung sich langsam wehrt, dass Sie Angst haben, dass die Bevölkerung zu den Rechten geht.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Und das wirkt hinein in diese Verhandlungen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Falls das nicht wirkt, dann wirkt gar nichts.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Was ich vermute, ist, dass man irgendwo eine Beruhigungspille ausspucken wird, irgend so eine Pseudolösung. Dann wird es wahrscheinlich so etwas geben, dass man sagt, ja, die Kinderstation in ihrer alten Form ist nicht mehr zu halten, dafür gibt es eine neue Modernisierung, so eine Art Reform.

(Udo Pastörs, NPD: Reform ist gut.)

Die besteht darin, dass es dann so eine Art Kinderkrankheitsmeldestation gibt, die die Leute weitervermittelt nach Wolgast oder Greifswald, das wird man irgendwie toll benennen und wird versuchen, den Leuten unterzujubeln, dass das jetzt die Modernisierung sei. Das ist das Wahrscheinlichste, es sei denn, Sie haben so viel Angst, dass Sie jetzt schon zur Kinderstation zurückkehren und sie wieder errichten. Das glaube ich aber nicht. Sie denken wahrscheinlich vor dem Volk, dass Sie das einfach durchziehen,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

und hoffen, dass es genauso läuft wie mit dem Amtsgericht und wie mit der Kreisverwaltung. Die Leute regen sich eine Weile auf, dann regen sie sich wieder ab und dann geht man einfach weiter. Eins geht nach dem anderen, bis man den ländlichen Raum total totgemacht hat. Wir werden sehen. Ich jedenfalls verspreche mir von diesen komischen Verhandlungen nicht allzu viel. Und die Straße wird ihren Druck schon noch verstärken.

Was Ihre Vorwürfe hier angeht, die müssen Sie den LINKEN aber genauso machen. Nachdem wir einen Dringlichkeitsantrag hier gestellt haben, hat DIE LINKE im Kreistag Vorpommern-Greifswald einen ganz ähnlichen Antrag gestellt, Inhalt geht so ziemlich mit unserem gleich, und wir haben jetzt noch einmal unseren Dringlichkeitsantrag hier wiederholt. Dann haben wir eben hier zwei Gruppen von ahnungslosen, verantwortungslosen Subjekten, nicht nur wir, sondern die LINKEN. Es ist ja auch schön, dass wir mal nicht alleine sind in der SPD-Kritik. Und deswegen beantrage ich auch namentliche Abstimmung, damit die LINKEN auch die Möglichkeit haben, ihren Genossen im Kreistag Vorpommern-Greifswald zu widersprechen.

(Torsten Renz, CDU: Das können Sie abkürzen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Kannst' vergessen!)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4541 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Ich bitte Sie, sich zu Ihren Plätzen zu begeben, damit vom Präsidium aus das Stimmverhalten eines jeden Mitglieds des Landtages zu erkennen ist. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorgangs von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen. Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Einen Moment jetzt mal! Ich hatte hier irgendwas vorgelesen, was ich nicht vorlese, weil ich das so lustig finde, sondern weil es ernst gemeint ist, dass hier von störenden Gesprächen Abstand genommen wird. Ich bitte doch, während des Abstimmungsvorgangs auch darauf Rücksicht zu nehmen.

Um das Ganze noch zu vervollständigen und da ich das Mikro gerade an mich herangezogen habe, möchte ich, damit dem Protokoll Gerechtigkeit widerfährt, Herrn Gundlack noch mal aufrufen, damit er dann, wenn ich ihn aufgerufen habe, sein Abstimmungsergebnis bekannt geben kann. Also ich rufe auf: Gundlack, Tino.

(Zurufe aus dem Plenum: Tilo! Noch mal! – Die namentliche Abstimmung wird fortgesetzt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Dr. Till Backhaus und Sylvia Bretschneider werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Wenn kein weiteres Mitglied des Hauses anwesend ist, das seine Stimme noch abgeben möchte, und das scheint nicht der Fall zu sein, dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung 19.45 Uhr

Wiederbeginn: 19.47 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 54 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 49 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4541 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Artikel 35 des Einigungsvertrages umsetzen, Drucksache 6/4582.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Artikel 35 des Einigungsvertrages umsetzen – Drucksache 6/4582 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Einigungsvertrag vom 31. Oktober 1990 ist ein historisches Dokument

(Torsten Renz, CDU: Habt ihr zugestimmt?)

und es ist ein geltendes Gesetz. In Zeiten, die wir jetzt gerade erleben und mitgestalten, von besonderer Dynamik, gesellschaftlicher Veränderung, spielt dieses Gesetz auch eine besondere Rolle.

Ich möchte ganz kurz Heribert Prantl in der "Süddeutschen Zeitung" zitieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Am 6. September schreibt er angesichts aktueller Herausforderungen: "Jetzt muss sich zeigen, was die europäischen Grundwerte wirklich wert sind. Jetzt muss sich zeigen, was es wirklich auf sich hat mit dem Motto vom

,Raum des Rechts, der Sicherheit und der Freiheit". ... Europa lebt nicht nur vom Euro; es lebt von seinen Werten, von der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Freiheit der Person, der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz und der Freizügigkeit."

(Udo Pastörs, NPD: Weltweite Freizügigkeit!)

"Europa lebt davon, dass es die Menschenwürde schützt."

Es geht, sehr geehrte Damen und Herren, um Werte, die gelebt werden. Es geht darum, dass diese Werte in einem Zusammenhang stehen und ihre Grundlage haben in der jeweiligen Kunst und Kultur. Wenn es also jetzt so sehr auf Hilfe und Mitmenschlichkeit, auf Solidarität, auf friedliches und tolerantes Miteinander in einem demokratischen Gemeinwesen ankommt

(Udo Pastörs, NPD: Mit voller Breitseite.)

und all dies eben kulturell grundiert ist, wie sehr kommt es da auf stabile, verlässliche, förderliche Rahmenbedingungen für Kultur und Kunst an! Andersherum: Wie können Kultur und Kunst stabile Grundlagen für Werte wie Mitmenschlichkeit, Solidarität et cetera sein, wenn ihre Grundlagen selbst fragil sind?

Damit habe ich die aktuelle Dimension unseres Antrages umrissen, denn wer meint, mit diesem Antrag habe die Linksfraktion ein antiquiertes Gesetzbuch aus den hinteren Regalreihen der Landtagsbibliothek geholt, irrt. Die Aufforderung an die Landesregierung, sie habe den Artikel 35 des Vertrages zwischen der BRD und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands, also den Einigungsvertrag, im Rahmen ihrer Zuständigkeit vollumfänglich umzusetzen, ist so hochbrisant wie aktuell.

Was besagt nun dieser Artikel 35? Zunächst einmal stellt er fest, dass trotz unterschiedlicher Entwicklung beider deutscher Staaten Kunst und Kultur einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag zur Wahrung der Identität und auf dem Weg zur europäischen Einigung geleistet haben - eine bemerkenswerte Feststellung, wie ich finde. Wörtlich heißt es: "Stellung und Ansehen eines vereinten Deutschlands in der Welt hängen außer von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ebenso von seiner Bedeutung als Kulturstaat ab." Folglich heißt es: "Die kulturelle Substanz in dem in Artikel 3 genannten Gebiet", also der ehemaligen DDR, "darf keinen Schaden nehmen." Darauf folgend wird festgehalten: "Die Erfüllung der kulturellen Aufgaben einschließlich ihrer Finanzierung ist zu sichern, wobei Schutz und Förderung von Kultur und Kunst den neuen Ländern und Kommunen entsprechend der Zuständigkeitsverteilung des Grundgesetzes obliegen.

Aus diesem Gesetzesauftrag – und es handelt sich um geltendes Recht, wie ich sagte – leiten sich mit Blick auf Kunst und Kultur der DDR drei Maßgaben ab: Das ist zum einen Substanzerhalt, zum anderen die Verbesserung der Infrastruktur und Denkmalschutz.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Herr Reinhardt, ich verweise deshalb darauf, weil die Bundesregierung unter Helmut Kohl genau diese drei markanten Punkte in der Bundestagsdrucksache 12/4411 noch mal ausdrücklich benannt hat.

Substanzerhalt umfasst geschaffene Kunstwerke wie Bilder, Skulpturen, wertvolle Bücher, Filme, Werke der Medienkunst, aber auch ganze Bestände der Archive, Bibliotheken, Museen, von Ausstellungshäusern und öffentlichen Sammlungen. Zur kulturellen Infrastruktur zählt die Gesamtheit und Vernetzung von Kulturproduktion und Kulturpräsentation, also real Gebautes ebenso wie Strukturen und wie freie Räume für Begegnung und Kommunikation. Beim Denkmalschutz wiederum geht es um kulturhistorisch wertvolle Gebäude und Anlagen, seien sie ebenerdig oder unter Wasser, seien sie einzeln stehend oder Ensembles wie etwa Schlösser, Parks und Gutsanlagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Linksfraktion verkennt nicht die ...

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Liskow!

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die Linksfraktion verkennt nicht die großartigen Zeugnisse hiesiger Kunst und Kultur, die nach der politischen Zeitenwende im neuen Glanz erstrahlen, wie Schloss Bothmer, oder völlig neu entstanden sind, wie das Kulturquartier Neustrelitz. Gleichwohl sind wir zu der Erkenntnis gelangt, dass die Landesregierung den Artikel 35 des Einigungsvertrags in seiner Umfänglichkeit missachtet und durch einen Beschluss des Landtags zu seiner Einhaltung verpflichtet werden muss.

In Fragen des Substanzerhalts ignoriert die Landesregierung Appelle ausgewiesener Fachleute zur Notwendigkeit des Schutzes und der Sicherung historisch wertvoller Archivbestände. Ein entsprechendes Gutachten, untersetzt mit sachlich begründeten Arbeitsschritten und bescheidenen Mittelanforderungen, wird geradezu in den Wind geblasen. Der verrottete Einbaum steht wie ein Menetekel. Mit ihm hat Mecklenburg-Vorpommerns Kulturpolitik Scham und Schande auf sich geladen. Die Digitalisierung von Kulturgütern fristet ein Schattendasein. Eine nicht nennenswerte Erhöhung der Mittel für den kommenden Doppelhaushalt des Landes reicht vermutlich gerade einmal für einen, zwei oder drei Filme. Eine Initiative, die sich verdient macht um die Bewahrung alter deutscher Schriften, muss geradezu betteln gehen, um Kultur zu schützen. Sagen Sie mir, was ist das für ein Verständnis von Kulturpolitik, bei dem die, die sich für die historisch wertvollen Güter unseres Landes engagieren, wie Bittsteller daherkommen müssen?!

Sehr geehrte Damen und Herren, nun zum Gebot des Erhalts und der Verbesserung der kulturellen Infrastruktur. Aus ehemals sechs sind vier, sollen bald drei oder zwei, man weiß es nicht, Orchester werden. Allein in den letzten Jahren wurden über 500 Künstlerinnen und Künstler aus den Theatern und Orchestern des Landes in die Wüste geschickt. Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass etablierte Theater und Orchester Ankerpunkte kultureller Infrastruktur sind, dass sie maßgeblich Strahlkraft und die Qualität künstlerischen Schaffens ihrer Region bestimmen? Sie haben eine strukturelle Bedeutung für kulturelle Einrichtungen und für Projekte, wie etwa AIDA Cruises, Nordex, Scandlines oder die Unimedizin Rostock für die tradierte Wirtschaft.

Und Denkmalschutz? Denkmalschutz – staatlicher Gartenkonservator fällt mir da ein. Das ist etwas, was uns

hier auch umgetrieben hat. Uns wurde seinerzeit gesagt, das wird eine Stelle, die gekoppelt – wir hatten etwas anderes vor –, gekoppelt werden sollte, Hochschule Neubrandenburg an eine solche fachliche Stelle. Wer sich dafür interessiert, muss feststellen, dass es zwar nach einiger Verzögerung seitens der Hochschule Neubrandenburg seit April mittlerweile eine Offerte gibt, aber der staatliche Gartenkonservator, gekoppelt an die Professorenstelle, ist bis heute keine Realität.

Die Landesregierung hat allerlei Flausen, jedoch keine Strategie.

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Dafür hat sie jede Menge Kaninchen.

(Heinz Müller, SPD: Hoffentlich nicht in Massentierhaltung!)

Die holt sie je nach Belieben, abhängig von Umfragewerten oder dem Zeitpunkt der nächsten Wahl, geschwind aus dem Hut, so etwa geschehen bei der Vorlage des aktuellen Haushaltsentwurfs. Da brillierte der für Kultur zuständige, aber leider häufig gegen die Kultur arbeitende Minister mit dem Kunststück, wie ich 2 Millionen Euro für Kulturprojekte hervorzaubere. Über Jahre die Kulturszene finanziell auszutrocknen und sich dann zehn Monate vor der Wahl für Mittel, über die man tatsächlich nicht zu entscheiden hat, denn dies ist das Vorrecht des Landtages, feiern zu lassen, zeugt von einem sonderbaren Demokratieverständnis.

Womit wir beim Geld wären. Im Artikel 35 des Einigungsvertrages heißt es, ich wiederhole es, die "Finanzierung ist zu sichern". Unter Verantwortung dieser Landesregierung ist die Finanzierung kultureller Belange für die öffentliche Hand von umgerechnet – damals noch in D-Mark, ich rechne jetzt mal in Euro – 117,82 Euro im Jahr 1992 auf 103,41 Euro in 2012 und 96,99 Euro in 2013 gesunken, nachprüfbar, wenn man sich die Daten des Statistischen Landesamts anschaut.

Diese Landesregierung verantwortet den höchsten Kommunalisierungsgrad der Kulturausgaben der Bundesrepublik. Das ist ein Armutszeugnis, kein Gütesiegel. Der Kommunalisierungsgrad der Kulturausgaben bezeichnet nämlich den Anteil, den die Gemeinden zum Gesamtvolumen der öffentlichen Kulturausgaben beitragen. Er betrug im Jahre 2000 40 Prozent, in 2010 waren es schon stolze 48,1 Prozent und im Jahr 2012, dem jüngsten statistisch erfassten Jahr, waren es laut Kulturfinanzbericht 57,4 Prozent. Das entspricht einer Steigerungsrate von 43,5 Prozent von 2000 auf 2012. Kein Land hat eine höhere Steigerungsrate. Anders gesagt: Kein Land wälzt die finanziellen Lasten der Kulturförderung in größerem Umfang auf die kommunale Ebene ab als Mecklenburg-Vorpommern. Was für eine Glanztat!

Sehr geehrte Damen und Herren, über Geld rede ich ganz gern auch noch mal in der Aussprache. Ihnen möchte ich nur das letztlich Entscheidende zur Abstimmung über diesen Antrag vortragen: Sie entscheiden mit Ihrem Votum darüber, ob unsere Landesregierung auf geltendes Recht verpflichtet wird oder ob es zur Beliebigkeit verkommt. Stimmen Sie zu, stellen Sie rechtsstaatlichen Regeln Gültigkeit und der Demokratie einen Beweis aus

(Torsten Renz, CDU: Du kannst doch das Ergebnis nicht schon jetzt feststellen, nach der Einbringung.)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie Sie der Tagesordnung zur heutigen oder jetzigen Debatte entnehmen können, hatte ich beabsichtigt, eine 30-minütige Grundsatzrede zu halten.

(Torsten Renz, CDU: Regierungserklärung!)

Ich habe das deshalb beabsichtigt,

(allgemeine Unruhe – Heinz Müller, SPD: Darf es ein bisschen mehr sein?)

ich habe das deshalb beabsichtigt, weil ich unterstellt habe, dass der Abgeordnete Koplin hier eine gewaltige Rede vorträgt, die mich zu einer umfänglichen Erwiderung

> (Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Zwingt.)

zwingt.

(Michael Andrejewski, NPD: 60 Minuten.)

Allein jetzt stehe ich vor einem Riesenproblem,

(Torsten Renz, CDU: Das ist nicht eingetreten. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

denn es ist nicht eingetreten.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann kann man es ja ganz kurz machen.)

Deswegen muss ich jetzt eine ganz kurze Rede halten.

(allgemeine Unruhe – Stefanie Drese, SPD: Schade! – Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Dramaturgie war durchschaubar. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Werter Herr Koplin, zum wiederholten Male steht die These eines Rechtsbruches im Raum. Herr Koplin stützt sich, wie er gesagt hat, auf Artikel 35 des Einigungsvertrages, unter anderem auf den Satz: "Die kulturelle Substanz ... darf keinen Schaden nehmen."

(Udo Pastörs, NPD: Sehr schwammig.)

Jetzt ist der Begriff der kulturellen Substanz für sich allein aber nicht verständlich, sondern bedarf der Aus-

legung. Und indem Sie der Landesregierung tendenziell einen Rechtsbruch vorwerfen, denn immerhin heißt es in der Begründung Ihres Antrages, es gebe "hinreichend Anlass", die Umsetzung dieses Einigungsvertrages einzufordern, indem Sie das für sich in Anspruch nehmen, nehmen Sie zugleich für sich in Anspruch, darüber zu befinden, was Rechtsbruch ist und was nicht.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Es kann kein, dass ich etwas nicht verstanden habe.

(Udo Pastörs, NPD: Glaube ich nicht.)

Aber seit 25 Jahren, Herr Koplin, ist es nicht mehr so, dass eine Partei oder einzelne Abgeordnete entscheiden, was ein Rechtsbruch ist oder nicht, sondern dafür gibt es unabhängige Institute.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Äußern Sie sich doch mal zur Sache!)

Und deswegen, Herr Koplin, wäre es hier etwas völlig anderes gewesen, aus meiner Sicht, wenn Sie gesagt hätten: Herr Brodkorb, die Landesregierung, wer auch immer, hat einen unzureichenden Begriff von der kulturellen Substanz, um die es hier im Einigungsvertrag geht, man muss das anders sehen, da gibt es eine fachlich falsche Perspektive. Aber das haben Sie nicht gemacht. Sie billigen ja nicht mal zu, dass man unterschiedlicher Auffassung sein kann, was eigentlich zur kulturellen Substanz Deutschlands gehört. Und das finde ich für einen Kulturpolitiker bemerkenswert und anmaßend – bemerkenswert und anmaßend, weil Sie eben nicht sagen, da gibt es eine falsche Perspektive, vielleicht ein mangelndes Verständnis von Kultur, sondern Sie werfen der Regierung ernsthaft Rechtsbruch vor.

Und, sehr geehrter Herr Koplin, dann tun Sie doch das, was man als Abgeordneter einer Fraktion in einer solchen Situation machen müsste! Wenn Sie dieser Überzeugung sind, dann gehen Sie doch den dafür nötigen Rechtsweg und lassen von einem unabhängigen Gericht überprüfen, ob Ihre These oder Ihre Vermutung stimmt oder nicht! Denn seit 25 Jahren gilt in diesem Lande, dass nicht Sie entscheiden, was ein Rechtsbruch ist, sondern ein Gericht. Und dafür gibt es Verfahren und Überprüfungsmöglichkeiten. Dann tun Sie es doch einfach!

Solange Sie es nicht tun, geben Sie ja selber zu, dass Sie an Ihre Argumente nicht glauben, sondern sie nur instrumentalisieren, um hier – ich weiß nicht, ob die Champions League gerade am Start ist, aber das wurde mir berichtet –, ...

(Rainer Albrecht, SPD: Halbe Stunde.)

Kommt noch.

 \dots um sozusagen damit die Zeit zu füllen und sich zu profilieren.

(Torsten Renz, CDU: Das ist aber höchstens Regionalliga.)

Wenn man ernsthaft, Herr Koplin, bestreiten möchte, dass in diesem Lande die kulturelle Substanz erhalten

wurde und erhalten wird, dann, muss ich sagen, verstehe ich die Welt nicht mehr.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Das verstehen Sie eh nicht.)

Schauen Sie sich dieses Schloss an, schauen Sie sich das Staatliche Museum an, schauen Sie sich das Schloss in Ludwigslust an! Oder schauen Sie sich einfach jedes Dorf und jede Stadt in diesem Lande an! Man muss doch sagen, nach der Wende war erst mal gar nicht kultureller Substanzerhalt die Aufgabe, sondern die Kulturzerstörung, die es in der DDR gegeben hat, aufzuhalten und rückgängig zu machen. Und dann müssen wir uns bloß die Denkmale und die Städte und Dörfer angucken. Ernsthaft zu bezweifeln, dass das unternommen wurde,

(Udo Pastörs, NPD: Die Sprengung des Hohenzollern-Schlosses, zum Beispiel.)

also ich verstehe es nicht, muss ich ehrlich sagen. Ich verstehe es nicht. Und deswegen wäre meine Bitte: Lassen Sie uns doch auf die Ebene zurückkommen, um die es geht.

(Marc Reinhardt, CDU: Sie haben die Aufbauleistung der Menschen schlechtgemacht.)

Sie haben vielleicht andere Auffassungen von kultureller Substanz,

(Michael Andrejewski, NPD: Palast der Republik.)

Sie nehmen eine andere Rolle wahr als Oppositionspolitiker.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Palast der Republik!)

Lassen Sie uns dann einfach über konkrete Dinge reden! Ich jedenfalls kann dem, was Sie dort vortragen, nicht folgen. Ich glaube, da der Antrag sehr abstrakt und allgemein gehalten ist, beschränke ich mich hinsichtlich der Ausführung auf das eben Gesagte und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Und monatlich grüßt das Murmeltier!

Sehr geehrter Herr Koplin, ich habe wirklich lange überlegt, wie Sie es wohl diesmal schaffen werden, das Thema Kultur hier in die Plenardebatte zu bringen. Es ist nun also Artikel 35 des Einigungsvertrages gewesen. Der Bildungsminister hat schon einiges darüber berichtet. Ich habe, nachdem ich Ihren Antrag gelesen hatte, der ja sehr abstrakt gewesen ist, auch einiges mehr hier erwartet. Aber ich will zu dem Kurzen, was Sie gesagt haben, auch noch kurz was erwidern.

Sie haben recht, es steht dort drin, die kulturelle Substanz soll keinen Schaden nehmen. Und da bleibt mir ja nichts anderes übrig, als in die Geschichte zu gucken. Ich kann Ihnen gerne ein paar Bildbände, auch ein paar Bilder von 1990 geben, wie unsere Marktplätze, wie unsere Dörfer, unsere Denkmäler, unsere Schlösser und Kirchen zu 95 Prozent hier im Land aussahen.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Wenn jemand heute behauptet, diese Landesregierung, die Gemeinden, die Kreise und auch viele Bürgerinnen und Bürger haben den Artikel 35 nicht ernst genommen, weiß ich gar nicht, ob ich den noch ernst nehmen kann. Ganz ehrlich,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

was allein mit Mitteln der Städtebauförderung, mit Mitteln der Dorferneuerung, mit Patronatsmitteln eigentlich an Aufbauleistung in 25 Jahren hier erbracht wurde,

(Dietmar Eifler, CDU: Richtig.)

das ist, glaube ich, einen Respekt wert, den wir für alle, die dazu beigetragen haben, haben sollten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Der Bildungsminister hat es gesagt, ich will nur an das Schloss Schwerin erinnern. Da werden, wenn wir mit unserem Plenarsaal fertig sind, an die 150 Millionen investiert sein.

(Udo Pastörs, NPD: Aber das war ein schlechtes Beispiel. Plenarsaal als Kunst!)

Ich will an Bothmer, ich will an Redefin, ich will an Granitz, an Ludwigslust, ich könnte an viele andere Sachen erinnern, was in 25 Jahren hier aufgebaut wurde. Und wir wollen das fortsetzen. Gerade auch die CDU-Fraktion hat immer erkannt, dass wir vielleicht – auch hier haben wir ja einiges gemacht bei den privaten Denkmälern, bei den Kirchen, auch mit der Unterstützung des Bundes, wobei wir dem Bund und unserem Abgeordneten Eckhardt Rehberg sehr dankbar sind, dass das immer passiert –, aber auch hier werden wir die nächsten Jahre weiter aufbauen und weiter Substanz erhalten müssen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Zurufe von Minister Harry Glawe, und Rainer Albrecht, SPD)

Ich will daher, weil ich viele vorpommersche Kollegen hier sehe, an die Schlösser in Divitz, in Ludwigsburg oder in Karlsburg erinnern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Da sind sicherlich noch viele Aufgaben, die vor uns stehen,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

denen wir uns widmen wollen und wo wir auch mit dem nächsten Landeshaushalt einige Akzente setzen wollen.

Ich will noch kurz auf den Einzelplan 07 und den Einzelplan 11 zu sprechen kommen, weil ja Herr Koplin hier

auch immer mit Statistiken kommt. Da gucken wir mal: Seit 2012 stehen in beiden Einzelplänen 82 Millionen für Kulturausgaben mit den Theatern und Orchestern zusammen drin. Wenn wir in Ihre Regierungszeit zurückkommen, haben wir in der Zeit 70 bis 78 Millionen. Und wenn Sie jetzt dieser Regierung Rechtsbruch vorwerfen, Herr Koplin, dann stelle ich mal die Frage – können Sie ja nachher beantworten –, ob denn die Regierung, an der Sie beteiligt waren, auch Rechtsbruch begangen hat. Das werden Sie mir dann sicherlich erklären.

Und dann will ich noch daran erinnern, in dem nächsten Doppelhaushalt wird diese Koalition 2 Millionen mehr für die Kultur in diesem Land zur Verfügung stellen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Beitrag, den auch viele Kulturschaffende begrüßen, und deshalb fordere ich Sie auf, hier keine Eulen nach Athen zu tragen, sondern diese Politik der kulturellen Weitsicht dieser Koalition zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Egbert Liskow, CDU: Toll!)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt bin ich ja gespannt, auf welcher Seite sie steht. – Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Auf der rechten.)

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zu Recht, Herr Renz, sind Sie gespannt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gleich vorweg: Wir können dem Antrag der Fraktion DIE LINKE in dieser Form nicht zustimmen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Wir sind uns mit der Fraktion DIE LINKE darin einig, dass wir die derzeitige Kulturpolitik, insbesondere mit der Theaterpolitik dieser Landesregierung, für überaus kritikwürdig halten.

(Torsten Renz, CDU: Nicht so gut. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Aber bei aller Sympathie für die Intention dieses Antrags, ein Satz Antragstext und zwei Sätze Antragsbegründung werden diesem Anliegen nicht gerecht.

(Torsten Renz, CDU: Die Anzahl der Anträge stimmte noch nicht. Da musste noch was kommen.)

Tatsächlich ging es mir bei diesem Antrag ein bisschen wie dem Bildungsminister.

(Torsten Renz, CDU: Keine Arbeitsmarktpolitik, da muss Kultur her.)

Es gibt ja selten Parallelen, aber hier gab es mal eine, denn der Antrag hat auch aus meiner Sicht eine Generaldebatte aufgemacht zu der Frage: Wie hat sich die kulturelle Landschaft in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 entwickelt und wie ist diese Entwicklung zu bewerten?

Diese Frage kann man natürlich stellen, aber dann muss man auch den Mut haben, hier klare und konkrete Antworten zu finden und das nach Möglichkeit natürlich auch in den Antrag so reinzuschreiben. Der Antrag zitiert den Einigungsvertrag von 1990, die kulturelle Substanz dürfe keinen Schaden nehmen und die Erfüllung der kulturellen Aufgaben solle gesichert werden. Aber wer diese Regelungen heute in Gefahr sieht, muss doch erst einmal darlegen, was sind denn die kulturellen Aufgaben des Landes aus Sicht der Antragsteller und was bedeutet der Begriff kulturelle Substanz konkret. Ist damit die heutige Struktur von Theatern, Museen, Bibliotheken und so weiter gemeint oder der Stand von 1990? Messen wir die kulturelle Substanz an den Zahlen der kulturellen Einrichtungen oder an der Personalstärke? Ist die Höhe der Kulturförderung maßgeblich oder die Zahl derer, die die kulturellen Einrichtungen besuchen? Erst, wenn man einen aussagekräftigen Maßstab hat, kann man doch entscheiden, an welchen Stellen die kulturelle Substanz denn tatsächlich in Gefahr ist.

Selbstverständlich muss sich eine Regierung an Gesetze und an Verträge halten, und selbstverständlich ist es Aufgabe der Opposition zu kontrollieren, ob die Regierung genau das tut. Aber Gesetze und Verträge bedürfen vielfach einer Auslegung, besonders, wenn es um so unbestimmte Rechtsbegriffe wie "kulturelle Substanz" geht. Ich hätte von dem Antrag gern gewusst, was die Landesregierung aus Sicht der Fraktion DIE LINKE tun muss, um Artikel 35 des Einigungsvertrages vollumfänglich umzusetzen. Das ist doch die entscheidende Frage, aber um die notwendige Antwort drückt sich der Antrag leider.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir uns sicherlich in einem einig sind: Der Einigungsvertrag kann nicht gemeint haben, dass die kulturelle Landschaft nach 25 Jahren noch genauso aussehen soll wie zum Ende der DDR. Kultur verändert sich, Kultur schafft Neues und überwindet dabei Altes.

(Udo Pastörs, NPD: Das muss man nicht unbedingt überwinden.)

Mal geschieht dies in vorhandenen Strukturen, oft genug entstehen dafür aber auch neue Institutionen mit neuen Formen und neuen Akteuren. Jede verantwortliche Kulturpolitik steht vor der Aufgabe und auch vor dem Konflikt, möglichst viele vorhandene Strukturen zu erhalten und zu bewahren und zugleich Innovation und Fortentwicklung zu ermöglichen.

Hat dieses Land seit 1990 nun an kultureller Substanz verloren? Ja, natürlich hat es das. Die Theater haben die Hälfte des Personals abgebaut, in Schwerin wurde ein ganzes Orchester abgewickelt. Von 906 Allgemeinbibliotheken im Jahr 1990 sind heute weniger als 100 übrig geblieben, viele Kulturhäuser brachen weg, ebenso die Strukturen für Amateurkunst. Und weitere Beispiele lassen sich selbstverständlich anführen.

Aber zugleich ist auch viel Neues entstanden. Wir haben heute gegenüber 1990/91 mehr als doppelt so viele Schülerinnen und Schüler an den Musikschulen des Landes. Wir haben mehr Museen und wir haben mehr Galerien. Die Kinos haben heute mehr Besucher als

1990. Die Theater haben sogar fast doppelt so viele Gäste wie zu diesem Zeitpunkt. Noch immer sind viele Baudenkmale, Schlösser und Gutshäuser nicht saniert, aber viele wurden seit 1990 auch vor dem sicheren Verfall gerettet. Und jeder kennt eine Reihe kultureller Initiativen, die nach 1990 entstanden sind und das kulturelle Leben in Mecklenburg-Vorpommern bereichern. Viel verloren, viel gewonnen seit 1990 also.

Die einen werden diese Entwicklung eher negativ bewerten, andere eher positiv. Was aber bedeutet diese Entwicklung für den vorliegenden Antrag? Welcher konkrete Handlungsauftrag an die Landesregierung ergibt sich daraus? Das bleibt unklar und zeigt im Grunde eines deutlich: Dieser rückwärtsgewandte Blick, 25 Jahre zurück, bringt uns in der kulturpolitischen Debatte nicht weiter. Wir müssen vielmehr heute für uns beantworten: Was für eine kulturelle Landschaft wünschen wir uns heute für Mecklenburg-Vorpommern?

Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen dazu: All jene kulturellen Institutionen, die wir dauerhaft bewahren wollen, brauchen eine Anpassung der Förderung an die Kostensteigerung, sonst gehen sie nach und nach kaputt. Wir wollen Neues, Innovatives fördern und brauchen deshalb mehr Flexibilität bei den Förderrichtlinien. Wir wollen einen starken Bürokratieabbau bei der Kulturförderung. Wir wollen eine bessere Einbeziehung der kulturellen Akteure in kulturpolitische Entscheidungen. Wir wollen eine Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Wir wollen die eigenständigen Theater bewahren. Dabei sagen wir nicht, dass es nicht zu Veränderungen, Kooperationen und Schwerpunktsetzungen kommen darf, aber wir werden uns immer dagegen wehren, wenn Theater in ein Fusionsmodell gezwungen werden, das voller Ungereimtheiten, unrealistischer Annahmen und falscher Versprechungen ist.

> (Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jochen Schulte, SPD: Tönender Beifall!)

Das geht in der Tat sehr gefährlich an die Substanz. Aber diese Debatte können wir nicht mit einem schnöden Verweis auf den Einigungsvertrag führen, sondern nur anhand konkreter kulturpolitischer Zielsetzungen. Darum lehnen wir den Antrag trotz des begrüßenswerten Grundanliegens ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt kommt der Stasi-Mann mit den Geheiminformationen.)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben sich jetzt zu dem Antrag geäußert und haben festgestellt, dass er Ihnen zu dürftig war in der Begründung, in der Ausführung. Das mag sein, dass Sie das so sehen.

(Torsten Renz, CDU: Und der Einbringung inklusive.)

Die Einbringung hat deutlich gemacht, Herr Renz – aber das ist immer so eine Sache, man hört, was man hören will –,

(Torsten Renz, CDU: Nein.)

die Einbringung meinerseits hat deutlich gemacht, was wir darunter verstehen. Ich habe praktisch Bezug genommen auf eine Untersetzung dieses Einigungsvertrags noch zu Zeiten der Regierung Kohl,

(Egbert Liskow, CDU: Rechtsbruch, hast du gesagt.)

habe definiert Substanzerhalt, Erhalt und Verbesserung der kulturellen Infrastruktur und auch den Denkmalschutz definiert

Und weil Herr Reinhardt die Frage gestellt hat, na ja, es müssten dann wohl alle Regierungen ...: Ich habe ein interessantes Buch in der vergangenen Woche in die Hand bekommen, "Kultur und Kunst Mecklenburg-Vorpommerns im Umbruch", verfasst vom Kulturrat Mecklenburg-Vorpommern e. V., und das stellt fest, Kultureinrichtungen im Vergleich vor dem Beitritt/heute: Volkshochschulen minus 5 Prozent, Jugendzentren minus 65 Prozent, Kulturzentren minus 55 Prozent,

(Torsten Renz, CDU: Bleib doch mal bei dem Antrag!)

Bibliotheken minus 50 Prozent,

(Torsten Renz, CDU: Da würde ich einfach zugeben, übers Ziel hinausgeschossen.)

Buchhandlungen haben sich erhöht um fast 20 Prozent, Literaturklubs minus 30 Prozent, Galerien plus 50 Prozent, Musik- und Kunstschulen plus 10 Prozent.

(Torsten Renz, CDU: Welches Bezugsjahr?)

Genau, das ist die interessante Frage. Bezugsjahr hier 1993.

(Torsten Renz, CDU: 93.)

Es richtet sich an alle. Und es soll sich niemand davon freisprechen, denn diese rechtliche Grundlage hat ja auch für alle gegolten. Aber wir haben jetzt Verantwortung, wir stehen jetzt vor dieser Frage: Wie gehen wir damit um?

Und da komme ich noch mal auf diese drei Punkte zurück. Was den Substanzerhalt betrifft, weil ja immer gesagt wurde, seien Sie doch mal konkret, also gemeint ist mit dem Substanzerhalt, wir waren in dieser Region auch mal – beschieden wurde das von Experten, internationalen Experten – das Leseland mit der bedeutendsten und qualitätsvollsten Infrastruktur in Sachen Bibliothekswesen. Es waren mal 384, 1998 waren es noch 202, jetzt sind es unter 100.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Die letzte Fahrbibliothek, Herr Reinhardt, der Brief von Frau Hoffmann hat Sie vielleicht auch erreicht, 07.10.2015. Sie verweist darauf, dass im größten Landkreis Deutschlands jetzt die letzte Fahrbibliothek in den letzten Zügen liegt.

(Torsten Renz, CDU: Die meisten in der Fraktion haben im Kreistag zugestimmt, Herr Koplin. Was sagen Sie denn dazu?)

"In M-V ist es aus finanziellen Gründen vielen Menschen nicht möglich, stets in die nächstliegende Stadt zu fahren,"

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

"um für die Kinder, ältere Bürger und sich selbst", ich zitiere gerade, "Bücher und Medien auszuleihen. Das Internet funktioniert oftmals nur ungenügend in einigen Dörfern. Leider befinden sich keine Ausleihstationen für Bücher und Medien in den Dörfern", schreibt sie.

Nun haben wir vor der Brust, wahrscheinlich wird es zum Jahresende – vielleicht, vielleicht auch nicht – diese Onlineausleihe geben, aber sie wird nicht alle treffen. Es wird dann also noch mehr eine Asymmetrie geben von Menschen.

(Torsten Renz, CDU: Sagen Sie noch mal was zu den Schlössern, die wir saniert haben!)

die Zugang haben zu Informationen, und welchen, die abgeschnitten sind von Informationen. Das hat heute Vormittag schon eine Rolle gespielt und das wird morgen, wenn wir uns zum Thema Armut, Forschungsbericht der AWO, verständigen, auch noch mal eine Rolle spielen.

Zur Infrastruktur: Frau Berger hat zu Recht die Theater und Orchester angesprochen. Was da abläuft, ist eine riesengroße Sauerei,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das stimmt.)

weil es nämlich kein Aushandlungsprozess ist, kein, wie schwierig auch immer, Prozess der Meinungsbildung in Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung, sondern nur noch mit der Brechstange, nur noch mit Erpressung.

(Torsten Renz, CDU: Du hast aber einen schweren Job: keine Unterstützung aus der Fraktion heraus, keine Unterstützung aus der Fraktion heraus.)

Es ist auch gesagt worden, wir geben doch 2 Millionen Euro mehr für Kulturprojekte, um Substanz zu erhalten.

(Torsten Renz, CDU: Und was ist mit den 70 Millionen zu eurer Zeit?)

Natürlich, das ist begrüßenswert, aber gleichzeitig bekommen wir eine Resolution auf den Tisch von der Arbeitsgemeinschaft der Musikpädagoginnen und Musikpädagogen. Die machen aufmerksam auf den Punkt der prekären Einkommensverhältnisse besonders bei Honorarlehrkräften und die Diskrepanz zwischen Qualifikation und Einkommen.

> (Torsten Renz, CDU: Habt ihr denn dazu einen Antrag gestellt im Ausschuss, dass der Zuschuss erhöht wird?)

Und dann wird auch aufgelistet,

(Torsten Renz, CDU: Nein, ihr habt das zur Kenntnis genommen.)

1.033 Euro im Durchschnitt bei den selbstständigen Lehrkräften in der Musikpädagogik. Ist das das, was wir wollen?

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Abgeordneter Koplin, kleinen Augenblick, bitte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind hier beim letzten Redner.

(Michael Andrejewski, NPD: Beim allerletzten.)

Ich möchte Sie darum bitten, diesen Murmelteppich doch aufzuheben.

Und, Herr Renz, wenn Sie mit Ihren notorischen Gegenreden nicht zu Ende kommen,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Alle kurz und knackig.)

dann bitte ich Sie doch, sich zu Wort zu melden. Sie haben die Möglichkeit, hier nach vorne zu kommen und eine Wortmeldung abzugeben, wenn Sie sich zu diesem Thema inhaltlich äußern möchten. Ansonsten bitte ich Sie doch jetzt um Ruhe.

(Torsten Renz, CDU: Jawoll.)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Letzter Aspekt, den ich ansprechen möchte, ist die Frage des Denkmalschutzes. Natürlich, Herr Reinhardt, haben wir, das habe ich ausdrücklich gesagt, keineswegs verkannt – Frau Berger nannte es Gewinne und Verluste –, in der Tat keineswegs verkannt, was hier entstanden ist und aus welcher Substanz heraus das entstanden ist.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, da war nichts mehr.)

Nein, da war etwas, sonst hätte es diesen Passus im Einigungsvertrag nicht gegeben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der betont, dass beide Teile, DDR wie BRD, mit ihrer Entwicklung in Sachen Kunst und Kultur beigetragen haben zum sich jetzt vollziehenden Einigungsprozess.

Wenn wir über Denkmalschutz reden, dann reden wir auch letztendlich über die Einhaltung eines Antrags, der hier einstimmig getroffen worden ist, und zwar ging es um Kunst am Bau, wenn Sie sich erinnern können. Wir hatten gebeten, dass wir von der Landesregierung eine Unterrichtung bekommen zur Kunst am Bau. Diese Unterrichtung ist gekommen. Sie sagt aber letztendlich, dass man da so gut wie nichts machen wird. Also die Landesregierung wird, so heißt es nämlich dort, nur in Ausnahmen bereit sein, Auflagen zu erteilen, um Kunst am Bau zu erhalten und zu schützen, weil sie finanzielle Verpflichtungen fürchtet. Das hier anzumahnen, das ist auch Aufgabe dieses Antrags gewesen. Ich freue mich ja, dass Sie sich damit auseinandergesetzt haben.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Minister hat anempfohlen, eine Klage zu erheben. Nein, hier ist das Podium für die politische Auseinandersetzung. Wir wollen die politische Auseinandersetzung. Es ist überhaupt eine Untugend in diesem Land, dass alle Nase lang zu Gericht gerannt werden muss, weil die Politik nicht das Primat hat. Die Politik hat in dieser Ge-

sellschaft das Primat und wir wollen auch, dass sie es wahrnimmt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4582. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4582 mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der NPD abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 22. Oktober, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.22 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Andreas Butzki, Jutta Gerkan und Detlef Lindner.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der NPD Die Schließung der Anklamer Kinderklinik verhindern!

- Drucksache 6/4541 -

Jastimmen		Renz, Torsten
		Ringguth, Wolf-Dieter
NPD		Schlupp, Beate
		Schubert, Bernd
	Andrejewski, Michael	Schütt, Heino
	Köster, Stefan	Seidel, Jürgen
	Müller, Tino	Silkeit, Michael
	Pastörs, Udo	Texter, Andreas
	Petereit, David	Waldmüller, Wolfgang
Neinstimmen		DIE LINKE
SPD		Dr. Al-Sabty, Hikmat
		Bernhardt, Jacqueline
	Albrecht, Rainer	Borchardt, Barbara
	Dr. Backhaus, Till	Dr. Brie, André
	Barlen, Julian	Foerster, Henning
	Bretschneider, Sylvia	Koplin, Torsten
	Brodkorb, Mathias	Oldenburg, Simone
	Dahlemann, Patrick	Ritter, Peter
	Donig, Ingulf	Rösler, Jeannine
	Drese, Stefanie	Dr. Schwenke, Mignon
	Feike, Katharina	Dr. Tack, Fritz
	Gundlack, Tilo	
	Kaselitz, Dagmar	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Krüger, Thomas	
	Mucha, Ralf	Berger, Ulrike
	Müller, Detlef	Gajek, Silke
	Müller, Heinz	Dr. Karlowski, Ursula
	Polzin, Heike	Saalfeld, Johannes
	Saemann, Nils	Suhr, Jürgen
	Schulte, Jochen	
	Tegtmeier, Martina	
	Wippermann, Susann	
		Endgültiges Ergebnis:
CDU		
		Abgegebene Stimmen54
	Caffier, Lorenz	Gültige Stimmen54
	Lenz, Burkhard	Jastimmen5
	Liskow, Egbert	Neinstimmen49
	D 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	

Enthaltungen -

Reinhardt, Marc